

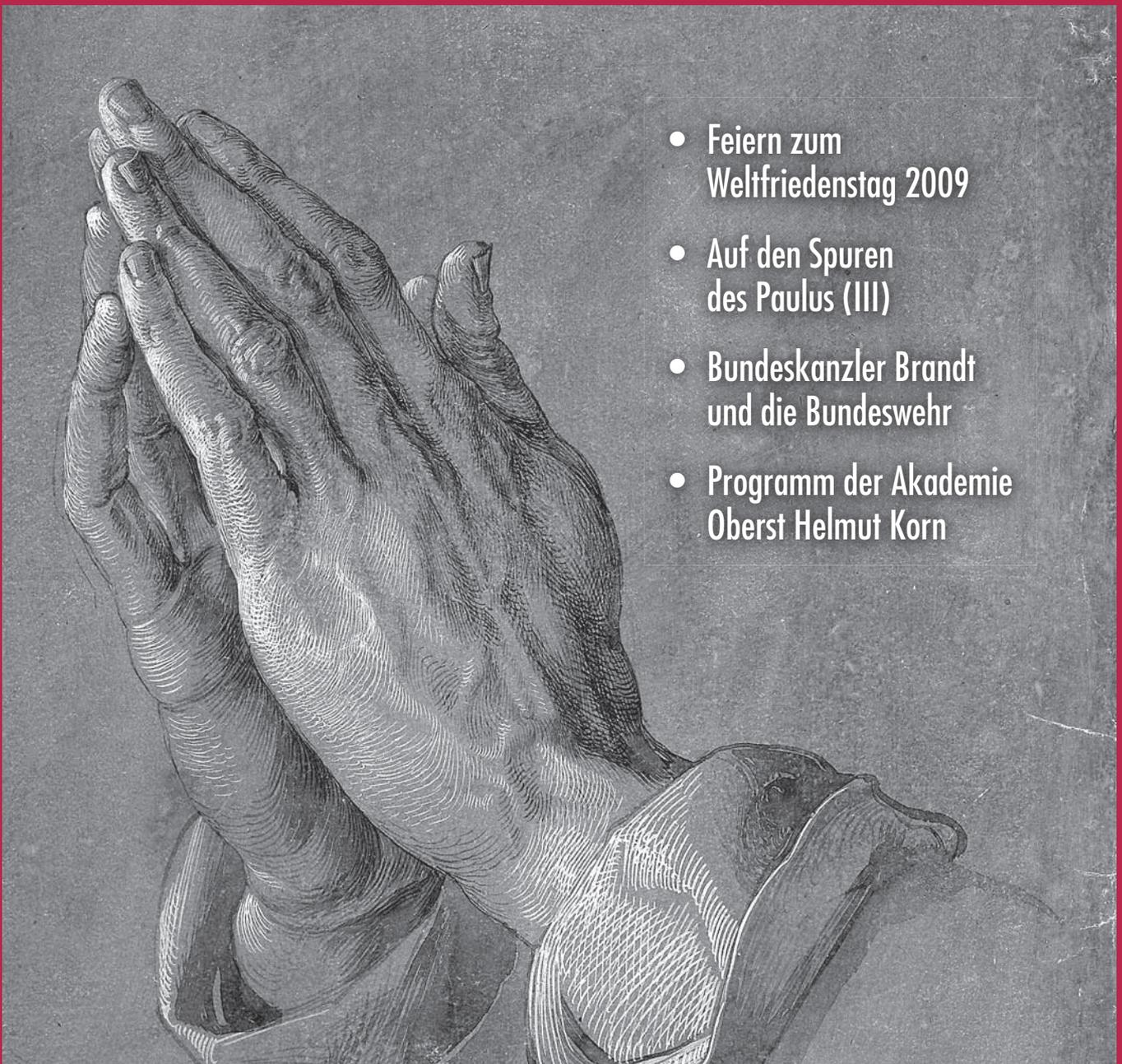
ISSN 1866-0843

AUFTRAG



HEFT 274 – JUNI 2009

49. JAHRGANG



- Feiern zum Weltfriedenstag 2009
- Auf den Spuren des Paulus (III)
- Bundeskanzler Brandt und die Bundeswehr
- Programm der Akademie Oberst Helmut Korn

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

www.katholische-soldaten.de

EDITORIAL	3	BLICK IN DIE GESCHICHTE	
SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN	4	50 Jahre Bundeswehr: Willy Brandt: Der vierte Bundeskanzler und die Bundeswehr von Dieter Kilian	53
SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK		20 Jahre Mauerfall von Jörg Schönbohm	65
FEIERN ZUM WELTFRIEDENSTAG 2009		KIRCHE UNTER SOLDATEN	
Internationaler Soldatengottesdienst in Köln von Bertram Bastian	5	49. WOCHE DER BEGEGNUNG DES LAIENAPOSTOLATS	
Miles christianus Predigt von Joachim Kardinal Meisner	6	Katholikenrat 2009 von Ralf Eisenhardt	74
Festakt zum Weltfriedenstag in Bonn von Bertram Bastian	7	Bundeskonferenz GKS 2009 von Paul Brochhagen	74
SICHERHEIT UND FRIEDEN		KATHOLISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR SOLDATENBETREUUNG	
5. Petersberger Gespräche zur Sicherheitspolitik von Andreas Rauch und Frank Geldmacher	8	Papstaudienz März 2009 von Rainer Krotz	75
SACHAUSSCHUSS SICHERHEIT UND FRIEDEN		Einladung Mitgliederversammlung FGKS e.V. von Hubert Berners	76
Zur Proliferationsproblematik von Werner Bös	11	AKADEMIE DR. HELMUT KORN	
Sitzung in Hammelburg Ende April von Bertram Bastian	16	Einstimmung in das 12. Seminar von Karl-Jürgen Klein	77
II. Vaticanum und GKS von Klaus Liebetanz	17	Programm des 12. Seminars von Karl-Jürgen Klein	77
GESELLSCHAFT NAH UND FERN		AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS	
Auf den Spuren des Paulus (III. Teil) von Paul Schulz	22	GKS-KREIS INGOLSTADT	
Paulus in Ephesus von Andreas Rauch	27	Neuer Militärpfarrer in Ingolstadt	79
Lebendige Steine gefragt von Karl-Heinz Fleckenstein/ZENIT	34	BwK ULM	
Deutsche humanitäre Hilfe für irakische Flüchtlinge in Jordanien von Klaus Liebetanz	39	Neuer Seelsorger im BwK Ulm	79
Die Feuerwehr der Päpste von Paul Schulz/ZENIT	41	GKS-KREIS KÖLN	
BILD DES SOLDATEN		Familienwochenende	79
Als Soldat in Verantwortung – allein mit Gott? von Gerhard Stolz	44	Domradio	80
Mediengespräch im Katholischen Militärbischofsamt von Bertram Bastian	46	GKS-BEREICH SÜD	
RELIGION UND GESELLSCHAFT		Dekanatsarbeitskonferenz	81
Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands von Paul Schulz	47	GKS-KREIS BONN	
Erklärung der GKMD von Paul Schulz	48	Fußwallfahrt Buschhoven	82
Männer in Bewegung von Paul Schulz	50	KURZ BERICHTET: 21, 26, 38, 43, 45, 46, 49, 64, 73, 82	
		BUCHBESPRECHUNGEN	83
		IMPRESSUM	84

UNSER TITELBILD: Die „Betenden Hände“ wurden von Albrecht Dürer vor 500 Jahren auf einem Skizzenblatt angefertigt. Als Studie für einen Altar einer Frankfurter Dominikaner Kirche soll der Meister seine eigenen Hände als Muster genommen haben und diese Skizze bei dem im Altarbild vorhandenen Apostel eingesetzt haben.

editorial:

Liebe Leserschaft,

Warum habe ich die betenden Hände von Albrecht Dürer (1471 - 1528) als Titelbild gewählt? Vor 500 Jahren bestellte der Frankfurter Patrizier Joseph Heller einen Altar zur Ausschmückung einer Frankfurter Dominikanerkirche bei Dürer. Zur Studie eines betenden Apostels, fertigte Dürer diese Skizze an. Die Haupttafel des Altars, das bestellte Meisterwerk, wurde 1614 an Maximilian I. von Bayern verkauft und beim Brand der Residenz in München 1729 vernichtet. Eine Kopie des Altars, angefertigt vom Nürnberger Maler Jobst Harrich (1580 - 1617), heute im Frankfurter Historischen Museum, ist vom ehemaligen Meisterwerk noch zu bewundern, wenn da nicht die Skizze wäre. Diese „Kleinigkeit“ blieb im Gedächtnis der Gläubigen und feierte im 20. Jahrhundert eine Renaissance. Gerade nach dem Zweiten Weltkrieg fand man die Darstellung der Hände in fast jedem Haushalt. In der Auseinandersetzung in Berlin um „Pro-Reli“ machte eine Partei mit diesem Symbol Werbung. Ob dafür oder dagegen, ob der Volksentscheid erfolgreich war oder nicht, wichtig war vor allem anderen, dass in unserer Hauptstadt noch nie so intensiv über Religion gesprochen und diskutiert wurde, wie in diesen Tagen.

Aber so wie die Darstellung der betenden Hände in den Haushalten verschwand, so ließ auch das Beten nach, sowohl in den Familien als auch in der Öffentlichkeit. Wer miterlebt hat, wie eine kleine Pilgerschar beim Beten des Rosenkranzes von anderen Wanderern oder Joggern betrachtet wird, der versteht, was ich damit sagen will. Gerade abseits von bekannten Pilgerwegen fällt so eine kleine, betende Gemeinschaft stets auf und wird betrachtet, als käme sie von einem andern Stern. Der Gesellschaft geht es so gut, dass sie anscheinend keinen Gedanken mehr an Gott und die Religion verschwendet. Das Wesentliche des Glaubens, ihn zu leben und zu zeigen, wird von einem großen Teil der Menschen reduziert auf das Zahlen der Kirchensteuer und oft noch nicht mal das. Man gibt sich gläubig, tritt aber wegen der Kirchensteuer aus der Kirche aus! Das Zwiespältige dieser Argumentation kommt den Menschen gar nicht in den Sinn. Ein bekannter Schriftsteller stellt seinen Glauben so dar: „Ich glaube zwar an Gott, aber mit seiner Kirche komme ich nicht klar.“ Hier kann man die Auffassung gewinnen, dass sich jemand die Rosinen aus dem Lebenskuchen rauspicken möchte. An Gott glauben – ja, aber nichts dafür tun oder gar in der Kirche mitarbeiten, um eventuell vorhandene Missstände zu beseitigen – das ist zu mühsam. Ist Glauben und Religion also Privatsache?

Christ sein, das heißt nicht nur, in der Kirche beim Sonntagsgottesdienst Präsenz zu zeigen, sondern auch seinen Glauben zu zeigen und zu leben. Indem man sich in



Gemeinschaften engagiert, denn zusammen kann man nun mal mehr erreichen als eine Einzelperson.

Damit komme ich auf unser katholisches Verbandsleben zu sprechen. In der letzten Ausgabe stellte ich Ihnen die Katholische Akademikerarbeit Deutschlands vor, in dieser Ausgabe wird unser Ehrenvorsitzender Paul Schulz Ihnen etwas über die Gemeinschaft Katholischer Männer Deutschlands (GKMD) sagen, deren Vizepräsident er ist. Die GKMD war Mitinitiator der Studie „Männer in Bewegung“, die im Frühjahr veröffentlicht wurde und in die hier kurz eingeführt wird.

In der nächsten Ausgabe werden wir uns dann dem ZdK widmen, um das es ja reichliche Verwirrungen gegeben hat. Es hieß in der Presse, dass die katholischen Bischöfe Deutschlands den Vizepräsidenten, Heinz-Willhelm Brockmann, als neuen Präsidenten abgelehnt hätten. Dies ist nicht ganz korrekt, er bekam nicht die notwendige 2/3 Mehrheit der Bischöfe. Eine große Zahl der Bischöfe hat ihm aber zugestimmt. Hier ist also einmal Aufklärungsbedarf nach außen und Gesprächsbedarf nach innen.

Die Laien berufen sich auf das II. Vaticanum und dessen Umsetzung in der Würzburger Synode. Die Grundlagendokumente sind aber nicht Allgemeingut, deshalb erscheint in dieser Ausgabe ein Beitrag des Mitgliedes des Sachausschusses Sicherheit und Frieden, Klaus Liebetanz, zu dem II. Vatikanischen Konzil und in der nächsten Ausgabe wird ein anderes Mitglied des Sachausschusses, Manfred Heinz, aus der Sicht des Theologen einen Beitrag dazu abgeben. Diese Beiträge sollen Ihnen, liebe Leserschaft, Appetit machen, sich mehr mit den Veröffentlichungen über diese beiden großartigen Ereignisse, II. Vatikanische Konzil und Würzburger Synode, zu beschäftigen. Selbstverständlich können Sie auch gerne schriftlich zu den Artikeln Stellung nehmen.

In Hamburg trifft sich das Laienapostolat der Katholischen Militärseelsorge und wird sich auf den den 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München vorbereiten. Dazu soll auch eine Erklärung abgegeben werden. Eine Einstimmung auf die Versammlung des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr gibt Ihnen der Vorsitzende Ralf Eisenhardt. Danach findet in diesem Tagungshaus die Bundeskonferenz der GKS statt, zu der unser Bundesvorsitzender die Einstimmung geschrieben hat.

Die Einladung zum 12. Seminar der Akademie Oberst Helmut Korn in Fulda finden Sie ebenfalls in dieser Ausgabe. Es wäre schön, wenn wir uns bei der in Hamburg oder Fulda Gelegenheit träfen, um über die verschiedenen Themen zu diskutieren. Sollten Sie verhindert sein, so können Sie auch schreiben, die Adresse finden Sie im Impressum auf der Rückseite unseres AUFTRAGs.

Mit herzlichen Grüßen aus Bonn

Dr. J. Janssen

Ut unum sint!

Von der Einheit der Christen und der Geschlossenheit von Bischöfen und Laien

Im so genannten Hohepriesterlichen Gebet, dem Abschiedsgebet des Herrn, das wir auszugsweise am 7. Sonntag der Osterzeit als Evangelium gehört haben, bittet Jesus den Vater: „Alle sollen eins sein: ...“.

Diese beeindruckenden Worte geben gleich dreifach Gelegenheit, Bezug zur gegenwärtigen Situation in der Ökumene, in der deutschen Ortskirche und in der GKS herzustellen.

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Querelen um die Wahl eines neuen Vorsitzenden des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Einigen eine „klammheimliche Freude“ bereiten. Da wird über „am Tropf der Bischöfe hängen“ schwadroniert und schlicht verkannt, dass die Kirchensteuermittel im Wesentlichen von den Christgläubigen selbst als Werte geschöpft wurden. Wenngleich die Bündelung der Meinungen im deutschen Katholizismus eine Mammutaufgabe des ZdK ist, bleibt sie unverzichtbar. Die GKS und ihre Vertreter im ZdK werden unverändert Beides tun: Einerseits selbstbewusst und unabhängig den Weltauftrag der Laien wahrnehmen, andererseits aber den Schulterchluss mit den Bischöfen halten – „sentire cum ecclesia“, um noch einmal die Sprache von Mutter Kirche zu bemühen. So sollte es unter beständigem Gebet gelingen, den gegenwärtigen Konflikt zu lösen und keine Krise herbeizureden.

Ein weiterer Bezug drängt sich auf: Im Zug der Diskussion über eine neue „Ordnung“ der GKS überstrahlt das Reizthema Mitgliedsbeitrag die gesamte Debatte. Mit dem neuen Grundsatzprogramm haben wir uns erst 2007 Klarheit über unsere „Ziele und Wege“ verschafft und die Alleinstellungsmerkmale der GKS definiert. Nach der ideellen Wertsetzung muss in der heutigen Situation von Gesellschaft

und Kirche unabdingbar die materielle Wertschöpfung oder neudeutsch das „Fonds rising“ folgen, wenn wir wirklich als unabhängiger katholischer Verband wahr- und ernstgenommen werden wollen. Die Argumente liegen auf der Hand, sie werden leidenschaftlich diskutiert; das ist gut so!

Es war nicht zu erwarten, dass alle einer Meinung sind. Wenn wir uns aber über die Ziele einig sind, sollten die Fragen der praktischen Umsetzung von sekundärer Bedeutung sein und nicht zu existenziellen Problemen hochstilisiert werden. Als Bundesvorsitzender der GKS werde ich mich im Bundesvorstand und abschließend vor der Bundeskonferenz unmissverständlich für einen Mitgliedsbeitrag einsetzen. Wir werden uns nicht die Finger verbrennen, sondern aus dem Feuer der demokratischen Debatte geläutert hervorgehen.

Ich bitte Sie alle um ihr Gebet für einen guten Ausgang der Verhandlungen auf beiden Sorgenfelder. „Komm Heiliger Geist und erfülle die Herzen deiner Gläubigen und entzünde in ihnen das Feuer deiner Liebe ...“

Die Ökumene ist mit Blick auf den 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München Generalthema der 49. Woche der Begegnung vom 14. bis 19.09.2009 in Hamburg. Zwei Beiträge zur Einstimmung darauf finden Sie in diesem „AUFTRAG“.

Für die kommende Urlaubszeit wünsche ich Ihnen, dass Sie sich gut erholen und vielleicht auch etwas Abstand von den Sorgen und neue Perspektiven gewinnen, um dann im Herbst mit besserem Überblick und neuem Schwung die anstehenden Aufgaben zu bewältigen zu können.

*Paul Brochhagen
Bundesvorsitzender*



Feiern zum Weltfriedenstag

Seit über 40 Jahren feiern die katholischen Gläubigen auf aller Welt den 1. Januar als Weltfriedenstag. Die Katholische Militärseelsorge feiert zusammen mit den Laien überall in den Diözesen diesen Tag, allerdings über das ganze Jahr gestreut. Die Terminvorschau im AUFTRAG bemüht sich, die größten Veranstaltungen immer rechtzeitig anzukündigen. Stellvertretend für alle werden die beiden Feierlichkeiten im Köln-Bonner Raum (Bonn ist erster Dienstsitz des Bundesministers der Verteidigung) dargestellt. Der Internationale Soldatengottesdienst in Köln und der Weltfriedenstag in Bonn sind zwei Seiten einer Medaille: Feier des Weltfriedenstages in der Katholischen Militärseelsorge.

Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln

VON BERTRAM BASTIAN

Im Januar eröffnet der Internationale Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln die Veranstaltungen an-



Bild 1: (von links) Joachim Kardinal Meisner, Bundesminister Dr. Franz Josef Jung, Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan beim Empfang im Maternushaus

lässlich des Weltfriedenstages, der in diesem Jahr unter dem Motto steht: „Die Armut bekämpfen – den Frieden schaffen“. Der Leitende Katholische Militärdekan Mainz mit vorläufigem Dienstsitz in Koblenz, Monsignore Rainer Schnettker, lud mit dem Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, zu dieser Feier ein. Fast 1500 Gäste folgten am 08.01.09 dieser Einladung in den Kölner Dom, unter ihnen der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, sowie der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan (Bild 1). Soldaten aus verschiedenen Nationen sowie Vertreter der Bundespolizei rundeten das Bild ab. An der Spitze der Katholischen Militärgemeinschaft feierte der Apostolische Protonotar Militärgeneralvikar Walter Wakenhut zusammen mit Kardinal Meisner den Gottesdienst, der durch Messdiener aus verschiede-

nen Teilstreitkräften/OrgBereichen und der Bundespolizei mitgestaltet wurde (Bild 2). Die Predigt von Kardinal Meisner, welche kurz und prägnant war, handelte von dem „miles christianus“ (christlicher Soldat) und ist als eigener Artikel im Folgenden abgedruckt. Beindruckend waren die Uniformen der Teilnehmer an verschiedenen Lehrgängen des Bundessprachenamtes Hürth, die zusammen mit dem Kantor des Kölner Domes die Fürbitten in den unterschiedlichen Landessprachen, immer gefolgt von der deutschen Fassung, vortrugen (Bild 3).

Anschließend wurden Delegationen der teilnehmenden Soldaten und Bundespolizisten mit den anwesenden Würdenträgern und politisch Verantwortlichen zu einem Empfang in das Maternushaus gebeten. Für alle Teilnehmer war unterdessen auf der Domplatte die Möglichkeit zum Gespräch mit den anwesenden Militärseelsorgern, zu einer Stadtbesichtigung und/oder zu einem wärmenden Imbiss.

Bundesminister Dr. Jung betonte in seinem Grußwort den Stellenwert der Militärseelsorge gerade im Hinblick auf die Wertevermittlung, ohne die ein Auslandseinsatz die jungen Soldatinnen und Soldaten vor noch größere Probleme stellen würde als ohnehin in den kulturell fremden Gegenden gegeben sind. Der Apostolische Protonotar Militärgeneral Walter Wakenhut überbrachte die Grußworte des Militärbischofs Dr. Walter Mixa und bedankte sich beim Minister für dessen freundliche Worte, denen immer auch die Taten folgen würden. Er wies auf die neue Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 10/4 „Lebenskundlichen Unterricht“ hin, die diesen auf neue, zeitge-

rechtere Grundlagen stellen werde (s. a. Beitrag Mediengespräch im KMBA, S. 46). Der Militärgeneralvikar bedank-



Bild 2: Der Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan beim Erinnerungsfoto mit den beteiligten Soldaten im Maternushaus



Bild 3: Die internationalen Vertreter im Soldatengottesdienst bei den Fürbitten

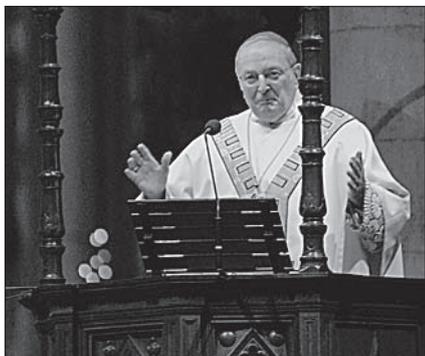
te sich bei allen deutschen Bischöfen, stellvertretend hier Kardinal Meisner, dafür, dass nach langer Zeit alle Vakanzten in den Dienstposten der Militärseelsorge durch Abstellung von Priestern aus den Diözesen gefüllt wurden. Den Gedanken der neuen ZDv aufgreifend, mahnte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, die Truppe, den neuen Unterricht auch einzufordern, damit dieser im Truppenalltag die notwendige Gewichtung erhalte.

Internationaler Soldatengottesdienst im Hohen Dom zu Köln

Miles christianus

VON JOACHIM KARDINAL MEISNER

1. Papst Benedikt XVI. hat den diesjährigen Weltfriedenstag und damit auch den heutigen Internationalen Soldatengottesdienst unter das Motto gestellt: „Die Armut bekämpfen, den Frieden schaffen“. Ein Heiliger, der sein ganzes Leben diesem Motto gewidmet hat, ist Sankt Martin († 397), der Soldat und Offizier, der spätere Mönch und Bischof von Tours. Als er vor Amiens einen armen, frierenden Bettler sitzen sieht, teilt er mit die-



Der Kölner Erzbischof Joachim Kardinal Meisner bei der Predigt im Hohen Dom zu Köln

sem seinen Soldatenmantel. So hilft er dem Armen auf Kosten eigener Bequemlichkeit. Den Spott seiner Umgebung nimmt Martin ebenso in Kauf wie die drei Tage Haft, die er erhält, weil er Armee-Eigentum beschädigt hat. Einschlägig interessierte Kreise vereinnahmen den Heiligen gerne für ihre Kritik am Militär, weil er nach seiner Bekehrung zum Christentum aus dem Heer austrat. Aber tatsächlich hat Martin diesen Schritt eher als Wechsel des Feldherren verstanden; er war geradezu Prototyp des „miles christianus“, des christlichen Soldaten.

Aber macht man nicht den Bock zum Gärtner, wenn man die Bekämpfung der Armut in die Hände des Militärs legt? Denn Militär und Armut – das war über weite Phasen der Menschheitsgeschichte geradezu ein Verhältnis von Ursache und Wirkung.

Wenn Krieg geführt wurde, dann fielen Hab und Gut der Unterlegenen ganz selbstverständlich den Siegern zu. Allzu oft blieb es nicht beim Raub von Besitztümern; auch die unterworfenen Menschen selbst wurden verschleppt, verkauft und versklavt. Wie steht es also um die „Friedenskompetenz“ des Militärs, nach solch schlimmen Erfahrungen durch all die Jahrhunderte? Hat das englische Sprichwort nicht Recht, das sagt: „Soldaten im Frieden sind wie Kamme im Sommer“?

2. Will man auf solche Fragen redlich antworten, dann reicht es nicht, in Stereotypen zu denken und sich auf vorgefasste Meinungen zu verlegen. Selbstverständlich: Wenn – wie beispielsweise jetzt wieder in Afrika – militärische oder paramilitärische Horden sengend und brennend durchs Land ziehen, wenn eine Soldateska plündert und mordet, raubt und vergewaltigt, dann hat das nichts mit dem Aufbau von Frieden und Wohlstand zu tun.

Aber es gibt eben nicht nur solche Söldnerbanden, die nichts anderes sind als bewaffnete Unholde in größerer Zahl. Es gibt auch jene, die über Ordnung und Sicherheit der Heimat wachen. Insbesondere in demokratischen Staaten hat das Militär eine ganz andere Funktion als in Diktaturen oder Anarchien. Auch wenn Kritiker es nicht wahrhaben wollen: Ziel demokratischer Armeen ist es gerade, Frieden zu schaffen und zu erhalten. Die Männer und Frauen zum Beispiel, die sich für die Sicherheit der Schiffsbesatzungen vor der Küste Somalias einsetzen, geben uns ein aktuelles Beispiel eines heiligen Martin. Sie haben mit denjenigen, die im Landesinneren die Bevölkerung ausplündern und bis aufs Blut quälen, nichts gemein.

3. Es ist leider wahr: In vielen Ländern werden Menschen durch Armut sowie wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit in den Kampf getrieben. Und es ist auch wahr, dass man solche Konflikte mit bloßer Waf-

fengewalt nicht lösen und nachhaltig unterbinden kann. Es gilt, die Ursachen der Auseinandersetzung zu finden und zu beseitigen, nicht nur die Symptome zu kurieren. Aber bei einer schweren Erkrankung ist das Fieber ebenfalls nur ein Symptom – und kann doch lebensbedrohlich werden. Soll der Seemann, der von Piraten als Geisel genommen wurde, in Gefangenschaft bleiben und um sein Leben bangen, bis die Wirren in Somalia ein Ende gefunden haben? Nein: Es ist legitim, wenn ungerechte Gewalt durch Gegengewalt eingedämmt wird; es ist legitim, dass man Opfer befreit und gefährdete Menschen aus Krisengebieten evakuiert. Es ist legitim, wenn neu aufflammende Gewalt im Keim erstickt wird. Und es ist mehr als nur legitim, wenn man durch Hilfs- und Aufbaudienste schon erste Schritte hin zu einem wirklich stabilen Frieden tut. Der große Papst Johannes Paul II. hatte keine Scheu, sich in aller Deutlichkeit gegen den Irakkrieg auszusprechen. Gleichwohl sagte er einmal: „Der eigentliche Kern der Berufung zum Soldaten ist nichts anderes als die Verteidigung des Guten, der Wahrheit und vor allem jener, die zu Unrecht angegriffen werden“.

Es war derselbe Papst, der in einer Generalaudienz (Mittwoch, 1. Dezember 2004) darauf hingewiesen hat, dass ein solcher militärischer Einsatz zur Verteidigung des Guten auch eine religiöse Dimension aufweisen kann. Denn – um Johannes Paul II. wörtlich zu zitieren – „wenn die Rechte der Armen verletzt werden, verübt man nicht nur eine politisch unkorrekte und moralisch verwerfliche Tat. Der Bibel zufolge verübt man auch eine gegen Gott gerichtete Tat, ein religiöses Verbrechen, denn der Herr ist Hüter und Anwalt der Elenden und Unterdrückten, der Witwen und Waisen (vgl. Ps 68,6), das heißt derer, die keinen menschlichen Beschützer haben.“ Ein Soldat, der bereit ist, sein Leben für den Frieden und die Sicherheit der Armen einzusetzen, darf sich als Diener Gottes verstehen – wie der heilige Mar-

Weltfriedenstag in Bonn

VON BERTRAM BASTIAN

tin. Sein Einsatz für das Gute macht ihn zum „Defensor“, zum Verteidiger der Menschlichkeit, und prägt damit sein Tun als defensives Handeln. Ein solcher Soldat kämpft nicht für eigene Interessen, nicht für Macht oder Besitz, sondern er bekämpft, was anderen die Menschenwürde raubt. Er steht unter einem hohen moralischen Anspruch.

4. „Armut bekämpfen – Frieden schaffen“: Diese Zielsetzung führt uns mitten hinein in das Verständnis kirchlicher Gemeinschaft. Von den ersten Gläubigen der Jerusalemer Urgemeinde berichtet die Apostelgeschichte, dass sie alles gemeinsam besaßen. Und unser Heiliger Vater Benedikt XVI. hat in seiner Antrittsenzyklika über die Liebe (Dominus Caritas est, DCE die Red.) betont: „Innerhalb der Gemeinschaft der Gläubigen darf es keine Armut derart geben, dass jemandem die für ein menschenwürdiges Leben nötigen Güter versagt bleiben“ (DCE 20). Armut und Elend dürfen nicht Anlass zu bewaffneten Konflikten bieten, sondern müssen uns Motiv dafür sein, sich den Notleidenden zuzuwenden! So wächst die große „Zivilisation der Liebe“, die zu schaffen uns allen gemeinsam aufgetragen ist und wie sie uns der heilige Martin beispielhaft vorgelebt hat.

Der Überlieferung zufolge lauteten Martins letzte Worte: „Mein Herr, es ist ein harter Kampf, den wir in deinem Dienste in diesem Dasein führen. Nun aber habe ich genug gestritten. Wenn du aber gebietest, weiterhin für deine Sache im Felde zu stehen, so soll die nachlassende Kraft des Alters kein Hindernis sein. Ich werde die Mission, die du mir anvertraust, getreu erfüllen. Solange du befiehlst, werde ich streiten. Und so willkommen dem Veteranen nach erfüllter Dienstzeit die Entlassung ist, so bleibt mein Geist doch Sieger über die Jahre, unnachgiebig gegenüber dem Alter.“ Der heilige Martin soll hier und heute für unser Bestreben stehen, die Armut zu bekämpfen und den Frieden aufzubauen – einen Frieden, der die pax romana und jeden Frieden, den die Welt zu geben vermag, bei weitem übersteigt. Möge Gott Sie alle bei diesem Bemühen schützen und segnen.

Der Festakt zum Weltfriedenstag in Bonn folgt traditionsgemäß dem Internationalen Soldatengottesdienst in Köln nach. Am Donnerstag, den 05.03.09 feierte die Gemeinschaft Katholischer Soldaten in Bonn im Collegium Josephinum mit dem Festred-



Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, Vorsitzender GKS-Kreis Bonn, bei der Begrüßung der Gäste

ner Bundesminister a.D. Dr. Norbert Blüm. Seinen Festvortrag stellte Dr. Blüm unter das Motto: Gerechtigkeit schafft Frieden.

In seiner Begrüßung verdeutlichte Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr dem Frieden dienen und im Einklang mit der Lehre der Kirche seien. Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberstleutnant Paul Brochha-



Bundesminister a.D. Dr. Norbert Blüm inmitten der Gäste beim anschließendem Empfang im Foyer des Collegium Josephinum



Bundesminister a.D. Dr. Norbert Blüm beim Vortrag in der Aula des Collegium Josephinum

gen, richtete ein Grußwort an die Gäste, unter ihnen die stellvertretende Landrätin, Uta Gräfin Strachwitz, sowie Vertreter von Justiz, Polizei und Verwaltung. Als ranghöchster Geistlicher nahm Abt Raphael der Siegburger Abtei Michaelsberg an der Veranstaltung teil.

Dr. Blüm begann seine Ausführungen mit einem Dank an die Bundeswehr. Er selbst, als weißer Jahrgang, musste nie Soldat werden, aber er habe noch im Luftschutzkeller erlebt, wie es sich anfühle, wenn man in einer kriegerischen Auseinandersetzung um sein Leben bangen müsse. Er betonte, dass Frieden kein Geschenk sei, sondern sich verdient werden müsse. Die Bundeswehr habe einen großen Anteil daran, dass diese Republik seit 60 Jahren in Frieden sich habe entwickeln können.

Der Bundesminister a.D. ging in seinen weiteren Ausführungen auf die katholische Soziallehre ein, die den Vorteil habe, dass sie nicht eine Schwarz-Weiß-Malerei sei, sondern Gegensätze wie z.B. den Liberalismus und den Sozialismus in einer vernünftigen Art und Weise verbinde. Aus der Geschichte heraus erteilte Dr. Blüm den Ideologien eine klare Absage, da diese den Menschen nicht fördern würden. Er schilderte seine Gespräche als aktiver Politiker mit Diktatoren wie General Pinochet in Chile, in denen er die Idee der Gerechtigkeit vertrat. In seinem weiteren Vortrag führte er aus, dass die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit zwar Macht und Panzer besiegt hätte, aber nur, weil sie durch Waffen geschützt wurde.

Die heutige Gefahr sah der ehemalige Bundesminister in der starken Hinwendung zu den monetären Werten. Dies seien nicht nur die Aktionäre, die eine möglichst hohe Rendite erstreben, sondern dies fange in kleinen Dingen an, beim „Schnäppchenjäger“. Es gipfele darin, dass man sage, man ließe das Geld für sich arbeiten. „Nur der Mensch arbeitet“ führte Dr. Blüm aus und brachte bei seinen Beispielen auch manche Anekdote aus seiner Lehrlingszeit. Diese Zeit sei auch seiner Sozialisierung gewidmet gewesen, fügte er hinzu. Er habe Ausdauer und Hartnäckigkeit gelernt und mit einem Augenzwinkern „ohne meine Zeit bei Opel hätte ich die CDU nicht überlebt“. Bildung sei wichtig, damit sich Werte in einer Gesellschaft entwickeln könnten. Europa stünde nicht nur für Wohlstand sondern vor allem für Werte und den Kernsatz des Glaubens, dass alle Menschen gleich seien vor Gott. Die Soldaten hätten einen schönen Beruf, beendete Dr. Blüm seinen Vortrag, sie verteidigten Freiheit und Gerechtigkeit!

Nach dem Schlusswort des Katholischen Militärpfarrers Bonn, Militärdokan Benno Porovne, endete der offizielle Teil der Veranstaltung mit der Nationalhymne.

Trotz Termindruck ließ es sich Bundesminister a.D. Dr. Blüm nicht nehmen, beim Empfang im Foyer des Collegiums Josephinums noch mit den Gästen zu reden und genoss das „Bad in der Menge“.

Petersberger Gespräche zur Sicherheit

Die NATO – Bilanz und Perspektiven

VON FRANK GELDMACHER¹ UND ANDREAS RAUCH²

Am 14. März 2009 fanden auf dem Petersberg bei Bonn die 5. Petersberger Gespräche zur Sicherheit statt. Angesichts des bevorstehenden 60. Jahrestages der NATO stand die Veranstaltung unter dem Thema „Die NATO – Bilanz und Perspektiven“. Hauptdiskutanten waren unter anderem Bernard de Montferrand, Botschafter der Französischen Republik, Generalleutnant Jürgen Bornemann, Militärausschuss der NATO, und Botschafter Eberhard Pohl, Sonderbeauftragter für Sicherheitspolitik im Auswärtigen Amt. Vorher trug die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, MdB Ulrike Merten (SPD), über die Situation der Bundeswehr vor.

Verbesserung der Versorgung von Bundeswehrsoldaten

Bundestagsabgeordnete führten kein von der übrigen Welt abgeschottetes Orchideen-Dasein, sondern sie stünden voll im Leben. Dies mache ein Rückblick auf die vergangenen zwölf Monate deutlich, so Ulrike Merten. Vor dem Hintergrund der vielfältigen Veränderungen der letzten Jahre habe der Deutsche Bundestag gehandelt und zahlreiche Gesetze verabschiedet, um die sozialen Belange der Soldaten und ihrer Angehörigen an die veränderten Herausforderungen durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr anzupassen. Ziel sei es dabei auch, die Attraktivität des soldatischen Dienstes zu steigern, deren Wahl von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren bestimmt würde. Sie reichten hinsichtlich des Auslandseinsatzes von Bundeswehrsoldaten von einer guten Betreuung der Soldaten und ihrer Familien – so Ulrike Merten weiter – über eine gute Ausbildung bis hin zu einer bedarfsgerechten Ausrüstung, Unterbringung und Bezahlung der Soldaten.

Die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses führte anhand von Beispielen aus, wie dies in den vergange-

nen Jahren umgesetzt wurde. Seit 2001 könnten Frauen freiwilligen Dienst in allen Laufbahnen der Bundeswehr leisten. Dieser Dienst der Frauen in der Bundeswehr habe sich bewährt. Seit 2001 habe sich der Anteil der Frauen, die als Soldatin Dienst leisten, nahezu auf gut 15.000 verdreifacht. Am 1. Januar 2005 trat das Gesetz zur Durchsetzung der Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Kraft. Mit diesem Gesetz würde zum einen die Gleichstellung von Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie die Beseitigung bestehender und die Verhinderung künftiger Diskriminierung wegen des Geschlechtes angestrebt. Seit 2005 sei es möglich, auch für Soldatinnen und Soldaten (befristete) Teilzeitbeschäftigungen aus Fürsorgegründen zu beantragen, etwa für Kinder und pflegebedürftige Angehörige. Jedes Jahr machten mehrere Soldatinnen und Soldaten hiervon Gebrauch.

Weiter sagte Ulrike Merten, dass grundsätzlich auch die Vereinbarkeit von Familie und Dienst als ein neues Feld der Inneren Führung verstanden werden und in konkrete Maßnahmen mit einem Betreuungskonzept umgesetzt werden müsse. Hinsichtlich des Punktes Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse die Bundeswehr weiterhin eine Vorbildfunktion übernehmen. Hier sei schon viel geschehen in den vergangenen Jahren – beispielsweise was die Flexibilisierung der Arbeitszeiten angeht. Solche Angebote seitens des Arbeitgebers seien ein wichtiges Kriterium der Berufsentscheidung für

1 Frank Geldmacher ist Gymnasiallehrer an einer christlichen Schule in Rotterdam und promoviert derzeit an der Universität von Amsterdam, er war auch Co-Autor beim Beitrag im AUFTRAG 273 „Rom in der christlichen Spätantike. Rom und die Barbaren“

2 Professor ehrenhalber Dr. Andreas M. Rauch ist Gymnasiallehrer im kirchlichen Dienst und Lehrbeauftragter an der Universität zu Köln

junge Menschen, die heute selbstverständlich Familie und Beruf miteinander vereinbaren könnten. In diesem Zusammenhang begrüßte Ulrike Merten die Arbeiten zur Einrichtung von Kindergärten durch die Bundeswehr an einigen Standorten.

Der Deutsche Bundestag habe vor dem Hintergrund des Berichtes über den maroden Zustand westdeutscher Kasernen Konsequenzen gezogen und die Haushaltsmittel für den Bauunterhalt und für Baumaßnahmen erhöht. Zwischen 2008 und 2011 stünden hierfür bis zu 677 Millionen Euro bereit. Auf den Weg gebracht seien Modellversuche zum Bau von Pendlerappartements, um die große Zahl von Soldatinnen und Soldaten zu berücksichtigen, die nicht mehr an einen neuen Standort umzögen.

Bessere Absicherungen von Soldaten im Auslandseinsatz

Bei Auslandseinsätzen stelle die soziale und wirtschaftliche Absicherung der Soldatinnen und Soldaten sowie ihrer Familien ein besonderes Problem der Fürsorge dar, führte die Vorsitzende aus. Im Jahr 2002 habe der Deutsche Bundestag bereits das Einsatzversorgungsgesetz beschlossen. Offen sei danach noch der fehlende Rechtsanspruch auf Weiterbeschäftigung und die Versorgung von Zeitsoldaten und Reservisten in der Bundeswehr bei Einsatzunfällen gewesen. Deshalb sei es im Dezember 2007 zum in Kraft treten des Einsatzweiterverwendungsgesetzes gekommen, welches die Weiterverwendung nach Einsatzunfällen regelt und international einmalig sei.

Weiter ausgebaut würde die zivilberufliche Aus- und Weiterbildung der Bundeswehrsoldaten, welche unverändert ein wichtiger Eckpfeiler für die Gewinnung junger, bildungsorientierter und engagierter Männer und Frauen für den freiwilligen Dienst in der Bundeswehr darstelle. Es seien jährlich bis zu 40.000 Soldatinnen und Soldaten, die sich außerhalb ihrer Verbände im Studium, in der Berufsausbildung zu Beginn ihrer Dienstzeit oder in Maßnahmen der Berufsförderung zu Ende ihrer Dienstzeit befänden.

Mit der spürbaren Erhöhung der Dienst- und Versorgungsbezüge in 2008 und 2009 sei ein wichtiger Bei-

trag zur Aktivität der Bundeswehr geleistet worden. Mit der Abschaffung der „Ost-Besoldung“ sei der notwendige Schritt der Angleichung im Bereich der Streitkräfte gelungen. Als besonderen Erfolg der Arbeit des Deutschen Bundestages in jüngerer Zeit dürfe die Wehrsolderhöhung von zwei Euro pro Tag 2008 angesehen werden. Zudem sei es für die Parlamentarier von großer Bedeutung, dass sich die Soldaten auf eine gute sanitätsdienstliche Versorgung im Einsatz verlassen könnten. Als weiteren Erfolg der parlamentarischen Arbeit könne gemäß den Worten von Frau Merten das Dienstrechtsneuordnungsgesetz vom November 2008 gewertet werden. Innerhalb dieser Gesetzesnovelle seien deutliche Verbesserungen für die Bundeswehrsoldaten etwa bei der Erhöhung des Auslandsverwendungszuschlages erzielt worden. Alle diese Maßnahmen hätten ihren Preis. Die Betriebsausgaben der Bundeswehr würden im Jahr 2009 auf rund 800 Mio. Euro steigen, was vorrangig auf einen erhöhten Mehrbedarf beim Personal zurück zu führen sei.

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen

Nach Ulrike Merten äußerte sich auf der Petersberger Tagung der deutsche Botschafter bei der NATO, Eberhard Pohl, in einem Referat zur aktuellen sicherheitspolitischen Lage. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hob auf den machtpolitischen Paradigmenwechsel nach 1989/90 ab und auf die komplexe Lage in jüngerer Zeit. So seien neben den klassischen Gefährdungslagen – etwa in Europa – und weiter schwelenden Konflikten auch neue Herausforderungen zu bestehen: Umwelt- und Klimaprobleme, Terrorismus in unterschiedlichsten Erscheinungsformen etwa in der Bedrohung von Informationssystemen und Energieversorgungsstrukturen. Diese neuen Herausforderungen und Gefährdungslagen seien bei einer eventuellen Überarbeitung des sicherheitspolitischen Konzeptes der NATO von 1999 zu berücksichtigen.

Botschafter Pohl ging auf vier Punkte ein:

- **Die transatlantischen Beziehungen:** sie stellten nach wie vor die Grundlage europäischer Sicherheitspolitik dar. Doch der tradi-

tionelle Umgang der Amerikaner mit den Europäern als einer allein entscheidenden und dominierenden Macht sei einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit gewichen, die mit einer stärkeren Inanspruchnahme der Europäer, also auch mit mehr Risiken und Lasten, verknüpft sei.

- **Die Erweiterung der NATO:** in den Jahren seit 1994 habe sich das NATO-Bündnis von 19 auf nunmehr 28 (2009) erweitert, wobei hierbei die neuen NATO-Länder Kroatien und Mazedonien bereits eingerechnet seien. Hinsichtlich Mazedonien gäbe es wegen des Namens „Mazedonien“ Streit, da Griechenland diese Bezeichnung für sich beanspruche, doch gelte dieses Problem im Prinzip als gelöst.
- **Artikel 5 des NATO-Vertrages** bliebe wohl in seiner jetzigen Form auch in Zukunft erhalten. Es sähe derzeit nicht danach aus, dass neue sicherheitspolitische Handlungsfelder der NATO erschlossen würden, auch wenn Überlegungen für eine „globale Sicherheitsarchitektur“ dies nahe legen würden.
- **NATO und Russland** stünden gegenwärtig in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander, nachdem es mit der „partnership for peace“ einige Zeit ganz gut gelaufen wäre. Nach wie vor stelle Russland keinen militärischer Gegner für die NATO dar. Als sicherheitspolitische Probleme hätten sich jedoch der geplante Raketenabwehrschirm in Polen, der Kaukasus, die Diskussion um die NATO-Erweiterung sowie möglicherweise neuer NATO-Mitglieder und der Georgien-Konflikt herausgebildet. Strittig mit Russland seien auch ein möglicherweise neues sicherheitspolitisches Konzept der NATO.

Der deutsche militärische Vertreter im Militärausschuss von NATO, EU und WEU, Generalleutnant Jürgen Bornemann, stellte fest, dass die Arbeiten für eine Überarbeitung des NATO-Vertragskonzeptes gerade erst begonnen hätten und ein formeller Auftrag des NATO-Rates hierzu noch erteilt werden müsse. Nachdem das letz-

te, überarbeitete NATO-Konzept aus dem Jahr 1999 datiere, erwarte GenLt Bornemann die Billigung eines neuen NATO-Konzeptes im Jahr 2010.

Bornemann führte aus, dass das neue Konzept der NATO neue Strukturen schaffe und Aufgaben neu verteile. Wie dies erreicht werden solle, hänge vom künftigen Selbstverständnis der NATO ab. GenLt Bornemann warf vier Fragen auf:

- Soll die NATO ein Verteidigungsbündnis bleiben oder sich evolutionär zu einer Sicherheitsorganisation weiterentwickeln?
- Soll die NATO zu einer größeren, globalen Struktur finden?
- Soll die NATO mit anderen Akteuren (z.B. der EU) eng zusammenarbeiten?
- Soll die NATO zu neuen Entscheidungsverfahren finden?

Der deutsche militärische Vertreter nannte ebenso wie Botschafter Pohl die veränderten, neuen Sicherheitsrisiken, mit denen sich die NATO auseinandersetzen müsse: So hätten sich die Risiken und Gefährdungen im NATO-Gebiet sowie weltweit grundlegend verändert. Die klassischen zwischenstaatlichen Bedrohungen bestünden zwar weiterhin, aber asymmetrische Bedrohungen, vor allem durch Staaten mit zerfallenden Staatsstrukturen (failed states) wie etwa Somalia oder dem Kongo und eine global agierende, organisierte Kriminalität stellten neue Herausforderungen für die NATO dar. Als Bedrohung nahm Bornemann vor allem fundamentalistisch organisierte Gruppen und einen Anstieg der Anzahl von Staaten mit Massenvernichtungswaffen wahr – etwa die ballistischen Flugwaffen im Iran und Nordkorea.

Hinzu würden neue Szenarien im Umweltbereich wie etwa eine fortschreitende Klimaerwärmung und Umweltverschmutzung treten, deren Folgen im Einzelnen heute noch gar nicht bekannt seien (z.B. Überflutungen, Wetterveränderung, Wüstenausbreitung). Weiter seien mögliche Gefährdungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie zu nennen. So geht Bornemann davon aus, dass es in naher Zukunft zu Anschlägen auf den Informationssektor oder auf lebenswichtige Ressourcen kommen könnte. Hier müsste die NATO ein neues

Operationskonzept erstellen, so Bornemann. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, in wie weit Artikel 5 des NATO-Vertrages verändert werden müsste oder nicht.

Französische NATO-Vollmitgliedschaft

Bereits am 11. März 2009 hatte der französische Staatspräsident der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass Frankreich seinen Platz im Atlantischen Bündnis wieder voll und ganz einnehmen würde. Diese Entscheidung wurde durch das französische Parlament am 17. März 2009 bestätigt. Nach 43 Jahren nimmt damit Frankreich Abschied von der Entscheidung General Charles de Gaulles, die integrierte Struktur der NATO zu verlassen. Dass diese Entscheidung möglich wurde, hänge mit der grundlegenden Entwicklung der NATO und der internationalen politischen und strategischen Situation in Europa seit Ende des Kalten Krieges zusammen, so der französische Botschafter in Deutschland, Bernard de Montferrand bei den 5. Petersberger Gesprächen.

Als de Gaulle die integrierte NATO-Struktur verließ, ging er von drei Feststellungen aus:

- einem Ungleichgewicht zwischen den Bündnispartnern,
- einem fehlenden Verantwortungsgefühl der Europäer und
- von einer Automatik der Gewaltanwendung.

Dieses habe sich seither grundlegend geändert. Vor allem drei Veränderungen ließen sich ausmachen:

Heute sei das Bündnis viel ausgewogener: Die Amerikaner würden partnerschaftlich mit den Europäern zusammenarbeiten, die wiederum den historischen Beschluss gefasst hätten, eine europäische Verteidigung aufzubauen. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft (ESVP) existiere heute in den europäischen Verträgen sowie in Brüssel mit Institutionen und vor Ort in den Einsätzen.

Es sei heute ein Bündnis – so der französische Botschafter in Deutschland – in dem die Staaten ihre Verantwortung übernehmen. So wie es keine Abgaben ohne Gegenleistung gebe, so könne man sich auch nicht vorstellen, dass ein Land das Leben seiner Soldaten leichtfertig aufs Spiel setze.

Die NATO sei ein Bündnis, in dem die Kräfte nicht automatisch ohne das Wissen der politischen Organe, eingesetzt würden. Die Krisen der Gegenwart eine politisch-militärische Behandlung und die Einsätze erforderten einen breiter gefassten, sicherheitspolitischen Rahmen.

Außerdem möchte Frankreich – so Botschafter de Montferrand – bei der Überarbeitung des NATO-Konzeptes gestaltend mitwirken. Dabei müsse Artikel 5 des NATO-Vertrages die Grundlage für das Atlantische Bündnis bilden, so der Botschafter. Gleichzeitig solle die NATO seine militärischen Fähigkeiten ausbauen, damit sie aktiv werden könne, wenn die Sicherheit des Bündnisses auf dem Spiel stünde. Als Probleme sieht der Botschafter das Verhältnis der NATO zu Russland an sowie die Tatsache, dass 22.000 Beamte im Hauptquartier in Brüssel 66.000 Soldaten im Einsatz gegenüber stünden – also ein Beamter für drei Soldaten!

Spannungen zwischen schwierigen Rahmenbedingungen und unterschiedlichen Interessenlagen

Diskutiert wurden auch sicherheitspolitische Aspekte aus der Sicht der deutschen Bevölkerung, wie sie in der Bevölkerungsumfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI) aus dem Jahr 2008 dargestellt wurden. Danach fühlt sich die deutsche Bevölkerung zu 90 Prozent sicher. 53 Prozent der Bevölkerung meint, Deutschland solle sich eher auf die Bewältigung seiner eigenen Probleme konzentrieren, 47 Prozent hingegen sind der Auffassung, dass Deutschland in der Außenpolitik eine aktive Rolle spielen sollte (im Jahr 2007 55 Prozent). Hinsichtlich den internationalen Organisationen genießt die Europäische Union vor der OSZE und den Vereinten Nationen das beste Ansehen unter den deutschen Bürgern. Den höchsten Akzeptanzgrad hinsichtlich den Auslandseinsätzen der Bundeswehr erzielte 2008 in der Wahrnehmung der deutschen Bevölkerung KFOR/EUFOR und ISAF.

Auf der Petersburger Tagung wurde deutlich, dass es immer schwieriger wird, die unterschiedlichen Interessen der NATO-Mitglieder unter einen Hut zu bringen. Dies wird auch

bei der möglichen Überarbeitung des NATO-Vertrages eine Rolle spielen. Schon innerhalb der Bundesregierung wird ein Meinungsspektrum deutlich, wenn davon gesprochen wird, die NATO solle sich mit der nuk-

learen Abrüstung (Bundesaußenminister Frank Steinmeier) und dem Klimawandel (Bundeskanzlerin Angela Merkel) befassen. Auf dem Petersburg herrschte eher die Meinung vor, dass eine künftige NATO nicht

die Rolle eines Weltpolizisten übernehmen soll. Unstreitig steht fest: Es gibt neue Herausforderungen in der internationalen Politik, die neue sicherheitspolitische Konzepte notwendig machen. □

Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Entwicklungen bei der Weiterverbreitung von nuklearer (Waffen-)Technologien

(9. gekürzte Fortschreibung – Zeitraum Februar 2009 bis April 2009)

VON WERNER BÖS

Die Redaktion wird auch weiterhin über das Monitoring der Proliferationsproblematik des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ berichten. Wie gewohnt, verzichten wir auf die detaillierte Wiedergabe der chronologischen Ereignisse und werden uns auf die Bewertungen des Autors stützen. An der chronologischen Entwicklung interessierte Leser könne diese bei der Redaktion AUFTRAG per e-mail abrufen (redaktion-auftrag@kath-soldaten.de).

Iran

Die als privat deklarierte Reise Gerhard Schröders im Februar des Jahres in den Iran erregte internationales Interesse wegen seiner dortigen Gesprächspartner. Wegen seiner Opposition zur Bush-Regierung sah die iranische Führung in Schröder offenbar einen politischen Gesinnungsgenossen, der die iranische Sicht der Dinge verstehen und sie der Welt erklären werde. Man hat im Iran nicht vergessen, dass Schröder sich als Kanzler vehement gegen die von den USA erwogene Option gestellt hatte, den Iran wegen seines Atomprogramms anzugreifen.

Dem Gespräch mit dem iranischen Präsidenten und wiederholten Holocaust-Leugner Ahmadinedschad hätte Schröder ausweichen können, ja müssen. Wohl gemerkt: Das gilt nur für diese Begegnung, nicht für die generelle Philosophie des Umgangs mit dem Iran. Im Gegenteil, dem Iran muss Gelegenheit gegeben werden, aus der fundamentalistischen Politik-Ecke herauszukommen.

Mit dem Amtsantritt von Barack Obama verliert auch die Schurkenstaat-Theorie an Bedeutung. Der neue amerikanische Präsident hat selbst angedeutet, dass er den Dialog mit

der Teheraner Spitze langfristig suchen wird. Hält man die Aussagen von US-Präsident Obama und Irans Präsident Ahmadinedschad dazu nebeneinander, könnte man den Eindruck gewinnen, direkte Verhandlungen seien zum Greifen nahe. Erstmals seit der Islamischen Revolution 1979 zeigen beide Seiten ernsthaft und auf höchster Ebene Dialogbereitschaft.

Tatsächlich aber hat die US-Regierung ebenso wie die Sechsergruppe, die aus den fünf Veto-Mächten im UN-Sicherheitsrat und Deutschland besteht, im Atomstreit mit dem Iran einen diplomatischen Balanceakt zu bewältigen, dessen Ausgang völlig offen ist. Die Annäherung wird ein mühsamer Prozess werden und steht unter enormem Zeitdruck. Zwar arbeiten die USA noch an einer Iran-Strategie, dennoch ist eine Vorentscheidung gefallen, dass über Irans Atomprogramm im Rahmen der Sechsergruppe verhandelt werden soll, in der Teheran dann direkt mit Washington sprechen kann.

Eine zu frühe Kontaktaufnahme könnte Ahmadinedschad im Wahlkampf stärken. Er könnte Verhandlungen als großen Erfolg verkaufen, um die schlechte Wirtschaftslage im Land zu überspielen. Das würde die

Chancen der liberalen Kandidaten schmälern, ebenso jene der konservativen Pragmatiker. Mit beiden aber ließe es sich leichter verhandeln als mit dem zu radikalen Tönen neigenden Amtsinhaber.

Um zu verhindern, dass Amtsinhaber Ahmadinedschad die Gespräche für seinen Wahlkampf aus-schlachten kann, erwägen die USA, sich direkt an den geistlichen Führer Ayatollah Ali Chamenei zu wenden. Dieser hat ohnehin die Entscheidungsgewalt in Fragen der nationalen Sicherheit und kontrolliert auch das Atomprogramm. Chamenei hat sich jedoch schon mehrmals kritisch zu dem Regierungswechsel in Washington geäußert: „Ein politischer Wandel in Washington ist nicht zu erkennen. Die amerikanische Regierung setzt ihren bisherigen Kurs fort, es gibt keine Zeichen, die darauf hinweisen würden, dass die Amerikaner ihre früheren Fehler wiedergutmachen wollen.“

Der frühere iranische Präsident Mohammed Chatami hatte lange gezögert, wollte zur Wahl gar nicht antreten, aber die Reformer ließen nicht locker, bis er im Februar seine Kandidatur bekannt gab. „Nur Chatami kann die Massen dazu bewegen, an die

Urnen zu kommen, dann schaffen wir es auch Ahmadinedschad abzulösen“, meinten die Reformer. „Es kommt auf die an, die 2005 zu Hause blieben. Wenn sie wiederkommen, gewinnen wir auch wieder“. Der 65-jährige Chatami, Staatspräsident von 1997 bis 2005, hatte Bedenken anzutreten, da seine Reformen in der zweiten Amtsperiode gescheitert waren. In Iran ist laut Verfassung nicht der Präsident, sondern der religiöse Führer das eigentliche Staatsoberhaupt. So wurden alle seine Reformpläne für ein offeneres, weltlicheres System, das jedoch für den iranischen Klerus und die treuen Revolutionsgarden ein absolutes Tabu war, blockiert und Zeitungen geschlossen sowie Dissidenten verhaftet.

Der Tiefpunkt seiner ersten Regierungszeit war die Parlamentswahl 2004, bei denen die Reformer von dem Wächterrat einfach disqualifiziert wurden und die politischen Widersacher aus dem konservativen Lager zwangsläufig ins Parlament kamen.

Mit russischer Hilfe hat der Iran im Februar erstmals einen Testlauf seines Atomkraftwerkes in Buschehr gestartet, ohne angereichertes Uran zu verwenden. Teheran will das einst von deutschen Firmen begonnene, nun von den Russen fertig gebaute Kraftwerk so schnell wie möglich in Betrieb nehmen. Der islamische Gottesstaat unterstreicht mit dieser Aktion erneut seine Entschlossenheit, sein umstrittenes Atomprogramm voranzutreiben. Dies dient nach Angaben der Regierung in Teheran allein der Energiegewinnung, obwohl Iran über große Öl- und Gasreserven verfügt. Der Verdacht, dass das Mullah-Regime heimlich Atomwaffen entwickelt, bleibt unausgeräumt.

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA inspizierte bereits die im Bau befindliche Anlage und ist auch berechtigt, den dann Betrieb befindlichen Reaktor zu überprüfen. „Der Iran handelt im Fall Buschehr absolut legal und verstößt mit dem Testlauf nicht gegen internationale Beschlüsse“, heißt es aus der Behörde. Jedes Land habe das Recht, die Kernkraft friedlich zu nutzen.

Unter normalen Umständen lässt sich der Reaktor in Buschehr nicht

für ein militärisches Atomprogramm nutzen. Dennoch warnt Israel vor der atomaren Bewaffnung des Iran: „Das ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu Nuklearwaffen.“ Auch die fünf Veto-Mächte im Sicherheitsrat der UNO und Deutschland befürchten, wie die Mehrheit der Internationalen Gemeinschaft, dass Teheran den Bau der Atombombe anstrebt, weshalb das Regime schon mehrmals mit Sanktionen belegt und zur Einstellung der Urananreicherung aufgefordert wurde.

Die USA haben wiederholt kritisiert, dass Russland den Iranern beim Bau des Atommeilers in Buschehr hilft. Eine Kooperation zwischen Moskau und Teheran gefährde die Front gegen den Iran im UNO-Sicherheitsrat. Russland kann als Vetomacht im Entscheidungsgremium der Vereinten Nationen Sanktionen gegen Teheran verhindern. Zudem, so wird geglaubt, verschafften sich die Iraner durch die Zusammenarbeit mit den Russen weiteres wertvolles Atom-Wissen. Teheran und Moskau haben auch ein langfristiges Abkommen über die Belieferung von Buschehr mit schwach angereichertem Uran geschlossen, das für Atomwaffen ungeeignet ist. Mit dem Uran soll der Reaktor mit 1000 Megawatt Leistung angetrieben werden. Moskau nimmt auch die abgebrannten Brennstäbe wieder zurück.

Allerdings betreibt Iran in Natans auch eine eigene Uran-Anreicherungsanlage, die von der internationalen Gemeinschaft misstrauisch beobachtet wird. Trotz des UN-Verbots wird sie weiter betrieben. Hoch angereichertes Uran eignet sich für den Bau von Bomben. Iran bekräftigt immer wieder, am Zeitplan für die Anreicherung von Uran für angebliche Energiegewinnung festzuhalten. In den kommenden fünf Jahren sei die Inbetriebnahme von 50 000 Zentrifugen geplant.

Auch ein angeblich betriebsbereites Schwerwasserkraftwerk der Iraner beunruhigt die IAEA. Beim Betrieb eines solchen Werkes fällt waffenfähiges Material an. Eine „mögliche militärische Dimension“ des iranischen Atomprogramms kann die IAEA nach ihrem Kenntnisstand nicht ausschließen.

Präsident Obamas Initiative gegenüber Russland, auf den Aufbau einer Raketenabwehr in Osteuropa zu verzichten, zielt als Gegenleistung Moskaus direkt auf die Unterstützung der amerikanischen Iran-Politik ab. Man will bei der Eindämmung des iranischen Atomprogramms endlich vorankommen. Wenn Russland mithilft, dass Iran keine Atombomben baut, braucht man auch keine Raketenabwehr dagegen, lautet die Logik. Dieser Vorschlag ermöglicht es beiden Seiten, ohne Gesichtsverlust einen bedeutenden Streitpunkt aus dem Weg zu räumen.

Dass Russland bedingungslos auf die USA zugehen könnte, ist jedoch unwahrscheinlich. Die russische Regierung wird nur dann eine Übereinkunft in Sachen Iran mit den Amerikanern schließen, wenn dies keine drakonischen Maßnahmen gegenüber dem Iran bedeutet. Dazu zählen schärfere Sanktionen und Gewalt. Russland und Iran haben seit Mitte der 90er-Jahre ihre Wirtschaftsbeziehungen ausgebaut: Das Handelsvolumen ist von 600 Mio. auf 3,7 Mrd. Dollar im vergangenen Jahr gestiegen. Russland setzte auf Iran als Exportmarkt für Nukleartechnik und verhandelte einen zehnjährigen Liefervertrag für Brennelemente. Beide vereinbarten die Gründung eines gemeinsamen Energiekomitees, um gemeinsame Öl- und Gas-Förderprogramme in Iran und Drittstaaten zu beginnen. Allerdings, dass Iran heute mit Russland vermehrt Geschäfte macht, heißt nicht, dass sich Teheran irgendetwas von Moskau sagen ließe.

Während der jahrelangen, zähen Verhandlungen über Sanktionen gegen den Iran ist deutlich geworden, dass Moskau und Washington das Land völlig unterschiedlich einschätzen. Die russische Führung glaubt schlichtweg nicht daran, dass vom iranischen Atomprogramm eine existenzielle Gefahr ausgeht. Natürlich wünscht auch sie sich, dass Teheran keine Atomwaffen besitzt. Doch bestimmt dieses Szenario nicht das sicherheitspolitische Denken Moskaus.

Die Politik des „ausgestreckten Hand“ Präsident Obamas wirft vier Fragen auf: Wie viele Zugeständnisse muss der Westen machen, weil der

Gegner weder militärisch noch durch andere Zwangsmittel wie Boykotte und Sanktionen zu besiegen ist? Wie weit darf der Westen dabei gehen, wenn wir nicht unsere Werte verraten wollen? Können wir mit Feinden Israels voraussetzungslos und „ergebnisoffen“ reden? Grundsätzlich gefragt, lässt sich mit radikalen Islamisten überhaupt Realpolitik machen?

Obamas Grußadresse zum iranischen Neujahrsfest Nouruz ist eine kühne Probe darauf. Der Präsident geht am sechzigsten Tag seiner Amtszeit eine waghalsige Wette ein – dass er ein Regime, das seit Generationen von Antiamerikanismus lebt, durch Verhandlungsofferten in die Weltgemeinschaft zurückholen könne. Riskant ist die Sache nicht nur für ihn selbst, sondern auch für die Gegenseite. Denn Obama räumt mit Freundlichkeit ein Überlebensmittel des Regimes ab: den hässlichen Amerikaner. Indem er respektvoll von der „Islamischen Republik“ spricht, ist das nicht weniger als die grundsätzliche Anerkennung der islamischen Revolution Chomeinis und seiner Nachfolger. Sicher ist es kein Zufall, dass ihm der Präsident des „Kleinen Satans“, der israelische Präsident Schimon Peres, mit seiner eigenen Neujahrsansprache an das „edle iranische Volk“ zur Seite springt – die Iraner mögen „ihren berechtigten Platz unter den aufgeklärten Nationen der Welt“ einnehmen. Zwar ruft er die Iraner zum Sturz ihrer Führung auf, aber: „Ich bin sicher“, so Peres, „der Tag ist nicht fern, an dem wir zu gut nachbarlichen Beziehungen zurückkehren können.“ Obama zieht in seiner Ansprache kurzerhand einen Strich unter Jahrzehnte gescheiterter amerikanischer Iranpolitik. Drei Minuten genügen ihm, um mit dreißig Jahren Sprachlosigkeit zu brechen. Implizit beerdigt er die Politik des „regime change“, indem er sich an „das Volk und die Führer der islamischen Republik Iran“ – eine lange vermiedene Formel – wendet. Seine Regierung, sagt er, habe sich „nun der Diplomatie verschrieben“. Dialog statt Konfrontation, Anerkennung statt Eindämmung – so der neue Kurs. Das ist eine bedeutende Veränderung. Damit ist die Option des Militärschlages zwar nicht völlig ausgeschlossen aber relativ weit nach hin-

ten ins Regal verbannt. Und das alles beherrschende Thema der westlichen Iranpolitik, den Streit ums Nuklearprogramm, erwähnt Obama nicht ein einziges Mal. Denn nun soll „die ganze Bandbreite der Fragen“ behandelt werden, und dies könne nicht durch „Drohgebärden“ befördert werden, sondern nur durch „wechselseitigen Respekt“. Obama stellt Iran vor die Wahl, seinen „berechtigten Platz unter den Völkern“ einzunehmen oder weiter auf Einfluss durch „Terror und Waffen“ zu setzen.

Der iranische geistliche Führer Chamenei hat es sofort verstanden: Die Neujahrsbotschaft verbirgt unter einer dicken Schicht von zucker süßen Nettigkeiten eine glasklare Botschaft, die das diplomatische Spiel um den Mullahstaat verändert. Darum gab der Ajatollah in seinem Kommentar dem Verdacht Ausdruck, die USA könnten „unter dem Samthandschuh eine Gusseisenhand versteckt haben“. Die iranische Führung fordert nun, dass den schönen Tönen auch Taten folgen sollten und präsentiert eine lange Liste an Vorbedingungen für Gespräche. Dass Teheran wirklich an neuen Beziehungen zu den USA interessiert ist, lässt sich zumindest daraus nicht ableiten. Die kühle Reaktion Teherans auf den mutigen Schritt Obamas zeigt, dass man dort nicht so recht weiß, wie auf die verbale Umarmung zu reagieren ist. Amerikanische Avancen stürzen Teheran, das eine Annäherung ebenso wünscht wie fürchtet, stets in Verwirrung. Eine gewisse Irritation ist verständlich, hatte doch Obama die amerikanischen Sanktionen gegen Iran verlängert. Mitten hinein in den iranischen Wahlkampf wird den Iranern eine Alternative zur Selbstisolation geboten. Jeder Kandidat wird sich dazu verhalten müssen.

Ein rascher Durchbruch ist nicht zu erwarten, dabei hat Obama die Hälfte seines Pulvers schon vor Beginn konkreter Verhandlungen als Vorleistung verschossen. Mit „harter Diplomatie“ wollte Obama den Konflikt um das iranische Atomprogramm lösen, hatte er versprochen. Jetzt aber wirkt seine diplomatische Initiative in dieser Frage eher weich gespült. Um den Iran zu Verhandlungen zu bewegen, will Obama die Linie verlassen, die von USA und EU jahrelang

gemeinsam verfolgt worden ist. Ihre Forderung nach Aussetzung der Urananreicherung durch den Iran war als Vorbedingung für weitere Verhandlungen auch vom UN-Sicherheitsrat übernommen worden. Die Ankündigung Obamas, darauf als Voraussetzung für direkte Gespräche zwischen Washington und Teheran verzichten zu wollen, unterläuft diese sorgsam aufgerichtete rote Linie. Das kann vom Regime des Iran nur als Belohnung für sein dreistes Ignorieren von Beschlüssen des Sicherheitsrates verstanden werden. Infrage gestellt wäre damit auch die Legitimation der Sanktionen, die von der internationalen Gemeinschaft mühsam auf die Beine gestellt wurden. Das Kalkül, Teheran werde sich im Gegenzug entgegenkommend zeigen und auf die militärische Nutzung der Atomenergie verzichten, ist sehr optimistisch. Aus freien Stücken, ohne gravierende Nachteile fürchten zu müssen, wird eine iranische Regierung kaum je auf die nukleare Option verzichten. Denn die würde dem Iran eine unangefochtene Hegemonialstellung in der Region sichern. Sofern sich das Regime tatsächlich auf Gespräche mit den USA einlässt, könnte es sie nach bewährtem Muster in die Länge ziehen, um Zeit für die Entwicklung seiner nuklearen Kapazitäten zu gewinnen. Und selbst wenn der Iran in Kontrollen seiner Atomproduktion einwilligte, wäre das keine Garantie, dass er diese Übereinkunft einhalten würde.

Erweist sich der Iran trotz Obamas großzügigen Offerten weiter unnachgiebig, sind nur noch zwei Alternativen übrig: Sich entweder mit der Nuklearbewaffnung des Iran abzufinden und zwecks Erhalt des Machtgleichgewichts in der Region zuzulassen, dass arabische Staaten mit der atomaren Aufrüstung nachziehen. Oder auf die militärische Option zurückzukommen und zu versuchen, die iranischen Atomanlagen zu zerstören. Das würde, wenn überhaupt noch möglich, freilich weitaus schwieriger und gefährlicher sein als noch vor zwei, drei Jahren. In beiden Fällen kann das, was jetzt wie ein Erwachen friedfertiger Beziehungen aussieht, im Handumdrehen ins Gegenteil umschlagen

Nordkorea

Nordkorea heizt die Spannungen in Ostasien weiter an. Es werde einen Kommunikations-Satelliten in den Weltraum schießen, verkündete das Militär im März. „Die Vorbereitungen für den Abschluss eines Satelliten vom Typ Kwang-mongsong-2 auf der Rakete Unha-2 gehen rasch voran.“ Die USA und die asiatischen Nachbarländer wie Südkorea, Japan und China befürchten, dass sich hinter dem geplanten Start ein neuer Raketentest verbergen könnte. Ungewöhnliche Aktivitäten auf der Raketenbasis Musudan-ri im Nordosten des Landes, mit Tests von Raketentriebmotoren, Installation von Radargeräten und Instellungbringen einer Mittelstreckenrakete mit 6000 Kilometer Reichweite deuteten darauf hin.

US-Außenministerin Clinton hatte, ebenso wie ihr südkoreanischer Amtskollege Yu Myung-hwan, die Regierung in Pjöngjang gewarnt, die Finger von einem Test zu lassen. Der würde „provokierend“ wirken. Zudem nach internationaler Auffassung ein Raketenstart, auch für einen Satelliten, ein Verstoß gegen die UN-Resolution 1718 von 2006 ist, die von Nordkorea verlangt, Raketentests einzustellen. Entsprechend kritisieren auch andere Staaten und der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon das nordkoreanische Vorhaben. Die große Sorge: Die von US-Spionagesatelliten gefilmten Röhren könnten vielmehr doch eine neue Version der Langstreckenrakete Tae-podong-2 sein, die rund 6700 Kilometer fliegen kann. Hawaii und Alaska wären damit bedroht. Bei einem Start im Sommer 2006 fiel die Rakete nach wenigen Sekunden ins Meer. Drei Monate später zündeten Nordkoreas Militärs ihre erste unterirdische Atombombe.

Mit einem erneuten Raketentest will Kim den neuen US-Präsidenten Obama wohl zu Zugeständnissen und weiteren Wirtschaftshilfen zwingen. Pjöngjang versteht sich auf politische Erpressung und hat wenig zu verlieren.

Der Satellitenstart oder Raketentest Anfang April fiel in eine Zeit, in der die komplizierten Verhandlungen um die Zukunft des nordkoreanischen Nuklearprogramms feststeckten. Die Verhandlungspartner der Sechser-

sprache und die Nordkoreaner konnten sich nicht darüber einigen, was die Inspektoren in den Atomanlagen kontrollieren dürfen, um sicherzugehen, dass Pjöngjang wie versprochen sein Nuklearprogramm beendet. Gleichzeitig wartete Pjöngjang auf 200 000 Tonnen Schweröl, die bei den Pekinger Atomgesprächen u.a. versprochen, aber noch nicht von Verhandlungspartnern USA, Russland, China und Japan sowie Südkorea geliefert wurden.

Zwar behauptete Pjöngjang, seinen Fernmeldesatelliten erfolgreich in den Orbit geschossen zu haben, der nun „unsterbliche Revolutionshymnen“ zu Ehren des 1994 verstorbenen Staatsgründers Kim Il-sung und seines Sohnes Kim Jong Il ausstrahle. Aber amerikanische und südkoreanische Experten fahndeten vergeblich nach dem Neankömmling im Orbit. Er sei, verkündeten sie, schlicht und einfach ins Wasser gefallen. Immerhin: Die Trägerrakete ist ziemlich weit geflogen, jedenfalls weiter als beim ersten Test vor drei Jahren in 2006. Nordkorea hat erhebliche Fortschritte beim Bau von Langstreckenraketen unter Beweis gestellt. Wie Nordkorea es geschafft hat, die Sanktionen der Vereinten Nationen zu umgehen, wissen nur das Land und seine iranischen, pakistanischen und chinesischen Geschäftspartner. Mit dem Start der Rakete hat Pjöngjang noch einmal bewiesen, wie löchrig die Verbote sind, mit denen die Vereinten Nationen und ein Teil der internationalen Gemeinschaft versucht, Nordkorea zu isolieren. Kim Jong IIs Interesse ist klar: Er muss nach innen Stärke zeigen und seine Militärs zufrieden stellen. Gleichzeitig will er der Welt signalisieren, dass mit ihm nicht zu spaßen ist. Wer Atomsprenköpfe und Raketen hat, dem kann man nicht mehr drohen. Nordkorea hat bewiesen, dass es Druck aushalten kann. Jetzt kann es sich auf das internationale Feilschen konzentrieren. Wichtigster Adressat dieser Botschaft ist der neue US-Präsident, mit ihm will Kim auf Augenhöhe verhandeln.

Nordkoreas Führer Kim Jong Il geht aus der Raketenkrise als Sieger hervor. Nun braucht der Machthaber nur noch darauf zu warten, dass die

amerikanische Regierung sich doch zu direkten Gesprächen bereit findet und sein Triumph wird vollständig sein. Er hat es in den vergangenen Jahren immer wieder verstanden, die USA und die asiatischen Nachbarn mit Drohungen zu erpressen – und sie gleichzeitig gegeneinander auszuspielen.

Die Verurteilung der Nordkoreaner durch den UN-Sicherheitsrat fiel einstimmig aus – auch China und Russland stimmten der Erklärung zu, in der betont wird, dass der Raketenstart vom 5. April die Resolution 1718 des Sicherheitsrats verletzen würde. In dieser Resolution von 2006 verhängte der Sicherheitsrat – als Reaktion auf den Atomwaffentest vom Oktober 2006 – u.a. ein Waffenembargo und verbot den Verkauf von Luxusartikeln für die Elite des darbenenden Landes. Zudem wurden alle Mitglieder der Vereinten Nationen angewiesen, bestimmte Vermögenswerte der Nordkoreaner einzufrieren.

Aus Protest gegen die Kritik des Weltsicherheitsrats an seinem Raketentest ist Nordkorea aus den internationalen Gesprächen über sein Atomwaffenprogramm ausgetreten. Die letzten Gespräche der Sechser-Runde fanden bereits im Juli 2008 statt und waren seitdem unter Vorwänden boykottiert worden. Zugleich erklärte es die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA für beendet und forderte alle IAEA-Inspektoren zur Ausreise auf. Darüber hinaus will Pjöngjang seine Atomanlagen reaktivieren. Diese Maßnahmen stoßen weltweit auf Unverständnis und Kritik. China und Russland fordern Nordkorea auf, rasch an den Verhandlungstisch zurückzukehren.

Seit dem vermuteten Schlaganfall Kims im August 2008 ist die Stellung der Hardliner im Militär stärker geworden, was sich auf die Haltung Nordkoreas auch im Atomstreit auswirkt. Das neue südkoreanische Weißbuch kommt zu dem Schluss, dass Nordkorea über 40 Kilogramm waffenfähiges Plutonium verfüge, die für einen Angriff auf Südkorea trainierten Sondereinheiten auf 180.000 Soldaten verdoppelt würden und seine Marine durch U-Boote und neue Torpedos verstärkt habe.

Exkurs zur atomaren Abrüstung:

Vor 66 Jahren haben die Atomwaffen das Licht der Welt erblickt. Sie sollten den Weltkrieg gegen Nazi-Deutschland und Japan gewinnen helfen. Danach waren sie dazu bestimmt, die gewaltige Armee der Sowjetunion davon abzuschrecken, ganz Europa zu erobern. Vor fast zwanzig Jahren war diese Bedrohung mit dem Zerfall der Sowjetunion verschwunden.

Es wird behauptet, dass Atomwaffen nötig sind, um die Weitergabe von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen zu verhindern. Von anderer Seite wird gesagt, dass sie zur Zerstörung tief verbunkelter Ziele in feindlichen Staaten erforderlich seien. Doch in Wahrheit gibt es heute nur eine wirkliche Aufgabe für z.B. amerikanische Atomwaffen: den Einsatz von Atomwaffen durch andere zu verhindern.

Die Atompolitik der Nuklearmächte ist noch immer dem Kalten Krieg verhaftet, obwohl sich die Bedrohungen dramatisch verändert haben. Inzwischen kommt die größte Gefahr von Terroristen, die einen verheerenden Schlag gegen die USA und andere Staaten planen und dazu Atomwaffen einsetzen könnten. Diese Gefahr wird durch die andauernde Proliferation und das Streben von Staaten nach Beherrschung der Nukleartechnologie ständig vergrößert.

Die Überprüfung der amerikanischen Haltung gegenüber der atomaren Bewaffnung hat begonnen. Das aufregendste Beispiel dafür ist die Vision einer atomwaffenfreien Welt wie sie im letzten Jahr von ehemaligen Außenministern der USA George Shultz, William Perry und Henry Kissinger entworfen wurde. Ihre Vision hat eine breite parteiübergreifende Unterstützung gefunden. Dadurch könnte Präsident Obama die Chance haben, die Vernichtung aller Atomwaffen zum Ordnungsprinzip seiner Atompolitik zu machen.

Die Größenordnung dieser Herausforderung ist enorm, vor allem politisch, aber auch weil sich heute überall auf der Welt Atombomben befinden und weiter gebaut werden. Es gibt ungefähr 25 000 Atomwaffen weltweit. Russland und die Vereinigten Staaten besitzen 95 Prozent

davon. Und es gibt fast 3000 Tonnen spaltbaren Materials in vierzig Ländern – genug, um mehr als 250 000 Atombomben zu bauen.

Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer vollständigen Abrüstung kann das gemeinsame Verständnis sein, dass der einzige Zweck der Atomwaffen darin liegt, abzuschrecken, dass andere sie einsetzen. Der Wegfall der militärischen Existenzgründe der Atomwaffen, könnte den Weg frei machen für einen radikalen Neuanfang in der Abrüstungspolitik. Für die Verhinderung eines Atomschlags durch gesicherte Vergeltungsfähigkeit, also durch Abschreckung, ist eine erheblich kleinere Zahl von Atomwaffen erforderlich als für eine atomare Kriegsführung. Die USA könnten ihr atomares Inventar z.B. auf 1000 Atomwaffen für alle Waffensysteme reduzieren – von den zirka 7000 ihres aktuellen Bestandes – und trotzdem zum vernichtenden Gegenschlag imstande bleiben.

Die Glaubwürdigkeit der Atomstaaten gegen die Proliferation könnte bei Anwendung einer solchen kontrollierten Abrüstungs-Doktrin wiederhergestellt werden. Dies wiederum könnte einen Fortschritt in Sachen Nichtweitergabe bewirken. Der Anreiz, nationale Sicherheit über den Besitz von Atomwaffen schaffen zu wollen, würde deutlich reduziert, stattdessen könnten Sicherheitsgarantien das Bedürfnis nach staatlicher Unversehrtheit befriedigen.

Nur eine Welt ohne Atomwaffen ist letztlich eine Garantie dafür, dass sie nicht eingesetzt werden. Können die Vereinigten Staaten unter Präsident Obama die Führung übernehmen und eine Initialzündung auslösen?

Ein Zeichen von Hoffnung könnte sein, dass sich die Außenminister Russlands und der Vereinigten Staaten bereits bei ihrem ersten offiziellen Treffen Anfang März 2009 in Genf zuversichtlich über die Aufnahme einer neuen Verhandlungsrunde zur atomaren Abrüstung äußerten. Der russische Außenminister bezeichnete die Aufnahme von Verhandlungen über ein Nachfolgepaket für den zum Jahresende 2008 auslaufenden ersten Abrüstungsvertrag für strategische Atomwaffen (Start I) von 1991 als „oberste Priorität“. Neben nukle-

aren Sprengköpfen sollten auch Interkontinentalraketen und Langstreckenbomber in einem neuen Vertrag erfasst werden. Er zeigte sich vor der ständigen Abrüstungskonferenz der Vereinten Nationen überzeugt, dass angesichts des erneuten Interesses der USA am Abrüstungsprozess „heute zum ersten Mal nach Ende des Kalten Krieges der Zeitpunkt gekommen sei, wirkliche Fortschritte bei der Wiederaufnahme des globalen Abrüstungsprozesses auf einer breitgefächerten Agenda zu erreichen.“

Präsident Obama hat eine Reduzierung von Atomwaffen zwar allgemein als ein wichtiges Ziel seiner Präsidentschaft bezeichnet. Seine Regierung hat aber noch nicht klar erkennen lassen, in welchen Bereichen der nuklearen und der konventionellen Rüstung sie die Prioritäten für Verhandlungen mit Russland sowie mit anderen nuklear bewaffneten Staaten und aufstrebenden Militärmächten setzen will.

Bei seiner Erklärung beim NATO-Gipfel in Straßburg und dem anschließenden EU-USA-Treffen in Prag Anfang April hatte Barack Obama eine schöne Botschaft: Die Welt von den Atomwaffen zu befreien. „Als die einzige Weltmacht, die schon eine Atomwaffe eingesetzt hat, haben wir die moralische Verpflichtung zu handeln.“ Vor der Kulisse der mittelalterlichen Prager Burg breitete Obama seine Ideen aus, wie die Vision einer atomwaffenfreien Welt zu verwirklichen sei: Amerika wolle die Führung beim Abbau der nuklearen Waffenarsenale übernehmen. Amerika werde sofort den Vertrag gegen Atomtests umsetzen und seine nuklearen Waffen verringern sowie noch in diesem Jahr mit Russland eine Reduktion der atomaren Sprengköpfe vereinbaren. Auch das Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen, der Atomwaffensperrvertrag, solle durch neue internationale Institutionen und Sanktionen bei Verstößen strikter umgesetzt werden. Die USA wollen binnen eines Jahres einen internationalen Gipfel zu nuklearer Sicherheit abhalten. Den Ländern, die an der zivilen Nutzung von Atomenergie interessiert seien, müsse ein Angebot geschaffen werden (Brennstoffbank), das sie davon abhal-

te, in die Anreicherungs-Technologie einzusteigen. In seiner Amtszeit will Obama zudem erreichen, dass alles waffentaugliche Nuklearmaterial sichergestellt wird.

Das klingt simpel, ist aber ein hartes Stück Arbeit. Vorerst jedenfalls hat er sich mit dem russischen Präsidenten Medwedjew darauf verständigt, wenigstens eine Welt mit weniger Atomwaffen zu schaffen. Auch das ist schon eine Erfolgsmeldung. Wenn sich die Supermacht USA und die Großmacht Russland einig sind, das Arsenal an Nuklearwaffen zu verringern und ein Nachfolgeabkommen für den Start-Vertrag auszuhandeln, zeugt dies von einer neuen Atmosphäre zwischen Washington und Moskau. Die Chancen eines Neubeginns ist nach den schwerwiegenden Differenzen über die Frage eines Raketenabwehrschirms, an dem Obama weiterarbeiten will solange die Be-

drohung durch den Iran anhält, nicht groß genug einzuschätzen. Obama hat die Verstimmung Russlands über die US-Raketenpläne richtig taxiert und versucht mit einer Initiative für weniger Atomwaffen eine neue Ära der Verständigung einzuleiten. Der Kreml kann einen abrüstungspolitischen Erfolg auf der Weltbühne gleichfalls gut gebrauchen.

Obama treibt seine Initiative zeitig voran, weil er weiß: Auch seine Zeit im Amt ist begrenzt. Mit Blick auf den Iran, Nordkorea und die mögliche atomare Bewaffnung anderer Staaten hat Präsident Obama ein ganz wichtiges Signal gesetzt.

Andererseits halten durchaus zahlreiche kritische Stimmen eine Welt ohne Atomwaffen für einen schönen Traum, der gut klingt, aber wohl kaum umgesetzt werden kann, sondern zum Scheitern verurteilt sei. Die Chancen für eine nukleare Abrüstung

seien in einer globalisierten Welt ungleich schwieriger, als sie es in den vergangenen Jahrzehnten war, aber selbst in denen hätte der nukleare Geist nicht in die Flasche zurück gezwungen werden können.

Weltweit kommt der Renaissance der Kernkraft und der Gefahr der Verbreitung von Atomwaffen eine wachsende Bedeutung zu. Mit der Verbreitung der zivilen Nutzung der Kernenergie auch in der arabischen Welt wächst aber die Gefahr, dass Atomtechnologie in falsche Hände gerät und zum Bau von Waffen verwendet wird. Die nukleare Abrüstung aber ist die Voraussetzung für die Nichtverbreitung. Sie wird nur funktionieren, wenn die fünf offiziellen Atommächte USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien ihre Arsenale abbauen. Solange das nicht geschieht, werden andere Länder an Atomwaffen weiter arbeiten. □

Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Sitzung des Sachausschusses in Hammelburg

VON BERTRAM BASTIAN

Brigadegeneral Josef Blotz, Kommandeur der Infanterieschule und General der Infanterie, hatte vom 24. bis 26. April 2009 in die Schule eingeladen, um dem Ausschuss die Gelegenheit zu geben, ein ganzes Wochenende zu diskutieren und dabei „Truppenluft“ zu schnuppern. Nach dem Beziehen der Unterkünfte und nach dem Abendessen, begann der erste Sitzungsteil mit dem Geistlichen Wort, welches vom Ausschussmitglied Manfred Heinz vorgetragen wurde. Das Protokoll der letzten Sitzung wurde gebilligt, die Tagesordnung angenommen. Da der Beauftragte für die Proliferation, Oberst a.D. Werner Bös, verhindert war, wurde sein Beitrag vorgelesen und nur „andiskutiert“. Weil die Zeit schon fortgeschritten war, wurden noch Erfahrungen über das Politikergespräch der GKS am 26.03.09 im KMBA mit MdB Elke Hoff (FDP) ausgetauscht, bevor man zu informel-

len Gesprächen bei einem Getränk übergang.

Am Samstag, nach dem Frühstück, trug Hptm a.D. Günter Neuroth über seine Erfahrungen während des

Sudan-Einsatzes als UN-Beobachter vor (siehe auch AUFTRAG 273, S. 23). Zwei Mitglieder des Sachausschusses hatten sich vorbereitet, über das II. Vatikanische Konzil vorzutra-



Bild 1: Einweisung des Sachausschusses in das Übungsdorf Bonnländ durch BrigGen Josef Blotz (Dritter von rechts)



Bild 2: BrigGen Josef Blotz (links stehend) stellt den Leiter des VN-Ausbildungszentrums, Oberst Reinhard Barz (rechts stehend), dem Ausschuss vor

gen Aus der Sicht des engagierten Laien trug Maj a.D. Klaus Liebetanz vor, dessen Ausführungen im nachfolgenden Artikel festgehalten sind. Die Ansicht des Theologen über das Konzil wurde von Dipl.-Theol. Manfred Heinz vorgetragen und wird im nächsten AUFTRAG veröffentlicht. Der Ausschuss hatte beschlossen, diese Vorträge zu halten, da die grundlegenden Papiere des II. Vaticanum



Bild 3: Nach dem gut besuchten Gottesdienst setzte sich der Ausschuss noch mit der Gemeinde auf eine Tasse Kaffee zusammen

sowie der Würzburger Synode nicht allgemein bekannt sind.

Vor dem Mittagessen stellte BrigGen Blotz dem Ausschuss die Ausbildungseinrichtungen in der Saaleck-Kaserne vor, darunter auch das Übungsdorf Bonmland (Bild 1), in dem auch an diesem Wochenende übende Truppe sich auf den Einsatz vorbereitete. Nach dem Mittagessen trug der Leiter des VN-Ausbildungszentrums, Oberst Reinhard Barz, über die Lehrgänge vor, die

an diesem Zentrum unterrichtet werden (Bild 2). Die gesamte Bandbreite der Einsätze kam ebenso zur Sprache, wie die Auswertung der Erfahrungen dieser Einsätze und deren Umsetzung in Anweisungen und Vorschriften. Vor dem gemeinsamen Abendessen war eine wichtige Entscheidung zu treffen. Mit einer Stimme Enthaltung wählte der Sachausschuss Oberst Josef Schmidhofer zu seinem neuen Vorsitzenden.

Beim anschließenden Beisammensein wurde von Klaus Liebetanz noch der Dokumentarfilm über den Jesuiten und promovierten Paläontologen Pierre Teilhard de Chardin gezeigt, der uns diesen Theologen näher brachte (siehe auch folgenden Beitrag von Klaus Liebetanz).

Am Sonntag feierte der Ausschuss zusammen mit dem katholischen Militärfarrer Stephan Frank und der Militärgemeinde in der Kuratie Christkönig (Standortkirche auf dem Lagerberg) den Gottesdienst und setzte sich noch mit der Gemeinde auf eine Tasse Kaffee zu Gesprächen in den Pfarrgemeindefaal (Bild 3).

Sachausschuss Sicherheit und Frieden

Das 2. Vatikanische Konzil – Eine Herausforderung für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

VON KLAUS LIEBETANZ

Mit dem folgenden Beitrag beabsichtigt der Autor darzulegen, dass die katholische Kirche mit den Erkenntnissen und Ergebnissen des 2. Vatikanischen Konzils (1962-65) endgültig das Mittelalter verlassen hat und sich – wie keine andere Religion – auf der Höhe der Zeit befindet. In diesem Bewusstsein dürfen katholische Soldaten auch im Alltag ihren Glauben zuversichtlich bekennen. Ferner fordert der Autor die Mitglieder der GKS und insbesondere den Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ auf, die Sicherheitspolitik im Lichte der Konzilskonstitution (GS) „Gaudium et spes“ zu betrachten und daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen und öffentlich zu vertreten. Nachfolgend werden einzelne Ergebnisse des 2. Vatikanischen Konzils aufgeführt und kommentiert.

Grundlegende Änderungen im Verhältnis zu den nichtchristlichen Religionen

Das Konzil von Florenz (1442) hält noch feierlich fest „extra ecclesiam nulla salus“ (außerhalb der Kirche kein Heil). Juden und Heiden (Moslems) wurde deshalb folgerichtig beschiednen, dass sie das ewige Heil nicht erlangen können, es sei denn, sie würden sich taufen

lassen. In der „Erklärung über das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen“ vollzieht das 2. Vatikanische Konzil eine radikale Änderung.

In dieser Erklärung steht zum Verhältnis zu den Juden: „Bei ihrer Besinnung auf das Geheimnis der Kirche gedenkt die heilige Synode des Bundes, wodurch das Volk des

Neuen Bundes mit dem Stamme Abrahams geistlich verbunden ist.“

„Deshalb kann die Kirche auch nicht vergessen, dass sie durch jenes Volk, mit dem Gott aus unsagbarem Erbarmen den Alten Bund geschlossen hat, die Offenbarung des Alten Testaments empfing und genährt wird von den Wurzeln des guten Ölbaums, in den die Heiden

als wilde Schösslinge eingepfropft sind.“

„Da also das Christen und Juden gemeinsame geistliche Erbe so reich ist, will die Heilige Synode die gegenseitige Kenntnis und Achtung fördern, die vor allem die Frucht biblischer und theologischer Studien sowie des brüderlichen Gesprächs ist.“

Über das Verhältnis der Kirche zu den Moslems gibt es in dieser Erklärung nur einen relativ kurzen, inhaltsstarken Abschnitt, der hier vollständig wiedergegeben werden soll:

„Mit Hochachtung betrachtet die Kirche auch die Muslime, die den alleinigen Gott anbeten, den lebenden und in sich seienden, barmherzigen und allmächtigen, den Schöpfer Himmels und der Erde, der zu den Menschen gesprochen hat. Sie bemühen sich, auch den verborgenen Ratschlüssen sich mit ganzer Seele zu unterwerfen, so wie Abraham sich Gott unterworfen hat, auf den der islamische Glaube sich gern beruft. Jesus, den sie allerdings nicht als Gott anerkennen, verehren sie doch als Propheten, und sie ehren seine jungfräuliche Mutter Maria, die sie bisweilen auch in Frömmigkeit anrufen. Überdies erwarten sie den Tag des Gerichtes, an dem Gott alle Menschen auferweckt und ihnen vergilt. Deshalb legen sie Wert auf sittliche Lebenshaltung und verehren Gott besonders durch Gebet, Almosen und Fasten.“

Da es jedoch im Lauf der Jahrhunderte zu manchen Zwistigkeiten und Feindschaften zwischen Christen und Muslimen kam, ermahnt die heilige Synode alle, das Vergangene beiseite zu lassen, sich aufrichtig um gegenseitiges Verstehen zu bemühen und gemeinsam einzutreten für Schutz und Förderung der sozialen Gerechtigkeit, der sittlichen Güter und nicht zuletzt des Friedens und der Freiheit für alle Menschen.“ (Kleines Konzilskompendium, Karl Rahner, Herbert Vorgrimler, Herderverlag S. 357)

Darüber hinaus nimmt das 2. Vatikanische Konzil in der dogmatischen Konstitution über die Kirche „Lumen Gentium“ im Kapitel 16 auch zu denen Stellung, die an nichts glauben (Agnostiker):

„Wer nämlich das Evangelium Christi und seine Kirche ohne Schuld nicht kennt, Gott aber aus ehrlichem

Herzen sucht, seinen im Anruf des Gewissens erkannten Willen unter dem Einfluss der Gnade in der Tat zu erfüllen trachtet, kann das ewige Heil erlangen. Die göttliche Vorsehung verweigert auch denen das zum Heil Notwendige nicht, die ohne Schuld noch nicht zur ausdrücklichen Anerkennung Gottes gekommen sind, jedoch, nicht ohne die göttliche Gnade, ein rechtes Leben zu führen sich bemühen.“

Die prophetische Konzilsschrift „Gaudium et spes“ spricht sich in ihrer Schlussziffer eindeutig für den Aufbau und die Vollendung der Welt in der Kraft des dreieinigen Gottes aus (GS, Ziff. 93). Alle Christen und alle Menschen guten Willens (wie z.B. Muslime und nichtreligiöse Humanisten) sind dazu aufgerufen, zusammenzuarbeiten und ihren Teil zu einer gerechteren Welt beizutragen.

Zweites Vatikanum und die Befreiungstheologie

Die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ legte das Fundament für die Befreiungstheologie im katholischen Bereich. Dies kommt zu Beginn dieser Schrift wie folgt zum Ausdruck:

„Vor seinen Augen steht also die Welt der Menschen und der gesamten Menschheitsfamilie im Zusammenhang des Alls der Dinge, in dem sie lebt; die Welt, der Schauplatz der Geschichte des Menschengeschlechts, von seinen Anstrengungen, Niederlagen und Siegen geprägt, die Welt, die nach dem Glauben der Christen in der Liebe des Schöpfers ihre Grundlegung und ihren Bestand hat; die unter die Herrschaft der Sünde geraten, von Christus aber, dem Gekreuzigten und Auferstandenen, der die Macht des Bösen gebrochen, befreit ist, bestimmt, verwandelt zu werden nach Gottes Heilsratschluss und so zur Vollendung zu kommen“ (GS, Ziff. 2).

Während die mittelalterliche Kirche dazu neigte, Gott zu finden, in dem man die Welt hinter sich ließ, fordert „Gaudium et spes“ die Gläubigen dazu auf, in die Welt zu gehen und am Aufbau und der Vollendung derselben teilzunehmen, um dabei Gott zu finden. Damit wird der christliche Glaube zu einer Einigungs- und

Zukunftsreligion und zum „Motor“ für die Bemühungen um die Vollendung der Welt. Der christliche Glaube kann nicht mehr verdächtigt werden, „Opium für das Volk zu sein“, das von den eigentlichen Problemen der unterdrückten Menschen ablenke. Deshalb hat diese Pastoralkonstitution nichts an Aktualität eingebüßt.

Beispiel: Lateinamerika

Bei der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Medellín 1968 hat sich die Kirche ganz im Sinne des 2. Vatikanischen Konzils eindeutig zur vorrangigen Option für die Armen und Unterdrückten bekannt. Die Bischöfe wollten in ihrer Mehrheit nicht mehr ausschließlich auf der Seite der Mächtigen und Großgrundbesitzer stehen. Das war ein entscheidender Paradigmenwechsel. Dieser schmerzliche Prozess mit zahllosen Opfern unter den Christen führte in den letzten Jahrzehnten zu einer beispiellosen Demokratisierung dieses Kontinents. Heute gibt es keine Militärdiktaturen in Lateinamerika. In El Salvador, dem Land des Märtyrerbischofs Oscar Romero, wurde dieser Tage in demokratischer Wahl ein neuer sozialdemokratischer Präsident gewählt, der die seit Jahrzehnten herrschende Arena-Partei mit ihren Todesschwadronen ablöst. (vgl. dazu den Artikel im AUFTRAG 272, S. 21ff „Peace Brigades International (PBI) – eine vorbildliche Antwort auf unsere Zeit“). Der katholische Theologe Gustavo Gutierrez hat 1971 als erster den Begriff „Theologia de la liberation“ geprägt, die sich vom marxistischen Klassenkampf mit Waffengewalt unterscheidet.

Benedikt XVI. als politischer Missionar in Afrika

Auf seiner jüngsten Reise nach Afrika im Februar 2009 wollte der Papst die Afrikaner im Sinne der recht verstandenen Befreiungstheologie mit folgenden Worten aus der Lethargie herausreißen: „Steht auf, erhebt euch, macht euch auf den Weg. Schaut voll Vertrauen in die Zukunft, vertraut auf die Verheißungen Gottes und lebt in seiner Wahrheit.“ Er prangerte Korruption und Unterdrückung an. Alle Schichten müssten sich am Aufbau der Zivilgesellschaft beteiligen. „Angesichts von Schmerz und Gewalt, von

Armut und Hunger, von Korruption und Machtmissbrauch kann ein Christ nie schweigen“, so Benedikt XVI, der als ehemaliger Konzilstheologe ein Verfechter der recht verstandenen Befreiungstheologie ist.

Das Konzil fordert die Beteiligung der Laien am demokratischen Prozess

„Aus dem lebendigeren Bewusstsein der menschlichen Würde erwächst ja in den verschiedenen Teilen der Welt der Eifer, eine neue rechtliche Ordnung zu schaffen, in der die Rechte der menschlichen Person im öffentlichen Leben besser geschützt sind, so etwa das Recht auf Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit und das Recht auf privates und öffentliches Bekenntnis der Religion. Der Schutz dieser personalen Rechte ist nämlich die notwendige Bedingung dafür, dass die Bürger einzeln oder organisiert am öffentlichen Leben und an der Leitung des Staates tätigen Anteil nehmen.“ (GS, Ziff. 73)

Wo sie sich auf den Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und die Garantie der Freiheitsrechte stützt ist die Demokratie die Regierungsform, die der Würde des einzelnen Menschen am angemessensten ist. „Agere sequitur esse“ (Das Handeln folgt dem Sein). Glauben und demokratisches Handeln bedingen einander, da „auch die demokratische Gesellschaft von Kräften lebt, die sie selbst nicht hervorbringen kann“ (Böckenförde). Von daher kommt den durch den Glauben vermittelten Werten eine grundlegende Bedeutung für den Zusammenhang des Staates und dem Schutz der menschlichen Würde zu.

Der „ehrenvolle Beruf des Politikers“

„Die heute dem Volk und besonders der Jugend so notwendige staatsbürgerliche Erziehung ist eifrig zu pflegen, so dass alle Bürger am politischen Leben aktiv teilnehmen können. Wer dazu geeignet ist oder sich dazu ausbilden kann, den schweren, aber zugleich ehrenvollen Beruf des Politikers auszuüben, soll sich darauf vorbereiten und sich in der Ausübung dieses Berufes eifrig bemühen unter Hintansetzung eigener Bequemlichkeit und wirtschaftlicher Vorteile. Sittlich intakt und klug

zugleich, soll er angehen gegen alles Unrecht und jede Unterdrückung, gegen die Unduldsamkeit und Willkürherrschaft eines einzelnen oder einer politischen Partei. Redlich und gerecht, voll Liebe und politischen Mutes, soll er sich dem Wohle aller widmen.“ (GS, Ziff. 75)

Bedauerlicher Weise gibt es zurzeit in Deutschland zu wenig Christen, die bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen. Dagegen gibt es jedoch eine große Anzahl Christen, die zwar in ihrer Selbsteinschätzung durchaus fromm sind, die sich aber sorgfältig von der Politik fernhalten und sich häufig über die „Charakterlosigkeit der Politikerklasse“ beklagen. Dieser Widerspruch zeigt, dass „Gaudium et spes“ bei manchen deutschen Katholiken noch nicht angekommen ist. Andererseits soll nicht vergessen werden, dass die CDU/CSU, als Antwort der katholischen und evangelischen Christen in Deutschland auf den Nationalsozialismus, mit der Entwicklung und Durchsetzung der „Sozialen Marktwirtschaft“ und dem europäischen Einigungsstreben – inklusive einer Friedenszone von Portugal bis Lettland – zum menschlichen Fortschritt erheblich beigetragen hat. Sie ist daher mit Recht eine Partei der „praktischen Befreiungstheologie“, ohne dass viele ihrer Mitglieder und Funktionsträger diesen Umstand überhaupt realisiert haben. Darüber hinaus kann jedoch nicht verschwiegen werden, dass auch in der SPD Christen dienen, welche dem Allgemeinwohl und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sind.

Die neue Rolle des Soldaten

„Wer als Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, betrachte sich als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker. In dem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaft zur Festigung des Friedens bei.“ (GS, Ziff. 79)

Diese Forderung stellt eine Wende im Selbstverständnis des Soldaten dar, weil es nicht mehr ausschließlich um die Interessen der eigenen Nation geht, wie das in der Vergangenheit selbstverständlich war. Insofern ist das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur

Zukunft der Bundeswehr“ aus christlicher Sicht ein wesentlicher Fortschritt im offiziellen sicherheitspolitischen Denken. Dieser Fortschritt macht sich u.a. an folgenden im Weißbuch 2006 verwendeten Begriffen fest: „umfassender Sicherheitsbegriff“, „Werteorientierung deutscher Sicherheitspolitik“, „Beseitigung struktureller Krisenursachen“ und die „Responsibility to protect“. Anspruch und Einsatzwirklichkeit stimmen in mancherlei Hinsicht noch nicht überein.

Fehlendes schlüssiges Gesamtkonzept

Dem deutschen militärische Auslandseinsatz muss ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept (comprehensive approach) zu Grunde liegen, das den zivilen Mitteln, wie rechtstaatlicher Polizeiaufbau, wirksame Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung rechtstaatlicher Strukturen mindestens den gleichen Nachdruck verleiht wie den militärischen Mitteln. Der stellv. Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Andreas Schockenhoff, zuständig für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik, geht mit Recht davon aus, dass sich Friedensmissionen nach Beendigung der Kampfhandlungen aus 20 % militärischer Absicherung und 80 % zivilem Aufbau zusammensetzen müssen (BT-Debatte vom 16.10.08). Halbherzigkeit wie bei der deutschen Führungsaufgabe in Afghanistan zum dortigen rechtstaatlichen Polizeiaufbau darf nicht zur Verlängerung des militärischen Engagements führen. Soldaten dürfen nicht Lückenbüßer für mangelhaften politischen Willen sein.

Der militärische Einsatz muss von Anfang an Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Eigenverantwortlichkeit („Ownership“) der Betroffenen muss klare Priorität haben (GS, Ziff. 86). Es ist daher auch nicht Aufgabe deutscher Soldaten, die „Kohlen für andere Völker aus dem Feuer zu holen“. So ist z.B. die Drogenbekämpfung in Afghanistan in erster Linie eine Aufgabe der afghanischen Sicherheitskräfte. Folgerichtig muss die Bundeswehr im Ausland in erster Linie Ausbildungsarmee für die einheimischen Soldaten sein, sobald es die

Lage zulässt. Es müssen allerdings geeignete Vorkehrungen getroffen werden, dass ausgebildete Soldaten nicht anschließend dem organisierten Verbrechen oder gar dem direkten Gegner dienen.

Das Verhältnis von „Gaudium et spes“ und der „Agenda for peace (VN)“

In den Ziffern 88 und 90 geht „Gaudium et spes“ auf die Zusammenarbeit und Angewiesenheit von Christen und internationalen Organisationen wie folgt ein:

Der Auftrag der Christen zur Hilfeleistung (Ziff. 88)

„Zum Aufbau einer internationalen Ordnung, in der die Freiheit aller wirklich geachtet wird und brüderliche Freundschaft herrscht, sollen die Christen gern und von Herzen mitarbeiten, und das um so mehr, als der größte Teil der Welt noch unter solcher Not leidet, dass in den Armen Christus selbst mit lauter Stimme die Liebe seiner Jünger aufruft. Die Menschen dürfen kein Ärgernis nehmen müssen an der Tatsache, dass einige Nationen, in denen die Mehrzahl der Einwohner Christen sind, Güter in Fülle besitzen, während andere nicht genug zum Leben haben und von Hunger und Krankheit und Elend aller Art geplagt werden.“

Die Beteiligung der Christen in den internationalen Institutionen (Ziff. 90)

„Eine hervorragende Form des internationalen Wirkens der Christen ist zweifellos die Mitarbeit, die sie einzeln und organisiert in den vorhandenen und zu gründenden Einrichtungen zur Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen leisten. ... Solche Vereinigungen tragen nicht wenig dazu bei, den Sinn für die Weltprobleme zu entwickeln, was Katholiken gemäß ist, und das Bewusstsein wahrhaft weltweiter Solidarität und Verantwortung zu wecken.“

„Gaudium et spes“ und die „Agenda for peace“ der Vereinten Nationen (1992) dienen beide der weltweiten Entwicklung zu Frieden und Gerechtigkeit und damit der Vollendung der Welt nach Gottes Willen. Dem Soldaten kommt bei der Friedenskonsolidierung, angesichts

der vielen vom Scheitern bedrohten Staaten („failing states“), eine wichtige Aufgabe in der Phase der Stabilisierung zu. Damit trägt das soldatische Tun, wenn es in der rechten Weise und Gesinnung ausgeführt wird, wahrhaft zum Frieden bei.

Das Paradies liegt nicht hinter uns sondern vor uns!

Die zweitausendjährige Geschichte des Christentums hat gezeigt, dass Theologie nur Sinn macht, wenn sie sich mit der realen Welt auseinandersetzt. So nimmt es nicht wunder, dass der französische Jesuit und studierter Paläontologe, Pierre Teilhard de Chardin (1881-1955), der den Widerspruch zwischen biblischer Paradiesgeschichte und den Erkenntnissen der Naturwissenschaft über die Entwicklung des Lebens auflöste, das 2. Vatikanische Konzil wesentlich beeinflusst hat. Er hat unter anderem nachgewiesen, dass die Menschheit an mehreren Orten unterschiedlich voneinander entstanden ist. Es gab also kein Urpaar Adam und Eva. Nach Auffassung des 2. Vatikanischen Konzils ist Jesus Christus das Ziel der menschlichen Geschichte (GS, Ziff. 45). Die menschliche Geschichte endet daher nach Überzeugung der durch das Konzil grundlegend reformierten katholischen Kirche nicht – wie die düsteren und pessimistischen Zukunftsaussagen des „Club of Rom“ (1980) – in einer Katastrophe sondern in der Vollendung der Welt. Es ist eine aberwitzige Vorstellung, dass der allmächtige und allgegenwärtige Schöpfergott sich den Lauf der Geschichte aus den Händen nehmen lässt. Die Vater-Unser-Bitte „Dein Reich komme“ ist keine leere Floskel und bezieht sich sinnvoller Weise nicht nur auf das Jenseits. Die Konzilsschrift „Gaudium et spes“ spricht sich in ihrer Schlussziffer eindeutig für den Aufbau und die Vollendung der Welt in der Kraft des dreieinigen Gottes aus (GS, Ziff. 93). Alle Christen und alle Menschen guten Willens (wie z.B. Muslime und nichtreligiöse Humanisten) sind dazu aufgerufen, ihren Teil zu einer gerechteren Welt beizutragen.

Dass die Zeit des Paradieses vor uns liegt, ist nicht eine Frage der Gemütslage, ob man eher Optimist oder

Pessimist ist, sondern eine Glaubensfrage, nämlich ob man Jesus Christus, dem Sohn des lebendigen Gottes die Kraft zutraut, diese von seinem Vater geschaffene Welt zu vollenden. Deshalb stellt das Konzil in „Gaudium et spes“ wie folgt fest:

„Der Herr ist das Ziel der menschlichen Geschichte, dem das Streben der Geschichte und der Zivilisation gilt, der Mittelpunkt der Menschheit, aller Herzen und Freude und Erfüllung ihrer Sehnsucht. Ihn hat der Vater von den Toten auferweckt, erhöht zu seiner Rechten gesetzt; ihn hat er zum Richter der Lebendigen und der Toten bestellt. Von seinem Geiste belebt und geeint, schreiten wir der Vollendung der menschlichen Geschichte entgegen, die mit dem Plan seiner Liebe zusammenfällt: „Alles in Christus zu erneuern, was im Himmel und auf Erden ist“ (Eph 1, 10) (GS, Ziff. 45)

Die früheren Gegner der Katholischen Kirche haben abgewirtschaftet

Mit den Ergebnissen des 2. Vatikanischen Konzils besonders mit der Schrift „Gaudium et spes“ hat die Kirche viele Engstirnigkeiten abgelegt und gültige Antworten auf unsere Zeit gefunden.

Die großen Ideologien, die der Kirche ein baldiges Ende voraussagten, wie der Marxismus, der Nationalsozialismus, der Neo-Liberalismus und nicht zuletzt die 68er Bewegung (Macht kaputt, was euch kaputt macht!) haben abgewirtschaftet und versagt, wie man an ihren Ergebnissen sehen konnte. Der Sozialismus hat sich trotz einiger Anfangserfolge als Sackgasse der Geschichte erwiesen. Seine unbestreitbaren guten Anregungen wurden im 2. Vatikanum aufgenommen und zur Vollendung geführt. Wir Katholiken haben keinen Grund uns in irgendeiner Form zu verstecken. Wir befinden uns auf der Höhe der Zeit. Das gilt in besonderer Weise für die katholische Kirche in der dritten Welt, wie der Autor auf seinen zahlreichen Besuchen in den entferntesten Gegenden der Welt feststellen konnte.

Nachholbedarf der europäischen Katholiken

Die europäischen Katholiken, insbesondere die deutschen, scheinen jedoch die Ergebnisse und Erkenntnisse

des 2. Vatikanischen Konzils nicht besonders erst zu nehmen. Befreiungstheologie hält man für einen Terminus Technicus (Spezialbegriff) einer Theologie, welche die marxistisch-leninistische Gesellschaftsanalyse zur Grundlage hat und daher nichts mit der Kirche zu tun hat. Mit dieser Deutung der Befreiungstheologie hat man das Problem eines notwendigen Umdenkens elegant umgangen. In Deutschland besteht die Gefahr, dass die sonntägliche Heilige Messe zu einer bürgerlichen Veranstaltung wird, bei der im Grunde alles beim Alten bleiben soll. Jugendliche fühlen sich nur selten angesprochen. Was allerdings der Geist des 2. Vatikanischen Konzils auch in Europa bewirken kann, zeigt die studentisch geprägte Gemeinschaft Sant'Egidio in Trastevere (Rom) mit ihren über 20.000 Mitgliedern, über 400 Suppenküchen in Rom und den täglich gut besuch-

ten Gottesdienst um 19:30 Uhr in St. Maria Trastevere. Die Gemeinschaft hat darüber hinaus den nachhaltigen Frieden in Mosambik (1992) und Guatemala (1996) durch vertrauliche Gespräche mit allen Parteien am jeweiligen Bürgerkrieg vermittelt und organisiert jährlich das Weltfriedenstreffen der Religionen. Einer der Gründerväter der Gemeinschaft Sant'Egidio, Andrea Riccardi, hat stellvertretend für die Gemeinschaft den Karlspreis 2009 bekommen.

Schlussfolgerungen für die Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) bezieht sich besonders auf die Ergebnisse des 2. Vatikanischen Konzils. Das setzt voraus, dass GKS-Mitglieder eine gute Kenntnis der Konzilsschrift „Gaudium et spes“ haben und sich mit den wesentlichen Erkenntnissen und Forderungen dieser prophetischen Schrift

auseinandersetzen. Das gilt in besonderer Weise für den Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“. Er sollte die Sicherheitspolitik im Lichte von „Gaudium et spes“ betrachten und daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen und öffentlich vertreten. Im Sinne einer recht verstandenen Befreiungstheologie muss sich der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ mutig, klug und entschlossen auch mit Fehlentwicklungen der derzeitigen Sicherheitspolitik auseinandersetzen, um zu klaren, sachlich begründeten Aussagen und Forderungen zu kommen. Das gilt in besonderer Weise für das unausgewogene Verhältnis der Mittel für militärische Stabilisierung und dem zivilen Wiederaufbau in den Einsatzgebieten. Christliche Soldaten haben aufgrund ihres Glaubens eine besondere Verantwortung für die friedliche Entwicklung ihrer Einsatzregion. □

Kurz berichtet

Wissenschaftler Rohe warnt vor Hetze gegen den Islam

Der Erlanger Islamwissenschaftler und Jurist Mathias Rohe hat vor „geistiger Brandstiftung und Hetze“ gegenüber dem Islam gewarnt. Wenn Muslime so gefährlich wären, wie oft behauptet, „wären wir alle längst tot“, sagte der Wissenschaftler der Uni Erlangen-Nürnberg am 6. Mai in Köln. Er sehe keine gewaltbereite Mehrheit unter den Muslimen in Deutschland und auch keine Islamisierung der Gesellschaft, betonte der Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islam und Recht in Europa.

Rohe sprach sich für einen differenzierten Umgang mit dem Begriff der Scharia aus. „Die meisten Regeln und Normen der Scharia entsprechen unserem Rechtsverständnis“, sagte der Jurist. Nur ein kleiner Teil sei problematisch. Entscheidend sei, alle Aussagen der

Scharia für die heutige Zeit zu interpretieren. „Die Aussagen der Bibel können auch nicht kommentarlos übernommen werden. Genauso ist es mit dem Koran.“ Die Mehrheit der Islamwissenschaftler vertritt nach Einschätzung von Rohe mittlerweile die Auffassung, dass von der Scharia „nur der Ein-Gott-Glaube unabänderlich ist.“

Die Muslime in Deutschland unterteilte Rohe in fünf Gruppen je nach ihrer Offenheit für islamistische Überzeugungen. Die Gruppe der „Islamisten“ will danach „Die weltliche Macht im Staat“ und sieht einen Gegensatz zwischen Demokratie und Islam. Die „Alltagspragmatiker“ sind laut Rohe für solche Gedanken empfänglich, weil sie ihre Religion nicht hinterfragen. Die „traditionellen Muslime“, die in Moscheevereinen die Mehrheit bildeten, akzeptierten vor al-

lem nicht die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Eine weitere Gruppe lebe einen „integrativen Islam“, für den die Religionsfreiheit Teil der islamischen Kultur sei. Die Gruppe der „Ex-Muslime“ dagegen halte den Islam für reformunfähig.

Rohe betonte, der Islam in Deutschland müsse auch in Zukunft unter dem Schutz der Religionsfreiheit stehen. Das gehöre zum Rechtsstaat. Die Frage, ob in Deutschland Moscheen gebaut werden dürfen, hänge allerdings nicht davon ab, ob in muslimisch geprägten Ländern Kirchen gebaut werden dürften, so der Forscher. Er hält es für falsch, dass Politiker und Kirchenvertreter dies in Moscheedebatten immer wieder miteinander verknüpften. Rohe sprach bei einer Veranstaltung der Karl-Rahner-Akademie. (KNA)

Auf den Spuren des Saulus Paulus aus Tarsus in der heutigen Türkei

Teil III und Schluss: Ikonion, Lystra, Ephesus Land der Urchristen – heute Diaspora

VON PAUL SCHULZ

„Diese aber schüttelten
den Staub von
ihren Füßen und zogen
nach Ikonion“
(Apg 13.51)

Mit dieser bezeichnenden Geste endet der erste Missionsversuch von Paulus und Barnabas in Antiochien in Pisidien. Der Weg von dort in das als Zentrum religiöser Bewegungen und Begegnungen bekannte Ikonion im anatolischen Hochland beträgt weniger als 90 km auf einer römischen Staatsstraße und war für die Apostel auch zu Fuß in zwei bis drei Tagen zu bewältigen.

Das Ikonion der Apostelgeschichte (13,51-14,6; s. *Kasten unten*) entwickelte sich zwei Jahrtausenden zur türkischen Großstadt Konya (s. *Kasten S. 23*) und harrt heute begraben unter



Ikonion

Das antike Ikonion (Iconium) besteht seit dem 8. Jh.v.Chr.; Hauptstadt Lykoniens in der römischen Provinz Galatien. Heimat der hl. Thekla, die eine Schülerin des Paulus war und nach der Legende als erste Märtyrerin des Christentums gilt; tatsächlich soll sie aber in Ikonion Ende des 1. Jh. eines friedlichen Todes gestorben sein.* – Ikonion wurde 1080 von den Seldschuken erobert und war ab etwa 1134 Hauptstadt der Rum-Seldschuken, welche den Grund zur Turkisierung Anatoliens gelegt hatten. Hier wurde beim 3. Kreuzzug von Friedrich Barbarossa im Jahr 1190 die Schlacht von Ikonion geschlagen. – Heute ist Iconium ein Titularerzbistum der römisch-katholischen Kirche.

* = s. Fußnote 2 sowie auch: Anselm Kraus, „Christliche Stätten in islamischen Ländern. Sklavin des lebendigen Gottes“, auf Website: www.sendbote.eu/messaggero/pagina_articolo.asp?IDX=363IDRX=85

einem Hügel im Stadtpark noch seiner archäologischen Erschließung. Im 13. Jh. war Konya die Hauptstadt des Sultanats der anatolischen Seldschuken (Rum-Seldschuken). Im dortigen Mevlana Kloster entstand der Derwisch-Orden (s. *Kasten S. 23*), der im gesamten späteren Osmanischen Reich (1299-1923) eine bedeutende Rolle in Politik und Religion gespielt hatte. Konya ist eine moderne, vom Islam geprägte, anatolische Provinzhauptstadt mit der größten Moscheendichte der Türkei¹. „Nirgendwo sonst in der offiziell laizistischen Türkei tragen so viele Frauen das Kopftuch, nirgendwo sonst ertönt die Stimme des Muezzins, der fünfmal am Tage zum Gebet ruft, so laut. ... Bis

zur gewaltsamen Vertreibung der Griechen aus der Türkei 1923 war Konya immerhin noch griechisch-orthodoxer Bischofssitz.“²

Drei Schwestern, die zum italienischen Zweig des Franziskanerordens gehören, hüten in der neugotischen St. Pauls-Kirche in der Nähe des Stadthügels das christliche Erbe. Die Kirche wurde 1910 für rund tausend christliche, ausländische Bahnarbeiter errichtet, die am Bau der unter deutscher Planung und Leitung stehenden Eisenbahnstrecke von Istanbul nach Bagdad beteiligt waren. Einen Priester gibt es hier nicht. Zwei bis dreimal jährlich kommt ein Geistlicher aus Ankara, einmal im Jahr be-

2 Michael Heesemann „Paulus von Tarsus. Archäologen auf den Spuren des Völkerapostels“, St. Ulrich Verlag, Augsburg 2008, S. 107 ff.; dort ist auch die mit einer antiken Erzählung verwobene apokryphe Legende der Erzmärtyrerin Thekla ausführlich besprochen.

1 In der Türkei gibt es rund 70.000 Moscheen. Ihr Bau wird privat finanziert. Der Staat gewährt allerdings Zuschüsse für den Unterhalt bauhistorischer oder architektonisch wertvoller Moscheen.



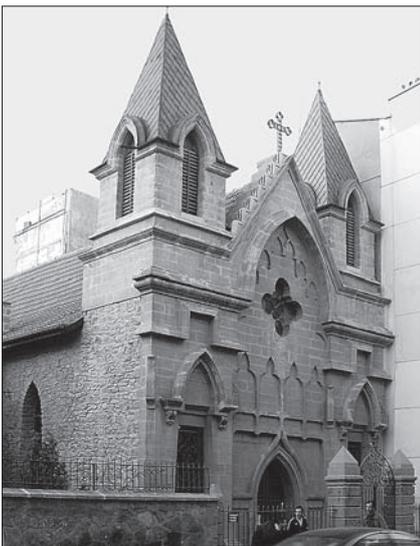
Mevlana Kloster in Konya (Mevlana – unser Meister) mit dem Mausoleum (r.) des persischen Mystikers Cellaledin-i-Rumi (1207-1273), der dort die Schule der „tanzenden Derwische“ (s. Kasten rechts) gegründet hatte; heute islam. Museum und bedeutender Wallfahrtsort türk. Muslime.

Konya (auch: Konia), Hauptstadt der türkischen Provinz K. in Inneranatolien, 1027 m ü.M., von 2.300 m hohen Bergen des Taurusgebirge umgeben. Nach Berechnungen von 2008 um 960.000 Einw., Univ., theolog. Hochschule; Getreidehandel, Nahrungsmittel-, Papier- und Metallindustrien; 1992 wurde eine Straßenbahn in Betrieb genommen, die ausschließlich ausgediente Straßenbahnwagen aus Köln benutzt.

sucht der Bischof von Izmir die kleine Kirche. Dann kommt es vor, dass ein muslimischer Theologieprofessor der islamisch-theologischen Hochschule Kontakt für einen Gedankenaustausch aufnimmt oder zu Vorlesungen einlädt. Nach Auskunft der Schwester, die unserer Gruppe bereitwillig die Kirche

Tanzende Derwische

Derwisch [von pers. Darwis – Bettler] islamischer Bettelmönch, Angehöriger eines Derwisch-Ordens (seit 12. Jh.). Die D. suchen durch geistige Versenkung und asketischen Übungen die mystischen Vereinigung mit Gott. Ihre Riten sind oft mit Musik und Tanz (Wirbeltanz der tanzenden Derwische) verbunden. Der Orden war im Osmanischen Reich seelsorglich und karitativ tätig, wodurch er die Volksfrömmigkeit prägte und beträchtlichen sozialen und politischen Einfluss gewann. Konya war für Jahrhunderte zum islamischen Zentrum geworden, dessen Sultane auch religiöses Oberhaupt des Reiches waren. Die D. sind heute wegen ihres Widerstands gegen politisch-soziale Reformen und weil sie sich an die Kultvorschriften und das Alkoholverbot des islamischen Rechts nicht gebunden fühlen in der Türkei und fast allen arabischen Ländern als religiöser Orden verboten. Die tanzenden Derwische sind heute allerdings nicht nur in Konya zu einer Touristenattraktion geworden.



Eingepfercht in eine moderne Bebauung, wie sie heute in allen Großstädten der Welt zu finden ist, liegt die 1910 erbaute St. Paul-Kirche in Konya. Sie ist zugänglich für alle, die einen Blick ins Innere werfen wollen, gleich ob aus Neugierde oder aus Interesse an einer hier fremden Religion

zeigt, leben in Konya fünf Katholiken und drei evangelische Familien. Dennoch ist die Kirche ganztägig geöffnet. In der Zeit zwischen Ostern und Herbst treffen gelegentlich christliche Reisegruppen zu einem Kurzbesuch ein. Die kleine Gemeinde ist eine Gebetsgemeinschaft, soziale und pfarrliche oder gar öffentliche Aufgaben können nicht wahrgenommen werden. So geht es nur um eine stille Präsenz in der dominanten islamischen Gesellschaft.

Hin und wieder kommen neugierige muslimische Besucher in die Kirche. Daraus ergeben sich, so die Schwester, Fragen, die zu guten Dialogen führen, aber sich auch zu polemischen und problematischen Gesprächen entwickeln können. Türkischsprachige Hinweistafeln erläutern den Besuchern, was sie in der Kirche vorfinden und geben so behutsame Informationen zu christlichen Glaubensdarstellungen und -inhalten katholischer Prägung. Da wir an einem Sonntag in Konya nach den verwehten Spuren des Apostels Paulus suchen und auch noch einen Salesianerpater unter uns haben, freuen sich die Schwestern, dass wir sie bitten und einladen, die Sonntagsmesse in ihrer Kirche zu feiern. Wenn auch die Spuren des Apostels unter dem Schutt der Geschichte und der gesellschaftlichen Ereignisse verborgen sind, so wird bei der Messfeier ein Bogen über 2000 Jahre geschlagen und in dieser extremen Diasporasituation wird viel vom Geist der auch damals kleinen frühchristlichen Gemeinde spürbar: So als sei nicht nur Christus, sondern auch sein Apostel selbst in dieser Stunde anwesend.

In Ikonion beginnt für Paulus und Barnabas alles sehr gut. Wie üblich gehen sie in die Synagoge und erhalten dort auch Gelegenheit, das Evangelium zu verkünden. Viele Juden und Griechen³ werden bekehrt und lassen sich taufen. Die ungläubigen Juden hetzen aber wie üblich die Heiden gegen Paulus, Barnabas und die mittlerweile Gläubigen auf, so dass sich

3 Mit „Griechen“ sind nicht nur Griechen im eigentlichen Sinn gemeint, sondern auch so genannte „Gottesfürchtige“; diese sind Heiden, die am Synagogengottesdienst teilnehmen und das Mose-Gesetz teilweise einhalten, aber nicht beschnitten sind.



Unter diesem Hügel liegt Lystra in Lykaonien. Deutlich fällt die künstliche Anlage der Stätte auf. Auf dem Plateau befand sich ein römisches Castrum (Militärlager), dessen Besatzung (Veteranen der römischen Legion) Kontroll- und Sicherungsaufgaben gegen Angriffe und Einfälle von Banden aus dem südwestlich gelegenen Taurusgebirge wahrnahmen. Am Fuß des Hügels entlang eines Baches befand sich die „zivile“ Siedlung. Vermutlich ohne Synagoge, denn Paulus predigte in Lystra entgegen seiner sonstigen Gewohnheit von Beginn an auf einem öffentlichen Platz. Spuren der Missionsarbeit des Apostels Paulus sind – wenn überhaupt noch vorhanden – unter dem Schutt von zwei Jahrtausenden verborgen.

(Fotos: PS)

die Stadt spaltet. Die Juden fassen die Predigten von Paulus und Barnabas als Gotteslästerung auf. Schließlich wollen die Juden und Heiden Paulus, Barnabas und die Gläubigen steinigen. Als Paulus und Barnabas von dem geplanten Anschlag erfahren, fliehen beide nach Lystra, das einen knappen Tagesmarsch (35 km) südwestlich von Ikonion liegt.

Lystra

In Ikonion unter Schimpf und Schande aus der Stadt gejagt, mit Steinen, Müll und Exkrementen beworfen und nun angekommen in Lystra! Die Menschenmenge empfängt die Beiden neugierig, man hat ja schon viel von ihren skandalösen Auftritten gehört, von den Bekehrungen und den Massentaufen. Neugierig wie die Menschen nun einmal sind, wollen sie hören, was Paulus zu sagen hat: Man hörte ja von einem neuen Gott!

In Lystra hört ein Mann, der von Geburt an gelähmt war, Paulus reden, denn der predigt ja in der Öffentlichkeit vor den Griechen. Paulus erkennt, dass der Mann gläubig geworden war.

Also fordert er ihn auf: „Stell dich aufrecht auf deine Füße!“ (Apg 14,10). Der Mann springt auf und geht umher. Die Griechen sehen dieses Wunder. Sie halten Paulus und Barnabas nun für Mensch gewordene Götter und beginnen ihnen zu opfern. In dem entstehenden Tumult merken Paulus und Barnabas nicht gleich, was da vor sich geht, da die Griechen Lykaonisch sprechen. Nachdem sie aber begriffen haben, was passiert, zerreißen sie ihre Kleider – also Zeichen für Entsetzen gegen gotteslästerliches Treiben – und versuchen, den Griechen klar zu machen, dass sie nur sterbliche Menschen sind, die das Evangelium predigen. Bemerkenswert ist, wie genau Lukas die in Lystra gehaltene Predigt überliefert hat (Apg 14,15-17). Doch das Volk von Lystra versteht kaum, was sie ihm sagen wollen.

Die Begeisterung der Leute von Lystra über das Wunder wechselt aber sehr bald in Wut, als sie bemerken, dass ihre „neuen Götter“ nicht mitspielen. Denn aus Antiochia und Ikonion kommen Juden an, denen es gelingt, das Volk von Lystra aufzuhetzen

Paulus zu steinigen. In der Meinung er sei tot, lassen sie Paulus vor dem Stadttor liegen. Hier wird deutlich, wie auch damals schon Starkult und Vergötterung von Idolen schnell in Hass und Aggression umschlagen, wenn Erwartungen nicht erfüllt werden. Vor der Stadt steht Paulus auf und geht weiter, gefolgt von einigen wenigen Jüngern, die also doch gläubig geworden sind. Auch an Paulus muss ein Wunder geschehen sein, wenn er bereits einen Tag, nachdem er halbtot eine Steinigung überstand, sich schon wieder auf den Weg in die nächste Stadt begeben konnte.

Paulus zieht mit Barnabas weiter nach Derbe, wo sie viele Jünger gewinnen. Auf ihrem Rückweg passieren sie die gleichen Städte wie auf dem Hinweg, dort stärken sie die neuen Gemeinden und ermahnen sie, im Glauben zu bleiben. Im Jahr 49 kehren Paulus und Barnabas nach fast vierjähriger Abwesenheit an den Ausgangspunkt der 1. Missionsreise, nach Antiochia (Syrien) zurück.

2. Missionsreise (Apg 15,36 – 18,22) 50-53

Bereits im Frühjahr 50 bittet Paulus in Antiochia Barnabas, ihn auf einer weiteren Reise durch die Städte zu begleiten, in denen sie das Wort des Herrn verkündet haben, um nachzusehen, wie es den Gemeinden dort geht. Barnabas möchte daraufhin Johannes mit dem Beinamen Markus mit auf diese Reise nehmen. Dies aber möchte Paulus nicht, da Johannes sie auf der ersten Missionsreise verlassen hatte und nicht mit ihnen ans Werk gegangen war. Darüber zerstreiten sie sich und trennen sich schließlich. Barnabas nimmt Johannes mit nach Zypern. Paulus zieht mit Silas nach Syrien und Zizilien und von dort weiter nach Derbe und Lystra. Dort in Lystra, wo er im Jahr davor noch gesteinigt wurde, trifft er auf einen Gläubigen mit dem Namen Timotheus. Diese junge Mann wird in der Apostelgeschichte und in den Paulusbriefen häufig genannt. Er ist der Sohn eines griechisch-heidnischen Vaters und einer zum Christentum bekehrten jüdischen Mutter. Paulus lässt Timotheus aus Rücksicht auf die zu bekehrenden Juden beschneiden und macht ihn zu sei-

nem Mitarbeiter. Sie ziehen durch die Städte und übermitteln den Gemeinden die Beschlüsse des „Apostelkonzils in Jerusalem (48/49)“, welche u.a. gebieten, Götzenopferfleisch und Unzucht zu meiden (s. Apg 15,22-29). So werden die Gemeinden gefestigt und gewinnen immer mehr neue Gläubige.

Während der in Phil 2,19-22 erwähnten Gefangenschaft des Paulus – wahrscheinlich in Ephesus – war Timotheus bei ihm. Nach 1 Tim 1,3 ist er der Beauftragte des Apostels für die Kirche von Ephesus. In den beiden Timotheusbriefen erhält er von Paulus Richtlinien für die Ausübung des kirchlichen Amtes und der persönlichen Lebensführung.

Die weitere Spurensuche führte die Pilgergruppe nach Ephesus. Dorthin war der Apostel auf seiner 2. Missionsreise gekommen, nachdem er zuvor seinem Ruf nach Griechenland gefolgt war, wo er u.a. Gemeinden in Philippi, Thessalonich, Athen und Korinth gründete. Weil es ihn aber nach Syrien zurückzog, ließ er in Ephesus nach dreimonatigem Aufenthalt sich nicht überreden, länger zu bleiben, sondern überträgt Silas und Timotheus die weitere Missionsarbeit dort und zieht selbst weiter nach Cäsarea, von dort aus nach Jerusalem – wo er am Apostelkonzil teilnimmt – und kommt zuletzt wieder nach Antiochia in Syrien.

Erst die 3. Missionsreise (Apg 18,23 – 19,20) der Jahre 53 bis 58 lässt ihn für zwei ereignisreiche Jahre in Ephesus weilen. Nirgendwo sonst hat Paulus sich so lange aufgehalten wie in Ephesus. Auch deshalb wird Ephesus im ersten Jahrhundert die „kulturelle Hauptstadt“ der neuen Religion, in Konfrontation und Austausch mit dem griechisch-römischen Denken. Im Dialog der Religionen und Kulturen schälte sich die eigene Identität der Christen heraus.

Über das Wirken des Apostel Paulus in Ephesus informiert im Einzelnen der nachfolgende Beitrag von Andreas M. Rauch „Paulus in Ephesus“ (s.S. 27)

Die Missionsstrategie des Paulus

Die Missionsstrategie des Paulus kann wie folgt auf den Punkt gebracht werden:

- Er reist von Stadt zu Stadt, so wie der heilige Geist ihn führt.
- In fast jeder Stadt gibt es eine Synagoge, in diese geht er zunächst und predigt das Evangelium.
- Meistens wird er dann aus der Synagoge geworfen, nimmt aber diejenigen mit sich, die auf ihn hören und ihm glauben. Gibt es keine Synagoge oder glauben ihm die Juden nicht, predigt er auf der Straße oder an öffentlichen Plätzen.
- Er verkündet offensichtlich überzeugend und kraftvoll die neue Lehre, denn es kommt meistens schnell zur Gründung von neuen Gemeinden.
- Er predigt an zentralen Orten, so dass viele Menschen die Möglichkeit haben, ihm zuzuhören und ihm zu glauben.
- Er kommt zu vielen Gemeinden zurück und stärkt sie in ihrem Glauben.

Land der Urchristen – heute Diaspora

Die Paulusbriefe erwähnen christliche Gemeinden in Ephesus, Kolossä, Hierapolis, Laodizea und Galatia. Der Schreiber der Offenbarung richtet sich an die sieben Kirchen von Ephesus, Smyrna, Pergamon, Thyatira, Sardes, Philadelphia und Laodicea, alle in Kleinasien gelegen. Jahre später schreibt Ignatius von Antiochia an die christlichen Gemeinden in Ephesus, Magnesia, Tralli, Philadelphia und Smyrna. Ende des ersten Jahrhunderts sind fünfzig Orte mit christlichen Gemeinden bekannt; davon gehören 24 zu dieser Region; im Jahr 180 sind es 57 von 101 Orten.

Nach der Konstantinischen Wende (313) fanden immerhin die ersten acht **Ökumenischen Konzilien** auf heute türkischem Boden statt: Nizäa I (325), Konstantinopel I (381), Ephesus (431), Chalkedon (451), Konstantinopel II (553), Konstantinopel III (680-681), Nizäa II (787) und Konstantinopel IV (869-870).

Neben **Märtyrern** (Polykarp von Smyrna, Blasius) schenkten die christlichen Gemeinden in Kleinasien der Kirche **große Bischöfe und Theologen**: Meliton von Sardes, Irenäus von Lyon (gebürtig aus Smyrna), Nikolaus von Myra, Basilius von Caesarea, Gregor von Nyssa, Gregor von Nazi-

anz, Johannes Chrysostomus, Ephräm der Syrer.

Bischof Luigi Padovese, italienischer Kapuziner und seit November



Bischof Luigi Padovese,
Apostolischer Vikar für Anatolien
(Foto: Internet)

2004 Apostolischer Vikar für Anatolien, äußert sich in einem Beitrag „Diaspora mit großer Tradition“ in der Zeitschrift Sendbote (www.sendbote.com/messaggero/pagina_articolo.asp?IDX=356IDRX=84) zur Situation der katholischen Kirche in der Türkei wie folgt (stark gekürzt):

„Es stimmt uns traurig, angesichts solch dichter christlicher Vergangenheit, dass sich im letzten Jahrzehnt der christliche Bevölkerungsanteil in der Türkei auf nur noch 0,15 Prozent reduzierte, konzentriert auf Istanbul, Smyrna (Izmir) und Mersin. Noch bedrückender wird es für einen Europäer, der durch Städte und Dörfer reist: Die meisten Kirchen wurden umgewandelt in Museen, Moscheen, Schulen, Bibliotheken oder gar Scheunen.“

Noch Ende des 19. Jhs. betreuten wir Kapuziner am Schwarzen Meer acht Kirchen: in Samsun, Trabzon, Inebolu, Sinope, Varna, Burgas, Costanza, Kerasonda und Erzurum. Daneben gab es orthodoxe und armenische Kirchen und Klöster. Geblieben sind uns noch zwei Kirchen, in Samsun und Trabzon, mit knapp zehn Katechumenen und fünf bis sechs getauften Katholiken vor Ort. Die anderen wenigen Christen leben verstreut, ohne geistlichen Beistand. Ich traf auf armenische Christen, die sonntags 50 Kilometer weit fahren nach Samsun, um an einer Messe teilzunehmen. Einige Christen

wurden Moslems, um den ständigen Diskriminierungen zu entgehen, halten jedoch in ihrem Herzen den Glauben wach, in den sie durch ihre Familie hineingeboren wurden.

Die Kirchen verschwinden, die Gläubigen werden weniger, kirchliche Einrichtungen müssen schließen: Krankenhäuser, Hospize und Schulen. Dies liegt auch an der fehlenden staatlichen Unterstützung, die nicht jenen Richtlinien entspricht, die 1923 in Lausanne festgelegt wurden.

In dieser Minderheitensituation hat die katholische Kirche in der Türkei folgende Kontur behalten: Erzdiozese Izmir, Apostolische Vikariate Istanbul und Anatolien mit Sitz in Iskenderun (alle drei lateinischer Ritus); Armenisch-Katholische Kirche (eine Erzdiozese); Chaldäische Kirche (Erzdiozese Amida); Syrisch-Katholische Kirche (Patriarchal-Vikariat). Außer den Bischöfen von Izmir und Anatolien residieren alle in Istanbul. Die Gläubigen im 480.000 Quadratkilometer großen Apostolischen Vikariat Anatolien leben zum großen Teil im Süden, in den Pfarreien Mersin, Adana, Iskenderun und Antiochia.

Diskriminierung. Die Presse weckt Misstrauen gegen die Christen und eifert gegen einen christlichen Proselytismus (Abwerben von Gläubi-

gen aus anderen Kirchen). Ich denke, dies entspringt nicht der Angst vor einer Christianisierung der Türkei, sondern dient der eigenen Identitätsfindung, indem man sich mehr oder minder klare Feindbilder schafft.

Die **Laizität des türkischen Staates**, von Kemal Atatürk behauptet, und seine Neutralität gegenüber den Religionen sind noch nicht voll umgesetzt. Die Kirche muss als rechtliche Körperschaft anerkannt werden: Rückgabe der konfiszierten Güter, Tilgung der religiösen Zugehörigkeit im Ausweis und eine effektive Anerkennung der Minderheitenrechte, nicht nur der Christen, sind notwendig. Man denke nur an die Aleviten, die 15 bis 20 Prozent der türkischen Bevölkerung ausmachen und dennoch diskriminiert werden. Jeder kann ein guter türkischer Bürger sein, unabhängig von seiner religiösen Ausrichtung, egal ob Christ, Moslem, Sunnit oder Alevit.

Es reicht nicht, die Gesetzgebung zu ändern, sondern Vorurteile gegenüber Europa müssen ausgeräumt werden – so wie in Europa die Vorurteile gegenüber der Türkei. Nach meiner Meinung kennen beide Seiten zu wenig voneinander. Zudem wurde und wird Religion vom Staat instrumentalisiert, um politische und ethnische Ziele durchzusetzen.“ □

Kurz berichtet

Wehrbeauftragter kritisiert Hürden für Vertrauenspersonen

Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Reinhold Robbe, hat den Umgang des Verteidigungsministeriums mit den Vertrauenspersonen bei der Bundeswehr kritisiert. Ohne nachvollziehbaren Grund verweigere das Ministerium den in Auslandseinsätzen tätigen Ansprechpartnern das Recht, in den dortigen Feldlagern Versammlungen aller Vertrauenspersonen zu organisieren. In einem Gastkommentar der in Berlin erscheinenden Zeitschrift „Kompass“, des katholischen Militärbischofs (Ausgabe 95/09) beklagte Robbe eine anhaltende Diskussion über die Rechte der Vertrauenspersonen bei einzelnen Auslandseinsätzen. Diese Debatte sei ihm „unverständlich“.

Die Vertrauenspersonen, so Robbe, seien ein fester Bestandteil des Prinzips der Inneren Führung und aus der Bundeswehr „nicht wegzudenken“. Sie seien Mittler zwischen Soldaten und Dienstvorgesetzten und hätten damit eine Brückenfunktion. Er habe vom Ministerium bislang keine überzeugende Antwort erhalten, weshalb sich die Vertrauenspersonen bei Auslandseinsätzen nicht mehr versammeln sollten. Das Problem solle zügig geklärt werden. „Ein Hinauszögern schadet dem vertrauensvollen Zusammenwirken“, so der SPD-Politiker Robbe. (KNA)

Zum 2000. Geburtstag des Völkerapostels

Paulus in Ephesus

Auf den Spuren des Heiligen in Kleinasien

VON ANDREAS M. RAUCH

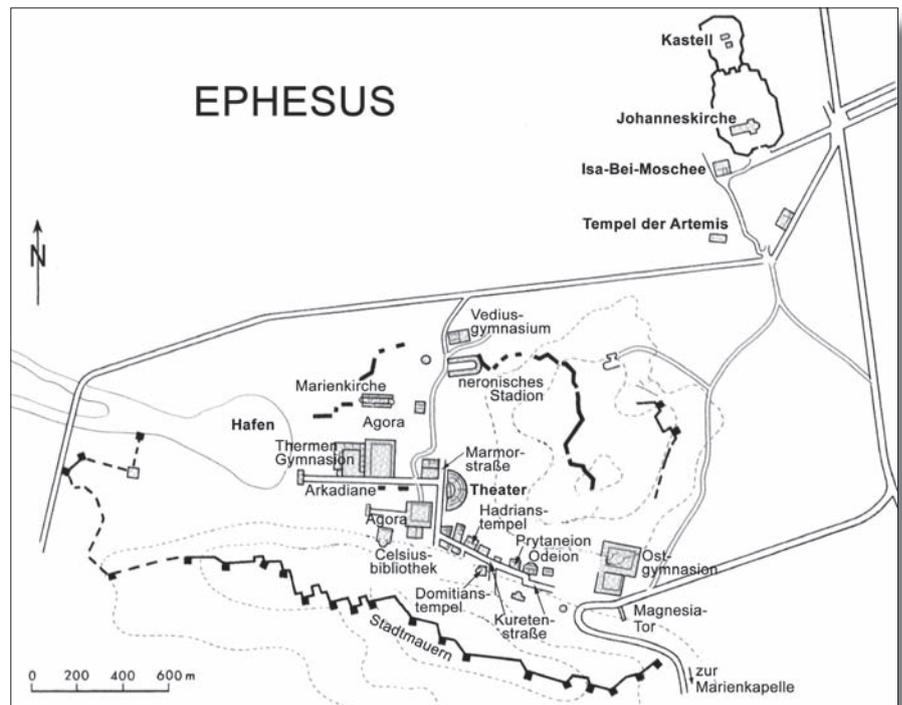
Paulus war nie so volkstümlich oder beliebt wie etwa Petrus gewesen, aber sein christlicher Verkündigungsdienst entfaltet sich wirkungsmächtig in der damals bekannten Welt und bis heute. Die in griechischer Sprache verfassten Briefe des Paulus, der bedeutendsten Gestalt des Urchristentums, stellen die ältesten literarischen Zeugnisse des Christentums dar und sie sind prägend für die katholische Kirche in Vergangenheit und Gegenwart.

Zur Genesis der paulinischen Theologie

Nach dem Tod und der Auferstehung von Jesus bildeten sich drei Gruppierungen innerhalb der Gemeinde von Jerusalem heraus. Unter der Leitung eines der „Brüder von Jesu“, Jakobus, der im Jahr 62 n. Chr. den Märtyrertod erlitt, entstand ein judenchristlicher Kreis, der nur eine jüdische Reformbewegung sein wollte. Die jüdischen Behörden sahen diesen Kreis als eine pharisäische Richtung an, da ihm auch einige Pharisäer angehörten, weshalb sie die Gruppierung um Jakobus unbehelligt ließen. Ein zweiter Kreis formierte sich um Petrus und die Söhne des Zebedaios, Jakobus und Johannes. Auch diese hielten am Gesetz des Moses fest, wollten es jedoch nicht als Zwang verstanden wissen. Eine dritte Gruppe unter ihrem Führer Stephanos kann als die Gruppierung der so genannten „Hellenisten“ bezeichnet werden, da sie um eine Interpretation von Jesu nicht nur in griechischer Sprache, sondern auch im Sinne griechischer Philosophie und Kultur bemüht war. Der Neutestamentler Carl Schneider schreibt: „Hier wurde aus dem Messias Jesus der hellenistische leidende und auferstehende Erlösergott, aus dem jüdischen Reinigungsakt nach Art essenischer Taufe wurde ein Mysteriensakrament, aus dem Erinnerungsmahl ähnlich dem Passahmahl ein hellenistisch-sakramentales Kultmahl.“ (Schneider, a.a.O., S. 443) So lag es nahe, dass nach dem Tod des Erzmärtyrers Stephanos diese Gruppierung vor allem in den vom Hellenismus geprägten Regio-

nen des Römischen Reiches wie etwa Kleinasien missionierte. Dass diese Gruppe nicht wie zahlreiche andere Sekten jener Zeit irgendwo in der Bedeutungslosigkeit versandete, hat sie ausschließlich dem Engagement des charismatisch wirkenden Paulus zu verdanken.

onsarbeit des Paulus fand – wie die der meisten Apostel – über jüdische Gemeinden und jüdische Mitstreiter zumeist im griechischen Kulturraum statt. In Kleinasien und in Ephesus war die Gesamtlage politisch relativ entspannt. Außerdem zog die Heiligkeit des Ortes Ephesus aufgrund



In römischer Zeit bildete das griechisch geprägte Kleinasien eine eigene Provinz „asia“ und hatte Ephesus zur Hauptstadt. Der Apostel Paulus, der aus der kleinasiatischen, von Griechen bewohnten Stadt Tarsus stammte, hielt sich während seiner dritten Missionsreise knapp drei Jahre in der Stadt Ephesus auf, und zwar in den Jahren 54-57 n. Chr. Die Missi-

seiner Tempel – etwa dem Domitiantempel, das Prytaneion, dem Hadriantempel und dem Tempel der Artemis, welcher zu den sieben Weltwundern zählte – viele kulturell und religiös interessierte Menschen an.

Aufgrund des Hafens in Ephesus, der allerdings versandete und heute nicht mehr erkennbar ist, bestand ein direkter Schiffsverkehr mit



Bild 1: Die Kuretenstraße, die Prachtstraße von Ehesus. Einst beleuchteten in der Nacht rund 50 Laternenfackeln den von Säulen bestandenen Pflasterweg aus Granitquadern. Am Ende der leicht abfallenden Straße befindet sich die Agora mit der Celsusbibliothek (Bild 3, S 29).



Bild 2: Zur römischen Alltagskultur gehörte auch diese öffentliche Bedürfnisanstalt an der Prachtstraße aus dem 1. Jh. Die wasserbespülten Toiletten sind an den Außenwänden des ca. 30 qm großen Raumes ohne Zwischenwände aufgereiht. In der Mitte befindet sich ein Wasserbecken mit Fontäne zur Neutralisierung sonstiger Geräusche. Der Fußboden war mit Mosaiken ausgelegt.

anderen Hafenstädten in Kleinasien und dem gesamten Mittelmeerraum, so auch mit Rom. Nach Rom lieferte die Provinz Asien einen großen Teil ihrer Steuereinnahmen sowie Produkte wie Naturstein, Steinmetzarbeiten und Lebensmittel ab. Von Rom kamen

die Soldaten, die Kleinasien kontrollierten, aber auch neue Befehle und neue Nachrichten. Ephesus bildete zur Zeit des Paulus das Machtzentrum der römischen Provinz Asien.

Das schlug sich auch in der Stadtarchitektur von Ephesus nieder, die in Teilen bis heute erhalten oder wieder errichtet ist; gerade in den vergangenen Jahren wurden in Ephesus umfangreiche Restaurierungsarbeiten durchgeführt, so dass wir heute wieder einen Eindruck vom antiken Ephesus haben. Besonders in den so genannten „Hanghäusern“, in der einst die Reichen von Ephesus wohnten, werden gegenwärtig von österreichischen Archäologen umfangreiche Sicherungs- und Restaurierungsarbeiten vorgenommen. Die nur wenige Meter von den Hanghäusern entfernt liegende, mit Säulen gesäumte Kuretenstraße ist die Prachtstraße von Ephesus (Bild 1). Wer diese Straße entlang geht, der erspürt nicht nur einen Hauch von Geschichte und römischer Alltagskultur (Bild 2), sondern auch einen Abglanz von Macht des Imperium Romanum in der etwa 200.000 Einwohner zählenden Hauptstadt von „asia“.

Ephesus zeichnete sich vor allem als Bildungszentrum aus. Mit

der Celsus-Bibliothek (Bild 3), die ihren Namen vom römischen Statthalter der Provinz Asien, Celsus (105-107 n. Chr.), ableitet, besaß Ephesus nach der Bibliothek im ägyptischen Alexandria die zweitwichtigste Bibliothek in den römischen Provinzen. Ephesus verfügte über mehrere Gymnasien, so dem Theater-Gymnasium, welches zur Ausbildung von Theaterkünstlern diente und das größte Gymnasium in Ephesus war. Daneben gab es noch das Vedius-Gymnasium und das Ostgymnasium. Es existierten Theater, in denen Bildung und Unterhaltung gepflegt wurden: Das Odeion und das Große Theater. Kurzum, wer sich in Ephesus mit seiner religiösen Überzeugung behaupten konnte, dem gelang häufig auch anderen Orten in Kleinasien Einflussnahme. So erging es auch dem heiligen Paulus. Aber nicht nur das: Nahezu alle Päpste und Bischöfe der christlichen Gemeinde in Rom stammten in den ersten beiden nachchristlichen Jahrhunderten aus der Provinz Asia mit seiner Hauptstadt Ephesus.

Die Machtfülle von Ephesus

Die Bedeutung der an der ägäischen Küste gelegenen Provinz Asia und seiner Hauptstadt Ephesus liegt in der Wirkungsmächtigkeit seiner zahlreichen Städte und Kultstätten begründet: Illium (Troja), Assos, Pergamon, Priene, Pamukkale und Hierapolis sowie Aphrodisias – um nur einige zu nennen. Jeder dieser Orte steht für Macht, finanziellen Reichtum, Wirtschaftskraft, Bildung im Sinne von Platon und Aristoteles sowie die kulturelle und religiöse Fülle der römischen Provinz Asien.

Illium war in römischer Zeit besiedelt (Troja IX. von 85 v. Chr. bis ca. 500 n. Chr.) und aufgrund der Sagen des Homer (niedergeschrieben um 700 v. Chr.) überregional bekannt. In der römischen Provinz Asia siedelten zahlreiche Volksgruppen, von denen die Griechen die Größte bildete. Als Hafenstadt hatte Illium in römischer Zeit noch eine gewisse Bedeutung, bevor es in spätantiker Zeit, also im 5. Jh., größtenteils durch ein Erdbeben zerstört wurde und über fünfhundert Jahre unbewohnt blieb. Erst im Hochmittelalter war Illium wieder bis Anfang des 14. Jahrhunderts in byzan-



Bild 3: Celsusbibliothek. Seit 1895 nimmt das Österreichische Archäologische Institut planmäßige Ausgrabungen vor. Besonders bekannt ist der Wiederaufbau der sog. Celsusbibliothek aus dem frühen 2. Jh. n. Chr. – nicht nur ein Bibliotheksgebäude, sondern gleichzeitig das Grabmal des Stifters Tiberius Iulius Celsus Polemaeanus.

tinischer Zeit besiedelt (Troja X.) und Bischofssitz – zuvor bereits von ca. 350 bis 500 n. Chr. – gewesen. Aus der römischen Zeit unter der Herrschaft des Kaisers Augustus (27 v. Chr. bis 14 n. Chr.) sind noch Reste des Athena-Tempels erhalten geblieben.

Neben Ilium kam auch Assos, welches auf einer imposanten Bergkuppe am Meer liegt, in der römischen Provinz Asia eine überregionale Bedeutung zu. Aus der Zeit der griechischen Besiedelung um ca. 530 v. Chr. gibt es in Assos einen dorischen Athena-Tempel und ein Theater aus dem 3. Jh. v. Chr., von dem noch Reste erhalten sind ebenso wie von den mächtigen Stadtmauern von Assos. Überregional bekannt wurde Assos durch den griechischen Philosophen Aristoteles, der um 347 v. Chr. nach Assos kam, dort seine erste Rhetorik-Schule gründete und selbst in Assos drei Jahre lang unterrichtete, bevor er Lehrer des jungen Alexander, dem Sohne Philipps von Mazedonien, wurde. Der heilige Paulus selbst war auf seiner dritten Missionsreise in Assos gewesen und aus der Apostelgeschichte erfahren wir, dass auch Lukas und seine Reisegefährten sich dort trafen.

Die von Griechen gegründete Stadt Pergamon stärkte ebenfalls den Ruf und das Ansehen der Provinz Asien und damit von Ephesus. Pergamon besaß eine berühmte Bibliothek mit rund 200.000 Schriftrollen, die später als Schenkung nach Alexandrien kamen. Da es lange Auseinandersetzungen zwischen Pergamon und Alexandrien gab, wurde in Pergamon das so genannte Pergamentpapier erfunden. In Pergamon sind heute noch Reste des Asklepieion, welches als Kurort, Stätte der Medizin und als heiliger Platz diente, zu sehen. Das römische Theater, das Amphitheater sowie das untere, mittlere und obere Gymnasium künden vom Bildungsanspruch der Stadt. Die Heiligtümer wie die Akropolis und der Dionysos-Tempel zeugen vom religiösen Interesse der Bürger von Pergamon. In der Roten Halle in Pergamon, einem monumentalen Tempel aus der ersten Hälfte des 2. Jhs. v. Chr., wurden die drei ägyptischen Götter der Isis, Serapis und Harpokrates verehrt.

Zur Provinz Asia gehörte auch Priene, ein ganz besonderer Ort von hoher kultureller und architektonischer Strahlkraft. Priene wurde in einem rechtwinkligen Schnitt wie ein

Schachbrett angelegt, welches von einer Stadtmauer umschlossen war. Zentrum von Priene bildet das auch heute beeindruckende, durch ein Erdbeben zerstörte Athena-Heiligtum, von dem einige Säulen wieder aufgerichtet wurden; im Prinzip sind die gesamten durch das Erdbeben zerstörte Bau- und Säulenmaterialien noch immer vorhanden, so dass der Athena-Tempel – ähnlich wie in Aphrodisias – theoretisch wieder aufgebaut werden könnte. In Priene finden sich Reste des Heiligtums der ägyptischen Götter, eines Theaters aus griechischer Zeit sowie Fundamente großzügiger Stadthäuser.

Ein Naturwunder in der Provinz Asia bilden die baumwollweißen Sinterterrassen von Pamukkale hoch über den Felsen des Mäander-Tals, in denen Thermalquellen mit einer ‚Badewassertemperatur‘ von rund 35° C entspringen. Schon in römischer Zeit nutzten viele Menschen in den nahe gelegenen Thermen von Hierapolis diese Warmwasserquellen. In den römischen Thermenanlagen ist heute ein Antiken-Museum untergebracht. Neben Pergamon zählte Hierapolis zu den wichtigsten Heil- und Kurorten des Imperium Romanum. Auch Christen waren hier schon in früher Zeit aktiv gewesen, so der Diakon Philippos (5 Jh. n. Chr.), an den heute eine Wallfahrtskirche erinnert.

Als abschließendes Beispiel für die Machtfülle der Provinz Asia und von Ephesus sei Aphrodisias angeführt, welches im 20. Jh. umfangreiche Ausgrabungsarbeiten erfuhr, die zu einer teilweisen Wiederherstellung des antiken Aphrodisias führten. Die kulturelle und religiös bedeutsame Stadt, benannt nach der griechischen Göttin Aphrodite, stand in enger Beziehung zum römischen Kaiserhaus und hatte zu Zeiten des Paulus ihre Blütezeit als Wallfahrts- und Festspielort. Außerdem war Aphrodisias im Imperium Romanum für seine Steinmetze und ihre Werkstücke bekannt. So wurden Sarkophage sowie Statuen aus Granit und Marmor in alle Teile des römischen Herrschaftsgebietes geliefert.

Paulus unter den Griechen

Ephesus und die genannten Städte der Provinz Asia waren zur Zeit

des Paulus so wohlhabend gewesen, dass in ihnen unzählige Menschen sich bilden und studieren konnten. Ephesus war eine von den Griechen geprägte Stadt der Dichter und Denker – ähnlich wie das Athen der römischen Zeit – in der viel über philosophische und religiöse Fragen diskutiert wurde und in der die Menschen in jeder Hinsicht offen und interessiert waren. Die römischen Kaiser Augustus und Tiberias, aber auch ihre Nachfolger Hadrian und Claudius, investierten durch Bauwerke und Bildungsstätten in der Provinz Asia. Aufgrund der zahlreichen philosophischen und religiösen Strömungen in Ephesus hatte jedoch Paulus auf dem „Markt der Weltanschauungen“ einen harten Stand.

Paulus versuchte in seinen Predigten und Briefen, seine griechischen Zuhörer über den Sport anzusprechen, um seine christliche Weltanschauung den „Heiden“ besser verständlich zu machen. So schrieb Paulus im zweiten Brief an Timotheus, der etwa seit 50 n.Chr. Mitarbeiter und Beauftragter des Apostels Paulus in Ephesus war: *„Und wer an einem Wettkampf teilnimmt, erhält den Siegerkranz nur, wenn er nach den Regeln kämpft.“* (2 Tim 2,5). Oder an die Korinther formuliert Paulus wie folgt: *„Wisst ihr nicht, dass die, welche in der Rennbahn laufen, zwar alle laufen, aber einer den Preis empfängt? Lauft so, dass ihr ihn erlangt. Jeder aber, der kämpft, ist enthalten in allem; jene freilich, damit sie einen vergänglichen Siegeskranz empfangen, wir aber einen unvergänglichen. Ich laufe nun so, nicht wie ins Ungewissere; ich kämpfe so, nicht wie einer, der in die Luft schlägt; sondern ich zerschlage meinen Leib und knechte ihn, damit ich nicht, nachdem ich anderen gepredigt, selbst verwerflich werde.“* (Kor 9,24-27) Paulus selbst war wohl kein sportlicher Mensch, sondern eher klein und untersetzt sowie von zahlreichen Krankheiten geplagt.

In Ephesus, aber auch in anderen Teilen des römischen Reiches sah sich Paulus mit polytheistischen Religionen konfrontiert. Doch zur Zeit des Paulus befanden sich der griechische und römische Polytheismus in einer „Krise“, weil es zu viele Götter gab. Außerdem kam es teilweise zu neuen

Einflüssen aus anderen Kulturkreisen wie etwa der ägyptischen Religion, so dass die tradierten Götter etwas aus der „Mode“ gerieten. Das monotheistische Judentum hingegen erschien vielen Menschen attraktiv, weil sich die Ausrichtung auf einen Gott eben klarer und eindeutiger darstellt als auf eine Vielzahl von Göttern.

Zu Recht konnte Paulus die Krise des damaligen Polytheismus als Chance für seinen christologischen Monotheismus ansehen, während die Juden die Verkündigung eines Gekreuzigten als Sohn Gottes als einen Skandal und „Dummheit der Heiden“ wahrnahmen. Doch im Unterschied zur römischen Provinz Judäa mit seiner Hauptstadt Jerusalem und zur Provinz Syria stellten die Juden in der Provinz Asia lediglich eine kleine Minderheit dar, die letztlich nicht auffallen und deshalb sich auch nicht in religiösen Fragen in der Öffentlichkeit besonders profilieren wollte. Zudem konnte Paulus in der Provinz Asia auf ein religiös interessiertes gebildetes Publikum treffen, weshalb Paulus lange Debatten über die religiöse Praxis der Christen führen musste – zu einem Zeitpunkt, wo es kaum feste Regeln im Christentum gab.

Christliche Archäologie in Ephesus

Um sich der antiken Stadt Ephesus und Paulus anzunähern, müssen wir zunächst objektiv feststellen, dass wir das Fach Altertumskunde oder Alte Geschichte erst seit dem Hochmittelalter in Europa kennen, ebenso die theologische Disziplin der Alten Kirchengeschichte. Die christliche Archäologie stellt sich als eine Unterdisziplin der Alten Kirchengeschichte dar, die Ende des 19. Jhs. entstand. Zur gleichen Zeit wurde das Fach Archäologie als Teil der Geschichtswissenschaft geschaffen, deren Arbeit rasch in Archäologische Institute im In- und Ausland aufwuchs. Das wichtigste, archäologische Werk in jüngerer Zeit zu Paulus stammt vom Düsseldorfer Wissenschaftsjournalisten Michael Hesemann aus dem Jahr 2008, in dem vor allem archäologische Erkenntnisse über die Grablage des Paulus in der Kirche San Paolo fuori le mura in Rom und den mutmaßlichen Sarkophag des Heiligen Berücksichtigung finden. Die Wur-

Zeittafel

ca. 9 n.Chr.	Paulus in Tarsus (Kleinasien) geboren
ca. 34 n.Chr.	Damaskus-Erlebnis
ca. 36-46 n.Chr.	Paulus in Tarsus (Kleinasien), Missionierung in Kleinasien
ca. 46-48 n.Chr.	1. Missionsreise mit Barnabas
48/49 n.Chr.	Apostelkonzil in Jerusalem
49-52 n.Chr.	2. Missionsreise des Paulus (u.a. mit 1. Aufenthalt in Ephesus 51/52 n. Chr.)
54-56 n.Chr.	3. Missionsreise 2. Aufenthalt in Ephesus
58 n.Chr.	Verhaftung des Paulus
58-60 n.Chr.	Paulus in Gefängnis in Caesarea
60/61 n.Chr.	Schiffsbruch und Überwinterung auf Malta
61-63 n.Chr.	unter Bewachung römischer Soldaten in Rom
um 64 n.Chr.	vermutlich 3. Aufenthalt in Ephesus
66/67 n.Chr.	Märtyrertod des Paulus in Rom

zeln für ein archäologisches Engagement in Deutschland finden sich im deutschen Klassizismus, also in einer Liebe zur griechischen und römischen Antike und zur deutschen Romantik sowie ihrer Ausläufer wie etwa der deutschen Orientbegeisterung, in der sich ein Verliebtsein in alte Ruinen und antike Stätten, in Sonnen- und Mondlicht, in Natur und Wasser Weg brachen.

Aus Sicht der christlichen Archäologie stellt sich Ephesus als eine der sieben Gemeinden der Offenbarung dar, die von Johannes, einem Priester aus Ephesus, um 110 n. Chr. niedergeschrieben wurden. Dieser ephesische Priester darf nicht mit dem Apostel Johannes verwechselt werden. Die in der Offenbarung des Johannes genannten Gemeinden in Kleinasien erfreuten sich in der christlichen Welt seit der Spätantike eines hohen Besucherinteresses. Es handelt sich neben Ephesus um Smyrna, Pergamon, Tyatira, Sardes, Philadelphia und Laodizea. Alle Orte liegen nicht weit vom heutigen Izmir entfernt.

Wie bereits skizziert stammten die ersten Christen aus jüdischen Gemeinden, wo Apostel wie der hl. Paulus auf ein besonderes Interesse am christlichen Glauben stießen. Als Paulus auf seiner zweiten Missionsreise um 52 n. Chr. von Korinth nach Ephesus kam, brachte er Priska und Aquila mit. Aus der Apostelgeschichte erfahren wir (Apg 18,2-4), dass der Zeltmacher Aquila Jude aus Pontus war und Priska seine Frau und dass beide kurz vorher aus Rom nach Korinth gekommen waren, da ein Edikt des Kaisers Claudius aus dem Jahr 49 n. Chr. alle Juden zwang, Rom zu verlassen. Paulus blieb nur kurze Zeit in Ephesus und predigte in der örtlichen Synagoge. Auf die Aufforderung, doch länger zu bleiben, erwiderte er: „*Ich werde wieder zu euch kommen, wenn Gott es will.*“ (Apg 18,21). Dann verließ er Ephesus und kehrte über Caesarea nach Jerusalem zurück.

Auf seiner dritten Missionsreise um 54-56 n. Chr. fand Paulus in Ephesus bereits weitere Christen vor, die den Verkündigungsdienst des Evangeliums betrieben, etwa durch seine Freunde Priska und Aquila. In Ephesus konnte Paulus drei Monate lang in

der Synagoge predigen. Danach nahm er seine Jünger und wechselte über zur Schule des Tyrannus. Paulus soll dort zwei Jahre lang täglich von der fünften bis zur zehnten Stunde, also von elf bis vier Uhr, gelehrt haben, also zur heißesten Tageszeit, da ihm dann ein Schulraum zur Verfügung stand.

Der Evangelist Lukas berichtet von den Schwierigkeiten, die Paulus in Ephesus hatte. Der bekannte Aufruhr der Silberschmiede im Theater von Ephesus (Bild 4) kommt als ein gutes Beispiel daher, wie sich manchmal Menschen mit geschäftlichen Interessen mit anderen religiös orientierten



Bild 4: Theater in Ephesus mit Blick auf die Akardiane, der zweiten, zum (heute verlandeten) Hafen führenden Prachtstraße von Ephesus. In diesem Theater, das 25.000 Menschen Platz bot, soll der in der Apostelgeschichte (19,21-40) geschilderte Aufruhr der Silberschmiede und Devotionalienhändlern des Artemistempels (Bild 5) stattgefunden haben.

tierten Menschen zusammentun, um gemeinsam Neuerungen zu verhindern. Als Paulus predigte: „*die mit Händen gemachten Götter seien keine Götter*“ (Apg 19,26), ließ der Absatz von silbernen Nachbildungen der Göttin Artemis und ihres Tempels drastisch nach. Demetrius, der Anführer der Silberschmiede, warnte seine Zunftgenossen davor, dass viele ihre Arbeit verlieren würden, wenn Paulus weiter so predigen würde und äußerte: „... *dem Heiligtum der großen Göttin Artemis droht Gefahr, nichts mehr zu gelten, ja sie selbst, die von der ganzen Provinz Asia und von der ganzen Welt verehrt wird, wird ihre Hoheit*

verlieren“. (Apg 19,27). Die Tragweite dieser Äußerung lässt sich damit vergleichen, als wenn Lourdes seinen Wallfahrtsstatus und seinen religiösen Tourismus verlieren würde.

Ephesus und das Paulinische Kirchenverständnis

Das Kirchenverständnis des Paulus schält sich auf dem Apostelkonzil in Jerusalem im Jahr 48 n. Chr. deutlich heraus. Paulus tritt damals für ein Christentum ein, dass keine Gesetzesreligion wie das Judentum ist. In diesem Sinne übt es in der Wahrnehmung des Paulus auch nur eine mit-

telbare Bindung der Christen an die Zehn Gebote und an das Gesetz Moses aus. Vielmehr überzeugte Paulus beim Apostelkonzil im Jahr 48 mit der Argumentation, dass die Urgemeinde zur Freiheit vom Gesetz berufen und allein der Gottes- und Nächstenliebe verpflichtet sei. Damit trat Paulus einer christlichen Strömung entgegen, die das Gesetz Moses verpflichtend machen wollte.

Auch in Ephesus sah sich Paulus mit diesbezüglichen Bemühungen konfrontiert. Damit hat Paulus die Selbstständigkeit des christlichen Glaubens gegenüber der jüdischen Frömmigkeit behauptet. Der Kreuz-

zestod von Jesu hat den jüdischen Heilsweg des Gesetzes ein für alle Mal außer Kraft gesetzt und den Bund mit Gott wirkungsmächtig erneuert. Allein Tod und Auferstehung Jesu sind als Heilsgeschehen Grund für die Aussicht der Menschen auf Erlösung. Allein durch den Glauben wird der sündige Mensch gerechtfertigt (Röm 3,21 ff).

Die heutige Sammlung der 14 Briefe des Paulus ist unvollständig, da einzelne Briefe verloren gingen. Wichtige Briefe des Apostels wurden wohl schon früh gesammelt, wie es der zweite Petrusbrief belegt: „*Das hat euch unser geliebter Bruder Paulus mit der ihm verliehenen Weisheit geschrieben; es steht in allen seinen Briefen, in denen er davon spricht. In ihnen ist manches schwer zu verstehen.*“ (2 Petr 3,15) In der Briefesammlung wird zwischen den Gefangenenbriefen, bei denen er wohl in Haft saß und die an die Gemeinden in Ephesus, Philippi, die Kolosser und an Philemon gerichtet waren und den Pastoralbriefen – so an Timotheus und Titus – unterschieden. Die heutige Forschung geht davon aus, dass einige Schreiben dieser Briefesammlung von Mitarbeitern und Schülern des Paulus verfasst oder überarbeitet wurden, so die Briefe an die Epheser, Kolosser, Timotheus und Titus. Der Brief an die Epheser enthält die bedeutendsten theologischen Aussagen im Neuen Testament über die Kirche, vor allem durch die Mahnung des Paulus zur Einheit, der Pflicht zur Nächstenliebe und durch seinen Gedanken über eine christliche Familienordnung.

Den ersten und zweiten Brief an die Korinther, den Brief an die Galater und den Brief an die Philipper hat Paulus in Ephesus verfasst. Vor allem der zweite Brief an die Korinther zeugt von den Spannungen und dem wechselvollen Verlauf in der Missionstätigkeit des Paulus. Im Brief an die Galater versucht Paulus, mit Irrlehren aufzuräumen, vor allem mit dem Festhalten an jüdischen Traditionen und Gesetzen wie der Beschneidung. Die Gemeinde in Philippi (Ostmazedonien) war die erste christliche Gemeinde auf europäischem Boden, die er um das Jahr 50 n.Chr. auf seiner 2. Missionsreise gründete. Diese Gemeinde wuchs ihm sehr ans Herz

und nur von ihr ließ er sich auch finanziell unterstützen. Wahrscheinlich schrieb Paulus diesen Brief während seiner Gefangenschaft in Ephesus, wenn auch in der Apostelgeschichte hierzu nichts ausgeführt wird. In Ephesus gibt es einen soliden Steinbau auf einem Hügel, etwa einen Kilometer westlich des Theaters, den man von altersher als Gefängnis des Paulus bezeichnet.

Kirchenkonzil in Ephesus

Es ist schwierig, etwas über Paulus und die Existenz von Christen im ersten Jahrhundert in Ephesus zu schreiben, da wir hierzu außer den Paulus-Briefen und der Apostelgeschichte kaum Zeugnisse aus der Zeit des ersten Jahrhunderts haben. Zur christlichen Bedeutung von Ephesus gehört sicherlich, dass der Apostel Johannes um das Jahr 40 n.Chr. nach Ephesus kam und sich dort niederließ. Die Kirchenväter bezeugen, dass er in seinen späteren Jahren den Gemeinden in der Provinz Asia vorstand, eines natürlichen Todes starb und in Ephesus (Selcuk) begraben wurde, wo heute die Johannesbasilika steht (s.a. Bild 5 S. 32). In byzantinischer Zeit hieß dieser Ort Johannes Theologos, was aber nicht beweist, dass Johannes hier wirklich gelebt hat. Um einen spätantiken Gedenkstein, dem angeblichen Grab des Johannes, wurde eine kleine Kirche gebaut, die der byzantinische Kaiser Justinian zur Kathedrale ausgebaut hat.

Ebenfalls aus Sicht der christlichen Archäologie und der Bibelforschung nicht belegbar ist die Überlieferung, dass der Apostel Johannes Maria, die Mutter Jesu, nach Ephesus brachte, wo sie bis zu ihrem Lebensende auf einer Anhöhe südlich von Ephesus gelebt haben soll. Es wird angenommen, dass Johannes der Lieblingsjünger Jesu war, weshalb Jesus ihm seine Mutter anvertraute. Dem widerspricht, dass es andere Überlieferungen gibt, nachdem Johannes im Jahre 44 n.Chr. das Martyrium erlitt und dass Maria auf dem Berge Zion in Jerusalem starb, dort, wo heute die Kirche der Dormition steht. So besteht die Überlegung, dass sowohl Johannes wie Maria sich nur zeitweise, also vor 50 n.Chr., in Ephesus aufgehalten haben. Es wäre anzunehmen, dass an-

sonsten in den Paulusbriefen oder in der Apostelgeschichte von Johannes und Maria gesprochen worden wäre. Von Maria kündigt heute noch bei Ephesus das Haus der Maria (Maryem Ana), zu der auch viele Muslime pilgern, da auch im Islam Maria als Heilige verehrt wird. Das Marienhaus steht auf Bauelementen des ersten nachchristlichen Jahrhunderts, was archäologisch belegt ist. Die Gestalt des heutigen Hauses stammt aus dem 12. oder 13. Jh.

Zur Gesamterscheinung von Ephesus aus christlicher Sicht gehört die Marienkirche. Der ca. 260 m lange Bau entstand im 2. Jh. n.Chr. als Marktbasilika. Hier feilschten also Händler und Wechsler, bevor im 3. oder 4. Jh. die Christengemeinde den Kommerzbau umgestaltete. Im Jahr 431 n.Chr. fand hier das dritte Ökumenische Konzil statt, bei dem es um Maria, die Mutter Jesu, ging. So wurde in Ephesus das Glaubensdogma verabschiedet, dass Maria als Jungfrau Jesus durch das wunderbare Wirken des Heiligen Geistes empfing, gebar und nach der Geburt Jesu in jungfräulicher Ehe mit Joseph zusammenlebte. Mit der Zuerkennung des Titels „Gottesgebäerin“ (*Theotokos*) durch das Konzil von Ephesus wird der besondere Charakter der Mutterschaft Marias hervorgehoben: Sie ist nicht nur Mutter des Menschen Jesus, sondern seiner ganzen gottmenschlichen Einheit (*hypostatische Union*).

Schließlich sei darauf verwiesen, dass Ephesus spätestens seit dem 22. Jh. christliche Bischofsstadt und Verwaltungssitz der Diözese Asia war. Die Diözese Moesiae hatte Thessaloniki, die Diözese Pontica Nikomedeia und die Diözese Oriens Antiochia als Verwaltungssitz. Diese vier oströmischen Diözesen übten ihre Verwaltungstätigkeit auch in Zeiten der Christenverfolgung im 3. Jh. aus, wobei mehr als 40 Jahre, also zwischen 260 und 303 n.Chr., die Christen einigermaßen Ruhe vor Verfolgung seitens des römischen Staates hatten. Vor allem Handwerker, Händler und Sklaven traten dem Christentum bei. In den vier Diözesen Asia, Moesia, Pontica und Oriens erreichten in manchen Städten und Dörfern im 3. Jh. die Christen die Bevölkerungsmehrheit, weshalb Kaiser Diokletian gerade in

den oströmischen Provinzen besonders hart gegen die Christen in den Jahren 303-305 vorging. Im gesamten Imperium Romanum machen zu Ende des 3. Jhs. die Christen nicht mehr als zehn Prozent der Bevölke-

macher, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, so wohl auch in Ephesus. Paulus war nie so volkstümlich oder beliebt wie etwa Petrus gewesen, aber sein christlicher Verkündigungsdienst entfaltet sich wirkungsmäch-

so liebt, gab er seinen einzigen Sohn als Opfer dar, um durch Leiden, Tod und Auferstehung Jesu, dem Christus, für alle Zeiten ein Zeichen der Liebe, des Friedens und der Erlösung für alle Menschen guten Willens zu setzen.

Die in Griechisch verfassten Briefe des Paulus, der bedeutendsten Gestalt des Urchristentums, stellen die ältesten literarischen Zeugnisse des Christentums dar – der erste Brief an die Thessalonicher dürfte im Jahr 50 n. Chr. geschrieben sein – und sie prägen die katholische Kirche bis heute. Die Schriftdokumente des Paulus verweisen auf eine sittlich begründete, von dem Gebot der Liebe bestimmten Existenz von Menschen vor Gott, in dem sie erzählen von Moral und Unmoral, Freundschaft und Hass, Keuschheit und Unzucht, Gut und Böse, und sie legen in ihrer ganz einmaligen, theologischen Komplexität Zeugnis ab vom Wirken des heiligen Paulus in Ephesus. □



Bild 5: Das Artemision, der Tempelbezirk der griechischen Göttin Artemis in Ephesus. Von der einst imposanten, zu den sieben Weltwundern zählenden Anlage bezeichnet heute nur noch die Säule in Vordergrund den einstigen Standort. Links der Säule, auf dem Hügel, die Johannesbasilika, daneben weiter links die Isa-Bei-Moschee und auf der Hügelkuppe das Kastell von Ephesus (Fotos: PS).

rung aus, zu Ende des 4. Jhs. gerade einmal ein Drittel der Bevölkerung – und da war die christliche Religion bereits römische Staatsreligion! In den ersten Jahrzehnten des 5. Jhs. wurden dann die Christen aber rasch zur Bevölkerungsmehrheit im Imperium Romanum – vor allem in den oströmischen Gebieten.

Die Bedeutung der paulinischen Theologie

Paulus entstammt einem gläubigen, jüdischen Elternhaus aus dem Stamme Benjamin und seine Eltern gaben ihm den Namen Saul, dazu den ähnlich klingenden griechischen Namen Paulos. Dieser zweite Name Paulos – lateinisch Paulus – besteht also von Geburt an und ist nicht in Zusammenhang zu setzen mit seinem Damaskuserlebnis um 33/34 n. Chr.

Die Missionstätigkeit des Paulus fand unter größten Entbehrungen statt, bei denen der Apostel sein Leben nicht schonte. Wahrscheinlich arbeitete Paulus immer wieder als Zelt-

tig in der damals bekannten Welt und – Hesemann nennt ihn den erster Globalisierer des Christentums – bis heute. Von Paulus erhielt Jesus den Beinamen „christós“ (der Gesalbte) als ständigen Titel, mitunter sogar als Eigennamen. Die Vorstellung von Jesus auf Erden als Gott in Menschengestalt entsprach ganz dem damaligen griechischen Denken.

Die Bedeutung der paulinischen Theologie liegt in ihrer Abkehr von der mosaischen Gesetzesreligion (*Heteronomie*) und ihrer Hinwendung zu einer Religion der Liebe, die den eigenverantwortlich handelnden Menschen (*Autonomie*) in die Mitte stellt: Gottesliebe und Nächstenliebe bilden die alleinigen Maßstäbe christlicher Religion. Die christliche Hoffnung auf Erlösung charakterisiert sich nicht in einem rechnerischen Abwägen von Sünden und Heilstaten, sondern durch die Liebe Gottes und daraus hervorgehend durch die Gnade Gottes allein. Weil Gott die Menschen

Literaturhinweise:

- Blake, Everett C.; Edmonds, Anna G.: Biblische Stätten in der Türkei. Istanbul 2002
- Böckle, Franz: Fundamentalmoral. München 1986
- Cimrin, Hüseyin: Ephesos. Die Weltstadt der Antike. Antalya 2006
- Erim, Kenan T.: Aphrodisias. Istanbul 2008
- Hesemann, Michael: Paulus von Tarsus. Archäologen auf den Spuren des Völkerapostels. Augsburg 2008
- Korfmann, Manfred: Troia/Wilusa. Überblick und offizieller Rundgang. Istanbul 2005
- Scheck, Frank Rainer: Türkei. Die Westküste. Köln 2005
- Schneider, Carl: Das Christentum, in: Golo Mann, Alfred Heuß, August Nitschke (Hg): Propyläen Weltgeschichte, Band 4, Berlin, Frankfurt am Main 1991, S. 429-486
- Schwarz, Ulrich: „Vor die Löwen!“. Fast 300 Jahre waren die Christen Sündenböcke des Römischen Reiches, in: Das Ende des Römischen Reiches. Spiegel-Heft Geschichte Nr. 1, 2009, S. 104-107

Lebendige Steine gefragt

VON KARL-HEINZ FLECKENSTEIN¹

1. Wer sie sind, wie viele es noch gibt und wie man ihnen helfen kann

Immer wieder taucht in Gesprächen die Frage auf: „Wer sind eigentlich die Christen im Heiligen Land?“ Wir stellen dann gerne die Gegenfrage: „Was glauben Sie, in welcher Sprache beten denn heute die Christen im Heiligen Land?“

Die Antworten fallen dann ganz verschieden aus. Die einen meinen: „Natürlich Latein.“ Warum aber in Latein? Heute feiert man doch die Messe in der Landessprache. „Also dann in Hebräisch.“ Aber Hebräisch ist ja die Sprache der Juden. Diese haben doch ihre eigentliche Religion und beten natürlich in der Synagoge auf Hebräisch. Einige wagen dann die zaghafte Vermutung: „Vielleicht auf Arabisch. Aber ist Arabisch nicht die Sprache des Islam?“

Ja, das stimmt schon, und doch ist die Sprache der Lokalchristen im Heiligen Land das Arabische. Und wie kam es dazu? Wenn wir in der Apostelgeschichte vom Pfingstwunder lesen, dann begegnet uns ein buntes Völkergemisch: Juden, Griechen, Parther, Bewohner von Pontus und der Provinz Asien, Kreter und auch Araber, um nur einige zu nennen. Die Menschen, die damals in Palästina lebten, waren natürlich hauptsächlich Juden, so wie die ersten Jünger Jesu. Ihre Umgangssprache war Aramäisch, eine Art hebräischer Dialekt. Die Sprache der römischen Besatzungsmacht war Latein. Die höheren Schichten sprachen auch Griechisch. In diesen drei wichtigsten Sprachen begegneten sich die Menschen der frühchristlichen Zeit.

Mit dem Araberansturm und der neuen Religion des Islam im sieb-

ten Jahrhundert wurden die Christen mehr und mehr arabisiert. Das heißt, sie nahmen unter den neuen Herrschern die arabische Kultur und ihre Sprache an. Man könnte es vergleichen mit der Amerikanisierung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg: Wer spricht heute noch von „blauen Arbeitshosen“? Jeder redet natürlich von „Jeans“. Und wer würde noch von einer „Musikgruppe“ und ihren „Liedern“ sprechen? Das heißt heute „Band“ und „Songs“.

Also ein ähnlicher Prozess geschah bei den Christen in Palästina ab dem Jahr 638 mit der Eroberung Jerusalems durch Omar. Manche Christen wurden zwangsmuslimisiert, andere konnten ihren Glauben beibehalten. Vor allen in den kleineren Orten, wo die Hand der neuen Herren des Landes nicht hinreichte. Aber alle nahmen die arabische Kultur an und sprachen natürlich auch Arabisch. Und so ist es bis heute geblieben.

Manchmal wird den Lokalchristen die Frage gestellt: „Wann hat sich eigentlich deine Familie bekehrt?“ Man denkt dabei an einen Übertritt vom Islam zum Christentum. Diese Fragestellung ist jedoch falsch. Die Lokalchristen gehen ethnisch auf die Urchristen zurück. Noch heute findet man in Betlehem die Familiennamen Daoud, was David bedeutet, oder Hazboun, was dem hebräischen Heshbon gleichkommt. Im Hohen Lied wird der Bräutigam nicht müde, die Schönheit seiner Braut zu bewundern, und ihre tiefgründigen Augen vergleicht er mit den Teichen von Heshbon.

Zusätzlich zu den traditionellen, Arabisch sprechenden christlichen Kirchen existiert heute noch die Bewegung der Messianischen Juden. Immer wieder kommt es vor, dass Israelis durch eine innere Eingebung heraus plötzlich verstehen, dass Jesus der seit Jahrhunderten von ihrem Volk ersehnte Messias ist. Und sie erkennen ihn freudig als ihren Herrn und Erlöser an.

Dazu gibt es noch ungefähr 300 bis 400 Hebräisch sprechende Katholiken in den Städten Beersheva, Haifa, Jerusalem, Tel Aviv und Jaffa.

Wie viele Christen zählt man heute im Heiligen Land?

Was schon im Jahre 1964 Papst Paul VI. bei seinem Heilig-Land-Besuch als Sorge geäußert hatte, ist leider heute schon ein nicht zu übersehender Trend geworden: „Ich befürchte, dass das Land Jesu eines Tages keine lebendigen Steine mehr hat.“ Und dieser Prozess hat geradezu galoppierende Züge angenommen.

Beispielsweise gab es im Raum Bethlehem vor 50 Jahren unter den 8.000 Einwohnern 6.000 Christen. Heute sind es bei 40.000 Einwohnern noch 12.000.

Laut einer Volkszählung des Osmanischen Reichs im Jahre 1914 betrug damals die christliche Bevölkerung 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Heute ist sie dramatisch auf knapp 2 Prozent geschrumpft. Insgesamt leben gegenwärtig nur noch 165.000 Christen in Israel und Palästina.

Die Zahl der aus Bethlehem stammenden Christen in den Vereinigten Staaten und Südamerika beispielsweise ist zehnmal so groß wie derer in Bethlehem und Umgebung.

Worin besteht heute die große Versuchung der Christen im Heiligen Land?

Das Heilige Land ist am Ausbluten – durch eine fortschreitende Emigration der Christen. Viele sehen aufgrund der politischen Instabilität und der wirtschaftlichen Misere keine Zukunft mehr für ihre Kinder. Durch die Mauer, die allmählich wie ein Monster die ganze Westbank einschließt, haben viele Familienväter ihre Arbeit in Jerusalem oder in den benachbarten Orten verloren. Diese Menschen fühlen sich wie in einem unfreiwilligen Ghetto eingeschlossen. Manche nennen mit einer bitteren Ironie die palästinensische Autonomie die Selbstver-

¹ Der Autor ist Theologe, Reiseleiter und Schriftsteller und lebt seit mehreren Jahren im Heiligen Land. Der Beitrag war in drei Teilen bei der Nachrichtenagentur ZENIT am 21., 23. und 24.04.2009 erschienen.

waltung ihres eigenen Gefängnisses. Die Arbeitslosenrate ist bis zu 80 Prozent und mehr hoch geklettert. Viele arbeiteten in Betlehem im Bereich des Tourismus und der Pilgerreisen. Viele Gruppen machen jedoch dort nur einen kurzen Besuch.

Wenn eine Familie Glück hat, dann ist die Mutter vielleicht noch als Krankenschwester oder Lehrerin in einer der christlichen Einrichtungen tätig. Der Mann aber sitzt zu Hause als Arbeitsloser untätig herum. Man kann sich gut vorstellen, dass eine solche Situation Spannungen in der Familie schafft, die nicht leicht abzubauen sind.

Mancher verkauft seinen Grund und Boden oder den Familienschmuck, um für die nächsten Monate oder Jahre über die Runden zu kommen oder die nötigen Mittel zur Auswanderung zu haben. Junge Menschen in Betlehem machen Abitur und haben noch nicht Jerusalem gesehen.

Was kann man von außen gegen dieses Ausbluten tun?

Damit sich die Christen nicht vergessen fühlen müssen, sind heute mehr denn je vor allem Solidaritätsreisen gefragt. Schließlich ist ja das Land der Bibel die geistliche Heimat aller Christen. Jeder Pilger, der heute dorthin reist, bedeutet ein sichtbares Zeichen der Hoffnung. Deswegen bauen wir für unsere Gruppen, wenn möglich, mindestens eine oder zwei Übernachtungen in Betlehem ein.

Solche Solidaritätsreisen zu den Ursprüngen unseres Glaubens bedeuten gleichzeitig auch für die Pilger einen großen inneren Gewinn; denn sie begegnen im Heiligen Land sozusagen dem Fünften Evangelium. Sie sehen die gleiche Landschaft, durch die Jesus gewandert ist, sie erleben manchmal sogar einen ähnlichen Sturm auf dem See Genesaret, wie ihn die Jünger im kleinen Fischerboot des Petrus durchstehen mussten, während ihr Meister seelenruhig hinten im Heck weiterschweif, sie aber dann wegen ihrer Kleingläubigkeit anschließend tadeln musste: „Warum seid ihr so ängstlich? Ich bin doch immer bei euch!“

Die Heilig-Land-Pilger entdecken, dass sich der Gottmensch als lebendige Ikone des Vaters in einem

bestimmten Volk, in einer bestimmten Zeitepoche und in einem bestimmten Land inkarniert hat. Sie bewegen sich auf seinen Spuren und werden wie die Jünger Zeugen des leeren Grabes. Sie beginnen, mit ganz neuen Augen die Bildreden Jesu zu verstehen, die ja in diesem Heiligen Land ihren „Sitz im Leben“ haben. Das Evangelium ist plötzlich nicht mehr ein verstaubtes Buch aus längst verflossenen Zeiten, es wird für die Menschen des 21. Jahrhunderts zu ihrer eigenen Erfahrung.

2. Hilfe zur Selbsthilfe und die Frage nach dem friedlichen Miteinander

Um den „lebendigen Steinen“ – den Christen im Heiligen Land – wirklich hautnah zu begegnen, verbringen die Pilger einen halben Tag in einer christlichen Gemeinde, beten und singen mit ihnen und tauschen sich gegenseitig aus. Da kommt es oft zu Freundschaften und manchmal sogar zu Städtepatenschaften.

Auch Patenschaften auf kleinerer Ebene, beispielsweise für die Ausbildung eines Kindes, sind sehr willkommen. Abuna Louis ist Pfarrer der katholischen Gemeinde in Jafa di Nazaret. Aber nicht nur das. Er bekleidet auch das Amt des Direktors der Lateinischen Privatschule in seiner Pfarrei. Und da er ja seine Lehrer besolden muss, haben die Familien ein Schulgeld zu zahlen. Obwohl manche Eltern diesen jährlichen Betrag von 550 EURO nicht aufbringen können, hat Abuna Louis bis jetzt noch kein Kind weggeschickt. Dabei vertraut er auf die „Hilfe von oben“, die sich nicht selten durch solche Patenschaften äußert.

Da auch muslimische Kinder seine Schule besuchen, entsteht über den Kontakt mit den Schülern eine Frieden stiftende Brücke zu den Eltern. Falsche Vorurteile werden abgebaut, man lernt sich und die Religion des anderen kennen und schätzen. Abuna Louis ist fest davon überzeugt, dass gerade die Bildung und Ausbildung der Jugend der einzige Schlüssel in eine bessere Zukunft bedeuten.

Keine Almosenempfänger, sondern Hilfe zur Selbsthilfe

Die Christen im Heiligen Land wollen keine Almosenempfänger sein. Was sie brauchen, ist eine Hilfe zur Selbsthilfe, indem man ihnen kräftig unter die Arme greift, damit sie bald auf eigenen Füßen zu stehen können. Initiativen und Fantasie haben sie genug.

Der katholische Ortspfarrer des 9.000 Einwohner zählenden Städtchens Beit Jala, Abuna Nidal, kommt sich vor wie eine „lebendige Klage-mauer“, wenn seine Schäfchen mit ihren täglichen Nöten und Problemen zu ihm kommen. Soll er wie alle anderen ins gleiche Horn der Hoffnungslosigkeit blasen? Nein und nochmals nein! Es muss noch einen anderen Weg geben, diesen Stier der Resignation bei den Hörnern zu packen und in die Knie zu zwingen. Mit anderen Worten: Abuna Nidal nimmt die ausweglos erscheinende Situation als Herausforderung an. Dabei hegt er eine tiefe innere Überzeugung: Es ist für ihn unvorstellbar, dass nicht auch heute dort, in dem Land, wo das erste Pfingstwunder geschah, der Heilige Geist am Werk ist.

Also versucht Abuna Nidal die Antenne seiner Seele auf Empfang einzustellen. Eine ganze Reihe neuer Ideen drängen sich ihm auf: Aus Passivität und Hilflosigkeit soll Kreativität erwachsen. Gerade dort, wo die Schwierigkeiten am größten sind; denn schon lange macht sich der junge Seelsorger Gedanken um die ungünstige Entwicklung vieler Familien.

Zuviel zum Sterben und zu wenig, um zu leben

Seit dem Mauerbau haben zahlreiche Väter in Jerusalem ihre Arbeit verloren. Jetzt sitzen sie untätig zu Hause herum. Das wiederum schafft schnell Aggressionen und Unmut in der eigenen Umgebung. Im besten Fall kann sich der eine oder andere als Gelegenheitsarbeiter auf dem Bau oder als Taxifahrer noch ein paar Schekel verdienen. Zuviel zum Sterben, zu wenig, um zu leben. Wenn die Familie Glück hat, dann bietet sich für die Ehefrau vielleicht die Chance als Lehrerin oder Krankenschwester in einer der christlichen Institutionen an. Aber wohin dann mit den Klein-

kindern, während die Mutter für den nötigen Lebensunterhalt aufkommen muss?

Da kommt Abuna Nidal der zündende Gedanke: „Bei drei ledigen Schwestern, die gut mit Babys umgehen können, richten wir eine Kinderkrippe ein!“ Das Drei-Mädelhaus nimmt den Vorschlag begeistert auf. Und damit könnte allen geholfen werden. Aber woher das Geld nehmen, um den Raum kindgerecht zu gestalten? Eine Pilgergruppe aus Speyer erfährt von Abuna Nidals Anliegen. Bald sind ein paar Tausend Euro gesammelt als Hilfe zur Selbsthilfe. Das ist für alle Beteiligten sehr wichtig: nicht als Almosen für bettelnde palästinensische Christen. Der Abuna legt darauf größten Wert: „Unsere Würde geht uns über alles! Eure Investition soll uns nur helfen, auf eigenen Beinen zu stehen.“

Der Heilige Geist hat gezündet. Und schon ist der Pastor dabei, die nächste Inspiration zu realisieren. „Unsere Großmütter könnten Rosenkränze knüpfen und bei jeder Perle ein Ave Maria mit hineinverknöten. Und wenn viele so handeln, dann kann am Ende selbst der Himmel nicht mehr widerstehen und muss uns den ersehnten Frieden schenken“, denkt der Abuna in seinem unerschämten Gottvertrauen. Schon spinnt er seine Gedanken weiter: „Andere Frauen sind geschickt im Sticken. Bald werden wir den Touristen ein buntes Sortiment origineller Geschenkartikel, bunt bestickte Sofakissen, Kleider, Blusen, Festtagskleider präsentieren.“ Für das Startkapital zum Einkauf des Rohmaterials greifen Abuna Nidal nochmals Heiligland-Pilger unter die Arme. Der erloschene Funke der Hoffnung beginnt erneut im Aschenhaufen enttäuschter Erwartungen zu glimmen.

Abuna Raed, der Lateinische Pfarrer von Taybeh, dem Ephraim der Bibel, erlebte eine Olivenölschwemme, als man ihm als Schulgeld für die Kinder an seiner katholischen Privatschule statt Banknoten Ölkanister ins Haus brachte; denn der Ort ist reich gesegnet mit Tausenden von Olivenbäumen, der Lebensader der Bevölkerung. „Ich kann doch nicht mit dem Öl meine Lehrer bezahlen“, drängte sich Abuna Raed der Gedanke auf.

„Die haben ja selbst genug von diesem Segen im Haus.“ Also suchte der gewitzte Seelsorger bei Freunden in Frankreich eine Marktlücke für Olivenöl aus Taybeh. Und tatsächlich, was anfänglich keiner für möglich gehalten hätte, funktioniert heute tadellos. Sogar die Europäische Gemeinschaft macht mit. Sie lässt die Ware steuerfrei über die französische Grenze.

Aber auch die Mütter in Taybeh wollten ihren Beitrag leisten. Ihrer Spezialität ist Kuskus. Inzwischen sind auch ihre Produkte schön verpackt in den französischen Supermärkten zu finden.

Abuna Raed weiß: Wenn die das Ausbluten der Christen in meiner Gemeinde durch die fortschreitende Emigration stoppen will, dann muss ich meinen Leuten Arbeitsplätze verschaffen. Warum nicht durch die Herstellung von Friedenslampen mit einem passenden Friedensgebet dazu? Das war das Stichwort, das ihm eines Tages wie ein erleuchtender Blitz durch den Kopf ging. Heute sind rund 30 junge Familien bei der Herstellung der Friedenslampen beschäftigt. Mit diesen Lampen möchte Abu Raed alle Kirchen der Welt erreichen. Und er ist fest davon überzeugt: „Wenn alle Christen auf dem Erdball diese Lampe anzünden und gleichzeitig mit dem Friedensgebet Gott bestürmen, dann kann selbst der Himmel nicht widerstehen, uns den ersehnten Frieden zu schenken.“

Besteht Hoffnung auf ein friedliches Miteinander?

Wenn die Bibel doch recht hat, dann ist die Friedensvision des Propheten Jesaja auch keine Utopie: Wo der Wolf und das Lamm friedlich beieinander liegen und wo das Kind unbeschadet am Schlupfloch der Natter spielt. Das so etwas tatsächlich in der Natur möglich ist, lasen wir kürzlich in einer Zeitungsnotiz. Da wollte man in einem Naturpark in Albanien einem ausgehungerten Wolf einen jungen, lebendigen Esel zum Fraß vorwerfen. Doch was keiner für möglich hielt: Esel und Wolf freunden sich an und leben nun gemeinsam im gleichen Gehege. Und wenn das unter instinktabhängigen Tieren möglich ist, warum sollte das nicht auch un-

ter den intelligenten Menschen realisierbar sein?

Sind nicht Israelis und Palästinenser, Juden, Christen und Muslime alle Kinder des gleichen Schöpfers, Nachkommen des gleichen Vaters Abraham? Sollten nicht Juden und Palästinenser gemeinsam verstehen, dass sie beide zum Heiligen Land gehören, dass dieses Land nicht nur einem Volk allein gehört? Sie sind Blutsbrüder und verehren denselben Gott. Deshalb sind sie geradezu verpflichtet, im Geiste Abrahams zu handeln.

Ein sprechendes Beispiel dafür ist der Abrahamsbrunnen in Beersheba. Im Buch Genesis im 21. Kapitel lesen wir, dass die Knechte des Abimelech Abraham den Brunnen weggenommen hatten, den er dort gegraben hatte. Obwohl die beiden Stammeshäupter sich kurz vorher gegenseitig versprochen hatten, weder sich noch ihre Nachfahren zu hintergehen. Nun stellte Abraham Amimelech zur Rede. Der aber ist völlig ahnungslos hinsichtlich des begangenen Unrechts. So schlossen sie erneut einen Friedenspakt und besiegelten ihn mit der Opferung von sieben Lämmern in dem Bewusstsein, dass genug Wasser für beide Gruppen vorhanden ist. Das ist eine Geschichte, die heute nichts an Aktualität eingebüßt hat. Führt man nicht auch heute im Mittleren Osten Kriege um das Wasser, das „flüssige Gold“? Und ist nicht auch heute Wasser genug für alle da, wenn jeder sparsam damit umgeht?

Das Gleiche gilt auch für das Land. Hatte nicht Abraham in Gen 13,9 zu Lot gesagt: „Gehest du zur Rechten, dann gehe ich zur Linken. Oder gehst du zur Linken, dann gehe ich zur Rechten.“ Was wir heute in diesem Land brauchen, sind Menschen mit einer Wir-Mentalität. Nur gemeinsam lässt sich dieses kleine Stück Erde in ein Paradies verwandeln, an dem alle teilhaben können.

3. Worin heute ihre große Herausforderung besteht

Es scheint geradezu paradox: Dieses Land, in dem die Versöhnung zwischen Gott und dem Menschen stattfand und von dem aus der ganzen Welt

die Versöhnung geschenkt wurde, hat bis heute die eigene Aussöhnung noch nicht gefunden. Und doch: Auch wenn die Christen eine verschwindende Minderheit darstellen, sollen sie gerade deshalb „Salz der Erde“ sein – erst recht in jenem Land, in dem diese Worte das erste Mal in die Herzen gesät wurde.

Christsein im Heiligen Land bedeutet eine Berufung zu einem schwierigen Leben. Aber hatten es die ersten Christen leichter? Da die biblischen Stätten und Heiligtümer nicht zu Museen werden dürfen, wird es immer eine lebendige christliche Gemeinschaft an diesen Orten geben, auch wenn die Statistiken uns ein anderes belehren wollen. Gibt es Anzeichen dafür? Ja!

Stopp der Resignation

Durch die Mauer-Einschließung werden Pfarreien geradezu herausgefordert, zu geistlichen Oasen zu werden. Viele entdecken ganz neu den großen Wert der eucharistischen Anbetung und dadurch den Heiligen Geist mit seinen Gaben der Hoffnung, der Liebe und der Versöhnung.

Familien erfahren sich wie in der Urkirche als „domus ecclesia“, als Hauskirche. Allein im Monat Mai besuchte Abuna Nidal 120 Familien und betete mit ihnen den Rosenkranz.

„Hätte der Heilige Geist nicht auch ein Sonderangebot für unsere Jugend?“, fragt sich der Pfarrer während der Vorbereitungen auf das Pfingstfest. „Na klar doch! Durch ein „Pfingsten der Jugend“ eingebunden in eine Prozession von dem drei Kilometer entfernten Salesianer-Kloster Cremona bis nach Beit Jala. Das soll eine Manifestation der Freude und des Glaubens werden! Aus der Überzeugung heraus, dass das eigentliche Paradies in uns und unter uns beginnt. Ganz gleich, in welcher Situation wir uns befinden. Abuna Nidal kann den Bischof von Nazareth, Monsignore Boulos Marcuzzo, für das Vorhaben gewinnen. Gleichzeitig weiß er, welche große Liebe die Christen seiner Gemeinde mit Maria, der Mutter Jesu, verbindet. Gerade in diesen schweren Zeiten. Ist sie ihnen nicht nur Mutter, zu der sie jederzeit kommen dürfen? Sie erweist sich auch als Vorbild in all ihren Nöten, die auch sie aus ei-

gener Erfahrung kennt: im Schicksal des Abgewiesenseins und des Flüchtlings nach Ägypten.

Basem, der Autoelektriker und Sammler von Oldies, stellt natürlich seinen schönsten Wagen aus den 50er Jahren, den er eigentlich nur als Hochzeitsauto für ganz spezielle Freunde herausrückt, der „Madonna“ zur Verfügung. Dann ist es soweit: Langsam trudeln die Menschen im Hof der Salesianer ein. Immer mehr junge Leute füllen den Platz. Aber nicht nur die Jugend ist dabei. Auch die jung Gebliebenen zeigen ihre Solidarität mit der neuen Generation. Kennt doch die Begeisterungsfähigkeit kein Alter – ebenso wenig wie die Liebe, die Güte und die Menschenfreundlichkeit. Solche Eigenschaften gehören zur ewigen Jugend.

Die Studenten aus dem Priesterseminar in Beit Jala verteilen an alle Anwesende eine überdimensionale Hand aus buntem Karton. Gilt doch gerade die Hand im Orient als Zeichen für die segnende Hand Gottes. Hier will sie Symbol für die offene Hand des Heiligen Geistes mit seinen vielfältigen Gaben sein.

Die Sonne wirft ihre letzten, matten Strahlen durch die Zweige der Pinienbäume. Der Hügel von Cremona ist wie in ein goldenes Licht getaucht. In diesem Moment erreicht ein blank poliertes „Schnauferl“ aus dem Baujahr 1953 den von Menschen übersäten Platz. Auf dem mit Blumen geschmücktem Autodach steht die Fatima-Madonna, das sichtbare Zeichen für die Hauptperson an diesem pfingstlichen Ereignis 2007. So wie sich damals im Jahre 33 die Apostel im einmütigen Gebet um die Mutter ihres Herrn geschart hatte, so scharen sich heute ihre Kinder um sie, während die Prozession sich langsam in Bewegung setzt, allen voran der Bischof von Nazareth und neben ihm Abuna Nidal und zwei Franziskaner von der Geburtsbasilika.

Zweimal hält die Prozession für eine kurzen Statio: Meditation über Gebet und Glaube, Sendung und Zeugnis. Der glorreiche Rosenkranz wird von jungen Frauen und Männern intoniert, dazwischen Marienlieder. Beim „Ave, Ave, Ave Maria“, dem Refrain des Lourdesliedes, schwingen die Symbolhände über die Köpfe hin-

weg. Auf der kilometerlangen Menschenschlange liegt die Aura einer geradezu pfingstlichen Freude. Niemand kann sich ihr entziehen. Eine strahlende Mutter führt ihre fünfjährige Tochter im blauen Kleidchen einer „Maria-Bambina“ an der Hand. Ein Ehepaar hält die bunten Papphände wie himmlische Schattenspenden über den Kinderwagen. Ein kleiner Dreikäsehoch ist auf den Schultern seines Vaters eingeschlafen. Doch im Traum klammert er sich noch an die große blaue Papp-Hand, als wolle er sich an der Hand des himmlischen Vaters festhalten. Junge Männer scheuen sich nicht, offen den Rosenkranz zu tragen, obwohl Zaungäste sie neugierig beäugen. Die Prozession wird zu einer Manifestation des bewussten Ja eines Lebens aus dem Geist Gottes.

Ein Verkehrsstoppschild mit einer Hand darauf zeigt an, dass sich die Menschenschlange von dem Seitenweg auf die Hauptstraße von Beit Jala zubewegt. Es ist, als würde dieses Schild heute eine total andere Bedeutung gewinnen: Stopp der Resignation! Stopp der Mutlosigkeit! Stopp! Der Heilige Geist hat auch heute noch Überraschungen auf Lager!

Und noch etwas erweist sich an diesem Nachmittag mit vollkommen anderen Vorzeichen: Der fließende Verkehr, der selbstverständlich die Vorfahrt hätte, ist durch die jubelnden, von Geist erfüllten Menschen gestoppt: Busse, Taxis, Lastautos ... Aus dem Fenster eines Jeeps mit der gelben Jerusalem-Nummer wandern verwunderte Blicke zu dieser Lobeshymnen singenden Jugend. Seltsam! Was mag der Grund dafür sein?

Die Prozession erreicht im Hof des Priesterseminars ihren Zielpunkt. Der Bischof tritt ans Mikrofon. Mit sprühendem Geist in seinen eindringlichen Worten erinnert er die Jugend an ihre Würde und große Verantwortung: „Ihr seid das Erbe der Apostel im Land der Bibel! Dieses Vermächtnis sollt ihr weitergeben – durch euer Glaubenszeugnis im Alltagsleben. Jesus hält auch heute sein Versprechen. Er lässt uns nicht als Waisen zurück. Auch uns hat er seinen Geist gesandt. Dieser Geist trägt euch durch alle Dunkelheiten und Wirrnisse hindurch. Dieser sein Geist macht euch frei von allen inneren und äußeren

ren Zwängen, frei von allen ungun-
 Geistern der Ichverkrampfung, des
 Selbstmitleids, des Hasses, der Hoff-
 nungslosigkeit oder der Flucht in die
 Droge. Lebt nach dem Geist! Gebt ihm
 Raum in eurem Leben! Und er wird
 durch euch handeln – als Friedens-
 stifter, als Erbauer einer neuen Ge-
 sellschaft nach dem Gebot der Liebe
 und der Versöhnung.“

Brückenbauer zwischen den Völkern

Einerseits haben die Christen ihre
 religiösen Wurzeln im Judentum: Mit
 den Juden verbindet sie das Alte Te-
 stament. Während diese auf das Kom-
 men des Messias warten, der ein Frie-
 densreich errichten wird, harren die
 Christen auf die Wiederkunft Jesu in
 seiner sichtbaren Herrlichkeit. Inzwi-
 schen leben sie in der zweiten An-
 kunft durch seinen Heiligen Geist.
 Und dieser Geist ist der Gleiche, der
 auch die Propheten mit seiner Kraft
 und Weisheit erfüllt hat.

Andererseits verbindet die Chri-
 sten im Heiligen Land mit den Mus-
 limen ihre gemeinsame Sprachen und
 Kultur. Oft sind Juden und Muslime
 sehr exklusiv in ihren Ansichten: Das
 ist unser von Gott verheißenes Land.

Und dieses Land ist das Land unserer
 Väter. Deshalb gehört es uns.

Die Christen werden sich hüten,
 irgendeine Gruppe einseitig zu verur-
 teilen: Es geht letztlich nicht um Pro-
 Juden oder Pro-Palästinenser, son-
 dern um Pro-Jesus mit seinem großen
 Herzen für alle, indem sie in einer oft
 hoffnungslos erscheinenden Situation
 Hoffnung zu säen versuchen.

Gleichzeitig kleben die Christen
 nicht so ausschließlich im Sinne ei-
 ner Blut- und Bodentheologie an der
 Erdscholle, denn sie leben aus dem
 Bewusstsein, dass das Reich Gottes
 letztlich nicht von dieser Welt ist,
 wenngleich es darum geht, diese Welt
 im Geist der Bergpredigt umzugestal-
 ten. Wobei die Seligpreisungen nicht
 als Belohnung, sondern als Bedingun-
 gen aufzufassen sind:

Wenn du Kind Gottes genannt
 werden willst, dann musst du dich als
 Friedensaktivist bewähren.

- Wenn du das Land besitzen willst,
 dann musst du sanftmütig sein.
- Wenn du Barmherzigkeit erwar-
 test, dann musst du selbst barm-
 herzig sein.
- Keiner hat das wohl treffender
 akzentuiert als Paul VI. während

seiner Heilig-Land-Pilgerreise im
 Jahre 1964 auf dem Berg der Se-
 ligpreisungen:

- „Selig sind wir, wenn wir uns von
 der Gewalt der Gewaltlosen for-
 men lassen, wenn wir die todbrin-
 gende Macht des Hasses und der
 Rache zurückweisen, wenn wir
 Großmut des Verzeihens aufbrin-
 gen, wenn wir gerechte Arbeits-
 bedingungen schaffen, wenn wie
 danach streben, Friede und Güte
 zu verbreiten.
- Selig sind wir, wenn wir es vorzie-
 hen, unterdrückt zu werden, als
 selbst andere zu unterdrücken,
 wenn wir Hunger haben nach Ge-
 rechtigkeit und einem ständigen
 Fortschritt in der Menschheit.
- Selig sind wir, wenn wir in die-
 ser Zeit und über die Zeit hinaus
 immer wieder neu bereit sind,
 für unsere Brüder zu arbeiten, zu
 kämpfen, zu leiden und zu dienen,
 denn dann werden wir in Ewig-
 keit nicht enttäuscht sein, son-
 dern dem ähnlich werden, der zur
 gleichen Zeit Stärke und Milde
 besaß, unserem göttliche Meister,
 Jesus Christus selbst.“ □

Kurz berichtet

Schwach gerüstet

Für Friedenstruppen war 2008
 kein gutes Jahr. Vor allem die
 Blauhelme der Vereinten Nationen,
 aber auch andere Friedensmissi-
 onen litten darunter, dass immer
 weniger Staaten bereit sind, Trup-
 pen oder Ausrüstung für militärisch
 riskante Einsätze zu stellen. Das
 geht aus dem „Annual Review of
 Global Peace Operations“ hervor,
 den das New Yorker Center on In-
 ternational Cooperation (CIC) und
 die Deutsche Gesellschaft für die
 Vereinten Nationen Ende April in
 Berlin vorstellten.

Vor allem in Afrika fehlt es den
 Friedenstruppen an Personal: Das
 gemeinsame Mandat von UN und
 Afrikanischer Union in der westsu-

danesischen Krisenprovinz Darfur
 lässt den Einsatz von 26.000 Frie-
 denssoldaten und Polizisten zu, doch
 waren Ende 2008 nur 15.000 Mann
 im Einsatz. In Somalia, wo seit 2007
 eine Friedenstruppe der Afrikanischen
 Union steht, sollten 8.000
 internationale Soldaten stationiert
 sein, tatsächlich waren es Ende
 2008 nur 2.650. Die UNO überneh-
 me sich zunehmend im Blick auf
 die Zahl möglicher Friedenstrup-
 pen, so CIC-Direktor Bruce Jones.
 Weltweit seien 120.000 Blauhelme
 im Einsatz gewesen. Damit nähere
 sich die Staatengemeinschaft ihrer
 Kapazitätsgrenze.

Jones beklagte auch die poli-
 tische Vernachlässigung vieler

Friedensmissionen durch den UN-
 Sicherheitsrat. Dieser beschäftige
 sich mehr mit dem Atomprogramm
 in Nordkorea oder den anti-israeli-
 schen Äußerungen des iranischen
 Staatspräsidenten als mit den Re-
 gionen, „in denen man selbst die
 Friedenstruppen stationiert hat“. Nötig
 seien auch Reformen bei der
 Entsendung der UN-Soldaten: Im
 Kongo habe es Monate gedauert,
 bis die gecharterten Transportflug-
 zeuge für die Friedenstruppen ein-
 satzbereit waren. Schon die Aus-
 schreibungsmodalitäten der UNO
 seien ein langwieriger bürokrati-
 scher Prozess, der jedes flexible
 Handeln unmöglich mache.

(KNA-ID 18)

Folgen eines Krieges

Deutsche humanitäre Hilfe für irakische Flüchtlinge in Jordanien

VON KLAUS LIEBETANZ

Im folgenden Beitrag beabsichtigt Major a.D. Klaus Liebetanz (Mitglied des Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und Prüfer für Projekte der deutschen humanitären Hilfe im Ausland) die Aufmerksamkeit nicht nur der Öffentlichkeit und der verantwortlichen Politiker auf die zivilen Folgen von Militäreinsätzen zu richten, sondern auch die Soldaten über solche Auswirkungen zu informieren. Das Schaffen von Sicherheit allein als Abwesenheit von Krieg genügt nicht, es müssen stabile Verhältnisse in einer betroffenen Region durch die dort lebende Bevölkerung geschaffen werden, um solche geschilderten Flüchtlingschicksale zu vermeiden. Es gilt mit einem umfassenden Ansatz Krisen- oder Kriegsregionen zu befrieden.

Zur Situation der irakischen Flüchtlinge in Jordanien

Die Situation der irakischen Flüchtlinge in Jordanien stellt sich dem Prüfer nach einem Besuch beim UNHCR am 20.04.2009 wie folgt dar: Der UNHCR (UN-Flüchtlingskommissar) hat ca. 52.000 irakische Flüchtlinge in Jordanien registriert. Im Rahmen des „Beneficiaries Information System“ (BIS), in dem die Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Internationale Organisationen (IO) namentlich die Empfänger von Hilfsleistungen melden, wurde festgestellt, dass die Zahl der irakischen Flüchtlinge bei 72.003 Personen liegt. Die Dunkelziffer der irakischen Flüchtlinge in Jordanien wird jedoch wesentlich höher geschätzt, weil viele Iraker in Jordanien – nach Angaben des UNHCR völlig zu Unrecht – fürchten, bei einer Registrierung schneller ausgewiesen zu werden. Die jordanische Regierung schätzte 2008 die Zahl der irakischen Flüchtlinge in Jordanien auf 450.000 Personen. World Vision schätzt 400.000 und die deutsche Botschaft in Amman geht von 300.000 Personen aus. Nach Angaben des UNHCR gibt es monatlich im Durchschnitt ca. 300 Rückkehrer in den Irak. Die Zahl der Übersiedler in andere Länder (USA, EU und Australien) betrug in der Zeit vom 01.01.2008 bis 01.04.2009 7.986 Personen. Die deutsche Aufnahme von irakischen Flüchtlingen (2.500 Personen) hat gerade begonnen. Das Problem der irakischen Flüchtlinge wird Jordanien noch viele Jahre beschäftigen. In den Nachbarländern Syrien und Libanon halten sich 600.000 bzw. 400.000 irakische Flüchtlinge auf.

Deutsche humanitäre Hilfe für die irakischen Flüchtlinge

Der Arbeitsstab Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes unterstützt finanziell einige deutsche Hilfsorganisationen bei der Verteilung von Nahrungsmitteln an besonders bedürftige Flüchtlingsfamilien in Jordanien. Eine dieser Organisationen ist die evangelikale Hilfsorganisation NEHEMIA, die seit dem ersten Golfkrieg (1991) irakische Flüchtlinge unterstützt. Nehemia ist der Prophet, der nach Rückkehr des jüdischen Restvolkes aus der babylonischen Gefangenschaft, die Mauern von Jerusalem wieder aufbaute.

JECRAD, eine vorbildliche lokale Hilfsorganisation

Die Partnerorganisation von NEHEMIA in der Hilfe für irakische Flüchtlinge in Jordanien ist JECRAD (The Jordanian Evangelical Committee for Relief and Development). Das „Jordanian Evangelical Committee“ ist der Zusammenschluss von fünf folgenden evangelikalen Denominationen in Jordanien: Baptisten, Freie Evangelische Kirche, die „Allianz“, Nathazarin Church und die „Assembly of God Church“ (AoG). Diese fünf Gruppierungen unterhalten 55 Gemeindezentren in Jordanien. JECRAD wurde 1991 anlässlich der Flüchtlingsströme aus dem Irak infolge des 1. Golfkrieges gegründet. Es betreibt heute Projekte im Irak, Libanon und Jordanien (Rehabilitation von zerstörten sozialen Einrichtungen) und hat einen Büroraum im Gebäude der gemeinsamen kirchlichen Organisation „Jordanian Evangelical Committee“ gemietet. Zum Stab von JECRAD gehört der Programm Manager Nabil

Shehadeh, ein Assistent und eine Sekretärin. Nabil Shehadeh war jahrzehntelang erfolgreicher Kaufmann und war 17 Jahre Ältester bei der „AoG“. Vor sechs Jahren wurde er von den o.a. Denominationen zum Programmleiter gewählt. Seine lange Erfahrung als Kaufmann hilft ihm bei der Beschaffung und Durchführung von Rehabilitationsprojekten. Dies machte sich u. a. bei der Beschaffung der Nahrungsmittelpakete bemerkbar. Sowohl JECRAD als auch eine andere Hilfsorganisation hatten monatliche Nahrungsmittelpakete im Wert von 35 Euro im Projekt. Während sich die anderen Organisationen im wesentlichen auf Linsen, Weizen und Bohnen beschränkten, konnte JECRAD auch hochwertige Proteinnahrung wie Geflügelfleisch, Corned Beef, Thunfisch und vor allem Milchpulver anbieten. Außerdem trifft Nabil Shehadeh aufgrund seiner langjährigen Irakerfahrung besser die Essgewohnheiten der irakischen Flüchtlinge. Von diesen wird er mit Abba Nabil (Vater Nabil) angesprochen und genießt großes Vertrauen unter den Irakern.

JECRAD und NEHEMIA stützen sich auf eine Vielzahl von gering vergüteten Helfern (Verpackung und Transport) ab. Darüber hinaus betreibt Nabil Shehadeh ein Netzwerk von „Focal Points“ (ehemalige irakische Flüchtlinge) in verschiedenen Bezirken von Amman und hält so die Liste der Bedürftigen auf dem neuesten Stand. Die deutsche Botschaft in Amman bestätigt aus eigener Anschauung dieses gut funktionierende Netzwerk für die Erhebungen. Die von JECRAD unterstützten irakischen Flüchtlinge sind überwiegend Moslems (Sunniten und Schiiten). Unter den unterstützten

Christen (Chaldäer, mit Rom uniert, assyrische Orthodoxe, Katholiken) gibt es nur wenige Evangelikale. Als Sonderform gibt es noch die „Nachfolger des Täufers Johannes“, eine „Mischung“ aus christlichen und muslimischen Glauben.

Schicksale der Flüchtlingsfamilien

Ein Schwerpunkt der Prüftätigkeit ist stets das Gespräch mit den Betroffenen. Im Folgenden sollen einige Schicksale aufgeführt werden. Die Namen der Familien sind aus Sicherheitsgründen geändert.

Besuch bei Familie Hamed K. Khalid

Die zehnköpfige Familie besteht aus Großeltern, Eltern und sechs Kindern. Hamed K. war Flugzeugtechniker und seine Frau Lehrerin mit Hochschulabschluss. Sie lebten bis 2006 in Faludscha (Irak). Sie sind Schiiten und wurden von den dort lebenden Sunniten vertrieben. Hameds Bruder wurde von sunnitischen Milizen erschossen. Die Großfamilie erhält vom UNHCR 180 Jordanische Dinare (1 JD = 1,10 Euro), davon müssen allein 140 JD für die Miete bezahlt werden. Hamed darf als registrierter Flüchtling keine reguläre Arbeit aufnehmen. Er unterstützt mit Hilfe seines 13-jährigen Sohnes die Familie mit Gelegenheitsarbeit. Ihr Verdienst ist sehr gering. Ohne die monatliche Nahrungsmittelunterstützung von JECRaD käme die Familie nicht durch. Nach Aussage der Frau sind die letzten fünf Tage vor der Nahrungsmittelausgabe sehr hart. Oft weiß sie nicht, was sie den sechs Kindern vorsetzen kann. Familie Ghelan gehört zu den wenigen irakischen Flüchtlingen, die in den Irak zurückkehren wollen, wenn es die Sicherheitslage zulässt.

Besuch bei Familie Ali M. Hussein

Die Familie hat fünf Kinder. Sie sind arabische Moslems aus Mosul, die von Sadam im Kurdengebiet angesiedelt wurden. Sie wurden nach dem Sturz von Sadam durch kurdische Sunniten vertrieben. Zuvor hatte man einen Sohn gekidnappt, um der Aufforderung zum Verlassen von Mosul Nachdruck zu verleihen. Die Familie erhält 140 JD als Unterstützung vom

UNHCR. Die Miete beträgt 100 JD. Khalid bemüht sich um Gelegenheitsarbeiten. Im letzten Monat musste die Familie einen Schrank verkaufen, um die Miete zu bezahlen. Die Familie ist dringend auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Besuch bei Familie Mostafa R. Ghelan

Mostafa besitzt Frau und drei Kinder und hat im Irak als Goldschmied gearbeitet. Er gehört zu den „Nachfolgern von Johannes dem Täufer“. Sie wurden nördlich von Basra von den Schiiten vertrieben und flohen nach Bagdad. Dort wurde sein siebenjähriger Sohn gekidnappt. Um seinen Sohn auszulösen, musste er sein Goldschmiedewerkzeug, sein Haus und den Restschmuck verkaufen. Er floh mit seiner Familie nach Jordanien. In Amman bewohnt er mit seiner Familie eine kleine Wohnung, für die er 80 JD zahlen muss. Vom UNHCR erhält er 140 JD Unterstützung. Von einer Schuhfabrik erhält er gelegentlich Schuhe zur Endbearbeitung, um ein kleines Zubrot zu verdienen. Die Familie will unter keinen Umständen wieder in dem Irak zurückkehren. Seinem anwesenden Bruder hatten die Schiiten ins Bein geschossen. Die Schussverletzung ist heute noch zu erkennen. Die Familie ist weiter auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Besuch bei der Familie von Frau Miriam G. Mostafa

Miriam G. lebt allein mit ihren beiden Kindern, ein Junge mit 16 Jahren und ein Mädchen mit 14 Jahren. Sie gehören zu den „Nachfolgern von Johannes dem Täufer“. Ihr Mann wurde nach dem Einmarsch der Amerikaner 2003 von muslimischen Extremisten aufgesucht und dazu überredet, an einem „Ausbildungslager“ teilzunehmen. Er kam ziemlich verändert wieder und trug einen Vollbart. Sie weigerte sich, ihrem Mann mit den beiden Kindern zu folgen und floh nach Bagdad zu ihren Eltern und Schwiegereltern. Der Mann folgte ihr und verlangte die Herausgabe der Kinder. Des Weiteren nahm er die Pässe der Kinder, um eine Flucht aus dem Irak zu verhindern und drohte, sie zu töten. Ihr Schwager besorgte ihr gefälschte Papiere für die Kinder, so dass sie

nach Jordanien fliehen konnte. Dort lebte sie mit ihren Kindern zwei Jahre in einem kleinen Raum neben einer Bäckerei. Tagsüber hielten sich Ratten in ihrer Behausung auf, die nachts in die Bäckerei wechselten. JECRaD besorgte ihr eine kleine, bessere Wohnung und gebrauchte Möbel. Miriam G. ist ausgebildete Kauffrau und verrichtet gelegentlich Putzarbeiten gegen geringes Entgelt. Zurzeit prüft die deutsche Botschaft in Verbindung mit dem UNHCR eine Übersiedelung nach Deutschland. Bis dahin ist sie noch weiter auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Besuch bei der Familie von Frau Fatima R. Ali

Fatima R. hat drei Kinder, zwei Jungen mit 10 und 8 Jahren und ein Mädchen mit 7 Jahren. Sie lebte mit ihrem Mann und den Kindern in Bagdad. Noch vor dem Sturz Sadams traten der Mann und später auch sie zum christlichen Glauben über. Die Verwandten ihres Mannes unternahmen alles, um ihren Mann zu einer Rückkehr zum Islam zu bewegen und drohten ihm schließlich mit der Tötung. Sie sagten, ihr Mann brächte Schande über die gesamte Großfamilie. Eines Tages wurde ihr Ehemann von einem Verwandten tödlich angeschossen. Er starb im Krankenhaus. Als die Frau aus dem Krankenhaus mit ihren Kindern in die Wohnung zurückkehrte, war die Inneneinrichtung durch die Verwandten zerstört worden. Noch vor dem Tod ihres Mannes waren die Amerikaner in den Irak einmarschiert. Fatima hatte für einige amerikanische Soldaten in der Nähe ihrer Wohnung Essen gekocht. Sie ging nach der Zerstörung ihrer Wohnung zum Kompaniechef der amerikanischen Einheit und erzählte ihre Geschichte. Dieser brachte sie und ihre Kinder in die „Grüne Zone“ von Bagdad, wo sie über zwei Jahre lebte und für die Amerikaner als Putzhilfe arbeitete. Eines Tages wurde sie von ihren Verwandten aufgelauert, als sie die „Grüne Zone“ verließ und wurde schwer verletzt. Die Amerikaner rieten ihr nun, den Irak zu verlassen. JECRaD besorgte ihr und den drei Kindern eine kleine Wohnung. Sie spricht mittlerweile gut Englisch. In Zusammenarbeit mit dem UNHCR

prüft die amerikanische Botschaft eine Übersiedlung in die Vereinigten Staaten. Bis zur Übersiedlung ist die Familie noch auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen.

Schlussfolgerungen für die humanitäre Hilfe und für die Entwicklungszusammenarbeit

Die Anzahl von Familien irakischer Flüchtlinge in Jordanien, die dringend auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind, ist immer noch beträchtlich. JECRaD ist aufgrund seines sehr erfahrenen Netzwerkes in besonderer Weise geeignet, die wirklich Bedürftigen zu identifizieren und zu unterstützen, was auch von der deutschen Botschaft bestätigt wird. Ein völliger Abbruch der Nahrungsmittelhilfe würde besonders Haushalte mit allein erziehenden Frauen und kinderreiche Familien in eine erhebliche Notlage bringen.

Aufgrund der traumatischen Erfahrung vieler Flüchtlinge wird die Masse dieses Personenkreises in Jordanien bleiben. Die hohe Anzahl der Flüchtlinge aus dem Irak stellt für das gastfreundliche Königreich Jordanien eine große Belastung dar. Es wird daher empfohlen, dass die deutsche Botschaft Amman in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) prüft, ein größeres Berufsbildungsprogramm aufzulegen, dass mindestens zu 50 % den irakischen Flüchtlingen in Jordanien offen steht. Damit könnte Deutschland einen wichtigen und nachhaltigen Beitrag zur Lösung des irakischen Flüchtlingsproblems in Jordanien leisten. □

Redaktionsschluss
AUFTRAG 275
September 2009:
Freitag,
24. Juli 2009

Aus dem Vatikan

In jüngster Zeit sah sich der Vatikan wegen seines innerkirchlichen Krisenmanagements oft harter Kritik ausgesetzt. Das Krisenmanagement nach der Erdbebenkatastrophe in den Abruzzen aber findet in Italien eine positive Resonanz. Mit Wort und Tat auf allen Ebenen haben Papst und Vatikan im April viele Sympathien im Land (zurück-)gewonnen. Und gerade mit sehr einfachen Gesten (z.B. seinem Besuch in d'Aquila am 28. April) hat Benedikt XVI. das oft beförderte Image vom volksfernen Professoren-Papst im Apostolischen Palast korrigiert.

Das Erdbeben in den Abruzzen zu Beginn der Karwoche, nach den Opferzahlen das schwerste in Italien seit 30 Jahren, wurde auch zur pastoralen und karitativen Herausforderung für die Kirche. Nach jüngster Zählung kamen bei dem Beben am 6. April 294 Menschen ums Leben.

Mit acht ihrer 26 Feuerwehrmänner beteiligte sich die vatikanische Brandwache an den Rettungsarbeiten im Erdbebengebiet in Mittelitalien. Der Sicherheitschef des Vatikanstaats, Domenico Giani, hatte noch in der Nacht unmittelbar nach den verheerenden Erdstößen den Einsatz mit den zuständigen Stellen in der Kurie abgestimmt. Nachstehend ein bei ZENIT erschienener Artikel von Ulrich Nersinger über die „Feuerwehr der Päpste“. (PS)

Die Feuerwehr der Päpste

VON ULRICH NERSINGER

Das schwere Erdbeben in Mittelitalien – in L'Aquila und Umgebung – hat viele Opfer gefordert, Verletzte und Tote. Tausende von Menschen haben ihr Hab und Gut verloren. Die Zahl der Obdachlosen nimmt ein erschreckendes Ausmaß an. Bemerkenswert jedoch ist die Hilfe, die den Erdbebenopfern aus ganz Italien zu Teil wird. Unter den vielen Helfern, die seit Montag in den Abruzzen im Einsatz sind, befinden sich auch Mitglieder der vatikanischen Feuerwehr.

Der Kommandant der vatikanischen Gendarmerie, Dr. Domenico Giani, der in der Vatikanstadt für die Sicherheitsdienste und den Zivilschutz verantwortlich zeichnet, sagte gegenüber Radio Vatikan: „Noch in der Nacht, sobald wir von dieser enormen Tragödie erfahren haben, habe ich mit unseren Vorgesetzten gesprochen, mit Bischof Boccardo und Kardinal Lajolo; wir haben dann das Staatssekretariat informiert ... In diesem schmerzhaften Moment haben wir es als unsere Pflicht gesehen, dass auch die Feuerwehr des Vatikanstaates einen Beitrag leistet. Auch wenn

der eher symbolisch ist – gemessen am Ausmaß der Katastrophe und der Zahl der Helfer des Zivilschutzes – wir wollen in dieser großen Not da sein und unsere Hilfe anbieten. Das ist auch eine moralische Unterstützung für die Menschen die leiden – im Namen des Papstes“.

Die Feuerwehrleute des Heiligen Vaters leisten ihren Dienst in der Ortschaft Onna, die durch das Erdbeben fast zur Gänze von der Landkarte gelöscht wurde. Paolo De Angelis, Kommandant der vatikanischen Feuerwehr, berichtete aus Onna: „Die Lage ist katastrophal. Der Ort ist zerstört, allein hier haben die Hilfskräfte 40 Leichen aus den Trümmern geborgen. Wir arbeiten mit den italienischen Feuerwehrleuten zusammen, wir überprüfen die Statik der Häuser, die stehen geblieben sind und begleiten auch die Überlebenden in die Trümmer ihrer Häuser, um in kurzer Zeit und streng überwacht das wichtigste Hab und Gut sicher zu stellen. Die Bevölkerung hat unsere Ankunft als großes Zeichen der Solidarität gewertet. Die Menschen brauchen hier jetzt Trost und Unterstützung jeder

Art, ihnen wurde ja alles entrissen. Diese Geste der Solidarität seitens des Vatikanstaates bedeutet für uns sehr viel – persönlich wie beruflich.“

Eine Feuerwehr, so wie sie uns heute vertraut ist, gab es im alten Kirchenstaat seit dem Jahre 1810. Sie war in dem von den Franzosen besetzten Rom nach dem Vorbild der „Sapeurs-Pompieri“ von Paris entstanden. Sie unterstand dem emsigen Marchese Giuseppe Origo, der sie mit viel Engagement aufgebaut hatte. Der Aristokrat, ein begnadeter technischer Tüftler, hatte für sie auch die ersten Geräte zur Brandbekämpfung entworfen und konstruiert.

Nach seiner Rückkehr in die Ewige Stadt (1814) und der Wiedererrichtung des Kirchenstaates (1815) behielt Papst Pius VII. (1800-1823) die Feuerwehr bei, wandelte sie in eine militärische Einheit um und verfügte ihre Eingliederung in die päpstliche Armee. Die Leitung der Feuerwehr beließ der Papst in den bewährten Händen des Marchese Origo. Der Markgraf entwarf eine hydraulische Pumpe, die in Gegenwart von Kardinalstaatssekretär Ercole Consalvi, des Gouverneurs von Rom, Monsignore Tommaso Bernetti, und des Generalschatzmeisters der Apostolischen Kammer, Monsignore Belisario Cristaldi, erfolgreich erprobt wurde. Cristaldi setzte sich dann dafür ein, dass das Korps weitere Geräte zur besseren Erfüllung seiner Aufgaben erhielt.

Papst Leo XII. (1823-1829) unterstellte die Vigili del Fuoco im Jahre 1827 dem „Monsignor Governatore di Roma“ (Gouverneur von Rom) und entzog sie damit der Befehlsgewalt der militärischen Autoritäten des Kirchenstaates. Nach dem Tode des Marchese Origo ernannte Papst Gregor XVI. (1831-1846) den Herzog von Sermoneta, Michelangelo Caetani, zum Kommandanten der Vigili. Ein eigenes Reglement bekam das Korps erst am 28. Dezember 1845. Was Disziplin und Ränge anging, behielt es seinen militärischen Charakter bei.

Der Stab setzte sich aus dem kommandierenden Oberst, einem Oberstleutnant, Quartiermeister, Stabsarzt, Chirurgen und Sekretär zusammen; die Kompanie selber bestand aus: einem Hauptmann, einem Leutnant und

Vizeleutnant, einem Unteroffizier im Rang eines Adjutanten, vier Wachtmeistern, 20 Korporalen, einem Obertrumpeter, vier Trompetern und 110 Gemeinen. In einem Tagesbefehl aus dem Jahre 1847 definierte Monsignore Grassellini, der Gouverneur der Ewigen Stadt, den „militärischen“ Auftrag der Vigili mit den Worten: „Die Waffen der Feuerwehr sind Waffen des Friedens, der Sorge und der Sicherung des öffentlichen Wohls“.

In den Palästen des Vatikans und des Quirinals befanden sich die beiden zahlenmäßig stärksten Abteilungen des Korps. Kleinere Einheiten waren unter anderen bei der Ponte S. Angelo, der Kirche S. Ignazio und im Palazzo Gaetano stationiert. Bei allen größeren öffentlichen Veranstaltungen in der Ewigen Stadt hatten Abteilungen des Korps ex officio anwesend zu sein. Vigili wurden auch zu jeder Theater- und Operaufführung entsendet.

In Rom, aber auch in Bologna und Ancona, wo ebenfalls päpstliche Feuerwehrcorps stationiert waren, bewiesen sich die „Vigili Pontifici“ nicht nur im Löschen von Bränden, sondern sie brillierten auch durch die Erfindung neuer Löschgeräte und der Herausgabe richtungweisender Fachliteratur. In der Ewigen Stadt taten sich neben dem Marchese Origo zwei Wachtmeister des Korps durch Einfallsreichtum und Können hervor: Angelo Luswergh und Domenico Marcelli. Ihre Apparate und Sicherheitsvorrichtungen erprobten und demonstrierten die beiden Techniker sogar in der Öffentlichkeit, vor einem großen Publikum, so zum Beispiel am 26. Juni 1829 beim Mausoleum des Augustus. „Wir ernteten großen Applaus und vielfaches Da Capo!“, hieß es in dem Rapport, den Luswergh und Marcelli ihrem Vorgesetzten nach der Vorführung übergaben.

Berühmt wurden zwei in französischer Sprache verfasste Werke des aus dem päpstlichen Bologna stammenden Cavaliere Giovanni Aldini: „Art de se preserver de l'action de la flamme“ (Paris 1830) und „Sur le incendies“ (Paris 1831). 1839 präsentierten Angelo Luswergh, mittlerweile zum Offizier befördert, und Pietro Biondi der römischen Bevölkerung auf öffentlichen Plätzen neue hydraulische

Maschinen zur Bekämpfung von Feuerbränden; nach dem einhelligen Urteil von Fachleuten stellten die Geräte sogar englische und französische Erfindungen in den Schatten.

Von dem Leistungsstand ihres Feuerwehrcorps überzeugten sich die Päpste durch Feuerwehrrübungen und -präsentationen im Vatikan, denen sie persönlich beiwohnten. Das Interesse der Römer an diesen Darbietungen war so groß, dass der Majordomus des Papstes den Zutritt durch „biglietti“, Eintrittskarten, regeln musste. Wenige Wochen vor dem Ende des alten Kirchenstaates, am 3. Juli 1870, konnte Pius IX. (1846-1878) im Belvederehof des Vatikans noch einer großangelegten Demonstration zuschauen, während deren Verlauf ihm die neuesten Löschapparate und Spezialleitern vorgeführt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde erstmals eine Leiter gezeigt, die mit ihren verschieden aufeinander geschobenen Teilen schnell eine erhebliche Höhe erreichte, um Personen aus Gefahren zu retten.

Nach der Besetzung Roms am 20. September 1870 und der Einverleibung des Kirchenstaates in das Königreich Italien blieb die im Vatikan stationierte Einheit der Vigili del Fuoco in verkleinertem Umfang bestehen; ihr Quartier nahm sie in einem Gebäudetrakt beim Damasushof des Vatikanpalastes. In der Regierungszeit Papst Leos XIII. (1878-1903) kam der päpstlichen Feuerwehr auch die Aufsicht über den durch Wasserkraft betriebenen Aufzug zu, der Besucher des Vatikans in die Gemächer des Papstes brachte.

Dieser seltsam anmutende Fahrstuhl ersetzte eine noch seltsamere Konstruktion aus der Barockzeit – der barocke Aufzug wurde durch besonders kräftige Männer, die sich in einer Art Tretmühle befanden, in einem schwierig zu dirigierenden Manöver in die Höhe gehievt; die letzte Persönlichkeit, die mit diesem Fahrstuhl den Papst aufsuchte, war Eduard VIII. gewesen, als er noch Prince of Wales war.

Am 11. Februar 1929 wurde mit den Lateranverträgen die Aussöhnung von Kirche und italienischem Staat besiegelt. Für die Feuerwehr des Papstes blieb zunächst alles beim Alten. Erst im Jahre 1941 entschloss

sich Papst Pius XII. (1939-1958), das *Corpo dei Vigili del Fuoco* neu zu ordnen. Die vatikanische Feuerwehr wurde der Gouverneursbehörde des Vatikanstaates (*Direzione Generale dei Servizi Tecnici* – Generaldirektion der Technischen Dienste), unterstellt. Sie bestand aus zehn Mann, ausgewählt aus den technischen Diensten des Vatikans, die unter der Leitung zweier Offiziere in zwei Geschwadern Dienst taten.

Ihre Ausbildung erhielten die *Vigili* in der „*Scuola Centrale Antincendi di Roma*“, der Zentralschule Roms für Brandbekämpfung. Dem Korps wurde ein neues Quartier im *Belvedere* des Vatikans zugeteilt. Der Papst ließ den Ausrüstungsbestand überprüfen und durch neue Geräte ergänzen; zudem ordnete er neue Brandschutzbestimmungen an und übertrug ihre Überwachung den *Vigili*.

Schon im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges bewährte sich die Neuorganisation. Obschon der Vatikanstaat als neutraler Staat von allen Mächten offiziell anerkannt war, fielen dennoch mehrfach Bomben alliierter Flugzeuge auf sein Hoheitsgebiet. Der schwerste Vorfall ereignete sich am Abend des 5. November 1943. Gegen 20.10 Uhr warf ein Flugzeug vier Bomben über den Vatikan ab. Der erste Sprengsatz ging vor dem *Palazzo dei Tribunali* (Gerichtspalast) nieder, die zweite Bombe explodierte nahe der Apsis der Petersbasilika, die dritte hinter dem vatikanischen Gouverneurspalast, die letzte der Bomben detonierte zwischen dem Bahnhof des Kirchenstaates und dem abessinischen Priesterkolleg. Die Feuerwehr war nur wenige Minuten nach dem Angriff zur Stelle.

2002 wurde ein neues Gesetz zur Verwaltung des Vatikanstaates erlassen. Die vatikanische Feuerwehr ordnete der Papst der neu geschaffenen „*Direktion der Sicherheitsdienste und des Zivilschutzes*“ zu. Aktuell verfügt das Korps an die dreißig Feuerwehrleute, die unter einem Kommandanten und zwei Geschwaderführern ihren Dienst leisten. Ihre Dienstzeit umfasst vierundzwanzig Stunden, auf die jeweils ein arbeitsfreier Tag folgt. Alle vierzehn Tage wird eine Freizeit von zweiundsiebzig Stunden gewährt. Die Arbeitsuniform des Korps – je nach Jahreszeit aus leichtem oder schwe-

rem Tuch – ähnelt der Uniform der italienischen Feuerwehr und ist von kastanienbrauner Farbe.

Die vatikanische Feuerwehr ist der heilige Barbara anvertraut. Die im 4. Jahrhundert in Kleinasien verstorbene Märtyrerin teilt sich das Patronat jedoch mit dem heiligen Leo IV., der im Jahre 847 beim Brand des Borgo, des Viertels rund um St. Peter, dem Feuer durch eine Segensgeste Einhalt geboten hatte (im Papstpalast, in den Stanzen Raphaels, ist diese Szene in einem berühmt gewordenen Fresco verewigt worden).

Detaillierte Angaben zur Ausrüstung sind nur wenige bekannt. Für das Jahr 1995 sprach *Niccolò Del Re* in seinem Buch „*Mondo Vaticano*“ von drei Feuerwehrautos und zwei Leiterfahrzeugen, die eine Leiter ausgefahren 30 Meter lang, die andere 12 Meter. Die Anschaffung moderner Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge wurde in neuerer Zeit durch Geld- und Sachspenden ermöglicht. So übergaben am 28. Oktober 1998 oberösterreichische Feuerwehrleute ihren vatikanischen Kollegen ein neues Fahrzeug. Zu den Sponsoren des Wagens gehörten neben den Feuerwehren und der Landesregierung Oberösterreichs auch die Raiffeisenbank des Bundeslandes. Angeregt worden war die Spende durch den verstorbenen, aus der Diözese Linz stammenden Kurie-

nerzbischof Dr. Alois Wagner. Im November 2005 erhielt Papst Benedikt XVI. von DaimlerChrysler Italia einen Mercedes Benz Econic überreicht; der Löschwagen eignet sich besonders für die engen und verwinkelten Straßen der Vatikanstadt.

Im Quartier des Korps befinden sich auch die zentralen Alarmanlagen des päpstlichen Palastes, die mit allen Nebengebäuden wie den vatikanischen Museen, der Bibliothek, dem päpstlichen Geheimarchiv, der Druckerei und der Audienzhalle verbunden sind. Das besondere Augenmerk der päpstlichen Feuerwehr gilt St. Peter. Jeden Abend, nach der Schließung der Basilika, unterziehen zwei Feuerwehrleute unter Mitwirkung der *Sampietrini* (Arbeiter der Dombauhütte von St. Peter) das Gotteshaus einer eingehenden Überprüfung. Die Hinzuziehung der *Sampietrini* ist nötig, denn niemand ist so gut mit den geheimsten Winkeln der Basilika vertraut wie sie.

Bei kleineren und mittleren Bränden vertraut man im Vatikan ganz auf die Professionalität der eigenen Feuerwehr. Für größere Brände liegt im Governatorat des Vatikanstaates, der weltlichen Regierung des Kirchenstaates, ein Katastrophenplan bereit, der auch den Einsatz italienischer Feuerwehrkräfte mit einschließt. (*ZENIT*)

Kurz berichtet

Staatsrechtler: Menschenwürde-Argument nicht überstrapazieren

Der Würzburger Staatsrechtler Horst Dreier hat vor einem inflationären Verweis auf die Menschenwürde in gesellschaftlichen Debatten gewarnt. Wer selbst in banalen Fällen damit argumentiere, trivialisiere diese Grundnorm, sagte Dreier am Donnerstagabend im oberbayerischen Tutzing. Auf Dauer könnte dadurch die Kernsubstanz von Artikel 1 des Grundgesetzes geschwächt werden. Für Dreier ist die Menschenwürde ein normativer Anspruch auf gegenseitige Achtung aller Bürger.

Respekt vor der Menschenwürde bedeutet nach Ansicht des Philosophen Robert Spaemann, dass jede Person zähle. Dabei betonte er den Zusammenhang zwischen Menschenwürde und menschlicher Natur. Menschenwürde sei an keine andere Eigenschaft gekoppelt als die Zugehörigkeit zur Gattung *Homo sapiens*. Dies müsse bei der Definition des Begriffs beachtet werden. Spaemann kritisierte, dass stattdessen heute oft nur noch die Freiheit des Menschen als Ausgangspunkt genommen werde. Diese ergebe sich jedoch erst aus der Natur des Menschseins. Dreier und Spaemann äußerten sich bei einer Veranstaltung der Akademie für Politische Bildung in Tutzing in Zusammenarbeit mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. (*KNA*)

Als Soldat in Verantwortung – Allein mit Gott?

Der Bericht über das Ergebnis der Bundeskonferenz setzt die Berichtserstattung aus AUFTRAG 273 – März 2009 fort. Der Berichtserstatter (Oberstleutnant Gerhard Stolz) schreibt für die im Einsatz befindliche Oberfeldwebel Magdalena Maria Gorska, deren erlebte Eindrücke als Eingangsstatement kursiv wiedergegeben werden.

Mein Name ist Oberfeldwebel Magdalena Maria Gorska, ich bin die Gleichstellungsbeauftragte (Militär) des Streitkräfteunterstützungskommandos (GleiBmil SKUKdo).

Ich bin seit 02.07.2001 Soldatin und habe schon zwei Auslandseinsätze hinter mir (3. und 13. EinsKtzt (Einsatzkontingent) 2003 und 2007)

Bevor ich am 18. März 2007 nach Afghanistan verlegt habe, hat mich meine beste Freundin aus Bremerhaven besucht. Wir haben uns über meinen ersten Einsatz unterhalten. Bei einem Glas Wein haben wir noch die Eindrücke dieses Einsatzes besprochen. Während dieser Zeit ist ein Attentäter gegen einen Bus der Bundeswehr (2003) gefahren. Vier Soldaten starben und es gab 25 schwer und leicht Verletzte! Ich habe zu ihr gesagt: „Ich bete zu Gott, dass dieser Einsatz ruhiger wird und dass nicht wieder Schlimmes passiert“.

Am 18. März 2007 vormittags stand ich am Flughafen Köln-Bonn und habe mich auf die 4,5 Monate in Kunduz gefreut. Neue Aufgabe, endlich wieder ein richtiger Soldat sein! Hurra!

Nach mehreren Einweisungen im Lager wurde ich durch den Chef der Stabskompanie einem Reservezug zugeweiht. Unsere Aufgabe war es, wenn die Schutzkompanie bei einem Massenansturm von Verletzten (Anschlag, Unfall usw.) selbst versprengt wird, einen äußeren Ring zur Sicherung aufzubauen! Meine Aufgabe war im Notfall mich um Frauen zu kümmern, da dies in einem muslimischen Land sehr streng gesehen wird! Wir haben die Alarmstufen geübt und dachten nie, dass sie einmal wirklich ausgelöst werden würden!

Dann kam der 19. Mai 2007, meine Teileinheit hatte überwiegend Baseday (freien Vormittag), mit einigen anderen Soldaten hatte ich Schichtdienst. Ich bin mit einem Hauptfeldwebel von der Küche in den Stab ge-

laufen und fragte, ob er was von einer Übung heute Morgen gehört habe. Als Antwort grinste er mich an.

Ich war vielleicht eine halbe Stunde in meinem Büro! Da hörte ich die ganze Zeit bei meinen S6 Offz das Telefon klingeln!

Plötzlich Alarm!

OK, die Übung, dachte ich mir! Bis ich den S3 schreien hörte: „Wo ist den mein EOD (explosive ordnance disposal – Kampfmittelräumung)?“ Da wurde es mir klar, das ist keine Übung! Das ist Realität! Ich löste auf Befehl des JOC MINIMIZE (Kontaktsperre) aus, gleichzeitig meldete sich mein S6 Offz und der Kryptoverwalter und wollten die Lage wissen! Ein paar Minuten später war die komplette Teileinheit vor Ort! Bis zu diesem Moment war es noch nicht klar, was überhaupt passiert war! Ich meldete die Stärke an das JOC und hörte von einem Kameraden aus dem Reservezug den Ruf: „OFw Gorska!“ Innerhalb einer Minute hatte ich meine Splitterschutzweste an, mein Gewehr G36 war teilgeladen und ich hatte meinen Helm auf! Mein Kamerad sagte nur: „Pass auf dich auf“. Ich rannte raus und bei den Flaggen warteten schon Teile meines Reservezuges! Bis dahin wussten wir noch nicht, was passiert war und ob wir raus müssen. Ein ganz schreckliches Gefühl!

Über Funk haben wir die Sprüche zum JOC gehört, ein Anschlag, verletzte Soldaten, wie viele? Wer? Keine Ahnung! Die Stimmung! Das komische Gefühl im Bauch! Erste Meldungen kamen, verletzte deutsche Soldaten! Ich dachte nur, Gott sei Dank, nur Verletzte! Nach einer guten halben Stunde, kam dann aber die Gewissheit! Auf einem Markt hat sich ein Attentäter in die Luft gejagt: drei tote Soldaten und zwei Schwerverletzte, mehrere Leichtverletzte, Wir müssen nicht raus! Unsere Gruppen wurden sofort aufgeteilt, eine Gruppe hat sich um die toten Soldaten gekümmert, eine Gruppe sicherte

rund um das Feldlazarett, eine Gruppe kümmerte sich um die leichtverletzten Soldaten! Der Rest konnte abrücken!

Ich hatte die Aufgabe, mich um die Leichtverletzten mit zu kümmern! Als ich gerade am Feldlazarett angekommen war, haben die Kameraden einen schwerverletzten Soldaten rein getragen! Der Anblick hat mir für einen Moment die Luft geraubt.

Es ging alles so schnell, wir legten die Splitterschutzweste und Waffen ab und haben das Sanitätspersonal unterstützt.

Die Zeit rannte! Ich weiß es nicht, wie lange ich im Feldlazarett gewesen bin und an manche Situationen kann ich mich nicht mehr erinnern, aber ich dachte daran, dass der liebe Gott mich diesmal verschont hatte?

Ergebnisse Arbeitsgruppe 2, Bundeskonferenz 2008

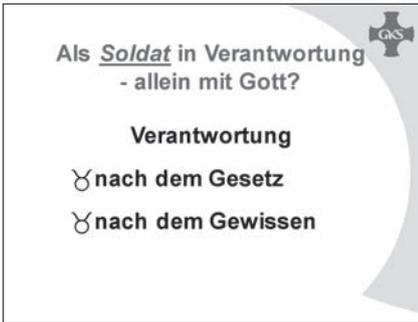
Die Arbeitsgruppe 2 beschäftigte sich während des Bildungsteils der Bundeskonferenz mit dem Teilaspekt „Soldat in Verantwortung – Allein mit Gott?“, auch in diesem Fall unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Einsatz. Ausgangspunkt war die oben angeführte Schilderung eines sehr persönlichen Erlebnisses.

Ist der Soldat im Einsatz „Allein mit Gott“ – dies war die Fragestellung.

Im Vordergrund stand in erster Linie die Diskussion über die Verantwortung des militärischen Führers in seiner Rolle als Menschenführer, aber auch über die vorhandene Schuldfähigkeit im Tun und Handeln in der Verantwortung vor Gott und den Menschen.

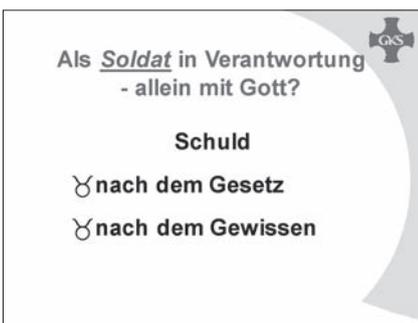
Was habe ich an Verantwortung als militärischer Führer zu tragen? (Grafik 1)

Wer gibt einem diese Verantwortung?



Grafik 1

Diese Verantwortung wird dem Vorgesetzten kraft Gesetz übertragen, der Umfang richtet sich dabei nach Auftrag und den damit verbundenen Auflagen und Randbedingungen. Der Vorgesetzte als militärischer Führer muss sich dieser Verantwortung bewusst sein, sie leben und erleben, sie dokumentieren, sie zeigen, auch demonstrativ, vor allem in schwierigen Lagen. Der Vorgesetzte zeigt damit seine uneingeschränkte Verantwortung für die ihm übertragenen Aufgaben und für das Menschenpotenzial. Die besondere Bedeutung entsteht durch die Besonderheit der Einsätze und der damit verbundenen interkulturellen Problematiken. Die teilweise Abgeschiedenheit im Einsatz, aber auch die entstandenen Lücken und Defizite in den Friedensstandorten verstärken die Situation, in der sich der Vorgesetzte, der militärische Führer befindet.



Grafik 2

Verantwortung wird aber auch gegeben von Gott. Christ sein heißt, Verantwortung haben für den Nächsten, ihn schützen, ihn hüten, für ihn da sein, in jeder Lebenslage sein Ansprechpartner sein, sein Berater, sein Beschützer.

Letztendlich kommt dem Gewissen eine herausragende Rolle zu, die

Diskussion dazu wurde nicht geführt, da sie an anderer Stelle hinreichend behandelt wurde.

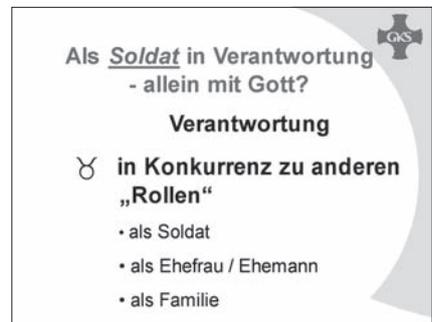
Wie gehe ich als militärischer Führer mit der Verantwortung um?

Die Verantwortung leitet den Vorgesetzten in seinem Tun (Grafik 2)

Wem gegenüber bin ich Rechenschaft schuldig?

Dazu führte der ehemalige Generalinspekteur, Admiral Wellershoff, folgendes aus:

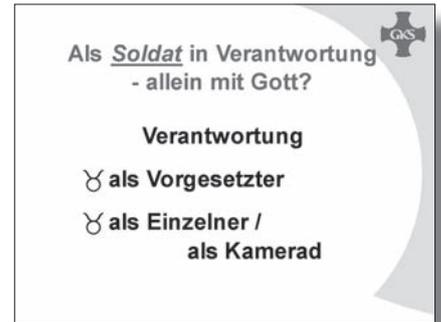
„Ein wesentliches Merkmal erfolgreicher Führung ist das Vertrauen in die Führungsfähigkeit der Vorgesetzten“



Grafik 3

Der militärische Führer ist demnach abhängig von diesem Verhältnis, es aufzubauen und zu erhalten und zu pflegen, ist seine oberste Pflicht. (Grafik 3)

Verantwortung versteht sich aber nicht nur als Verpflichtung als Vorgesetzter, sondern auch als Kamerad. Nur im Einsatz – unter den besonderen Bedingungen – zeigt es sich, wie Kameradschaft gelebt wird, die Verantwortung dafür ist eine andere als im Friedensbetrieb und so manch ei-



Grafik 4

ner hat es erleben müssen, wie wichtig „diese“ Kameradschaft ist und sein kann, wenn man sie denn benötigt. (Grafik 4)

Die Konfrontation mit dieser Herausforderung, auch in der Konkurrenz zu den anderen Rollen, wie Ehemann/ Ehefrau und Familienvater oder Mutter, ist die Herausforderung, die an uns alle im Einsatz gestellt werden.

Wie endet der offene Brief unserer Frau Oberfeldwebel Magdalena Maria Gorska:

„Die Zeit rannte! Ich weiß es nicht, wie lange ich im Feldlazarett gewesen bin und an manche Situationen kann ich mich nicht mehr erinnern, aber ich dachte daran, dass der liebe Gott mich diesmal verschont hat?“

Die Frage nach dem – „allein mit Gott?“ stellt sich uns nicht, für uns Gläubige ist er da, er begleitet uns, beschützt uns, ist unser Halt und unsere Stütze, jederzeit, rund um die Uhr.

Der Soldat, die Soldatin im Einsatz hat den Weg zu dem Militärseelsorger gefunden, man braucht keine Landkarte, um ihn zu finden, denn auch er ist präsent! ☐

Kurz berichtet

Papst mahnt zur Aufnahme von Flüchtlingen

Papst Benedikt XVI. hat zum Weltflüchtlingstag an die Pflicht zur Aufnahme von Schutzsuchenden erinnert. Er beklagte die „schwierige und bisweilen dramatische Lage der Flüchtlinge“, die wegen Kriegen, Verfolgung oder Katastrophen ihre Heimat verlassen müssten. Die Anstrengung aller sei nötig, um die Ursachen dieses „so traurigen Phänomens“ zu beseitigen, sagte der Papst. Der Welttag der Migranten und Flüchtlinge war erstmals von Benedikt XV. (1914-1922) 1914 unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs ausgerufen worden. Die UN-Generalversammlung übernahm im Jahr 2000 die Initiative und führte den 20. Juni als Weltflüchtlingstag ein. (KNA)

Neuer Lebenskundlicher Unterricht

Mediengespräch im Katholischen Militärbischofsamt

VON BERTRAM BASTIAN

Am 22. April 2009 fand mit Vertretern der deutschen Presse im Katholischen Militärbischofsamt ein Mediengespräch bezüglich des neuen Ethikunterrichtes statt. Der Katholische Militärbischof für die Bundeswehr, Dr. Walter Mixa, und der Referatsleiter im Bundesministerium der Verteidigung Fü S i 3, Oberst i.G. Dipl.-Päd. Peter Gerhardt, trugen über die Neugestaltung des Lebenskundlichen Unterrichtes vor und stellten sich anschließend den Fragen der Pressevertreter.

In der einführenden Stellungnahme von Oberst i.G. Gerhardt stellte dieser die Notwendigkeit dar, dass die Soldaten und Soldatinnen eine ethisch-kulturelle Kompetenz vermittelt bekommen, bevor sie in die neuen Einsätze geschickt werden. Dies bedeute, dass die schon in Angriff genommene Ausbildung jetzt in der neuen Vorschrift (Zentrale Dienstvorschrift 10/4 (zE)¹ „Lebenskundlicher Unterricht“ Selbstverantwortlich leben – Verantwortung für andere übernehmen können) abgedeckt würde. Der Referatsleiter führte weiter aus, indem Ziele und Maßgaben vorgeschrieben würden, könnten die Militärfarrer beider Konfessionen als Ethiklehrer den jungen Menschen die Werte vermitteln, welche die Soldaten benötigten, um im Einsatz auch unter Stresssituationen richtig handeln zu können. Das Curriculum der neuartigen Ausbildung sei in drei große Blöcke unterteilt:

- Individuum und Gesellschaft
- Persönliche Lebensführung und soldatischer Dienst
- Moralische und psychische Herausforderungen im soldatischen Dienst

1 (zE) bedeutet, die Vorschrift ist zur Erprobung – in diesem Falle für drei Jahre – erlassen worden. Die alte Vorschrift ist vorläufig außer Kraft gesetzt und kann erst nach Abschluß der Erprobung und dem Inkrafttreten der endgültigen Vorschrift ZDv 10/4 vernichtet werden.

Oberst i.G. Gerhardt erklärte weiterhin, dass innerhalb dieser Blöcke dem durchführenden Ethiklehrer Grobziele vorgegeben seien, die er mit seiner Methodik erreichen solle. Hintergrund sei immer, dass keine religiöse Unterrichtung stattfände, sondern ein Ethikunterricht zur Erlangung der ethisch-kulturellen Kompetenz. Er sagte weiter, dass deshalb die Teilnahme auch nicht freigestellt sein könne, da es hier nicht um das Grundrecht der freien Religionsausübung ginge, sondern einzig und allein um die bestmögliche Vorbereitung auf den Auslandseinsatz.

Militärbischof Mixa ergänzte die Ausführungen aus der Sicht der Kurie und machte an Beispielen seiner Besuche im Ausland und bei den Truppenteilen in Deutschland, die im Einsatz Soldaten durch Terroranschläge verloren hatten, deutlich, wie wichtig es sei, diese Art von Unterrichtung zu leisten. Gerade der Pfarrer als ausgebildeter Ethiker sei hier die Ideallbesetzung, da sich aus

den Fragen nach den Werten relativ schnell ein Vertrauensverhältnis herausbilde, welches dann den Seelsorger in Einzelgesprächen – gelöst von der Unterrichtung – fordern würde. Wie wichtig dies sei, bestätigten die anwesenden Leitenden Dekane, die aus ihren gesammelten Einsatzerfahrungen berichteten.

Auf die Frage, wie stark sich die Anzahl der zu leistenden Unterrichtsstunden erhöhen würde, führten die anwesenden Dekane aus, dass keine relevante Erhöhung erwartet werde, da ja bisher auch Lebenskundlicher Unterricht zu leisten war. Eine Erhöhung werde nur an Schulen und sonstigen besonderen Ausbildungsstätten erwartet. Um Vakanzen zu überbrücken, die durch Militärfarrer im Einsatz auch zur jetzigen Zeit schon vorhanden wären, sei beschlossen worden, aus Kirchensteuermitteln sogenannte Springer einzusetzen, die schwerpunktmäßig eingesetzt, zur Entlastung der Militärfarrer im Heimatland dienen. □

Kurz berichtet

Paulusjahr war großer Erfolg

Als „großen Erfolg“ hat der Mainzer Kardinal Karl Lehmann am 18.06.09 das von Papst Benedikt XVI. ausgerufene Paulusjahr gewertet. Bei einem Vortrag im Mainzer Dom hob Lehmann besonders die „eindrucksvolle Zusammenarbeit mit der evangelischen Theologie“ hervor, die vorher so nicht abzusehen gewesen sei. Lehmann bezeichnete Paulus als „ersten Theo-

logen“ der Kirche. Sein Wirken habe wesentlich zum Aufstieg des Christentums beigetragen. Die Entscheidung des von ihm maßgeblich geprägten Apostelkonvents in Jerusalem, nicht nur Juden den Weg zum christlichen Bekenntnis zu öffnen, nannte Lehmann „das wichtigste Ereignis in der Geschichte der Urkirche“.

Das Gedenkjahr endete am 28. Juni. (KNA)

Katholische Verbände und Organisationen in Deutschland



Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD)

Die GKS ist seit der Zeit ihrer Vorgängerin, des Königsteiner Offizierkreises (KOK), also seit den 1960er Jahren Mitglied in der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD). Dies ist nicht verwunderlich, da zumindest bis zur Öffnung der Bundeswehr für den Dienst von Frauen in den Streitkräften der Soldatendienst eine reine Männerdomäne war. Allerdings hat die GKS neben den berufsspezifischen Männerthemen immer die Familienarbeit in ihr Apostolat einbezogen. Diese Verantwortung der Männer für Partnerschaft und Familie ist auch für die GKMD ein Schwerpunktanliegen.

Die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) ist ein Zusammenschluss

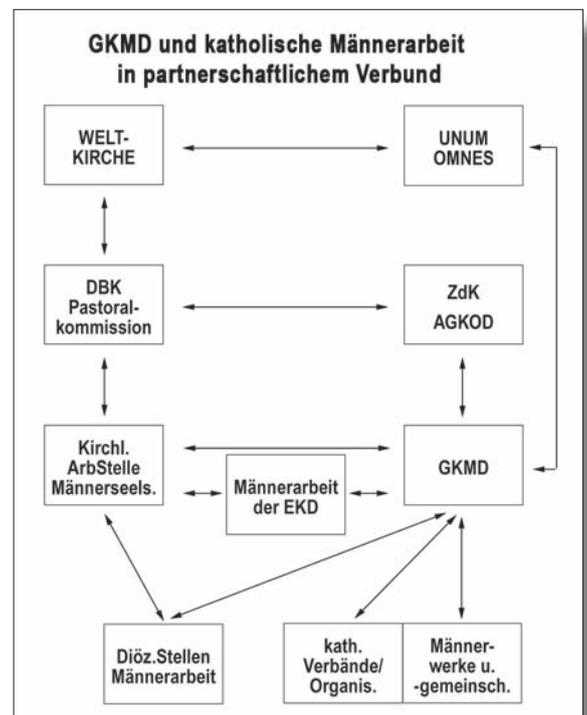
- von katholischen Verbänden, die sich mit Männerseelsorge und Männerarbeit befassen,
- der Männerwerke und Männergemeinschaften sowie
- der Diözesanstellen für Männerseelsorge.

Neben den Diözesanstellen sind dies 20 überdiözesane Verbände und Gemeinschaften¹.

Die GKMD arbeitet eng mit der **kirchlichen Arbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen** zusammen. Diese ist eine pastorale Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz. Sie hat den Auftrag, die Aufgaben einer zeitgemäßen Männerpastoral bewusst zu machen, zu fördern und ihre Realisierung in Diözesen und Verbänden anzuregen und zu begleiten.

Örtlicher Mittelpunkt katholischer Männerseelsorge und Männerarbeit ist die Stadt Fulda, die in der Zeit des Nationalsozialismus Zufluchtsstätte für die katholische Männerarbeit und eine Zelle im kirchlichen Widerstand gegen das NS-Regime war. Hier fand am 29./30. November 1938 die erste überdiözesane und überverbandliche Männerseelsorgekonferenz statt. Zum erweiterten Arbeitskreis der Männerseelsorge gehörte damals u.a. auch Pater Alfred Delp SJ². Er und andere katholische Blutzugehörige des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus³ prägen bis in die Gegenwart das Bewusstsein von Auftrag und Sendung der katholischen Männerseelsorge und Männerarbeit in Deutschland.

- Katholische Männerseelsorge und Männerarbeit findet heute inmitten eines radikalen Wandels der Geschlechterrollen und in einer tief greifenden Krise traditioneller



Männlichkeit statt. Dies betrifft alle Dimensionen des Lebens der Männer. Ziel der Arbeit ist es daher, Männer zu unterstützen, den Rollenwandel, der ihnen durch die gesellschaftliche Entwicklung hin zu einem partnerschaftlichen Miteinander der Geschlechter abverlangt wird, mitgestaltend zu vollziehen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag für eine geschlechtergerechte Gestaltung aller Lebensbereiche. Katholische Männerarbeit begleitet Männer dabei, ihre Beziehungs- und Partnerschaftsfähigkeit auf der einen Seite und ihre Kompetenz und Eigenständigkeit in der Gestaltung des persönlichen und religiösen Lebens auf der anderen Seite zu kultivieren. Sie lädt die Männer ein, ihren Weg „in der

1 GKMD-Mitgliedsverbände: Ackermann-Gemeinde, BKMuF – Bund Kath. Männer u. Frauen, BKU – Bund Kath. Unternehmer, Bund der Historischen Dt. Schützenbruderschaften, Bundesvereinigung kath. Männergemeinschaften u. Männerwerke, CV – Cartellverband der kath. dt. Studentenverbindungen, DJK – Dt. Jugendkraft, Gemeinschaft der Vinzenzkonferenzen Deutschlands, GKS – Gemeinschaft Kath. Soldaten, KAVD – Kath. Akademikerverband Deutschlands, KKV – Bundesverband der Kath. in Wirtschaft u. Verwaltung, KLB – Kath. Landvolkbewegung Deutschlands, Kolpingwerk, KV – Kartellverband kath. dt. Studentenvereine, Landesverband kath. Männergemeinschaften in Bayern, MC – Marianische Männerkongregation, SKM – Katholischer Verband für soziale Dienste in Deutschland, St. Nikolaus-Schifferverband, Stefanus-Gemeinschaft, Zentralverband der Mitarbeiter u. Mitarbeiterinnen in Einrichtungen der kath. Kirche Deutschlands.

2 P. Alfred Delp (* 1907) war 1941 durch die Vermittlung des Münchner Männerseelsorgers P. Rupert Mayer SJ in diesen Kreis gekommen. Er wurde am 02.02.1945 in Berlin-Plötzensee wegen seiner Zugehörigkeit zu dem an der Verschwörung des 20. Juli 1944 beteiligten Kreisauer Kreises um Helmut Graf von Moltke hingerichtet.

3 erinnert sei an Prälat Dr. Otto Müller (verstorben im Gefängnis Berlin-Tegel am 12.10.1944), Nikolaus Groß (hingerichtet in Berlin-Plötzensee am 23.01.1945), Bernhard Letterhaus (hingerichtet in Berlin-Plötzensee am 11.11.1944).

Gemeinschaft mit der Kirche zu gehen und ihre Suche nach Identität und gelingendem Leben immer wieder neu am Evangelium auszurichten“⁴. Aktuelle Beispiele für die kirchliche Männerarbeit werden in den folgenden beiden Beiträgen vorgestellt. Dies sind

- eine bei der Hauttagung der GKMD am 07.05.2009 veröffentlichte männerpolitische Erklärung (s.u.) und

- die ökumenische Männerstudie 2008 „Männer in Bewegung“ (s.S. 50).

Die GKMD steht gemeinsam mit der kirchlichen Arbeitsstelle in engem Kontakt mit der Männerarbeit der Evangelischen Kirche Deutschlands. Und wie schon beim ersten ökumenischen Kirchentag 2003 in Berlin werden die für die kirchliche Männerarbeit Verantwortlichen auch im Jahr 2010 wieder ein gemeinsames Männerzentrum in München betreiben. Die GKMD ist darüber hinaus Mitglied in UNUM OMNES, einer 1948 in Lourdes gegründeten internationalen Vereinigung katholischer Männer.

Jeweils im Mai treffen sich die Delegierten der Mitgliedsverbände und Diözesanstellen zur Hauptversammlung im Bonifatiushaus in Fulda. Alle fünf Jahre wählt die Hauptversammlung ein vierköpfiges Präsidium. Seit 1969 – also seit 40 Jahren – stellt die GKS den Vizepräsidenten als Vertreter der Verbände. Dies war von 1969 bis 1996 Oberst a.D. Hans-Georg Marohl, dem bei der Wahl im Jahr 1996 Oberstleutnant a.D. Paul Schulz nachfolgte. (PS)

Mehr zur katholischen Männerseelsorge und Männerarbeit unter: www.kath-maennerarbeit.de

⁴ Richtlinien für die Männerseelsorge und kirchliche Männerarbeit vom 19.11.2001.

Katholische Männer fordern Debatte über Vaterrolle

Eine breite gesellschaftliche Debatte über die Vaterrolle und über unterstützende Maßnahmen für Väter fordert die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD). Immer mehr Väter wollten ihre Aufgaben in der Familie aktiv gestalten, heißt es in einer am 7. Mai in Fulda von der Hauptversammlung der GKMD ohne Gegenstimmen verabschiedeten „Männerpolitischen Erklärung“. Es gelte, klare Grundlagen dafür zu schaffen, dass Mütter und Väter zwischen Familie, Erwerbsarbeit und verschiedenen Teilzeitmodellen ohne Probleme wählen könnten.

In ihrer Erklärung spricht sich die GKMD unter anderem für eine gleiche Behandlung von Vätern und Müttern in Fragen des Sorgerechts und für eine gezielte Förderung von Jungen durch geschlechtsspezifische Lernarrangements in Kindertagesstätten und Schulen aus. Auch brauche es eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die spezifische Situation pflegebedürftiger Männer im Alter.

Ausdrücklich wird in der Erklärung betont, Grundlage für Gleichstellungspolitik sei, dass die Perspektive beider Geschlechter gleichermaßen Berücksichtigung finde. Die Männerperspektive müsse zu einem unverzichtbaren Bestandteil von Gleichstellungspolitik werden.

Mit ihrer Erklärung reagiert die GKMD auf die Ergebnisse der am 18. März veröffentlichten und von ihr sowie der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland initiierten Studie „Männer in Bewegung“ (s.S. 50).

Die Erklärung im Wortlaut

Frauen und Männern gerecht werden

Männerpolitische Erklärung der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD)

Präambel

Die Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) wendet sich mit der vorliegenden Erklärung an die, die in Kirche, Staat, Parteien, Wirtschaft, Verbänden und Medien Verantwortung tragen und Entscheidungen treffen. Durch die weltweit verflochtenen Entwicklungen in

allen Lebensbereichen stehen wir vor vielfältigen Herausforderungen in Gesellschaft und Kirche. In dieser Situation politisch und pastoral angemessen für die Menschen tätig zu sein, setzt voraus, dass dieses Handeln sich vom Anspruch der Geschlechtergerechtigkeit leiten lässt. Wir wollen Frauen und Männern gerecht werden.

Aktuell bestärkt sieht sich die GKMD dabei durch die Ergebnisse der zweiten repräsentativen Männerstudie „Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland“. Die Studie, von der GKMD und der Männerarbeit der EKD in Auftrag gegeben, wurde im März 2009 der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie ist unmittelbarer Anlass für diese männerpolitische Erklärung der GKMD zu den vier Schlüsselbereichen:

- Gleichstellungspolitik
- Familienpolitik
- Generationengerechtigkeit
- Gewaltprävention

Männerpolitische Positionen und Forderungen der GKMD in der Gleichstellungspolitik

Grundlage für Gleichstellungspolitik ist, dass die Perspektive beider Geschlechter gleichermaßen Berücksichtigung findet. Die Männerperspektive muss somit unverzichtbarer Bestandteil von Gleichstellungspolitik werden. Die GKMD fordert deshalb:

- eine Überprüfung und ggf. Novellierung bestehender Gleichstellungsgesetze, sofern die Männerperspektive nicht oder nur unzureichend Berücksichtigung findet
- eine geschlechterparitätische Besetzung von Gleichstellungseinrichtungen
- politische und kirchliche Unterstützung beim Aufbau eines bundesweiten Netzwerkes von Männerorganisationen und -initiativen („Bundesforum Männer“)
- finanzielle und personelle Stärkung der Männer-, Jungen- und Väterarbeit

Männerpolitische Positionen und Forderungen der GKMD in der Familienpolitik

Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich heute in unserer Gesellschaft für Mütter und Väter gleichermaßen. Immer mehr Männer, die Vater werden, wollen ihre Aufgaben als Väter aktiv gestalten. Das ist für die Kinder und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung. Deshalb braucht unsere Gesellschaft eine breite gesellschaftliche Debatte über die Vaterrolle sowie über unterstützende familienpolitische und pastorale Maßnahmen für Väter. Die GKMD fordert deshalb:

- klare Grundlagen zu schaffen, dass Mütter und Väter zwischen Familienarbeit, Erwerbsarbeit und verschiedenen Teilzeitmodellen ohne Probleme wählen können
- weitere steuerliche Entlastung von Paaren mit Kindern
- gleiche Behandlung von Vätern und Müttern in Fragen des Sorgerechts
- Ausbau von Krippenplätzen für Kinder unter drei Jahren, Bezahlung von Tageseltern verbessern

- Förderung familien- und väterfreundlicher Betriebe
- Ausbau der Angebote für Väter (und ihre Kinder) in Kitas, Schulen und Familienbildung
- Unterstützung und Stärkung aktiver Vaterschaft in Bildungsarbeit

Männerpolitische Positionen und Forderungen der GKMD zu Fragen der Generationengerechtigkeit

Die Frage, wie gerechte Verhältnisse zwischen den Geschlechtern herzustellen sind, ist eng mit der Problematik der Generationengerechtigkeit verzahnt. Aus Männerperspektive ergeben sich hierbei zwei Brennpunkte:

- a) die Bildungsbenachteiligung von Jungen
- b) die Situation von pflegenden und zu pflegenden Männern

In beiden Feldern sieht die GKMD erheblichen Handlungsbedarf und fordert deshalb von Kirche und Staat als den beiden großen Bildungs- und Sozialträgern:

- a) **Jungenförderung:**
 - gezielte Förderung von Jungen durch geschlechtsspezifische Lernarrangements in Kitas sowie im Elementar-, Primar- und Sekundar-I-Bereich der Schulen als notwendige Ergänzung zur koedukativen Erziehung
 - Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Lehrer vor allem im Elementar- und Primarbereich, besonders auch durch Verbesserung von Ausbildung und Vergütung

- Förderung und Durchführung von Jungenprojekten in Jugendarbeit und Jugendhilfe unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sozialisationsbedingungen von Jungen und jungen Männern etwa mit Migrationshintergrund

zu b) **Pflege:**

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die spezifische Situation pflegebedürftiger Männer im Alter
- die begleitende Unterstützung von Männern, die in ihrer Familie und im Ehrenamt Pflgetätigkeiten übernehmen. Ermutigende Beispiele sollten öffentlich gemacht werden.
- Initiativen zur Erhöhung des Männeranteils in den Pflegeberufen

Männerpolitische Positionen und Forderungen der GKMD mit Blick auf die Gewaltprävention

Gewalt ist nach wie vor ein brennendes Thema in unserer Gesellschaft. Männer sind nicht nur Täter, sondern noch häufiger Opfer von Gewalt. Daher fordert die GKMD:

- den Ausbau von Beratungsangeboten für Männer, die gewalttätig geworden sind
- einen öffentlichen Diskurs über Opfererfahrungen von Männern
- die Stärkung von Vater-Sohn-Beziehungen in der Familien- und Väterarbeit
- gezielte Freizeit- und Qualifizierungsprogramme für gewaltbereite Jungen und junge Männer in strukturschwachen Regionen, sozialen Brennpunkten oder mit Migrationshintergrund

Fulda, den 7. Mai 2009

Kurz berichtet

Resolution für Jungen

Jungen laufen immer mehr Gefahr, zu den Verlierern in unserer Gesellschaft zu gehören. U. a. stellen sie mehr Schulabbrecher als Mädchen, machen deutlich seltener das Abitur und sind öfters gewaltauffällig. Auf der anderen Seite fehlt es ihnen oft an männlichen Bezugspersonen – daheim, im Kindergarten und in der Schule. Aus diesem Anlass hat der Verband Katholischer Männergemeinschaften (VKM) Hildesheim eine Resolution verabschiedet. Der Verband fordert Rahmenbedingungen, die Jungen besser gerecht werden und die Bereitschaft von Männern fördern, als Erzieher oder Grundschullehrer zu arbeiten.

Vollständige Erklärung auf der Website: <http://www.vkm-hildesheim.de>

Ein Beispiel aus der „Männerarbeit“ der GKMD

Studie 2008 „Männer in Bewegung“ Ein ökumenisches Projekt

Wie leben, denken, fühlen Männer? Was bestimmt ihr Leben und was wünschen sie sich? Und was hat sich bei ihnen in den letzten zehn Jahren verändert? Eine Fülle von Antworten gibt die Studie „Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland“. Erstellt haben sie Rainer Volz und Prof. Dr. Paul M. Zulehner im Auftrag der Männerarbeit der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Gemeinschaft der Katholischen Männer Deutschlands (GKMD) – mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



Typologie Männer in Bewegung
Volz/Zulehner unterscheiden jeweils vier Typen von Männern (und Frauen)

1998		2008	
Charakteristik (Vorstellungen über Rollenverteilung in Familie und Beruf)	Bezeichnung	Bezeichnung	Charakteristik (Vorstellungen über Rollenverteilung in Familie und Beruf)
hohe Zustimmung zu traditionellen Vorstellungen	traditionell	teiltraditionell	wie Traditionelle 1998, aber mit klar gesteigener Zustimmung zur Berufstätigkeit von Frauen und deren Auswirkung auf Kinder
hohe Zustimmung zu traditionellen und modernen Vorstellungen	pragmatisch	balancierend	weitgehend wie pragmatische Männer 1998
niedrige Zustimmung zu traditionellen und modernen Vorstellungen	unsicher	suchend	weitgehend wie unsichere Männer 1998
hohe Zustimmung zu modernen Vorstellungen	neu	modern	weitgehend wie neue Männer 1998

Die Untersuchung setzt eine Vorgängerstudie „Männer im Aufbruch“ von 1998 fort und erlaubt so einen Blick auf die Veränderungen und Entwicklungen im vergangenen Jahrzehnt. Und da neben 1.470 Männern auch 970 Frauen befragt wurden, ist ein Vergleich zwischen den Geschlechtern möglich.

Gerade da zeigt sich Erstaunliches: Während die Modernisierung bei den Frauen rasch voranschreitet, hängen die Männer deutlich hinterher. Doch selbst die traditionell denkenden Männer bewegen sich: Sie sind gegenüber 1998 deutlich offener, was die Berufstätigkeit von Frauen und die Betreuung von Kleinkindern außer Haus betrifft.

Der familiäre Lebensraum ist Männern und Frauen weiterhin sehr wichtig; an Bedeutsamkeit zugelegt haben z.B. die Bereiche Freunde und Freizeit. Gegenüber der Vorgängerstudie neu ist das Thema „Pflege“.

Anteil der Typen
Der Typus „traditionell“ wird nicht nur moderner („teiltraditionell“), sondern er wird (vor allem bei den Frauen) auch kleiner.

	teiltraditionell	balancierend	suchend	modern
Männer 1998	30%	23%	29%	17%
Männer 2008	27%	24%	30%	19%
Frauen 1998	25%	30%	17%	27%
Frauen 2008	14%	34%	19%	32%

Es gibt deutlich mehr moderne Frauen als moderne Männer.
Vor allem bei den Jüngeren.

Rangordnung der Lebensbereiche

Hochrangig sind 2008 sind

Familie – Freunde – Freizeit

Diese beiden Lebensbereiche haben für Männer an Bedeutung sehr gewonnen:

Religion: + 12%

Kirche: + 8%

Dagegen hat der Lebensbereich Arbeit für Männer an Bedeutung verloren:

Arbeit: - 8%

Zentrale Aussagen zur Ehe

Männertyp	Ehebild	Zukunftsfähigkeit der Institution Ehe
	„Von der Ehe profitieren vor allem die Männer.“	„Die Ehe ist eine überholte Einrichtung.“
teiltraditionell	40%	35%
modern	12%	13%

• Moderne Männer mit einem partnerschaftlichen Ehebild halten die Ehe für eine Institution mit Zukunft.

Wo das Bild der Ehe am traditionellen Modell familialer Arbeitsteilung orientiert ist („teiltraditionelle“ Männer), wird die Zukunftsfähigkeit der Institution Ehe skeptisch beurteilt.

• Die moderne Ehe als rechtlich verbindliche Form gleichberechtigter Partnerschaft ist keinesfalls überholt, sie wird weiter als ein zukunftsfähiges institutionelles Angebot angesehen.

Frauen als Mütter und Ernährerinnen

• „Frauen sind von Natur aus besser geeignet Kinder aufzuziehen.“

1998 von 65% der Frauen und der Männer unterstützt.
2008 liegt die Zustimmung um ca. 10 Prozentpunkte niedriger!
(Männer -11 Prozentpunkte, Frauen -8 Prozentpunkte)

• „Mann und Frau sollten zum Haushaltseinkommen beitragen.“

1998: gleichermaßen von 54% der Männer und der Frauen unterstützt,
2008: Frauen: 67%, Männer nur (immerhin?) 58%

Parität in Erwerbsarbeit und Haushalt

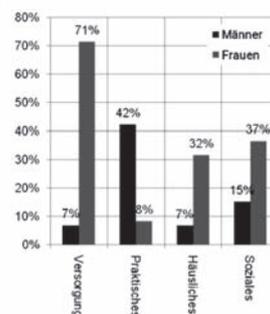
„Am besten ist es, wenn Mann und Frau beide halbtags erwerbstätig sind und sich beide gleich um den Haushalt kümmern.“

Zustimmung zur 50:50-Vision
1998: Männer 27%, Frauen 31%
2008: Männer 33%, Frauen 42%.

2008 befürworten fast drei Viertel der „modernen“ Frauen (74%) und „modernen“ Männer (72%) dieses Modell.

Nach wie vor gering ist die Zustimmung zu diesem Modell bei den „teiltraditionellen“ Frauen (15%).

Sich „gleich kümmern“ heißt nicht „das Gleiche tun“.



Während mittlerweile die Väter ihre Bedeutung für ihre Kinder deutlicher erkennen und sich in deren Betreuung aktiv einbringen, sträuben sich viele Männer noch, die Versorgung kranker und alter Angehöriger zu übernehmen. Doch ist immerhin rund die Hälfte bereit, dafür die Berufstätigkeit um 50 % oder mehr zu verringern.

Auch das Thema Gewalt ist gegenüber 1998 neu im Fokus der Studie. Bei 28 % der Männer und 14 % der Frauen findet sich eine stark rassistisch und sexistisch eingefärbte Gewaltakzeptanz. Und: Männer sind öfter als Frauen nicht nur Täter sondern auch Opfer von Gewalt! Damit bestätigen sich Untersuchungen der letzten Jahre.

Das sind nur einige Beispiele aus der Fülle der Daten. Weitere Themen der Studie sind z.B.:

- Lebenswelt Arbeit
- Politik
- Haushalt
- Scheidungen
- Männerfreundschaften und Vereine
- Gesundheit
- Sexualität
- Gefühle
- Leid und Tod
- Persönlichkeit
- Männerarbeit

Die **Studie** war am 18. März 2009 in Berlin vom EKD-Ratsvorsitzenden, Bischof Dr. Wolfgang Huber, und dem Beauftragten der DBK für Männerseelsorge, dem Bamberger Erzbischof Dr. Ludwig Schick, im Beisein von Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen der Öffentlichkeit präsentiert worden. Prof. Dr. Paul Zulehner stellte dabei einige besonders auffällige Ergebnisse der Studie vor.

Erzbischof Schick unterstrich bei der Präsentation, dass die Veränderungen bei der Religiosität und speziell unter den Männern bei der Einstellung zur Kirche bemerkenswert sei: Bezeichneten sich 1998 nur 16 % der männlichen Kirchenmitglieder als kirchenverbunden, sind es 2008 29 % (Frauen: 24 % und 28 %). Auch die Kirchensympathie bei den Nichtmitgliedern ist gestiegen. Eine Chance für die Kirchen und besonders für die kirchliche Männerarbeit! „Die Verbundenheit der Mitglieder mit

ihrer jeweiligen Kirche und die Sympathie von Nichtmitgliedern ist stärker geworden.“ Die Kirche werde dabei sowohl als Bewahrerin traditioneller Lebensmodelle als auch als „*innovativer Motor für Neues*“ gesehen, sagte Schick. Danach erwarten mittlerweile 31 % der Männer von den Kirchen Unterstützung bei der Neugestaltung ihrer Männerrolle, 1998 waren es lediglich 12 %.

Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Huber, hob das Entstehen einer neuen Vätergeneration hervor. „*Inzwischen erkennen auch Männer, dass es nicht nur Verzicht bedeutet, Erwerbsarbeit und Familienleben miteinander in Einklang zu bringen, als Väter für ihre Kinder präsent zu sein oder sich die Aufgaben fair mit ihren Partnerinnen zu teilen*“.

Bundesfamilienministerin von der Leyen unterstrich, „*Ehe, Familie, die Erziehung der Kinder und die Sorge für die Alten sind alles Ecksteine unseres Sozialen Fundaments. Wie fest dieses in Zukunft steht, hängt ganz entscheidend davon ab, ob und wie schnell eine partnerschaftlichere Verteilung der Aufgaben zwischen Frauen und Männern gelingt*.“ (GKMD/PS)

Hinweise:

Die Studie „Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland“ ist als Band 6 der Forschungsreihe des Bundesfamilienministeriums im Nomos-Verlag erschienen.

Bestellung und Download sind möglich unter folgendem Link:

www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen, did=121150.html

Quelle der Grafiken: Studienpräsentation von Prof. Dr. P.M. Zulehner.

Berufstätigkeit der Ehefrau

„Die Berufstätigkeit der Frau wirkt sich auf die Ehe positiv aus“

1998: Männer: 34%, Frauen: 42%

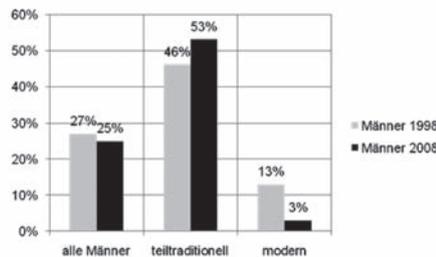
2008: Männer: 58%, Frauen: 68%

- Bei den „modernen“ Frauen und Männern ist diese Aussage inzwischen eine Selbstverständlichkeit: 83% der „modernen“ Frauen und 79% der „modernen“ Männer stimmen ihr zu.

Elternzeit

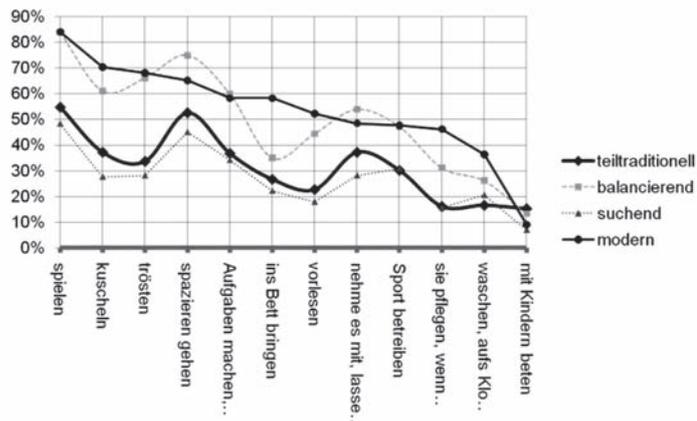
„Für einen Mann ist es eine Zumutung, zur Betreuung seines kleinen Kindes zuhause zu bleiben.“

- Diese Aussage fand 1998 bei 27% aller Männer Zustimmung, 2008 noch bei 25%.



- Bei den modernen Männern findet sich fast keiner mehr (3%), der diese Aussage unterstützt (1998 noch 13%).

Moderne Väter machen mehr mit ihren Kindern



Beitrag der Kirchen zur Neugestaltung der Männerrolle

Der Anteil jener, die von den Kirchen eine Stabilisierung der traditionellen Männerrolle erwarten, hat sich in den letzten 10 Jahren deutlich reduziert.

Gewachsen ist dagegen der Anteil jener, die sich von den Kirchen einen Beitrag zur Neugestaltung der Männerrolle erwarten.

Männer 1998: 12%, 2008: 31%, Differenz 19 Prozentpunkte!

Frauen 1998: 17%, 2008 22 % (bei den modernen Frauen verdoppelte er sich fast von 13% auf 25%)

Die Arbeit mit Vätern hat in der Männerarbeit der beiden Kirchen traditionell einen hohen Stellenwert.

Die Zukunft liegt in einer gemeinsamen Entwicklung der Geschlechter. Die Spannungen liegen weniger zwischen Männern und Frauen, sondern zwischen „Teiltraditionellen“ und „Modernen“. Es gilt, in einem konstruktiven Mit- und Nebeneinander Polarisierungen zu überwinden („Miteinander sprechen und voneinander lernen“).



Willy Brandt, der vierte Bundeskanzler (1969-74) und die Bundeswehr

Versöhnung trotz Widersprüche

VON DIETER KILIAN

Willy Brandt wurde am 18. Dezember 1913 in Lübeck als Herbert („Herb“) Ernst Karl Frahm geboren. Seine Mutter Martha Luise Wilhelmine Frahm (1894-1969; geborene Ewert), eine Verkäuferin, heiratete erst Jahre später.¹ Die Identität des Vaters gab sie lange nicht preis. Und so blieben die ersten drei Lebensjahrzehnte des späteren Bundeskanzlers lange unter einer Nebeldecke des Schweigens, der Halbwahrheiten und der Diffamierung verborgen – seitens der Familie, durch Brandt selbst und durch seine politischen Gegner. Erst 1948, als Brandt seine Wiedereinbürgerung beantragte, teilte ihm die Mutter den Namen seines wirklichen Vaters „kommentarlos auf einem Zettel“ mit: John Heinrich Möller (1887-1958), ein gelernter Buchhalter und Realschullehrer aus Hamburg, der 1912 kurz in Lübeck gelebt hatte.² Zu dieser Zeit wog der Makel nicht-ehelicher Geburt, der nicht nur den Eltern, sondern auch dem Kind angelastet wurde, schwer. In Brandts Erinnerungen tragen Kindheit und Jugend die Überschrift „unbehaust“. Allerdings gab es in seinem späteren Leben ähnlich fragile Familienstrukturen.³

- 1 Erst 1927 heiratete sie Emil Kuhlmann. Sohn Günther, Brandts zweiter Halbbruder, wurde 1928 geboren.
- 2 John Möller heiratete 1919 Helene Matz (* 1891). Sohn Heinz (* 1919), Willy Brandts erster Halbbruder, fiel 1944 als Soldat in der Ukraine.
- 3 Brandt war von 1941 bis 1948 mit Carlotta Thorkildsen verheiratet und hatte mit ihr eine Tochter (Ninja). Nach der Scheidung heiratete er 1948 Rut Bergaust (geborene Hansen; 1920-2006). Aus dieser Ehe gingen drei Söhne (Peter, Lars und Matthias) hervor. 1983 heiratete Brandt ein drittes Mal:

Großvater Ludwig Frahm (1875-1934)⁴, ein Landarbeiter aus Mecklenburg, war die männliche Bezugsperson seiner Kindheit. Er war Ende 1915 mit vierzig Jahren als Soldat des „Landwehr-Bataillons Lübeck“⁵ in den Ersten Weltkrieg gezogen. Somit kann davon ausgegangen werden, dass Ludwig Frahm um 1895 zunächst eine dreijährige aktive Dienstzeit als Soldat geleistet hat, vermutlich im 2. Hanseatischen Infanterie-Regiment Nr. 76, das seit 1878 mit zwei Bataillonen (darunter das Füsilierbataillon) in Lübeck stationiert war;⁶ der Verband unterstand der 17. Division. Im Ersten Weltkrieg diente Frahm zunächst in der Festung Metz, später kämpfte er im Raum Reims. Wiederholt lag er im Lazarett. Gegen Ende des Krieges wurde er bei einem Trommelfeuer verschüttet und verwundet. Stiefvater Emil Kuhlmann (1880-1969) und John Möller dienten ebenfalls als Soldat. Alle drei kehrten 1918 wieder heim, zwei von ihnen verwundet: Ludwig Frahm und John Möller.

In seinen Erinnerungen schreibt Brandt, er wäre „in antimilitaristi-

Brigitte Seebacher.

- 4 Ludwig Frahm war nicht sein leiblicher Großvater, denn Brandts Großmutter Wilhelmine Frahm hatte Tochter Martha mit in die Ehe gebracht. In Herbert Frahms Abiturzeugnis (1932) ist er jedoch als Vater mit dem Beruf „Kraftfahrzeugführer“ angegeben. Großmutter Wilhelmine Ewert war bereits 1913, d.h. vor der Geburt ihres Enkels gestorben.
- 5 Lübeck war ein eigener Aushebungsbezirk des IX. Bundes-Armee-korps in Altona, aus dem dieser Verband gebildet wurde.
- 6 1897 wurde das II. Bataillon des 3. Hanseatischen Infanterieregiments Nr. 162 aufgestellt.



Bild 2: Willy Brandt als Junge im „Marine-Look“

scher Tradition“⁷ aufgewachsen. In seinen Jugendjahren waren nur noch 362 Soldaten in Lübeck stationiert.⁸ Sie gehörten zum Stab der Reichswehrbrigade 9, dem Stab des II. Bataillons und der 5. und 8. Kompanie des Infanterieregiments (IR) 6, sowie der 5. Kompanie des IR 17. Soziale und gesellschaftliche Verbindungen zu diesen Verbänden hat es mit Sicherheit nicht gegeben. Und so blieben seine einzigen Berührungspunkte zum Militär die Pickelhaube, das Spielzeuggewehr und der obligatorische Matrosenanzug (Bild 2), den er als Junge bisweilen trug. Vermutlich führte letzterer dazu, dass er Marineoffizier werden wollte und Militärmu-

7 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 430.

8 Archiv der Hansestadt Lübeck, Lübeck und sein Militär, S. 101.

sik mochte, die er offenbar bei Platzkonzerten bisweilen gehört hatte.

Zunächst ging Herbert Frahm sieben Jahre auf die St. Lorenz-Knaben-Mittelschule. 1928 bekam er als einziger Arbeiterjunge⁹ ein Stipendium für das Johanneum-Gymnasium. Lübeck war seit August Bebel (1840-1913)¹⁰ eine Hochburg der Sozialdemokratie, aber gleichwohl „unterschied man sich von ande-

beiterpartei (SAP). Dr. Julius Leber (1891-1945), zweimal verwundeter Leutnant im Ersten Weltkrieg, nach Brandt ein „kraftvoller Frontoffizier“ der noch kurzzeitig in der Reichswehr gedient und 1921 die Chefredaktion des Lübecker „Volksboten“ übernommen hatte, war lange väterlicher Förderer des rebellischen jungen Herberts. Beide verband neben der politischen Arbeit ihre Herkunft, denn auch Leber war das Kind einer

nahm sich 1934¹¹ das Leben. Im April 1933 floh Brandt als Zwanzigjähriger auf dem Kutter „TRA 10“ des Fischers Paul Stooß von Travemünde auf die dänische Insel Lolland und von dort über Kopenhagen nach Norwegen. Es war zugleich der Bruch mit seinem Mentor Leber, den er nicht mehr wiedersehen sollte.

Brandt kannte Skandinavien von einem Schüleraustausch und einem Ferienaufenthalt ein wenig. Die poli-

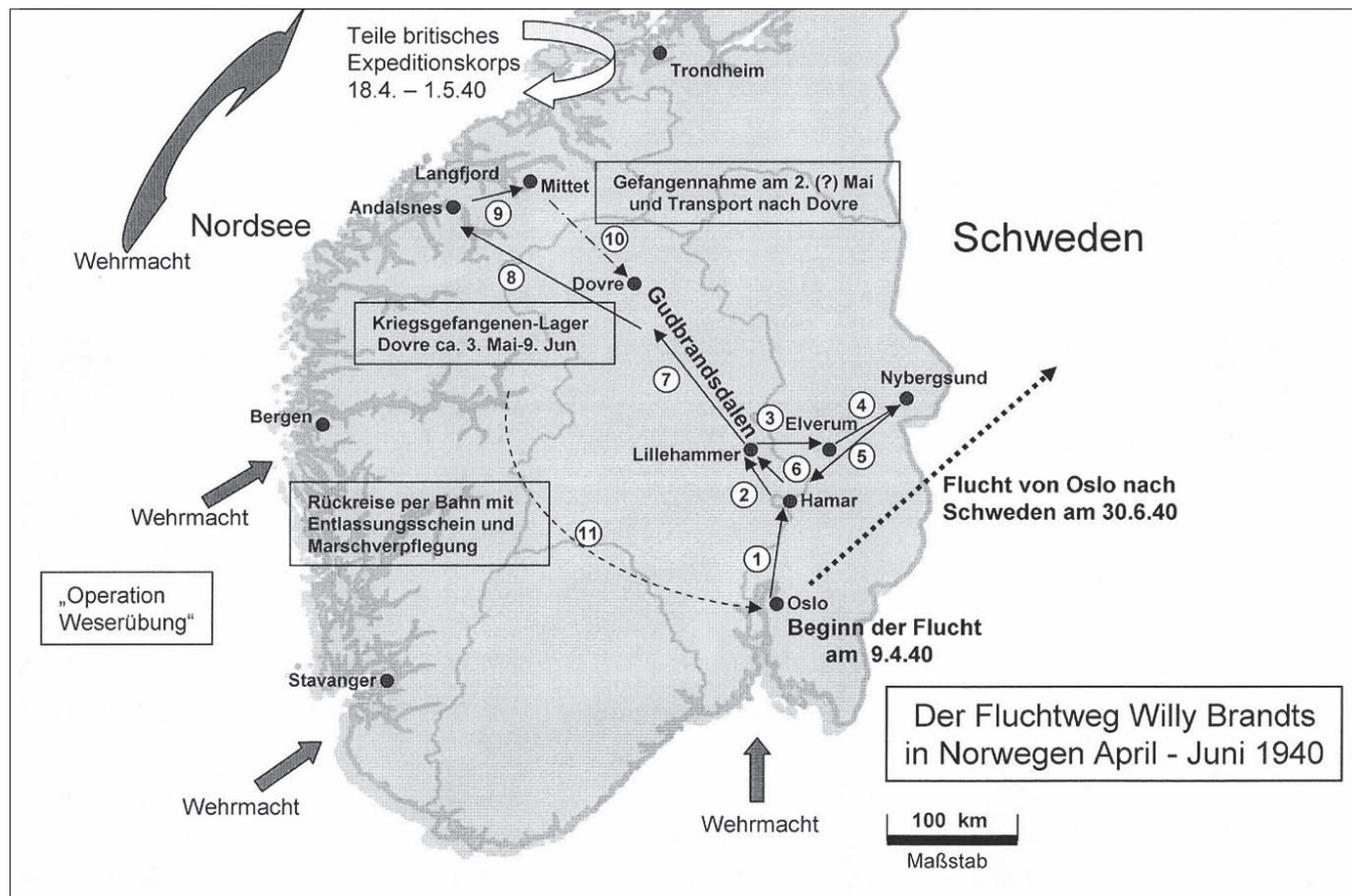


Bild 3: Der Fluchtweg Brandts in Norwegen 1940

ren“, beschreibt Brandt später die Kluft zum hanseatischen Bürgertum. Mit sechzehn Jahren trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei. Er warf der SPD vor, den Nationalsozialismus und die Brüchigkeit der Weimarer Republik zu unterschätzen. In schnellem Abstand wechselte er innerhalb des linken Lagers: 1930 zur SPD und 1931 zur radikalen Sozialistischen Ar-

unehelichen Beziehung. Vergeblich versuchte Leber, ihn vom Wechsel zur SAP abzuhalten und vor einer zunehmenden Radikalisierung zu bewahren.

1932 bestand Herbert das humanistische Abitur. Da sein Stipendium nicht bewilligt wurde, konnte er nicht studieren und arbeitete als Volontär in der Schiffsmaklerfirma F. H. Bertling KG. Als Hitler Reichskanzler wurde, prägte der Kampf gegen die Nationalsozialisten die Familie: Da nach ihm gefahndet wurde, wählte Herbert den Tarnnamen „Willy Brandt“. Großvater Ludwig

tische Lage Norwegens hatte sich verschlechtert: Die Arbeitslosenquote lag bei 35 %, die nationalsozialistische Bewegung fand großen Zulauf, und Flüchtlinge wurden keineswegs mit offenen Armen aufgenommen. Brandt erlernte die norwegische Sprache und begann in Oslo als Journalist zu arbeiten. Er schrieb für die gesamte skandinavische Linkspresse und engagierte sich gegen das Hitler-Regime mit dem Tenor: Deutschland ist nicht Hitler. Die skandinavische Lebensart mit ihrer zivilen Orientierung prägte

11 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 97; nach anderen Angaben starb er 1935.

9 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 89.

10 Bebel war der Sohn eines Unteroffiziers; er starb 1913 in einem Sommerhaus in Zürich, das ihm ein deutscher Offizier geschenkt hatte.

den jungen Mann nachhaltig. Seine Zuneigung zu Norwegen blieb bis an sein Lebensende. Brandt ist bis heute der erste deutsche Spitzenpolitiker, der über längere Zeit im Ausland gelebt hat. 1936 kehrte er für ein paar Monate nach Deutschland zurück und hielt sich – als norwegischer Student Gunnar Gassland getarnt – bei einer SAP-Gruppe in Berlin auf. Von Februar bis Ende Juni 1937, während des Spanischen Bürgerkriegs, ging er als Verbindungsmann der SAP-Auslandszeitung nach Barcelona. Zeitweise war er an der Aragón-Front bei Huesca in Katalonien als Beobachtungsposten, war aber – anders als z.B. George Orwell oder Ernest Hemingway – selbst nicht an Kampfhandlungen beteiligt.¹² Die Frage nach dem Weshalb bleibt unbeantwortet: möglicherweise kam er nicht in die Lage, zur Waffe greifen zu müssen. Ein Hauptgrund dürfte aber gewesen sein, dass Brandt niemals an einer militärischen Ausbildung teilgenommen hat. Seine Waffe war die Feder, nicht das Gewehr. Er räumt jedoch ein, dass er gekämpft hätte, wäre es dazu gekommen: „Ich würde mich nicht schämen, wenn ich – wie es einige meiner Freunde taten – mit der Waffe in der Hand verteidigt hätte, was sich mir als die Sache der legalen spanischen Republik und der europäischen Demokratie darstellte. Ich sehe das heute nicht anders als damals.“¹³

An anderer Stelle schreibt er ähnlich: „Ich bin dem Schicksal dankbar, dass es mich nicht vor die Entscheidung gestellt hat, mit der Waffe gegen meine deutschen Landsleute zu kämpfen. Die Entscheidung, wie sie auch gelaftet hätte, wäre immer tragisch, jedoch nie eine Schande gewesen.“¹⁴

Nicht wenige Offiziere der Bundeswehr standen Brandt ablehnend gegenüber. Emigranten galten als keine guten Deutschen. Der Vorwurf, während des Krieges „auf der

anderen Seite gestanden“ zu haben, wurde von Brandts politischen Gegnern forciert. Doch in der Rückschau ist er nicht haltbar. Daran, dass z.B. Clausewitz sogar als aktiver Offizier von Preußen zu Russland übergelaufen war, wurde nicht gedacht. Adenauers abfällige Bemerkung von „Herrn Brandt alias Frahm“,¹⁵ dem „vaterlandslosen Emigranten“ wirkte in konservativen Kreisen nach. Überdies ist die Behauptung, Brandt hät-



Bild 4: Hauptmann Fritz Nippus, der Lagerkommandant Brandts 1940

te auf deutsche Soldaten geschossen, nicht nur falsch, sondern in hohem Maße heuchlerisch. Wäre es zur Zeit des Kalten Krieges zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West gekommen, hätten die „deutschen Brüder“ beider Seiten – ohne Skrupel, weil beide individuell in einer Notwehrsituation – auf einander geschossen und schießen müssen. Angriffe auf den Emigranten Brandt kamen allerdings auch von eigenen Parteigenossen, die zu Hause geblieben waren. 1938 wurde ihm die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen; zehn Jahre später bekam er sie zurück und behielt den Namen, den er im Exil geführt hatte.

Am 9. April 1940 besetzten deutsche Truppen Norwegen. Gesichert durch starke Marine- und Luftstreitkräfte landeten insgesamt sieben Divisionen in Narvik, Trondheim, Bergen, Kristiansand, Stavanger und Oslo.¹⁶

¹⁵ Brandt, Rut, *Freundesland*, S. 132.

¹⁶ Zum präventiven Charakter der Besetzung Norwegens, siehe: Brandt, Willy,

Am 18. April 1940 ging ein britisches Expeditionskorps – unterstützt von französischen und exilpolnischen Kräften – mit 13.000 Soldaten bei Trondheim an Land, doch es verließ Norwegen bereits 14 Tage später. In Oslo hatte man nicht an einen deutschen Angriff geglaubt, auch Brandt nicht. Süffisant schreibt er, es wären „traurige Einheiten“ gewesen, allerdings mit einem „eindrucksvollen“ Vorrat an Tennisschlägern.¹⁷ Die sechs norwegischen Divisionen mit zusammen 60.000 Mann waren hoffnungslos unterlegen. Bis Juni 1940 wurden ca. 130.000 deutsche Soldaten nach Norwegen überführt. In Süd- und Mittelnorwegen rückte die Wehrmacht zügig ins Landesinnere vor (*Bild 3*). Nur im äußersten Norden des Landes, um Narvik, wurde erbittert gekämpft. Nach dem deutschen Angriff floh Brandt nach Norden zunächst ins 210 km entfernte Gudbrandsdal und von dort an den Langfjord. Doch als die Wehrmacht am 2. Mai die Region abriegelte, saß er zwischen dem Meer und 1500 m hohen, kaum überwindbaren, schneebedeckten Bergen in der Falle. Bei dem Dorf Mittet am Langfjord schloss er sich einer versprengten Truppe von etwa 50 norwegischen Zivilisten und Soldaten an und traf Leutnant Paul Gauguin, den Enkel des französischen Malers Paul Gauguin, wieder, den er aus Spanien kannte. Wäre Brandt als Deutscher erkannt worden, hätte er mit hoher Wahrscheinlichkeit um sein Leben fürchten müssen. Und so tauschte er seine Bekleidung mit Gauguin: Brandt schlüpfte in die norwegische Uniform und Gauguin in Brandts Zivil.¹⁸ Die Gruppe geriet in deutsche Kriegsgefangenschaft – seine erste direkte Begegnung mit deutschen Soldaten. Brandt wurde nicht als Deutscher erkannt. Die Gefangenschaft in der kleinen Schule im Dorf Dovre (Dombas) in Mittelnorwegen war kurz und moderat. Die Wachmannschaft unter dem väterlichen westfälischen Hauptmann Fritz Nippus (1893-1965; später

Draußen, S. 221 ff.

¹⁷ Brandt, Willy, *Links und frei*, S. 298.

¹⁸ Die Osloer Tageszeitung „Aftenposten“ schrieb am 10.01.1955 und am 01.11.1956, Brandt habe „am Krieg (in der Region) Trondelag als norwegischer Soldat“ teilgenommen.

¹² s.u.a. Spiegel-Gespräch Nr. 12/1961.

Zu Brandts Tätigkeit in Spanien siehe: Brandt, Willy, *Draußen*, S. 185 ff. Bundeskanzler a.D. Schröder hingegen sagte in einer Sendung des NDR zum 95. Geburtstag von Brandt am 18.12.2008 fälschlicherweise, Brandt habe auch gekämpft.

¹³ Brandt, Willy, *Links und frei*, S. 216.

¹⁴ Brandt, Willy, *Draußen* S. 13.

Major), Chef der 1. Kompanie des Infanterieregiments 345,¹⁹ (Bild 4) der bereits im Ersten Weltkrieg an der Front gewesen war, hatte den Auftrag, die Gefangenen gut zu behandeln, „weil die Norweger doch auch ‚Germanen‘ seien.“²⁰ Die wenigen Bilder aus dem kleinen Lager in der örtlichen Schule zeigen eine lockere Atmosphäre. Brandt nennt in seinen Erinnerungen den Familiennamen des kommandierenden Offiziers, was sehr

Brandt mit Freifahrtschein, Gefangenensold und Entlassungspapieren in seinen „Heimatort Oslo“ entlassen.

Doch nun war das besetzte Norwegen für Brandt höchst unsicher geworden, denn seine Identität war der deutschen Botschaft²² durch seine journalistische Arbeit bekannt. Daher wechselte er im Sommer 1940 über die grüne Grenze ins neutrale Schweden, wo er in Stockholm weiterhin als Journalist arbeitete, aber von

Nach der Besetzung des Landes flüchteten König Håkon VII. (1872-1957) und die norwegische Regierung. Reichskommissar Josef Terboven (1898-1945/ Freitod) schuf zunächst einen kommissarischen Staatsrat. 1942 bildete Vidkun Quisling (1887-1945), der Führer der norwegischen nationalsozialistischen „Nasjonal Samling“ (Nationale Sammlung), als Ministerpräsident eine neue Regierung, die mit dem Deutschen Reich kollaborierte,²⁴ doch die angestrebte Nazifizierung Norwegens gelang nicht. Im Gegenteil: Quislings Politik und die Außerkraftsetzung der norwegischen Verfassung stieß auf erbitterten Widerstand. Marinechef in Norwegen waren die Generaladmirale Hermann Böhm (1884-1972) und ab 1943 Otto Ciliax (1891-1964; Ritterkreuz).

In jüngster Zeit sind durch KGB-Veröffentlichungen Gerüchte über Brandts Geheimdienstkontakte wieder aufgetaucht: Mit einiger Wahrscheinlichkeit beschränkte sich der Widerstand nicht allein auf journalistische Mittel. Sicher wurden z.B. auch Informationen über Truppenbewegungen und -stationierung ausgetauscht. Allerdings darf deren Einfluss auf die Kriegführung nicht überbewertet werden; es war kein bewaffneter Widerstand.²⁵ Betrachtet man überdies die Fülle der publizistischen Arbeit Brandts – in einer ihm fremden Sprache –, wird schnell klar, dass ihm für Spionage-Aktivitäten kaum Zeit blieb. Im Winter 1943 traf Brandt in Stockholm durch Vermittlung des deutschen Unternehmers Wolfgang Geldmacher den Oberstleutnant Theodor Steltzer (1885-1967)²⁶, der für das Transportwesen der Wehrmacht in



Bild 5: Das Leben im Gefangenenlager Dovre war ungezwungen und locker. In der Gruppe vermutlich Willy Brandt (Pfeil), dazu rechts Vergleichsbilder aus B.'s norwegischen Jahren.

ungewöhnlich ist und daher als Auszeichnung verstanden werden muss. Nippus überlebte den zweiten Krieg. Von Brandts Identität erfuhr er erst später aus der Zeitung, doch er fand eine Fotografie, die möglicherweise Brandt im Lager zeigt (Bild 5).²¹ Im Juni 1940 – nach vier Wochen – wurde

den schwedischen Behörden argwöhnisch beobachtet wurde. Brandt verurteilte den deutschen Überfall auf Norwegen, bezeichnete die Operation aber als eines der „kühnsten Kapitel der neueren Kriegsgeschichte“. Über den Befehlshaber, Generaloberst Nikolaus von Falkenhorst (1885-1968; Ritterkreuz), schreibt Brandt: „Er war der typische Vertreter jener Offiziersschicht, die zwar gelegentlich einen Sonderstandpunkt markierte, aber niemals den Mut aufbrachte, offen gegen das nazistische Verbrechen aufzutreten.“²³

19 Deutsche Dienststelle (WAS) vom 08.01.2009. Das Regiment 345 gehörte bis 1941 zur 196. Infanteriedivision unter Generalleutnant Richard Pellengahr (1883-1964; Ritterkreuz).

20 s. Brandt, Willy, Links und frei, S. 301 ff. Offenbar hat Brandt auch über politische Themen mit den Soldaten gesprochen – siehe: Brief Brandts vom 27.12.1941 an Arne Ordning, in: Brandt, Willy, Zwei Vaterländer, S. 64 ff.

21 Zu einem persönlichen Kontakt zwischen beiden nach dem Krieg kam es nicht. Ein Großneffe, Hauptmann Holger Nippus, kam am 20.03.2003 in Kabul bei einem Bundeswehreinsetz ums Leben.

22 Heinrich Sahn (1877-1939) war von 1935 bis zu seinem Tod Gesandter in Oslo. Sein Sohn Ulrich Sahn (1917-2005) wurde später unter Brandt Botschafter in Moskau.

23 Brandt, Willy, Draußen, S. 255 ff.; s.a.: Wein, Martin, Willy Brandt, S. 201.

24 So traten z.B. ca. 6.000 Norweger der Waffen-SS bei.

25 s. dazu: Brandt, Willy, Zwei Vaterländer, S. 25 ff. In einem Brief vom 26.08.1944 schreibt er: „Ich versäume keine Gelegenheit des direkten Kontaktes mit den hiesigen SU-Leuten (= Sowjetunion), um so neue Eindrücke zu gewinnen und das persönliche Verhältnis so gut wie möglich zu normalisieren.“ (S. 209).

26 Im 1. Weltkrieg Generalstabsoffizier; schwerverwundet. 1920-1933 Landrat des Kreises Rendsburg. 1945 zum Tode verurteilt, jedoch kurz vor Kriegsende freigelassen.

Norwegen zuständig war. Steltzer gehörte dem Widerstandskreis um Helmut James Graf Moltke an. Da – nach Brandts Aussage – Steltzer es ablehnte, Fragen zu beantworten, die ihn in Gewissenskonflikt bringen könnten, kann davon ausgegangen werden, dass er ihm auch solche gestellt hatte oder stellen wollte,²⁷ was die vorangegangene Feststellung stützt. Am 24. Juni 1944, einen knappen Monat vor dem Anschlag auf Hitler, traf Brandt den deutschen Diplomaten Dr. Adam von Trott zu Solz (1909-1944) in Stockholm,²⁸ der ihn fragte, ob er sich einer neuen deutschen Regierung als Skandinavien-Beauftragter zur Verfügung stellen würde. Brandt wusste also vom Widerstand gegen Hitler: „Im Winter 1942/43 erhielt ich – ... von einem deutschen Offizier, der ab und zu über Stockholm kam – gewisse Hinweise auf die Koalition von Führungskräften unterschiedlicher antinazistischer Gruppen, die sich darauf einstellten, nach der – wie immer sich vollziehenden – Entmachtung Hitlers die Verantwortung übernehmen zu können.“²⁹

Das geplante Attentat auf Hitler hingegen war ihm nicht bekannt, und er rechnete auch nicht mit einem Aufstand des Offizierkorps.

„Du hast völlig recht, ..., dass wir nicht auf die Wehrmacht setzen können.“³⁰

Brandt bescheinigte der Wehrmacht ein insgesamt diszipliniertes Auftreten in Norwegen: „Die deutschen Offiziere in Norwegen haben vielfach eine korrekte, zuweilen auch eine menschlich anständige Haltung an den Tag gelegt.“³¹

Die persönliche Begegnung mit seinem Lagerkommandanten Nippus ist mit Sicherheit in dieses Urteil eingeflossen. Der Hass der Bevölkerung richtete sich vor allem gegen die „polizei-politische Seite der Fremdherrschaft“. Ende 1944 wurde Militärbefehlshaber von Falkenhorst durch

den österreichischen Generaloberst Dr. Lothar Rendulic (1887-1971; Eichenlaub mit Schwertern) abgelöst. Nach nur einem Monat übernahm der ebenfalls österreichische General der Gebirgstruppe Franz Böhme (1885-1947/Ritterkreuz; Freitod) das Amt; er kapitulierte am 8. Mai 1945. Wenige Tage zuvor, am 29. April, führte Brandt in Oslo ein Telefongespräch mit SS-Obergruppenführer Wilhelm Rediess (1900-1945/Freitod), dem



Bild 6: Brandt als Presseattaché in norwegischer Uniform 1947

obersten SS-Führer in Norwegen, in dem er vergeblich versuchte, Informationen über den Waffenstillstand zu erfahren.³²

Am 8. November 1945 bestieg Brandt in Oslo eine britische Kuriermaschine und betrat in Bremen zum ersten Mal seit 1936 wieder deutschen Boden. Von dort reiste er nach Nürnberg, wo er bis 1946 als „War Correspondent“ für norwegische Zeitungen über die Kriegsverbrecherprozesse berichtete. Hier lernte er Erika Mann (1905-1969), die Tochter des Nobelpreisträgers Thomas Mann, kennen. Doch ihre feindliche Haltung allen Deutschen gegenüber stieß ihn ab: „Wir waren antimilitaristisch und antinationalistisch – nicht antinational.“³³, schreibt Brandt. In

dieser Zeit entstand sein Buch mit dem irreführenden Namen „Verbrecher und andere Deutsche“. Das in Norwegisch verfasste Buch – die eigentliche Übersetzung lautet „Verbrecher und das andere Deutschland“ – war für norwegische Leser bestimmt. Der Titel war – obgleich bis 2007 keine vollständige Übersetzung vorlag³⁴ – eine Steilvorlage für seine Gegner, um ihn als Verfechter der These von der deutschen Kollektivschuld zu bezichtigen, Brandt beschrieb darin die Nürnberger Prozesse differenziert und sachlich – von Anklage keine Spur. Vor allem skizzierte er – mit einer Fülle heute vergessener Informationen – die Lage der Bevölkerung im zerstörten Deutschland; so schreibt er u. a.: „Besondere Umstände haben sie (= die Deutschen) zu Werkzeugen – und Opfern – des Nazismus werden lassen.“ „... sollte ein hinreichender Beweis gegen die törichte Behauptung sein, alle Deutschen seien Nazis gewesen.“³⁵

Brandts Worte differenzieren. Auch an anderer Stelle tritt er der These von der Kollektivschuld entgegen: „Das deutsche Volk trägt nicht die Alleinschuld am Kriege. ... Tatsache ist aber, dass Hitler-Deutschland diesen Krieg entfesselt hat.“³⁶

Ende 1946 kam Brandt nach Berlin und nahm am 17. Januar 1947 seine Arbeit als ziviler Presseattaché der norwegischen Militärmission, wengleich in norwegischer Uniform im Range vergleichbar dem eines Majors (Bild 6), auf.³⁷ 1948 entschied er

27 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 135 f., sowie: Links und Frei, S. 372.

28 Brandt, Willy, Links und frei, S. 364 ff.

29 Brandt, Willy Links und frei, S. 368. Von Trott wurde kurz nach dem Anschlag hingerichtet.

30 Brandt, Willy, Brief an Arne Ording vom 27.12.1941, in: Zwei Vaterländer, S. 71.

31 Brandt, Willy, Links und frei, S. 249 ff.

32 ebd. S. 377 f.

33 ebd. S. 44. Auch Markus Wolf, der spätere Spionagechef der DDR, war als Korrespondent des sowjetzonalen Berliner Rundfunks in Nürnberg.

34 Erst 2007 gab die Bundeskanzlerin Willy-Brandt-Stiftung eine vollständige Übersetzung (norweg. Titel: „Forbrytere og andre tyskere“) heraus.

35 Brandt, Willy, Verbrecher und andere Deutsche, S. 38 und 54. Brandt wandte sich gegen die These des Briten Sir Robert Vansittart (sog. „Vansittarismus“), die von einem kriegerischen deutschen Volkscharakter ausgeht. Er bezeichnet sie in Zwei Vaterländer als „Rassenpolitik mit ungekehrten Vorzeichen“ (S. 165).

36 Brandt, Willy, Berliner Ausgabe Bd. 2, Dokument Nr. 8, S. 163 f. zit. in: Grebing, Helga, Willy Brandt, Der andere Deutsche, S. 42.

37 Im August 1940 hatte er von der norwegischen Exilregierung in London die norwegische Staatsbürgerschaft erhalten; Ende 1947 gab er sie zurück. Adenauer ging fälschlicherweise davon aus,

sich für die endgültige Rückkehr nach Deutschland. 1949 wurde er als Berliner Abgeordneter in den Bundestag gewählt, dem er bis 1957 und später von 1965 bis 1992 angehörte – insgesamt ca. 35 Jahre. 1951 wurde er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und war von 1955 bis 1957 dessen Präsident. In dieser Funkti-

on war seine Stadt für Soldaten der Bundeswehr in Uniform tabu. Gleichwohl kannte er eine Reihe hochrangiger Soldaten der Bundeswehr, wie z.B. Generalleutnant Cord von Hobe (1909-1991), der 1959 – in Zivil – die Gedenkrede zum 20. Juli gehalten hatte oder die Generale Heusinger und Speidel.



Bild 7: Truppenbesuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Willy Brandt beim PzBt 144 im Juni 1961.

on versuchte Brandt, Berliner und alliierte Soldaten einander näher zu bringen und rief im Dezember 1955 seine Mitbürger dazu auf, Soldaten zu Weihnachten nach Hause einzuladen. Im Herbst 1957 wurde Brandt als Nachfolger des verstorbenen Otto Suhr (1894-1957)³⁸ zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt und behielt dieses Amt bis er 1966 in das Kabinett Kiesingers trat. Sein Chauffeur, Georg Holly, war Soldat gewesen, doch ihm „... wurde keine wirklich persönliche Beachtung zuteil.“, schreibt Lars Brandt.³⁹ 1958 starb Brandts leiblicher Vater John Möller; Kontakt hat keiner von beiden gesucht.

Als Regierender Bürgermeister hatte Brandt keinerlei dienstliche Beziehung zur Bundeswehr. Oh-

dass Brandt Soldat in der norwegischen Armee war (Protokoll der Sitzung des CDU-Parteivorstands vom 06.07.1960).

38 Franz Amrehn (1912-1981; CDU) führte das Amt nur kommissarisch vom 30.08 bis 03.10.1957.

39 Brandt, Lars, Andenken, S. 46.

„Ich glaube, es war eine große Sache, von der etwas ausstrahlen wird, dass der General von Hobe heute Mittag für ... die Bundeswehr gesprochen hat. Wir sind ihm dankbar, dass er unter uns ist, und bitten ihn, die Grüße ... dieser Stadt..., dem Minister und der Bundeswehr auszurichten.“⁴⁰

In seiner Rede zum 20. Juli 1959 sagte Brandt: „Es ist ein nationalpolitisches Ereignis, dass der höchste Offizier der Bundeswehr, General Heusinger, ... zum diesjährigen 20. Juli von der ‚Tat gegen das Unrecht und gegen die Unfreiheit‘ spricht ... General Speidel hat mir mit herzlichen Grüßen aus Fontainebleau telegraphiert, dass er ... mit uns allen an diesem Tage treu verbunden ist.“

Am 3. Juli 1964 hatte Brandt den pensionierten Generalinspekteur Heusinger eingeladen, bei der für den Herbst geplanten Gedenkveranstaltung von Senat und Abgeordnetenhaus anlässlich der 50-jährigen Wiederkehr des Ausbruchs des Er-

40 Brandt, Willy, Tischrede im Haus der Kaufleute in Berlin am 20. Juli 1959.

sten und der 25-jährigen des Zweiten Weltkrieges zu sprechen. Die beiden kannten sich. Heusinger hatte 1959 nach Vermittlung durch Oberstleutnant a.D. Dr. Beermann (1912-1975; später Brigadegeneral) Brandt inoffiziell bei Planungen zur Verteidigung Westberlins im Falle eines sowjetischen Angriffes beraten.⁴¹ Doch am 18. August sagte Brandt in einem handschriftlichen Brief ab; vermutlich hatten die westalliierten Stadtkommandanten Bedenken gegen eine Beteiligung der Bundeswehr.

Wahrscheinlich hatte kein Regierungschef eines anderen deutschen Bundeslandes bis heute von Amtswegen einen solch häufigen und engen Kontakt zu hochrangigen alliierten Militärs wie Willy Brandt als Regierender Bürgermeister. Zwischen 1955 und 1966 sind allein 61 Treffen z.B. bei diversen Anlässen wie Antritts- und Abschiedsbesuchen, Bällen und Paraden mit den alliierten Stadtkommandanten und einer großen Zahl hochrangiger Offiziere fotografisch dokumentiert, hinzukommen viele private Begegnungen; so feierte Familie Brandt den Sylvesterabend 1963 in der Villa des US-Stadtkommandanten. Als Regierender Bürgermeister der geteilten und bedrohten Frontstadt wusste er um die Lebensnotwendigkeit des Bündnisses mit den Westalliierten und pflegte diese Bindungen. Seine Beziehung zu den Stadtkommandanten war gut und vertrauensvoll. Wann immer Brandt in den USA war, versäumte er es nicht, General Clay aufzusuchen und ihm von „seiner Stadt“ zu berichten.⁴² An der Schnittstelle zum Ostblock erlebte er täglich hautnah, dass Freiheit des Schutzes bedarf. Für ihn war die militärische Bedrohung kein theoretisches Szenario.⁴³ Er hatte sie während der Abriegelung, der Luftbrücke und

41 S. Meyer, Georg, Adolf Heusinger, S. 765 ff.

42 Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten, S. 33.

43 Auch Egon Bahr äußerte in einem Interview in der FAZ vom 29.04.2005 (mit Stefan Aust und Frank Schirrmacher) ähnliche Gedanken: „Ich habe die Russen als Bedrohung erlebt. Und ich bin auch heute sicher, wenn sie relativ risikolos die Westsektoren hätten nehmen können, hätten sie das getan.“

während des Baus der Mauer hautnah erlebt. Die Einbettung Westdeutschlands in die NATO war daher für ihn unverzichtbar. „1960 in Hannover, bei meiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten, hatte ich bekundet, für unsere Verteidigungspolitik werde Bündnistreue oberste Richtschnur sein.“⁴⁴

Und so vertrat er in der Sicherheitspolitik und auch in der Frage der atomaren Bewaffnung einen behutsameren Kurs als seine Mutterpartei. Dennoch votierte Brandt bei der Abstimmung über die Bundeswehr mit Nein. 1961 besuchte er vermutlich zum ersten Mal einen Truppenteil der Bundeswehr. Auf einer Wahlkampfreise als Kanzlerkandidat der SPD traf er am 19. Mai beim Stab der 3. Panzerdivision in der Estetal-Kaserne in Buxtehude ein und wurde durch Generalmajor Christian Müller (1904-1992), den Divisionskommandeur, begrüßt. Danach nahm Brandt am Rekrutenunterricht in der Fernmeldeausbildungskompanie 1/3 teil. Nur einen Monat später, am 21. Juni 1961 folgte der zweite Besuch, diesmal in Koblenz. Am Vormittag besuchte er Truppen der 5. Panzerdivision und der Panzerbrigade 14 unter ihrem Kommandeur Brigadegeneral Karl-Theodor Molinari (1915-1993; Ritterkreuz; später Generalmajor). Er nahm an einer Gefechtsübung des Panzerbataillons 144 unter Oberstleutnant Gerd von Born-Fallois (1913-1998; Ritterkreuz) auf dem Standortübungsplatz Schmittenhöhe teil und kletterte – wahrscheinlich erstmals in seinem Leben – auf einen Kampfpanzer M 48 (Bild 7). Vor dem Stabsgebäude des Bataillons enthüllte er eine Skulptur des „Berliner Bären“, der im Wappen des Bataillons verewigt ist.⁴⁵ Nach einem gemeinsamen Mittagessen bei der Brigade 14 besuchte Brandt den Stab des III. Korps unter dem Kommandierenden General Heinrich Gaedcke (1905-1992; Ritterkreuz). Am 2. Juli 1965 nahm Brandt an der Wehrpolitischen Informationstagung der SPD in Stuttgart teil.

Im Kabinett Kiesinger übernahm Brandt zwischen 1966 und 1969 das Außenamt und wurde zugleich Vize-

kanzler. Auch in dieser Rolle hatte er mit den Streitkräften wenig zu tun. Ständig hingegen war er nun mit sicherheitspolitischen Themen befasst; so traf er bei Sitzungen des NATO-Rates die Generale Gerhard Wessel (1913-2002) und Hellmuth Hauser (* 1916),⁴⁶ die als „Deutsche Militärische Bevollmächtigte“ (DMV) das

Kanzler Kiesinger nahm Außenminister Brandt nicht teil.

Nach den Bundestagswahlen im Herbst 1969 wurde Willy Brandt am 28. Oktober zum vierten Bundeskanzler gewählt. Generalleutnant a.D. Graf Baudissin (1907-1992), der nach seiner Pensionierung der SPD 1968 beigetreten war, unterstützte den



Bild 8: Antrittsbesuch der Bundeswehrführung beim Kanzler 1969 (v.l.: GenLt Steinhoff, Insp Lw, BMVg Helmut Schmidt, Bundeskanzler Willy Brandt, General de Maizière, GenInsp, GenLt Schnez, Insp H)

BMVg bei der NATO vertreten, sowie bei denen des Bundessicherheitsrates auch Generalinspekteur Ulrich de Maizière (1912-2006).

Im August 1968 erfolgte die Invasion von Truppen des Warschauer Paktes (WP) in die CSSR. Außenminister Brandt hielt einen militärischen Einmarsch des WP noch Anfang August für unwahrscheinlich. Die Bundeswehr hatte im Rahmen ihrer Manöverplanung vom 15. bis zum 21. September die Großübung „Schwarzer Löwe“ in Ostbayern geplant. Brandt wandte sich gegen Zeit und Raum dieses Manövers, da er glaubte, der WP würde dies als eskalatorische Reaktion verstehen. Die Übung wurde daraufhin nach Baden-Württemberg verlegt. An der großen Truppenparade auf dem Nürburgring am 6. Juni 1969 anlässlich des 20. Jahrestages des Bestehens der NATO im Beisein von NATO-Generalsekretär Manlio Brosio (1897-1980) und

Wahlkampf Brandts. Helmut Schmidt wurde Verteidigungsminister, Generalinspekteur de Maizière blieb im Amt (Bild 8). Brandts Verhältnis zur Bundeswehr blieb auch als Kanzler distanziert. Vizeadmiral Rolf Steinhaus (* 1916) zitiert Verteidigungsminister Leber wie folgt: „Brandt hat erst recht kein Verhältnis zu den Soldaten. Militärische Verteidigung ist für ihn eine fremde Welt.“⁴⁷

Ein Grund der Zurückhaltung lag sicherlich auch darin, dass Brandt 1969 mit Helmut Schmidt einen Chef auf die Hardthöhe entsandt hatte, der sich wie kaum ein anderer in den Facetten von Militärpolitik und Militär auskannte. Allerdings nutzte Schmidt bisweilen das politische Gewicht Brandts. So nahm der Kanzler – mit Helmut Schmidt, Staatssekretär Willy Berkhan (1915-1994) und General de Maizière – bereits am 16. Januar 1970 an einer Arbeitstagung mit 200 Unteroffizieren in Hamburg-

⁴⁴ Brandt, Willy, *Erinnerungen*, S. 431.

⁴⁵ S. Bärenkurier 2008, hrsg. Traditionsverband PzBtl 144/344.

⁴⁶ Wessel (Heer) von 1963 bis 1968 und Hauser (Luftwaffe) von 1968 bis 1970.

⁴⁷ Steinhaus, Rolf, *Soldat Diplomat*, S. 198.

Wandsbek teil, die Minister Schmidt im Rahmen seiner Bestandsaufnahme durchführte. In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hatte der neue Kanzler diese angekündigt, und ihre Ergebnisse sollten in Reformen münden: „Die Bundesregierung weiß, dass unsere Soldaten in vielen Einheiten und in vielen Funktionen bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit gefordert werden.“

Zu den vorrangigsten Maßnahmen gehörten Wehrgerechtigkeit, Entbürokratisierung, die Aufstockung der Ausbilder, die Einsetzung einer Wehrstrukturkommission und vor allem die Neuordnung der Offizierausbildung. Im „Weißbuch 1970“ wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Egon Bahr (* 1922), der wohl engste Mitarbeiter Brandts, hatte als Kind mehrere Jahre in Torgau, dem Standort des Reiterregiments 10, gewohnt. „Seit Torgau begleitete mich der ungewöhnliche Dreiklang von Soldaten, Stenografie und Musik.“⁴⁸

1942 hatte er sich freiwillig zur Luftwaffe gemeldet, wurde dann zur Flak versetzt. 1943 kam Bahr als Fahnenjunker zu einer Vierlingsbatterie auf den Flugplatz Abbeville in Westfrankreich, danach zur Luftkriegsschule 6 (LKS VI) nach Kitzingen. Als jedoch bekannt wurde, dass er eine „nicht-arische“ Großmutter hatte, musste er – kurz vor Beförderung zum Oberfähnrich – die Armee verlassen, eine bittere Zäsur für den jungen Offizieranwärter. Conrad Ahlers (1922-1980), ein weiterer enger Vertrauter Brandts, war von 1969 bis 1972 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung und hatte von 1941 bis 1945 als Fallschirmjäger⁴⁹ u.a. auf Kreta und bei Monte Casino gekämpft, zuletzt als Oberleutnant.

In der Gruppe II/2 des Kanzleramtes (Sicherheitspolitik, Verteidigungsfragen und Bundessicherheitsrat) folgte 1970 der Heeres-Oberst Dr. Johannes Gerber (1919-2004; später Generalmajor) seinem Luftwaffen-Vorgänger Dr. Ortmanns. Gerber wurde als erster Offizier auf diesem Dienstposten mit Dienstantritt zum

Brigadegeneral befördert. 1974 folgte ihm Brigadegeneral Dr. Hans-Georg Zuber (1916-1995; später Generalmajor); zwischenzeitlich war die Gruppe in „II/3“ umbenannt worden. Gerber und Zuber waren bisher die einzigen, die im Range eines Brigadegenerals im Kanzleramt dienten. Es war keine leichte Zeit für die Bundeswehr. Die Schere zwischen Mittel und Auftrag hatte sich weiter geöffnet und die Diskussion über den inneren Zustand der Streitkräfte angeheizt. Beim Offizier- und Unteroffizierwachstum gab es große Lücken. Öffentlich wurden Thesen und Gegenthesen zum „Selbstverständnis der Bundeswehr“ formuliert: „Schnez-Studie“, „Leutnante 70“ und „Hauptleute von Unna“. Im Dezember 1971 wandten sich 30 Wehrpflichtige des Panzerbataillons 183 aus Boostedt in einem offenen Brief an Brandt und forderten ihn auf, die „friedensfeindliche Demagogie der CDU/CSU“ zurückzuweisen.⁵⁰ Die Haltung der Bevölkerung blieb gleichgültig, die der Außerparlamentarischen Opposition feindlich. Die Anträge auf Wehrdienstverweigerung schnellten in die Höhe. Keiner von Brandts drei Söhnen, Peter (* 1948), Lars (* 1951) und Matthias (* 1961), hatte gedient. Zwar brauchten sie, als sie in Berlin wohnten, keinen Grundwehrdienst zu leisten, wohl aber als sie nach Bonn umzogen. Und freiwillig wäre es ohnehin möglich und ein positives Signal gewesen. Ob Brandt selbst es gewollt hätte, kann nicht beantwortet werden, die Söhne jedenfalls wollten es nicht: Peter, der älteste, stand damals dem marxistisch-trotzkistischen Flügel nahe und gehörte zu den führenden Mitgliedern des Spartacus-Bundes. Lars und Peter Brandt spielten 1966 in der Verfilmung der Novelle „Katz und Maus“ von Günter Grass mit. In einer Szene hingte sich Lars ein Ritterkreuz um den Bauch, was damals zu einem Sturm der Entrüstung in Medien und Bevölkerung führte. „Ich nahm an, der ganze Rummel war von ihm (= Brandt) und seinen Beratern einkalkuliert.“⁵¹

Am 8. Dezember 1969 machte die Führungsspitze der Bundeswehr

ihren Antrittsbesuch beim neuen Bundeskanzler: Minister Schmidt wurde von Generalinspekteur de Maizière und den Inspektoren Schnez (Heer), Steinhoff (Luftwaffe), Zenker (Marine) und Dr. Hockemeyer (Sanitätsdienst) begleitet.

Im Vorwort zum „Weißbuch 1970“ schreibt Brandt: „Die Soldaten der Bundeswehr verdienen den Respekt und die Anerkennung unserer Gesellschaft, die in Freiheit leben und in gesichertem Frieden arbeiten will.“ Doch hier gab es keine Fortschritte: Bis heute dümpelt die Integration der Armee vor sich hin.

Im Januar 1970 besuchte Brandt ein Vorführungsschießen der Artillerie auf dem Truppenübungsplatz Münsingen, an dem die 3. Batterie des Raketen-Artilleriebataillons 102 aus Pfullendorf unter seinem Kommandeur Major Hans Jochen Wagner teilnahm.

Zu Beginn seiner ersten USA-Reise als Kanzler im April 1970 besuchte Brandt das Taktische Aus- und Weiterbildungszentrum Flugabwehr raketen der Luftwaffe im texanischen Fort Bliss in El Paso⁵² unter Oberst Werner Meng (1915-2003; später Brigadegeneral). Am 24. Juli 1970 empfing der Kanzler den Vorstand des Deutschen Bundeswehrverbandes unter Oberst Heinz Volland (* 1921). Am 9. September 1970 besuchte Brandt mit Minister Schmidt und Luftwaffeninspekteur Steinhoff das Manöver „Schwarzer Himmel“ auf dem Truppenübungsplatz Münsingen und dem Fliegerhorst Lechfeld. Angesichts der sinkenden Bereitschaft zum Wehrdienst wandte sich Brandt am 19. November 1970 in einem Schreiben an die Konferenz der Ministerpräsidenten, in dem er seine Beunruhigung über die steigende Zahl der Wehrdienstverweigerer ausdrückte und eindringlich darum bat, in den Schulen auf die Notwendigkeit der Bundeswehr hinzuweisen: „Beim jungen Menschen (muss) Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik.“⁵³

⁵² Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten, S. 379.

⁵³ Brandt, Willy, Schreiben an die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, Bibliothek der Friedrich-Ebert

⁴⁸ Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, S. 16.

⁴⁹ Auch Ahlers Sohn Detlev diente bei den Fallschirmjägern und schied als Leutnant d.R. 1973 aus.

⁵⁰ s. Bundesarchiv BA-MA 2/11939.

⁵¹ Brandt, Lars, Andenken, S. 83.

Es brachte keine Änderung. Und so registrierte Brandt im März 1971 im Bundestag „mit Sorge die innere Abwendung eines Teils der heranwachsenden Generation von den Pflichten, die ihnen von Staat und Gesellschaft abverlangt werden“. Aufgrund des Berichts der Wehrstrukturkommission wurde der Grundwehrdienst auf 15 Monate herabgesetzt.

Das innere Verhältnis Brandts zur Bundeswehr und zum Militär kann nur skizziert werden: Zum einen war es widersprüchlich, und zum anderen wurde manches durch die das Amt gebietende Akzeptanz äußerer

rungsängste vor der Bundeswehr hatte er nicht, doch seine direkten Begegnungen mit Soldaten blieben unpersönlich und steif. Hier kam offenbar zum Tragen, was Sohn Matthias auf den Vorhalt sagte, sein Vater wäre „extrem verschlossen“ gewesen: „Das ist ja Teil des Phänomens Willy Brandt: dass er dem Anonymen eine große Nähe vermitteln konnte und dem konkreten Gegenüber gerade nicht.“⁵⁶

Auch Bruder Lars bestätigt: „Seine Verschlossenheit, gar Hilflosigkeit im persönlichen Umgang fiel einigen auf, die mit ihm zu tun hatten.“⁵⁷

Und Helmut Schmidt spricht dies



Bild 9: Bundeskanzler Willy Brandt beim Großen Zapfenstreich für Generalinspekteur Ulrich de Maizière 1972; r. von Brandt der Nachfolger Admiral Armin Zimmermann.

Formen überdeckt. Er selbst sagt: „Meine Haltung zu den militärischen Dingen spiegelte den Wandel der Problemstellungen von den dreißiger zu den achtziger Jahren. Aufgewachsen in antimilitaristischer Tradition, hatte ich rasch gelernt, dass der nazistischen Herausforderung weder mit radikalen Sprüchen noch mit gefalteten Händen beizukommen war; ..., dass Kriege in den Köpfen von Menschen begannen.“⁵⁴

Helmut Schmidt stellt fest, dass „Brandt ... nicht zur ... militärstrategischen Analyse“ neigte.⁵⁵ Berüh-

in einem Brief an Brandt an: „... dass Du tatsächlich ... bis an die Grenzen der Selbstachtung Dich überwinden mustest, während Du im Innern erkennbar andere Meinungen hegst.“⁵⁸

Niemand kann erwarten, dass sich eine seit frühester Jugend eingepflanzte Aversion gegen alles Militärische auf einmal in Sympathie verwandelt. In Brandts „Erinnerungen“ wird nur ein General der Bundeswehr namentlich erwähnt: Generalleutnant Wessel als Präsident des BND.⁵⁹ Andere hohe Offiziere, die in dieser Zeit die Bundeswehr prägten,

fehlen. In „Begegnungen und Einsichten“ findet nur General Steinhoff Erwähnung: „General Steinhoff, damals Leiter der deutschen Militärmission in Washington, legte Wert darauf, dass er und seine Offiziere mit mir zusammentrafen; an der Spitze des Bonner Verteidigungsministeriums wurde das nicht gnädig aufgenommen.“⁶⁰

Die Bundeswehr wird nur in wenigen Sätzen beiläufig berührt, grundsätzliche Gedanken fehlen. Spiegelbildlich kommt auch in Rut Brandts Erinnerungen weder ein Soldat der Bundeswehr, noch diese als Organisation vor. Zwar betont Brandt gelegentlich Sympathie für die Bundeswehr: „Unsere Bundeswehr, die Offiziere und Soldaten der Bundeswehr sollen wissen, dass ihre Dinge bei uns gut aufgehoben sind.“⁶¹, aber seine Worte stehen oft im Widerspruch zur Partei. Sinn für Gesten war ihm keineswegs fremd, wie sein Kniefall in Warschau 1970 beweist, aber gegenüber dem militärischen Zeremoniell hatte er Vorbehalte, so empfand er es z.B. „nicht als ein großes Unglück,“ als dieses bei seiner Ankunft in Moskau im August 1970 unter dem Zeitplan litt,⁶² oder wenn er von „sogenannten militärischen Ehren“ schreibt, die er sich bei einem Besuch des KZ Buchenwald in der DDR verbeten hatte.⁶³

Im Oktober 1971 wurde Brandt der Friedensnobelpreis verliehen. Am 28. Februar 1972 besuchte der Kanzler das II. Korps in Ulm; Kommandierender General war Generalleutnant Dipl.-Ing. Helmut Schönefeld (1916-1997). Brandt nahm am 23. März 1972 am Großen Zapfenstreich zu Ehren des aus dem Amte scheidenden Generalinspektors de Maizière teil, eine Geste, die ein deutscher Regierungschef einem scheidenden hohen Offizier erstmals gewährte (Bild 9). Nachfolger wurde Admiral Armin Zimmermann (1917-1976). Im Juli 1972 übernahm Georg Leber das Amt des Verteidigungsministers. Die einge-

60 Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten, S. 90.

61 Brandt, Willy, Die SPIEGEL-Gespräche, S. 44 f.

62 Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten, S. 428.

63 Brandt, Willy, a.a.O., S. 499.

Stiftung C 1887, s.a.: Grundsätze sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, SPD (Hrsg.), Bonn 1973, S. 45 f.

54 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 430.

55 Schmidt, Helmut, Außer Dienst, S. 42.

56 STERN-Interview vom 15.10.2003.

57 Brandt, Lars, Andenken, S. 20.

58 Schöllgen, Gregor, Willy Brandt – Die Biographie, S. 245.

59 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 333.

leiteten Reformen begannen sich positiv auszuwirken. Am 16. Juni 1972 besuchte Brandt das „militärische Biwak“ des BMVg. Auf einer Kundgebung in Koblenz am 4. November 1972 sagte der Kanzler: *„Natürlich respektieren wir das Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen. ... Aber dieses Grundrecht ist nicht dazu da, dass es politisch missbraucht ... wird. Man sollte auch nicht versuchen, künstlich einen Unterschied ... zu konstruieren, als ob dem sogenannten ‚Kriegsdienst‘ in der Bundeswehr ein ‚Friedensdienst‘ außerhalb der Bundeswehr gegenüberzustellen sei. Mein Verständnis von den staats-*

notwendige Elemente für eine Lösung der deutschen Frage.“

Am 26. Oktober 1972 besuchte Brandt deutsche und alliierte Luftwaffentruppen auf dem NATO-Flugplatz in Ramstein.

In den vorgezogenen Neuwahlen am 19. November 1972 fuhr Brandt den größten Wahlsieg in der Geschichte der SPD ein. In seiner zweiten Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 führte der wiedergewählte Kanzler aus: *„Die Freiheit, an Entspannung und Ausgleich mitzuwirken, wird uns nicht geschenkt. Wehrpflicht, Verteidigungshaushalt und Zivilverteidigung betrachten wir*

ner Ägyptenreise in Begleitung des Kommandeurs der 3. ägyptischen Armee, General Ahmed Badawi (1927-1981), an einigen Schauplätzen des Oktoberkrieges 1973. Am 1. und 2. Mai 1974, wenige Tage vor seinem Rücktritt, brachte die Fregatte „Köln“ unter ihrem Kommandanten, Fregattenkapitän Klaus-Dieter Sievert (* 1935; später Flottillenadmiral), einen bedrückten Kanzler nach Helgoland und zurück nach Wilhelmshaven (Bild 10). Bedingt durch seinen überraschenden Rücktritt am 6. Mai 1974 gab es keine offizielle Verabschiedung durch die Bundeswehr mit einem Großen Zapfenstreich. Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt ließ Brandt trotz vielfältiger anderer Verpflichtungen die Verbindung zur Armee nicht völlig abreißen. So nahm er am 7. Oktober 1975 am Empfang für Georg Leber auf der Hardthöhe zu dessen 55. Geburtstag teil. Am 17.11.1977 traf Brandt Generalleutnant a.D. Graf Baudissin auf dem SPD-Parteitag in Hamburg. Am 11. März 1982 hielt Brandt – auf Anregung von Minister Apel – im Ollenhauer-Haus im Rahmen eines „Forums Bundeswehr“ einen Vortrag, in dem er sich zur Bundeswehr bekannte und sie gegen Anfeindungen in Schutz nahm.⁶⁵

Am 8. Februar 1984 kritisierte Brandt im Bundestag die Entscheidung Kanzler Kohls, Minister Wörner trotz dessen Rücktrittsgesuchs im Amt zu belassen. Brandts Eintreten für General Kießling, dessen Namen er nicht erwähnte, war zwar in erster Linie parteipolitisch motiviert,⁶⁶ doch er hätte nicht das Wort ergreifen müssen. Vielleicht war es auch die Ge-



Bild 10: Ein ernster Bundeskanzler Willy Brandt 1974 auf der Fregatte „Köln“.

bürgerlichen Rechten und Pflichten lässt es nicht zu, zu demjenigen aufzublicken, der sich auf ein selbstgezimertes moralisches Podest stellt.“

Am selben Tag nahm Brandt an einer Wehrpolitischen Tagung der SPD in Bonn teil, zu der Verteidigungsminister Leber eingeladen hatte. Auf der Pressekonferenz führte er u. a. aus: *„Mit politischer Instabilität oder einseitigem Verzicht auf Verteidigungsbereitschaft wäre der Sicherung des Friedens nicht gedient. ... Unsere Sicherheitspolitik ist und bleibt verankert in der Atlantischen Allianz.“*

Ähnlich hatte er sich bereits zehn Jahre zuvor auf dem Parteitag der SPD im Mai 1962 in Köln geäußert, als er betonte, europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft wären

nicht nur als Notwendigkeiten, sondern als sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft unserer Bürger; er hilft unserer Friedensarbeit. Präsenz und Kampfkraft der Bundeswehr müssen erhalten bleiben.“

1973 wurde die „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) eröffnet und im August 1975 – nach Brandts Amtszeit – die „Schlussakte von Helsinki“ unterzeichnet. Am 16. Oktober 1973 besuchte Brandt das Manöver „Reforger V“.⁶⁴ Am 7. Juni 1973 traf er Israels Verteidigungsminister, General Moshe Dayan (1915-1981), und am 21. April 1974 weilte Brandt während ei-

⁶⁴ Manöver „REFORGER“ = Return of Forces to Germany (zwischen 1969 und 1993).

⁶⁵ Apel, Hans, Sicherheitspolitik und Parteiräson, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit, Hrsg. vom MGFA, Verlag Oldenbourg, S. 258; s.s.: C2531 Rede und Diskussionsbeiträge am 11. März 1982 in Bonn auf dem Forum Bundeswehr der SPD (Hrsg.), Bonn 1982, in: Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit, MGFA, Verlag Oldenbourg, Hans Apel, S. 258

⁶⁶ Plenarprotokoll 10/52 des 52. Sitzung des BT, S. 3685 ff. Kießling hatte Brandt in den frühen 60er Jahren einmal in der Evangelischen Akademie in Tutzing getroffen (Kießling, Günter, Versäumter Widerspruch, S. 197); dass Brandt sich daran erinnern konnte, kann ausgeschlossen werden.

ste eines Mannes, der wusste, was es heißt, unter Verleumdungen leben zu müssen. Brandt nahm am 12.11.1985 an einer Feierstunde im Ollenhauer Haus anlässlich des 30. Geburtstages der Bundeswehr teil. Bei der sicherheitspolitischen Tagung der SPD am 26.11.1986 in Bonn sagte der Altkanzler: „Die Bundesrepublik findet ihre Sicherheit nur im Bündnis mit den übrigen ... Partnern. ... Aber wir möchten die Bundesrepublik nicht sehen ... ohne Definition der eigenen sicherheitspolitischen Vorstellungen.“ Brandt fügte – ähnlich wie Kiesinger – hinzu: „Sicherheit und Frieden ... sind nicht zu schaffen, wenn wir die Sicherheitsvorstellungen des Ostens nicht mit berücksichtigen ...“

Seine Haltung zum NATO-Doppelbeschluss und zur Nachrüstung hingegen blieb zwiespältig. „Noch in der Zeit als Bundeskanzler, danach verstärkt, hatte ich die Logik von Abschreckung und sich hochschaukelndem Gleichgewicht so logisch nicht mehr finden können.“⁶⁷

Willy Brandt beobachtete mit Sorge die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen Ende der 70er Jahre: die Aufstellung sowjetischer Mittelstreckenraketen (SS-20) und den Einmarsch in Afghanistan. Und so folgte Brandt dem Kurs seines Nachfolgers Schmidt nur aus Loyalität, nicht aus Überzeugung. Als dieser 1982 durch ein konstruktives Misstrauensvotum sein Amt verlor, brauchte Brandt keine Rücksicht mehr zu nehmen. Am 13. September 1983 eröffnete er der Öffentlichkeit, dass er von Anfang an Bedenken gegen den NATO-Doppelbeschluss gehabt hätte und sprach sich gegen die Nachrüstung aus; zugleich bekannte er sich aber zur NATO-Zugehörigkeit und zur Bundeswehr – ein sicherheitspolitischer Spagat. Auf dem Kölner Parteitag im November votierte die SPD mit großer Mehrheit erstmalig gegen den NATO-Doppelbeschluss. 1976 wurde Brandt zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale (SI) gewählt und behielt dieses Amt bis kurz vor seinem Tod. 1977 übernahm er den Vorsitz einer „Unabhängigen Kommission für

Internationale Entwicklungsfragen“ („Nord-Süd-Kommission“).

Seine hanseatische Disziplin wurde u.a. sichtbar, als Kanzler Kohl den Todkranken im Herbst 1992 am Krankenbett besuchte, und Brandt darauf bestand, ihn angekleidet zu empfangen: „Ich bleibe nicht im Bett, wenn mein Bundeskanzler kommt.“⁶⁸

Willy Brandt starb am 8. Oktober 1992 in Unkel am Rhein. Am 17. Oktober 1992 wurde er im Berliner Reichstag mit einem Staatsakt geehrt, an dem auch Generalinspekteur Klaus Naumann (* 1939) teilnahm. Danach trugen Bundeswehroffiziere

Die Beisetzung erfolgte auf dem Waldfriedhof in Berlin-Zehlendorf (Bild 11). Trotz der Widersprüche wurde auch bei Brandt das achte Gebot, das Verbot falsches Zeugnis zu reden, diesmal von konservativer Seite, missachtet. Es spricht viel dafür, dass Brandt – nach einer langen, von der Geschichte und seinem Lebensweg geprägten Distanz zum deutschen Militär – in seinen späten Jahren abgerückt ist, auch wenn es ihm zeitlebens eine fremde Welt geblieben ist.

Literatur:

- Apel, Hans, Sicherheitspolitik und Parteiräson, in: Vom Kalten



Bild 11: Ehrengrab von Alt-Bundeskanzler a.D. Willy Brandt auf dem Waldfriedhof in Berlin-Zehlendorf.

den Sarg aus dem Reichstagsgebäude und das Stabsmusikkorps intonierte das „Lied vom guten Kameraden“. Es sollte als ein Zeichen der Versöhnung und endgültigen Heimkehr in sein Vaterland interpretiert werden. „Weizsäcker glaubte, auf eine militärische Ehrung ... verzichten zu sollen, weil er es im Falle Willy Brandts nicht passend fand, dass Soldaten in Erscheinung traten. Es bedurfte einiger Erklärungen ... , damit der Staatsakt ... doch noch mit militärischen Ehren umrahmt wurde. Schließlich war auch dies der ausdrückliche Wunsch des todkranken Mannes, den er bei unserer letzten Begegnung geäußert hatte.“⁶⁹

68 Zit. in: Schöllgen, Gregor, Willy Brandt, S. 291.

69 Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990-

Krieg zur deutschen Einheit, Verlag Oldenbourg, München 1995

- Archiv der Hansestadt Lübeck (Hrsg.), Lübeck und sein Militär von den Anfängen bis 1939, Kleine Hefte zur Stadtgeschichte, Heft 16; bearb. von Otto Wiehmann und Antjekathrin Grassmann nach einer Zusammenstellung von Georg Fink, Lübeck 2000
- Bahr, Egon, Zu meiner Zeit, Otto Siedler Verlag, München 1996
- Bolesch Hermann Otto; Leicht Hans Dieter, Der Lange Marsch des Willy Brandt. Ein Porträt des neuen deutschen Bundeskanzlers

1994, S. 488.

67 Brandt, Willy, Erinnerungen, S. 356.

- Brandt, Lars, Andenken, Carl Hanser Verlag, München 2006
- Brandt, Rut, Freundesland. Erinnerungen, Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1992
- Brandt, Willy, Die Spiegel-Gespräche 1959-1992, Hrsg. Böhme, Erich und Wirtgen, Klaus DVA Stuttgart 1993
- Brandt, Willy, Erinnerungen, Propyläen, Ullstein Verlag, Frankfurt 1989
- Brandt, Willy, Verbrecher und andere Deutsche, Ein Bericht aus Deutschland 1946, bearb. von Einhart Lorenz, Bundeskanzler Willy Brandt Stiftung, Verlag J.H.W. Dietz, Bonn 2007
- Brandt, Willy, Bundeskanzler Brandt und Reden und Interviews, Verlag Hoffman und Campe Hamburg 1971
- Brandt, Willy, Reden und Interviews 1973
- Brandt, Willy, Draußen – Schriften während der Emigration, Hrsg. von Struve, Günter, Internationale Bibliothek Bd. 94, 2. Aufl. 1976, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Berlin
- Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1976
- Brandt, Willy, Zwei Vaterländer, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2000
- Brandt, Willy, Links und frei. Mein Weg 1930 – 1950 1982, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1982
- Grebing, Helga, Willy Brandt. Der andere Deutsche, Wilhelm Fink Verlag, München 2008
- Kießling, Günter, Versäumter Widerspruch, v. Hase & Koehler Verlag, Mainz 1993
- Kohl, Helmut, Erinnerungen 1990-1994, Verlag Droemer Knauer, München 2007
- Merseburger, Peter, Willy Brandt 1913-1992 Visionär und Realist, DVA München, 2002
- Meyer, Georg, Adolf Heusinger, Dienst eines deutschen Soldaten 1915 bis 1964, Verlag Mittler & Sohn, Hamburg 2001
- Rosenberger, Sigrid Elisabeth, Der Faktor Persönlichkeit in der Politik, Leadershipanalyse des

Kanzlers Willy Brandt, VS Verlag für Sozialwissenschaften

- Rundel, Otto, Kurt Georg Kiesinger Sein Leben und sein politisches Wirken, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 2006
- Schöllgen, Gregor, Willy Brandt, Propyläen Verlag, Berlin 2001
- Schröck, Rudolf, Willy Brandt Eine Bildbiographie, Heyne-Biographie 12/211, München 1995
- Schmidt, Helmut, Außer Dienst – Eine Bilanz, Siedler Verlag, München 2008
- Seebacher, Brigitte, Willy Brandt, Piper Verlag, München 2004
- Steinhaus, Rolf, Soldat Diplomat, Koehlers Verlagsgesellschaft, Herford 1983
- Wein, Martin, Willy Brandt Das Werden eines Staatsmannes, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2003

Besonderer Dank gilt Herrn Robert Nippus, dem Traditionsverein PzBtl 144/344 und dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn.

Bildnachweis:

- Bundesarchiv (0), Archiv der sozialen Demokratie der FES (1, 5), Verfasser (2), Privatarchiv Robert Nippus (3, 4), Oberstleutnant a.D. Werner Fey (6), de Maizièrre (8), Traditionsgemeinschaft „Köln“ (9), Florian Lindner (10), Internet (11).

Verfasser:

Dieter Kilian, Oberst a.D.; Militärattaché 1980-84 in Pakistan und 1991-94 in Saudi-Arabien; zahlreiche Veröffentlichungen im AUFTRAG, u.a. in: AUFTRAG Nr. 251/Juli 2003 (Sonderdruck) „Islam und Westliche Welt; AUFTRAG Nr. 259/August 2005 bis 268/Dezember 2007 „Die Bundespräsidenten und die Bundeswehr“ sowie ab Nr. 269/März 2008 „Die Bundeskanzler und die Bundeswehr“ (Adenauer Nr. 269 bis 271, Erhard Nr. 272 und Kiesinger Nr. 273).



Kurz berichtet

Umfrage: Die meisten Deutschen sind stolz auf ihr Land

Über 90 % der wahlberechtigten Deutschen halten die Bundesrepublik für eine Erfolgsgeschichte. Das ergab eine am 7. Mai in Berlin vorgestellte repräsentative Umfrage zum Demokratieverständnis der Deutschen, die die CDU-nahe Konrad-Adenauer Stiftung (KAS) in Auftrag gegeben hatte. Von einem übergestülpten Grundgesetz kann nicht die Rede sein, sagte KAS-Vorsitzender Bernhard Vogel (CDU). Laut Studie

sind zwei Drittel der Deutschen stolz auf die Republik. 94 % gaben an, gerne in der Bundesrepublik zu leben. Knapp drei Viertel sind stolz auf das Grundgesetz. Die Stiftung wollte nach eigenem Bekunden die Nämotionale Lage in Deutschland messen. Für die Erhebung befragte Infratest dimap im Auftrag der KAS Mitte März 1.292 Wahlberechtigte, darunter 776 in den alten und 516 in den neuen Bundesländern. (KNA)

20 Jahre Mauerfall – 20 Jahre friedliche Revolution

VON JÖRG SCHÖNBOHM

„Der 9. November 1989 zählt zu den Sternstunden der deutschen Geschichte. Gewaltfrei demonstrierten die Bürger der DDR für Freiheit und Demokratie. Damit besiegelten sie das Ende der kommunistischen Diktatur. Die SED-Machthaber wurden durch die friedliche Revolution der eigenen Bürger in die Knie gezwungen. In diesem Jahr feiern wir den zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls. Wo früher der Todesstreifen verlief, schlägt heute das Herz des wiedervereinigten Deutschlands. Unfreiheit und Repressalien gehören der Vergangenheit an. Für eine ganze Generation von Wendekindern ist die Einheit in Freiheit mittlerweile alltägliche Normalität geworden. Natürlich gibt es noch viel zu tun und so manches liegt noch immer im Argen. Dennoch können wir stolz darauf sein, was wir in unserem wiedervereinigten Land bisher erreicht haben. Wir sind endlich wieder ein Volk.“

Mit dieser Ankündigung hatte der Verband Katholischer Männergemeinschaften im Bistum Hildesheim (VKM) am 25. April zu einem Rückblick auf „20 Jahre Mauerfall“ eingeladen. Bei der Diözesanversammlung des VKM hielt der brandenburgische Innenminister und Generalleutnant a.D. Jörg Schönbohm vor rund 180 Männern im Soldatenheim in Munster/Örtze den nachstehend dokumentierten Vortrag. (Zwischenüberschriften durch die Redaktion eingefügt)

Das ich heute, über 60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR, und fast 50 Jahre nach dem Bau der Mauer, in einem wiedervereinigten Deutschland lebe, macht mich sehr glücklich. Die Grenze zwischen Ost und West existiert nicht mehr. Die Mauer ist weg, ebenso wie der Todesstreifen. Wer heute durch Berlin geht, muss schon ganz genau hinschauen, um noch irgendwo die letzten Spuren von Teilung, Gewalt und Unmenschlichkeit zu entdecken. Kaum noch etwas erinnert heute an die Mauer. Durch den Garten unseres Hauses in Kleinmachnow verlief noch vor 20 Jahren die Grenze zwischen Ost und West. Wenn ich dies manchmal Gästen bei uns erzähle, merke ich häufig, wie weit diese Zeit – vor allem für die jüngere Generation – bereits entfernt ist.

Wenn sich am 9. November dieses Jahres der Fall der Mauer zum 20. Mal jährt, dann bedeutet das, dass für eine ganze Generation von Wendekindern die Einheit in Freiheit alltägliche Normalität geworden ist. Viel hat sich grundlegend verändert in diesen zwei Jahrzehnten, viel hat sich auch im Bewusstsein der Deutschen in West und Ost geändert.

Die letzten 20 Jahre scheinen wie im Fluge vergangen zu sein, auch wenn einige hier im Raum die Ereignisse des Jahres 1989 wahrscheinlich

gar nicht bewusst miterlebt haben. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Zeit, nicht zuletzt, weil sie für mich direkte Auswirkungen hatte.

Als Junge war ich mit meiner Familie aus meiner brandenburgischen Heimat geflohen, ebenso wie meine Frau mit ihrer Familie. Und so bedeutete die Spaltung Deutschlands für uns auch die Trennung von der Heimat. Der Kollaps des Sozialismus und der Fall der Mauer ermöglichten uns nach Jahrzehnten die Rückkehr.

Die Bundeswehr als Vorreiter der Einheit

Mit der Einheit am 3. Oktober 1990 begann meine Amtszeit als Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost. In den folgenden Monaten habe ich von Strausberg aus meine alte Heimat neu kennengelernt: die Soldaten, die Menschen, die Landschaft, auch die schlechten Straßen und die damaligen Wohnverhältnisse.

Die Bundeswehr war Vorreiter der Einheit. Schulen wurden schon früh in den Osten verlegt. Wehrpflichtige wurden ab dem 1. Juli 1991 von West nach Ost und umgekehrt einberufen – trotz anfänglicher Proteste. Im Oktober 1991 erklärte ich als Inspekteur des Heeres, dass unser Projekt des Heeres heißt: „Das deutsche Heer – Armee der Einheit“.

Unglaublich viel ist seither geschehen. Manchmal bedarf es der

Erinnerung an diese erste Zeit nach Mauerfall und Einheit, um zu begreifen, was wir in den letzten 20 Jahren alles geschafft haben. Der bevorstehende Jahrestag ist daher ein willkommener Anlass, um an diesen besonderen Glücksfall der deutschen Geschichte zu erinnern. Zugleich bietet es sich an, einmal eine – natürlich nur vorläufige – Bilanz der Wiedervereinigung zu ziehen. Wie steht es eigentlich 20 Jahre nach dem Fall der Mauer um die deutsche Einheit? Wie weit ist es tatsächlich mit dem so genannten „Aufbau Ost“ gediehen? Welche Probleme haben wir gemeistert, welche stehen uns noch bevor? Und vor allem: Wie steht es um die innere Einheit? Sind wir wirklich schon wieder ein Volk, eine Schicksalsgemeinschaft und eine Nation, die gemeinsam ihre Zukunft in die Hände nehmen will?

Die Deutsche Einheit ist das Verdienst der Bürger der ehemaligen DDR

1989/1990 haben wir endlich „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ erreicht. Das ist eines der großartigsten Wunder unserer Geschichte und wir haben allen Grund dankbar zu sein. Für uns Deutsche erfüllte sich ein jahrzehntelanger Traum.

Die Bürger der ehemaligen DDR können stolz darauf sein, dass sie im November 1989 die Fesseln der DDR-

Zwangsherrschaft gesprengt haben. Durch die gewaltfreie Revolution wurden die kommunistischen Machthaber im Arbeiter- und Bauerstaat endgültig in die Knie gezwungen und die Spaltung unseres Landes überwunden. Entscheidend ist, dass die Wiedervereinigung keine einseitige Entscheidung des Westens war. Es waren die Bürger der DDR, die auf die Straße gegangen sind und das SED-Regime davongejagt haben!

Das ehemalige Mitglied des Politbüros Günter Schabowski sagte kürzlich dazu in einem Interview mit der Bild-Zeitung etwas sehr Aufschlussreiches: *„Der Sozialismus als marxistisches Weltverbesserungssystem ist gescheitert. Von der Oktoberrevolution bis zum Mauerfall waren viele Jahrzehnte Zeit zum Experimentieren. Wir haben uns die Theorie von Marx stets dahingelogen auf die Realität.“* Und weiter: *„Hätten wir die Mauer nicht geöffnet, hätten wir unter Umständen an Laternen hängen können.“* Es war also allein der Druck des Volkes, das mit Parolen wie *„Wir sind ein Volk“* und *„Deutschland einig Vaterland“* die Machthaber in die Enge trieben.

Ich war mir zur Wendezeit sicher, dass die Folgen der Trennung schon bald überwunden sein würden. Heute muss ich sagen: Ich habe mich getäuscht. Ich habe unterschätzt, wie prägend die Erziehung in dem kommunistischen System anscheinend gewesen ist.

Das totalitäre Menschenbild des DDR-Staates

Für die DDR war die kommunistisch-sozialistische Ideologie das bestimmende Element. Die DDR verstand sich als erster Arbeiter- und Bauernstaat. Nur aus der kommunistischen Ideologie heraus leitete sie ihre Identität und Legitimation davon ab. Bereits in Artikel 1 der Verfassung der DDR von 1968 heißt es daher: *„Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“*

Im Unterschied zu den anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks, die als Nationalstaaten schon lange



Am 04.10.1990, einen Tag nach der deutschen Wiedervereinigung, übernahm Generalleutnant Jörg Schönbohm als Befehlshaber Ost in Leipzig das Kommando über die Streitkräfte der ehemaligen DDR, die damit Teil der Bundeswehr wurden. (Bildquelle: Bundesarchiv Leipzig)

vor dem Kommunismus eine eigene nationale Identität entwickelt hatten, konnte sich die DDR nur aus der Ideologie heraus definieren. Scheiterte die Ideologie, scheiterte auch der Staat. Das war der Grund dafür, warum die DDR soviel Wert auf ideologische Indoktrination legte.

Da die *„Herausbildung der kommunistischen Moral“* frühstmöglich beginnen sollte, wurden sogar Hortnerinnen dazu angehalten, bereits bei den Kleinsten die *„Fähigkeit und den Willen, Nützliches für das Kollektiv zu leisten“* herauszubilden. Freiheitsstreben und Unverwechselbarkeit des Individuums sollten auf diese Weise aus den Köpfen ausgemerzt werden.

Ziel war die *„Produktion des neuen Menschen“*, der systemloyal war und problemlos in die Kader des Staatsapparates integriert werden konnte. Zu diesem Zweck wurde frühstmöglich mit der Erziehung zur *„sozialistischen Persönlichkeit“* und der Einordnung in das Kollektiv begonnen. Was in den Horten begann, setzte sich an den Schulen fort. Lassen Sie mich exemplarisch aus dem Lehrplan *„Deutsche Sprache und Literatur“* von 1985 zitieren (Klasse 9 und 10):

„Der Literaturunterricht bringt den Schülern ihre Stellung in der sozialistischen Gesellschaft tiefer

zum Bewusstsein und hilft ihnen, einen festen Klassenstandpunkt zu gewinnen. Er trägt wesentlich dazu bei, sozialistische Verhaltensweisen zu festigen, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen und klassenbewusste Entscheidungen zu treffen. Die Möglichkeiten des Literaturunterrichts, auf die gesamte Persönlichkeit der Schüler einzuwirken, sind zu nutzen, um ihre Liebe zum sozialistischen Vaterland, zur Arbeiterklasse und zu ihrer marxistisch-leninistischen Partei und ihre Freundschaft mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Brudervölkern zu vertiefen. Untrennbar damit verbunden ist die Erziehung zum Hass gegen Imperialismus und Militarismus und zur Solidarität mit allen für Frieden, Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völkern.“

Wer sich dieser Indoktrination widersetzte oder auch nur den Anschein erweckte, kritisch und eigenständig zu denken, der musste die Konsequenzen tragen. So schrieb beispielsweise das Ministerium für Volksbildung vor, nur solche Schüler zu fördern, die *„ihre Verbundenheit mit der DDR durch ihre Haltung und gesellschaftliche Aktivität bewiesen haben.“*

Ein befreundeter Arzt, heute ein geachteter Professor in Potsdam, schilderte mir einmal, wie er als kritisch denkender Schüler in der DDR behandelt wurde. Trotz hervorragender Noten in der Grundschule – fast nur Einsen wurde dem 14jährigen der Zugang zur Oberschule verwehrt. In der Begründung hieß es dazu lapidar: „Es bestehen ernste Bedenken, dass trotz ansprechender schulischer Leistungen eine erfolgreiche Erziehung im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts und unseres Staates, wie sie den Oberschulen in der DDR zur Aufgabe gemacht wird, kaum gewährleistet ist.“ Ihm wurde anschließend der Weg über die Mittelschule empfohlen. So funktionierte Erziehung in der DDR!

Wer sich dem System – allen Widerständen zum Trotz – dennoch ernsthaft widersetzte, geriet schnell in die Fänge der Staatssicherheit. Zum Ende der DDR gab es über 90.000 hauptamtliche Mitarbeiter und 174.000 inoffizielle Mitarbeiter. D.h. auf 62 Einwohner der DDR kam ein Mitarbeiter des MfS – weltweit eine einmalige Relation. In den 40 Jahren des Bestehens der DDR gab es auf diese Weise über 620.000 inoffizielle Mitarbeiter. Übrigens: Viele der ehemaligen Stasi-Spitzel bekleiden heute noch hohe politische Ämter. Nicht wenige haben es sich sogar in bundesrepublikanischen Parlamenten bequem gemacht. Von den 203 Bundestags- bzw. Landtagsabgeordneten der Linken wird jeder Zehnte durch Stasi-Unterlagen aus der Birthler-Behörde belastet. Selbst ein waschechter hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS hat es über die Liste der Linkspartei in den Bundestag geschafft.

Aber noch in einem anderen Bereich leistete das kommunistische System ganze Arbeit. In vier Jahrzehnten schafften es die SED-Machthaber, die DDR fast komplett zu entkirchlichen und zu entchristlichen. 1950 gehörten noch 85 Prozent der DDR-Bürger einer Kirche an. 1989 waren es gerade einmal noch 25 Prozent. Von SED-Mitgliedern wurde der Kirchenaustritt erwartet und für Angehörige der bewaffneten Organe und der Stasi war er Pflicht.

Schon 1958 hatte Ulbricht die marxistisch-leninistische Ethik zur einzig objektiven Wissenschaft der

Moral erklärt. An die Stelle der biblischen 10 Gebote traten nun die „10 Gebote der neuen sozialistischen Sittlichkeit“. Eines dieser Gebote lautete beispielsweise: „Du sollst das Volkseigentum schützen und mehren.“ Ein anderes: „Du sollst stets nach Verbesserung deiner Leistungen streben, sparsam sein und die sozialistische Arbeitsdisziplin festigen.“ Oder auch: „Du sollst das Kollektiv achten und seine Kritik beherzigen.“

Der staatlich verordnete Atheismus wurde auch durch die Einführung der Jugendweihe systematisch fortgeführt. Theoretisch war die Teilnahme freiwillig, aber die „Klassenkollektive“ gingen im Regelfall gemeinsam und bei der Lehrstellensuche wurde nachdrücklich auf die Bedeutung der Jugendweihe hingewiesen. Es entwickelte sich ein sublimierter Zwang; Teilnahme am Konfirmationsunterricht bedeutete Widerstand.

Im Ergebnis hat die DDR in 40 Jahren als atheistischer Staat auch hier die Gesellschaft – konsequenter als in allen benachbarten sozialistischen Bruderstaaten – umgekrempt und entchristlicht. Im Übrigen mit anhaltendem Erfolg: Noch heute gehen in Ostdeutschland dreimal so viele Jugendliche zur Jugendweihe wie zur Konfirmation.

Über vier Jahrzehnte versuchten die DDR-Machthaber auf diese Weise, einen „neuen Menschen“ zu schaffen. Dieser Anspruch wurde konsequent auf alle Gesellschaftsbereiche übertragen. Das Erziehungssystem, die Stasi-Bespitzelungen und Bevormundungen jeglicher Art kennzeichneten das Menschenbild der herrschenden SED. Das Individuum galt wenig, das Kollektiv hingegen alles.

Es wundert nicht, dass sich immer mehr Bürger diesem Repressions- und Kollektivierungssystem durch Flucht entzogen. Insgesamt waren es über 3,4 Millionen Menschen. Da sich unter ihnen vor allem gesellschaftliche Leistungsträger des drangsalierten Bürgertums befanden, hatte die DDR in diesem Bereich einen enormen Aderlass zu verzeichnen. Dies wirkt bis heute nach. In vielen Bereichen – in Politik, Gesellschaft und Kultur – fehlt es in Ostdeutschland noch immer spürbar an genügend Leistungsträgern und bürgerlichen Eliten.

Ein schweres Erbe: die DDR war pleite

Mit dem 3. Oktober 1990 sind wir an einen ganz entscheidenden Punkt unserer nationalen Geschichte gelangt. Die deutsche Nation ist mit Zustimmung unserer Nachbarn und der Großmächte in einem Staat – in der Bundesrepublik – vereint. Es mag sein, dass wir noch nicht so weit sind, wie wir gerne wären. Es mag auch sein, dass der sogenannte „Aufbau Ost“ noch immer etwas hinterher hinkt und die Verhältnisse noch nicht vollständig angepasst sind. Bei allen berechtigten Klagen, dürfen wir aber nie aus den Augen verlieren, was wir in den vergangenen 20 Jahren erreicht haben.

Gerade bei der Ost-West-Debatte gibt es einiges klarzustellen: Ostdeutsche Haushalte stehen zum Beispiel heute viel besser da als es normalerweise dargestellt wird. 1990 lagen die neuen Länder kaufkraftbereinigt auf dem Niveau eines durchschnittlichen westdeutschen Haushalts am Ende der Fünfziger Jahren. Bereits Mitte der Neunziger Jahre war der Osten bereits auf dem westdeutschen Niveau von 1992 gelangt. Das bedeutet einen Wohlstandssprung von über drei Jahrzehnten innerhalb von wenigen Jahren.

Auch beim Geldvermögen haben die Ostdeutschen gewaltig aufgeholt. Unmittelbar nach der Wende betrug das Vermögen der Ostdeutschen nur ca. ein Fünftel von dem der Westdeutschen. Heute ist es weit mehr als die Hälfte. Doch auch wenn der Aufholprozess deutlich spürbar ist, darf man nicht vergessen, dass die Wirtschaftskraft der neuen Länder bisher gerade einmal zwei Drittel des westdeutschen Niveaus erreicht hat. Hier haben wir noch eine Menge Arbeit vor uns.

Bedenkt man aber, welches Erbe uns die DDR nach vierzig Jahren sozialistischer Misswirtschaft hinterlassen hat, muss es eigentlich wie ein Wunder erscheinen, wie weit wir heute gekommen sind. Ich empfehle in diesem Zusammenhang einmal die Lektüre des sogenannten Schürer-Berichts zur wirtschaftlichen Lage der DDR, den der damalige Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, auf Veranlassung von Egon Krenz im Oktober 1989 dem SED-Politbüro vortrug. Schürer kommt am

Ende seines Berichts zu dem Schluss, dass die DDR nicht mehr zahlungsfähig ist „Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen. [...] Es muss mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, dass der Ausweg aus der Lage die [...] Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordere“

Auf gut deutsch: Die DDR war pleite! Das System war gescheitert! Das können wir gar nicht häufig genug ansprechen. Zumal es zunehmend aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt wird. Wer die Ausarbeitung Schürers mit ihrer schonungslosen Zusammenstellung der Fakten einmal gelesen hat, der wird sich nicht mehr darüber wundern, dass die ansatzweise Bereinigung dieser Probleme Milliarden und Abermilliarden verschlingen musste und dass die jungen Bundesländer etwa bei der Arbeitsproduktivität in einigen Bereichen noch immer etwas zurückfallen.

Es ist eigentlich schade, dass trotz dieser Erfolge, die Berichterstattung über die neuen Länder zumeist einen negativen Grundtenor hat. Jahrelang reihte sich eine Hiobsbotschaft an die andere. So etwas bleibt natürlich nicht folgenlos. Zum einen schrecken die dauernden Negativschlagzeilen potenzielle Investoren ab; wer will schließlich schon ein Projekt in einer Region finanzieren, die scheinbar wirtschaftlich am Boden liegt? Die Konsequenz ist: Aufträge und Geld bleiben aus, die Region fällt immer weiter ab – ein Teufelskreis. Gleichzeitig bewirken die ständigen Negativschlagzeilen noch etwas anderes. Man muss sich einmal vorstellen, was es für das Selbstbewusstsein der Ostdeutschen bedeutet, tagtäglich zu hören, man lebe doch eigentlich im Armenhaus Deutschlands, in einem Deutschland zweiter Klasse.

Erfolge werden in Frage gestellt

Es dürfte daher keinen verwundern, dass die Begeisterung und die Aufbruchstimmung der Wendejahre 1989/1990 allmählich Resignation und Ernüchterung gewichen ist. Dies belegen auch zahlreiche Umfragen: Beispielsweise hält mittlerweile nur noch jeder Zehnte den Aufbau Ost für

gelingen. Gerade einmal 13 Prozent der Befragten äußerten die Meinung, sie seien mit der Wiedervereinigung zufrieden. Noch beunruhigender ist, dass immer mehr Menschen die soziale Marktwirtschaft oder das demokratische System an sich in Frage stellen.

„Eine Ahnung tat sich auf, die vielen zur gläubigen Gewissheit wurde: Hier ist weder Berechenbares noch rein Zufälliges geschehen. Hier war nicht nur das Maß voll und die Zeit reif. Hier sind auch nicht allein Menschen am Werk gewesen. Hier hat Gott selbst ein Zeichen gesetzt und unser Tun mit seiner Hilfe begleitet. Er hat uns – mit den Worten von Psalm 66 ausgedrückt – ‚in die Freiheit hinausgeführt‘.“

(Bischof Gerhard Feige, Magdeburg, im Fastenhirtenbrief 2009 zum Fall der Mauer vor 20 Jahren)

Es ist insbesondere die Arbeitslosigkeit, die die Menschen häufig jeglicher Perspektive beraubt. Schließlich ist Arbeitslosigkeit nicht nur ein Problem für die öffentlichen Kassen, sondern immer auch ein persönliches Schicksal. Arbeit ist eben vor allem auch etwas Sinn- und Identitätsstiftendes. Daher sollte die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht nur ein wirtschaftspolitisches Anliegen sein, sondern auch ein soziales, psychologisches und moralisches. Es ist natürlich klar, dass wir die Situation auf dem Arbeitsmarkt im Osten nicht von heute auf morgen verbessern können. Die Überführung der sozialistischen Planwirtschaft in eine freie Marktwirtschaft war und ist eine gewaltige Aufgabe, die – das war absehbar – nicht problemlos von statten gehen würde. Ich selber habe, als ich 1990 mit der Aufgabe betraut wurde, die 90.000 Mann starke ehemalige NVA aufzulösen und zumindest teilweise in der Bundeswehr zu integrieren, gemerkt, wie schwierig es ist, zwei ehemals

konkurrierende Systeme miteinander zu versöhnen.

Wo unterschiedliche Prägungen, Sinnhorizonte und Voraussetzungen aufeinander prallen, da kommt es notgedrungen zu Reibungen. Für solche Mammutprojekte braucht man einen langen Atem. Für so etwas braucht man auch immer ein wenig Mut – durchaus auch Mut zur Veränderung und zur Reform. Vor allem aber braucht man Rückgrat, um das, von dem man überzeugt ist, dass es richtig ist, auch gegen Widerstände durchzusetzen. Ich halte es daher auch für ein Zeichen von Rückgratlosigkeit, wenn man von Reformen, zu denen man sich einmal mühsam durchgerungen hat, nur aus politischem Machtkalkül wieder abrückt.

Regelmäßig werden Studien oder Bücher von Leuten veröffentlicht, die angeblich die Kosten der Einheit berechnet haben wollen. Abgesehen davon, dass es sich korrekterweise nicht um die „Kosten der Einheit“ oder des demokratischen Umbruchs handelt, sondern vielmehr um die Kosten des kommunistischen Erbes der DDR, würde mich eher mal ein Buch über den „Profit der Einheit“ interessieren.

Wer spricht heute noch vom „Atomtod“ oder vom Krieg? Die Kriegsgefahr für unser Land und für unsere Nachbarn ist überwunden. Der Frieden ist ein Geschenk für uns alle in Ost und West. Die Bürgerkriege bleiben hoffentlich beendet und in der stürmischen Peripherie wie z.B. in Georgien schweigen die Waffen.

Warum hat bisher noch niemand berechnet, welchen durchaus auch finanziellen Gewinn unsere Gesellschaft aus der Einheit gezogen hat? Natürlich hat die Wiedervereinigung eine Menge Geld gekostet, sie hat aber doch auch eine Menge Geld gespart. Völlig selbstverständlich nutzen wir heute Synergieeffekte in Verwaltung und Wirtschaft; wir brauchen keine hochgerüstete Armee mehr, die an der innerdeutschen Grenze steht; völlig selbstverständlich nutzen wir wirtschaftliche Ressourcen aus Ost und West; greifen auf das geistige Potenzial von nunmehr 80 Millionen Deutschen zurück.

Es stimmt natürlich: Die Erblasten die DDR waren enorm. Und es

stimmt auch: Es war sehr teuer, das Wirtschaftssystem zu reformieren, die öffentlichen Einrichtungen im Gesundheits- und Sozialsystem zu erneuern, den Wohnungsbestand zu verbessern, Wasserstraßen und Kommunikationsverbindungen zu sanieren. Nicht zu vergessen die ungeahnten Umweltschäden, die beseitigt werden mussten. Es war aber auch immer klar, dass diese finanzielle Last nicht von den Ostdeutschen alleine getragen werden kann. Das sollte eine gemeinsame Aufgabe für alle Deutschen sein.

Erlauben Sie mir aber an dieser Stelle Ernst Jünger zu zitieren. Er, dem das ständige Lamentieren über die Kosten der Einheit immer zu wider war, sagte 1993 etwas sehr Wahres, das zum Nachdenken anregen sollte: *„Wenn ein Bruder vor der Tür steht, bitte ich ihn herein, führe ihn zu Tisch und bewirte ihn und frage nicht, was es kostet.“*

Natürlich sind wir mit der Zeit etwas bescheidener und realistischer geworden. Dennoch glaube ich, wir haben alles Recht stolz auf das zu sein, was wir erreicht haben. Wir haben viel erreicht, wissen aber auch, dass noch viel zu tun ist.

Probleme trotz positiver Entwicklung

Die Ausgangslage für eine weitere positive Entwicklung des Ostens ist gut. Wir haben viele Menschen, die voller Ideen und Tatkraft sind. Dies müssen wir nutzen. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass sich das Wachstum verstetigt. Daher sind wir gut beraten, wenn wir vor allem auf Innovationen und neue Technologien setzen. Es ist daher auch ganz besonders wichtig den ostdeutschen Hochschul- und Forschungsstandort zu fördern. Wir brauchen eine leistungsfähige Hochschul- und Forschungsinfrastruktur im Osten. Im Zuge des Transformationsprozesses sind bereits jetzt zahlreiche starke Forschungsstandorte als Kristallisationskerne zukünftigen Wachstums entstanden. Vor allem in den Bereichen Nano-Technologie, Umwelt- und Geoforschung sowie in den Bereichen Gesundheit und Medizin sind überdurchschnittliche Forschungsaktivitäten zu erkennen. Durch eine konsequente Stärkung ihres jeweiligen Alleinstellungsmerk-

mals nehmen mittlerweile einzelne Regionen der neuen Länder bundesweit eine technologische Spitzenstellung ein.

Ich möchte heute aber auch nicht ein zu positives Bild der Situation zeichnen. Trotz aller Erfolge – da sind wir uns alle einig – stehen die neuen Länder immer noch vor gewaltigen Problemen. Eines dieser Probleme, das die neuen Länder momentan ganz besonders belastet, ist die Abwanderung. Für manche, insbesondere ländliche Gebiete Ostdeutschlands sprechen Experten bereits von einer „demografischen Implosion“. Vor allem die Jungen und Gutausgebildeten – darunter auch sehr viele Frauen – verlassen häufig ihre ostdeutsche Heimat. Die Folge ist: ganze Landschaften bluten aus, Orte verschwinden teilweise von der Landkarte. Die Konzentration auf einige wenige Ballungsräume (z.B. im Speckgürtel um Berlin) in Kombination mit dem Geburtenknick nach der Wiedervereinigung stellt die neuen Bundesländer, insbesondere die mit einem hohen ländlichen Anteil, vor enorme Probleme. Dieser bedrohlichen Entwicklung der Entvölkerung ganzer Landstriche müssen wir dringend entgegenwirken.

Ein anderes Problem, das ich ansprechen möchte, ist der Umgang mit der Geschichte der DDR. Im vergangenen Jahr veröffentlichte der Forschungsverbund SED-Staat eine Studie über das DDR-Bild von Schülern. Die Forscher hatten dafür tausende Jugendliche – Ostdeutsche wie Westdeutsche, Gymnasiasten wie Gesamtschüler – über ihr Bild von der DDR befragt. Das Ergebnis der Untersuchung ist besorgniserregend:

Nur etwas mehr als die Hälfte der befragten Schüler war der Meinung, die DDR sei überhaupt eine Diktatur gewesen. Jeder Dritte äußerte sogar die Ansicht, die Staatssicherheit sei ein ganz normaler Geheimdienst gewesen – ein Geheimdienst wie ihn jeder Staat hat. Besonders bestürzend fand ich, dass annähernd 20 Prozent der Schüler den Standpunkt vertraten, Republikflüchtige seien selbst Schuld gewesen, wenn an der Grenze auf sie geschossen wurde. Das ist ein schlimmer Befund über den tatsächlichen Stand der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit.

Studien von Forsa und Emnid besagen, dass jeder neunte Deutsche – in Ost und West zu gleichen Teilen – es begrüßen würde, wenn die Mauer noch stünde. Andere Umfragen belegen, dass nur etwa jeder zehnte Ostdeutsche unsere Gesellschaftsordnung für gerecht hält. Bei aller Vorsicht vor solchen Umfragen, sollten uns solche Zahlen nachdenklich stimmen: Was sagt *das* über den tatsächlichen Stand der Einheit aus?

Eigentlich dürften wir von solchen Ergebnissen aber gar nicht überrascht sein. Sie sind doch nur die logische Konsequenz unseres systematischen Vergessens und Verdrängens. Weil wir Angst davor haben, jemandem vor den Kopf zu stoßen, meiden wir die Diskussion über die menschenverachtende Politik des SED-Regimes.

Tendenzen des Verdrängens und Beschönigens

Die Folgen dieses Verhaltens können wir tagtäglich beobachten: Der DDR-Alltag wird beschönigt, die verbrecherischen Untaten des Regimes relativiert. Mittlerweile sehen selbst ranghohe Offiziere des ehemaligen MfS nichts Anrühliches mehr daran, sich zu einer Ehemaligen-Konferenz zu treffen, um sich dort als „Kundschafter des Friedens“ zu feiern. Es ist die Tendenz des Verdrängens und Beschönigens, die es der Stasi-Elite von damals heute ermöglicht, selbstbewusst über ihre vermeintliche „Erfolgsbilanz“ zu plaudern und damit ihren Opfern von damals dreist und verhöhrend ins Gesicht zu lachen. Nicht selten geht die bewusste Verharmlosung der SED-Diktatur als so genannte „Ostalgie“ durch. Dass mich niemand falsch versteht. Jedem seien nostalgische Schwärmereien gegönnt – in Ost wie in West. Es gibt jedoch Bereiche, wo diese Nostalgie umschlägt in Relativierung oder sogar Verherrlichung.

Das Bild der DDR als totalitärer Unterdrückungsstaat verschwindet zunehmend aus der öffentlichen Wahrnehmung. Es ist eine natürliche Reaktion, Unangenehmes zu vergessen und sich der Zukunft zuzuwenden. Aber wir dürfen nicht zulassen, dass aus Nostalgie und zum Teil bewusster Geschichtsfälschung nur noch die Erinnerung an einen ver-

meintlich fürsorglichen Solidarstaat zurückbleibt.

Wohlmeinend wird von der DDR heute eher als missglücktem Experiment denn als Diktatur gesprochen. Die über tausend Grenz- und Mauertoten, der Überwachungsapparat der Stasi, die Drangsalierungen von Christen und Oppositionellen, die Indoktrination der Jugend, die Beschränkung der Meinungs- und Reisefreiheit und die Degradierung des Rechts als Mittel zur Durchsetzung des Sozialismus beginnen sich dabei im Nebel der DDR-Verklärung aufzulösen.

Rückblickend war die Unterdrückung das „System“. Dazu herrscht ringsum Schweigsamkeit. Die Funktionäre, die einstmal das System trugen, leben heute unbehelligt unter uns. Diejenigen jedoch, die unter den Einschränkungen am meisten litten, die ihre Verwandten nicht besuchen durften, deren Kinder am Abitur und Studium gehindert wurden, weil sie nicht linientreu waren, schweigen. Sind es der Druck schmerzvoller Erinnerung und auf der anderen Seite Arroganz oder Scham, die zum kollektiven Vergessen führen?

Es fehlt eine ehrliche Selbstreflexion auf das eigene Leben im Räderwerk einer gefährlich alltäglichen Gewohnheits-Diktatur. Das vor allem verhindert seit Jahren eine für das vereinte Deutschland so wichtige gemeinsame Diskussion der Menschen unterschiedlichster Biografien über das, was die DDR wirklich war und wollte. Das ist ein schwerwiegendes Defizit, das beileibe nicht allein den ehemaligen DDR-Bürgern vorzuwerfen ist. Falsche politische Prognosen und hier und da auch westdeutsche Arroganz haben so manchen Ostdeutschen wieder ins nostalgische DDR-Boot getrieben. Auch der ostdeutsche Schriftsteller Wolfgang Hilbig wirft (1997) die Frage auf, ob es vielleicht „erst jener Beitritt zur Bundesrepublik war, der die Ostdeutschen zu den DDR-Bürgern werden ließ, die sie nie gewesen sind, jedenfalls nicht, solange sie dazu gezwungen wurden.“

Ehrlicher Umgang mit der DDR-Zeit

So bezieht sich die Aufarbeitung unserer Geschichte zumeist nur auf 12 Jahre Nationalsozialismus. Die 40 Jahre DDR-Geschichte werden hin-

gegen weggesperrt und zum Archivgut. Der Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Herrschaft stellt man sich in der Regel nur in Fachkreisen außerhalb der Öffentlichkeit.

Die Verantwortlichen des DDR-Unrechtssystems lachen sich ins Fäustchen, während sie ihre Staatspension beziehen. Sie stellen sich in der Linkspartei ungeniert und selbstbewusst in die Tradition der SED und übernehmen sogar das alte Parteivermögen. Sie fühlen sich durch ihre Wahlerfolge bestätigt ganz nach dem Motto: „Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf.“

Als Demokraten sind wir zur Erinnerung und zur Aufklärung verpflichtet. Insbesondere den jungen Menschen, die sich kein eigenes Bild von der Wirklichkeit der DDR machen konnten, müssen wir vermitteln, was der Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie ist. Der Geschichtsklitterung gilt es mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Allem voran ist dies natürlich eine gesellschaftliche Aufgabe.

Aber auch für die Politik besteht Handlungsbedarf. Die intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR gehört auf dem Lehrplan jeder Schule. Zudem benötigen wir in diesem Bereich eine Verbesserung und Intensivierung von Maßnahmen der politischen Bildung. Auch die Landesregierung in Brandenburg hat dies erkannt und wird in diesem Bereich einiges unternehmen.

Wir brauchen in Deutschland eine ehrliche Aufarbeitung und einen ehrlichen Umgang mit der DDR-Zeit. Dazu zählt u.a. auch, dass man der Opfer des kommunistischen Regimes in angemessener Weise gedenkt. 2005 gedachte ich in einer Rede vor Überlebenden des KZ Sachsenhausen ausdrücklich auch der unschuldigen Opfer des sowjetischen Schweigelagers, das nach 1945 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers errichtet wurde. Die Entrüstung war gewaltig. Ich möchte Ihnen die entscheidenden Sätze noch einmal vorlesen, weil es meine feste Überzeugung ist, dass es nach wie vor richtig ist, was ich damals gesagt habe. Ich sagte wörtlich: „Es wäre unrecht, hier in Sachsenhausen nicht auch der Menschen zu gedenken, die nach 1945 hier

eingesperrt waren, ebenso rechtlos wie die KZ-Opfer. Auch nach 1945 wurde hier weiter gefoltert und getötet, starben Menschen an den furchtbaren Verhältnissen im sowjetischen Speziallager. [...] An sie muss deshalb umso nachdrücklicher erinnert werden, da ihrer über 40 Jahre lang an diesem Ort überhaupt nicht gedacht wurde.“

Die Empörung über diese Worte war damals gewaltig. Der ehemalige Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausenkomitees behauptete, ich habe damit zu einem Gedenken an die „Mörder, Peiniger und Quäler“ der damaligen KZ-Insassen aufgerufen. Auch Claudia Roth schloss sich der Kritik an. Sie behauptete, ich habe die ehemaligen KZ-Häftlinge „mit einer unerträglichen Gleichstellung von Tätern und Opfern“ provoziert.

Diese unfassbare Ignoranz und die historische Ahnungslosigkeit machen mich noch immer wütend. Glücklicherweise haben nicht alle so gedacht wie die Grünen-Vorsitzende. Ich habe damals auch viel Zuspruch bekommen.

Heute hat sich die Aufregung gelegt. In der Zwischenzeit ist auch der Generalsekretär des Sachsenhausenkomitees nicht mehr im Amt. Es hat sich herausgestellt, dass er jahrelang hauptamtlicher Mitarbeiter der Stasi war und musste deshalb von seinem Posten zurücktreten.

Das, was viele Menschen in den sowjetischen Speziallagern ertragen mussten, darf niemals aus unserer Erinnerung getilgt werden. Aus diesem Grunde müssen sie ein lebendiger Teil der deutschen Erinnerungskultur werden, ebenso wie die SED-Diktatur endlich als Bestandteil unserer gemeinsamen deutschen Nationalgeschichte begriffen werden muss. Das Leiden der Häftlinge verpflichtet uns zur Erinnerung. Wir können und dürfen diese Menschen nicht vergessen. Die Opfer gehören in die Mitte des öffentlichen Gedenkens.

Um tatsächlich aus der Geschichte zu lernen, brauchen wir eine geschichtsbewusste Gedenk- und Erinnerungskultur. Dies ist umso wichtiger, da die Erinnerung an dieses dunkle Kapitel unserer Geschichte zunehmend verblasst. Auch die Zeitzeugen von einst werden nicht unbegrenzt von ihren Erlebnissen berich-

ten können. Es ist an uns allen, ihre Schicksale im Herzen und in den Köpfen zu bewahren, um durch die Erinnerung an das Geschehene, unsere freiheitliche und demokratische Gemeinschaft zu stärken und sie zu immunisieren gegen Intoleranz und Menschenverachtung.

Das sind wir allen denen schuldig, die unter der SED-Diktatur so großes Leid erfahren. Aus diesem Grunde ist es auch richtig, politischen Häftlingen, die mindestens sechs Monate in einem DDR-Gefängnis inhaftiert waren, eine monatliche Rente zu zahlen. Diese Opferrente kann natürlich nicht mehr als ein Symbol sein – und sie wird natürlich auch nie eine wirkliche Wiedergutmachung sein – aber ich glaube, für diese Menschen ist es vor allem wichtig, Anerkennung zu erfahren – Anerkennung, dass ihnen damals Unrecht angetan wurde und wir das heute nicht einfach vergessen wollen. Mittlerweile wurden übrigens weit über 60.000 Anträge eingereicht.

Umso schändlicher ist es, dass immer mehr ehemalige Stasi-Leute versuchen, sich dreist die Opferrente zu erschleichen. Zunehmend kommt bei der Überprüfung der Rehabilitierungsanträge heraus, dass der Antragsteller selbst für die Staatssicherheit gearbeitet hat. Frühere Täter geben sich heute als Opfer aus. Wer sich aber selbst in das Unrechtssystem verstrickt hat, darf nicht als politisch Verfolgter anerkannt werden. Erst recht besteht dann kein Anspruch auf finanzielle Leistungen aus Steuergeld.

Die Wiedervereinigung war eine historische Sensation. Leider verschwindet dieses Empfinden zunehmend aus dem Bewusstsein der Bevölkerung. Daher ist es wichtig, den Menschen die Bedeutung dieses Ereignisses immer wieder in Erinnerung zu rufen. Der Wiedervereinigung zu gedenken heißt auch immer, sich zur Demokratie zu bekennen. In diesem Zusammenhang muss uns ein weiteres Ergebnis der vorhin schon zitierten Studie des Forschungsverbands SED-Staat beunruhigen: Ein Viertel der befragten Schüler gaben an, sie fänden es eigentlich gar nicht so schlimm, dass die DDR-Bürger weniger Freiheiten hatten. Solange sich ein Staat

gut um seine Bürger kümmere, sei der Verlust von Freiheit verkraftbar.

Das ist die Einstellung, die es den politisch Radikalen – rechts wie links – ermöglichte, so stark zu werden. Sie versprechen die Rundumversorgung, die gelenkte Wirtschaft – kurz: den starken Staat. Das dies zu Kosten der Freiheit des Einzelnen geht, scheint immer weniger Menschen zu bekümmern. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, der wir entgegen arbeiten müssen.

Aber, auch das möchte ich an dieser Stelle betonen, ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier nicht mit Verboten weiterkommen werden. Darum halte ich auch die gegenwärtige Debatte über ein NPD-Verbot für falsch. Sie wird uns in diesem Punkt nicht weiterführen. Sinnvoller ist es, die NPD weiterhin genau durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Dass einige SPD-Länder stattdessen nun beschlossen haben, alle V-Männer abzuziehen und damit auf wichtige Erkenntnisse aus dem Innenleben der Partei zu verzichten, halte ich für grob fahrlässig.

Die Einheit ist noch nicht vollendet

Staatliche Einheit führt nicht automatisch zu innerer Einheit – das haben wir nach 1990 gelernt. Die Wiedervereinigung mag mittlerweile volljährig sein, in Wirklichkeit steckt sie aber noch in den Kinderschuhen. Wir haben durchaus noch einen weiten Weg vor uns, bis wir wirklich von der Vollendung der Einheit sprechen können. Aber werden wir überhaupt jemals die Einheit vollendet haben?

Vielleicht ist dieser Ansatz auch falsch. Nur etwas Statisches, etwas Unbelebtes – ein Kunstwerk oder ein Gebäude – kann wirklich vollendet und fertig gestellt werden. Etwas Lebendes aber, etwas Beseeltes oder Menschliches ist niemals fertig, niemals abgeschlossen. Aus diesem Grunde werden auch menschliche Beziehungen niemals „vollendet“ werden. Wir dürfen die Wiedervereinigung nicht als singulären Akt betrachten, der mit der Unterschrift unter den Einheitsvertrag am 3. Oktober 1990 abgeschlossen wurde. Stattdessen dauert die Wiedervereinigung an – sie ist ein Prozess und wir sind tagtäglich aufs Neue dazu aufgerufen den

Prozess in Gang zu halten, die Einheit mit Leben zu füllen und zu dem *einen* Volk, zu der *einen* Nation zu werden, für die die Menschen im Herbst 1989 demonstriert haben.

Der französische Historiker und Schriftsteller Ernest Renan hat 1882 versucht zu erklären, was eigentlich eine Nation ausmacht. Er kam zu dem Ergebnis: *„Eine Nation lebt von dem Gedanken, in der Vergangenheit große Dinge gemeinsam getan zu haben und andere in der Zukunft miteinander tun zu wollen.“* Für Renan ist die Nation eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und lässt sich dennoch in der Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen.

Eine Solidargemeinschaft, die eine gemeinsame Vergangenheit hat und die der Wille zu einer gemeinsamen Zukunft verbindet – dies ist ein schönes Bild der Nation. Ich wünsche mir, dass wir in Deutschland irgendwann dahin kommen werden, dass auch wir uns als Solidargemeinschaft mit einer gemeinsamen Vergangenheit und einer gemeinsamen Zukunft verstehen werden.

Die aktuelle Diskussion über die Wiedervereinigung erinnert mich an eine Geschichte aus dem Alten Testament (2 Mose 16). Als Moses die Israeliten aus der ägyptischen Sklaverei führte und mit ihnen durch die Wüste zog, hörte er statt Dank für die Befreiung, nur Murren über das wenige und schlechte Essen in der Wüste. Die Israeliten beschwerten sich bei Moses: *„Wollte Gott, wir wären in Ägypten gestorben durch des Herrn Hand, da wir bei den Fleischöpfen saßen und hatten die Fülle Brot zu essen; denn ihr habt uns ausgeführt in diese Wüste, dass ihr diese ganze Gemeinde Hungers sterben lasset.“* Sicherlich war die Sklaverei für die Israeliten hart – sie hat aber auch bequem gemacht. Ein Knecht verlernt schnell für sich selbst zu sorgen. Er ist es gewöhnt, durch seinen Herrn versorgt zu werden. Das ist der Grund warum die Israeliten Moses für ihre Situation in der Wüste verantwortlich machen.

Schließlich war er es ja, der sie aus der Knechtschaft Ägypten in die Freiheit geführt hatte. Jetzt in der Wüste verklären sie ihre Zeit in der Sklaverei und erinnern sich nur noch an die fetten Gerichte in den „Fleischtopfen Ägyptens“. Keiner erinnert sich mehr daran, wie sie damals nach Freiheit hungerten.

Vielleicht bedarf es erst einer neuen Generation, die in Freiheit und Eigenverantwortung groß geworden ist, um die alten „Fleischtopfe“ zu vergessen. Vielleicht wird auch in Deutschland noch viel Zeit vergehen, bis wir unsere alte Denkweise abgelegt haben.

Eine Politik, die den Einzelnen unmündig macht, die ihn entwöhnt, sein eigenes Leben zu gestalten, ist grausam, weil sie den Menschen des Besten beraubt: seiner Einzigartigkeit, seiner Kreativität und der Befriedigung, etwas geleistet zu haben. Wohin die Entmündigung führen kann, hat mein Landsmann Kleist vor knapp 200 Jahren erklärt. Seine Erkenntnisse gelten noch heute:

„Jede Beschränkung der Freiheit hat die notwendige Folge, dass der Beschränkte dadurch in eine Art Unmündigkeit tritt. Wer seine Kräfte nicht gebrauchen darf, verliert das Vermögen sie zu gebrauchen und zwar, wenn es geistige Kräfte sind, noch rascher und sicherer, als wenn sich die Beschränkung auf körperliche Kräfte erstreckt.

Wenn nun die Schranken, die diese Kräfte hemmten, niederfallen: Entsteht dadurch auch plötzlich wiederum, wie durch den Schlag einer Zauberrute, das Talent, davon die zweckmäßigste Anwendung zu machen? Keineswegs! Vielmehr durch die lange Dauer einer solchen Beschränkung kann der Mensch so zurückkommen, dass er gänzlich die Fähigkeit dazu einbüßt und sich durch Aufhebung des Zwanges weit unglücklicher fühlt, als durch den Zwang selbst.

Kurz, wird ein Mensch, dem solange der Gebrauch gewisser Kräfte untersagt war in deren freien Gebrauch wieder eingesetzt, so muss er erst lernen von dieser Freiheit Gebrauch zu machen, so wie ein blind geborener, der durch die

wohltätige Hand des Arztes sein Gesicht wieder erhielt, allmählich sehen lernen muss.“

Wir müssen in unserem wiedervereinten Land erst wieder lernen, von der Freiheit von der Kleist spricht Gebrauch zu machen – und wir müssen lernen, wie man eine im besten Sinne normale nationale Identität ausbildet. Eine solche Identität ist notwendig, um die ideellen und seelischen Kräfte zu sammeln, damit wir uns in den jetzigen stürmischen Zeiten, erfolgreich bewähren.

Wir Deutschen machen es uns nicht leicht mit unserer Identität – das ist nicht erst seit dem Ende des Krieges so. Die Frage nach Deutschland, als Nation und ihrem Ethos, war für viele durch die Verbrechen des Nationalsozialismus verschüttet, sie war in der Nachkriegszeit durch den Ost-West-Gegensatz und die Teilung überlagert und damit – wenn man so will – für lange Zeit ausgesperrt. Spätestens seit den Sechzigern galt die Nation als suspekt. Die 68er verbreiteten, dass man sich für sein Vaterland gefälligst zu schämen habe. Durch die Verbrechen des Nationalsozialismus hatte die Nation in ihren Augen jegliche Existenzberechtigung eingebüßt. Stattdessen forderte man die Errichtung einer Multi-Kulti-Gesellschaft. An die Stelle der Vaterlandsliebe rückte ein diffuses Weltbürgertum. Deutschsein galt als Synonym der Spießigkeit und Kleinkariertheit. In kosmopolitischer Manier lobte man daher die Lebensfreude der Karibikstaaten, die Spiritualität Indiens, die Offenheit Südamerikas oder das Geheimnisvolle der arabischen Welt. Nur von Deutschland wollte keiner etwas wissen.

In den achtziger Jahren ging die einseitige Sicht der Geschichte sogar soweit, dass auch in Westdeutschland nicht wenige äußerten, die Teilung Deutschlands sei die Voraussetzung für Frieden und Stabilität in Europa. Die meisten Linken hielten die Wiedervereinigung schlichtweg für nicht mehr „erstrebenswert“. Die ablehnende Haltung von Oskar Lafontaine zur Deutschen Einheit dürfte ja allseits bekannt sein. Leider ist es mittlerweile in Vergessenheit geraten, wie so manche von Lafontaines Genossen

noch 1989 über eine mögliche Wiedervereinigung dachten.

Gerhard Schröder sagte beispielsweise noch im Juni 1989: *„Nach vierzig Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht“*. (Bild, 12.06.1989). Nur wenige Wochen später bezeichnete er eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik sogar als *„reaktionär und hochgradig gefährlich“*. (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 27.09.1989).

Im Dezember 1989 erklärte Günter Grass dem Bundesparteitag der SPD in Berlin unter großem Beifall der Delegierten, wir Deutschen hätten *„wegen Auschwitz“* das Recht auf die Einheit unseres Volkes verwirkt.

Auch der spätere Außenminister Joschka Fischer forderte im Oktober 1989: *„Vergessen wir die Wiedervereinigung, halten wir die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber.“* (DIE WELT, 15.09.2000).

Als Fraktionsvorsitzender der Grünen im hessischen Landtag setzte er sich sogar dafür ein, dass das Wiedervereinigungsgebot aus der Verfassung gestrichen werden sollte. (DIE WELT, 22.07.2000)

All das gehört zur historischen Wahrheit. All das darf nicht unter den Teppich gekehrt werden.

Dieser nationale Selbsthass hat die Gemeinsamkeiten unserer Gesellschaft nachhaltig beschädigt und versperrte lange Zeit den Blick auf die tatsächlichen Probleme in unserem Land. Trotz Wiedervereinigung und kollektivem Fahنشwenken zur Fußballweltmeisterschaft wirken diese Einstellungen noch immer nach.

Wenn wir heute über die Deutsche Einheit sprechen, sollten wir immer Friedrich Schiller im Hinterkopf haben. Er empfahl den Deutschen im ausgehenden 18. Jh. nach der Einheit zu streben, sie aber nicht in der Einförmigkeit zu suchen. Das gilt auch für uns heute.

Einheit in Vielfalt

In dem Haus der Bundesrepublik leben unzählige verschiedene heterogene Gruppen unter einem Dach friedlich zusammen. Holsteiner arrangieren sich mit Bayern, Rheinländer mit Sachsen, Friesen mit Badenern,

Saarländer mit Mecklenburgern. Warum sollten sich nicht auch Osis mit Wessis arrangieren können (wenn es die überhaupt gibt)? Vielleicht kann uns der Wahlspruch der Vereinigten Staaten ein Wegweiser sein: „*E Pluribus Unum*“ – *Aus vielen Eines!* Vielleicht genügen uns aber auch die ersten Zeilen unserer Nationalhymne: „*Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland – danach lasst uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand.*“

Wir müssen uns wieder auf diese Brüderlichkeit besinnen, von der im Lied der Deutschen die Rede ist. Wenn wir die innere Einheit vollenden wollen, müssen wir das stärken und betonen, was wir gemeinsam schaffen und leisten können, was uns allen gemeinsam ist und uns verbindet.

Wir brauchen Patrioten, die etwas für unser Land und seine Bürger leisten wollen, ohne zuerst an den eigenen Vorteil zu denken. Wir müssen die Diskussion über die deutsche Nation und unsere Zukunft führen. Die deutsche Einheit gibt uns hierzu die Chance – ist aber zugleich auch eine Verpflichtung.

Als Land im Herzen Europas trägt das wiedervereinigte Deutschland eine

besondere Verantwortung. Die Bundesrepublik muss – durchaus im eigenen Interesse – eine aktive Rolle bei der Vollendung der Einheit Europas übernehmen. Die Freundschaft mit unseren transatlantischen Partnern und mit unseren Nachbarn in Europa ist die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents. Uns alle verbinden gemeinsame Werte, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Die Nationen bleiben auch in Zukunft die Grundlage der europäischen Staatlichkeit. Als großes Land im Herzen Europas muss Deutschland eine verlässliche und berechenbare Nation sein. Deutschland muss sich seiner selbst und seiner Interessen sicher sein.

Der 20. Jahrestag des Mauerfalls sollte ein Anlass sein, uns auf unsere Kräfte und Fähigkeiten zu besinnen. Wir haben das Glück und die Verpflichtung der Einheit, wir haben die Chance, unsere Zukunft selbst in einem geeinten Deutschland zu gestalten – all das ist Anlass zu Freude und zugleich auch Ansporn. Zu Recht können wir auf das gemeinsam Erreichte stolz sein.

Dass wir heute in einem geeinten demokratischen und sozialen Rechts-

staat leben, zählt zu den größten Glücksfällen unserer Geschichte. Seien wir Deutschen daher dankbar, dass die Einheit gekommen ist und dass wir genügend Menschen unter uns haben, die gewillt sind, ihren ganz persönlichen Beitrag zur inneren Einheit zu leisten.

Seien wir nicht ungeduldig. Was 45 Jahre gewaltsam getrennt war, kann nicht in wenigen Jahren bruchlos wieder vereint werden – auch das ist eine Lehre, die wir aus der Wiedervereinigung ziehen mussten.

Wir Deutschen haben in der Geschichte Erfahrungen wie kein anderes Volk gemacht: Demokratie, Nationalsozialismus, Kommunismus, wieder Demokratie. Wir haben die Trennung und die Wiedervereinigung unseres Landes erfahren. Nun gilt es, mit diesen Erfahrungen die Grundlagen für eine gemeinsame Zukunft zu gestalten.

Wir dürfen nie vergessen, dass das Geschenk der Deutschen Einheit ein unfertiges Geschenk war, an dem wir bis heute arbeiten müssen. Wir alle sind verpflichtet, an der Vollendung der Einheit mitzuwirken – gemeinsam als *ein* Volk. □

Kurz berichtet

Zusammenarbeit mit den gläubigen Laien

Papst Benedikt XVI. hat zu Beginn des Priesterjahres in einem Brief alle Priester weltweit zu mehr Zusammenarbeit mit den gläubigen Laien und zu einem starken und überzeugenden Lebenszeugnis aufgefordert. Zusammen mit dem Vorschlag, „den neuen Lebensstil“ in der Nachfolge Jesu Christi nach den „evangelischen Räten“ zu leben, rief er die Priester ganz besonders dazu auf, „den neuen Frühling zu nutzen, den der Geist in unseren Tagen in der Kirche hervorbringt, nicht zuletzt durch die kirchlichen Bewegungen und die neuen Gemeinschaften“.

Mit Hinweis auf das Lebenszeugnis des berühmten Pfarrers von Ars, erklärte er in seinem Schreiben an seine Mitbrüder im priesterlichen Dienst: „Sein Beispiel veranlasst mich, das Feld der Zusammenarbeit zu betonen, das immer mehr auf die gläubigen Laien auszudehnen ist, mit denen die Priester das eine priesterliche Volk bilden und in deren Mitte sie leben, um kraft des Weihepriestertums „alle zur Einheit in der Liebe zu führen“.

In diesem Zusammenhang erinnerte Benedikt XVI. „an die lebhafteste Aufforderung mit der das

Zweite Vatikanische Konzil die Priester ermutigt, „die Würde der Laien und die bestimmte Funktion, die den Laien für die Sendung der Kirche zukommt, wahrhaft [zu] erkennen und [zu] fördern ... Sie sollen gern auf die Laien hören, ihre Wünsche brüderlich erwägen und ihre Erfahrung und Zuständigkeit in den verschiedenen Bereichen des menschlichen Wirkens anerkennen, damit sie gemeinsam mit ihnen die Zeichen der Zeit erkennen können“, zitierte der Papst das Kirchendekret *Lumen Gentium*.

(Angela Reddemann/ZENIT)

49. Woche der Begegnung

Vom 14. bis 16. September 2009 tagt die Vollversammlung des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr in Hamburg-Bergedorf unter dem Thema „Christsein in der Bundeswehr – Ökumene unter Soldaten“. Anschließend findet vom 17. bis 19. September die Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten statt. Zur Einstimmung in diesen jährlichen Höhepunkt der Laienarbeit im Jurisdiktionsbereich des Militärbischofs haben für den Katholikenrat dessen Vorsitzender Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt und für die Bundeskonferenz der GKS deren Vorsitzender Oberstleutnant Paul Brochhagen die folgenden Beiträge erarbeitet.

Vollversammlung 2009 des Katholikenrates

VON RALF EISENHARDT

Der erste ökumenische Kirchentag (ÖKT) hat in der katholischen Kirche, insbesondere im organisierten Laienapostolat, nachhaltig Spuren hinterlassen. In mehreren Erklärungen sowohl der Sachbereiche des ZdK als auch der Gesprächskreise beim ZdK hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) den ökumenischen Gedanken weiter getragen und entwickelt. Die Erklärungen Islamischer Religionsunterricht als Chance für Integration und Dialog (2008), Europas Identität – Der Beitrag der christlichen Kultur zu Europas Vielfalt und Einheit (2009), Das Vaterunser – ökumenisch Beten und Handeln auf dem Weg zum 2. ÖKT (2008) sind nur einige Beispiele aus jüngerer Zeit dafür.

Nun stehen wir vor dem 2. ÖKT, der in München vom 12. bis 16. Mai 2010 stattfinden wird. In den Räten und Verbänden bereiten sich viele Christen, auch in der Bundeswehr, auf diese Tage vor. Die diesjährige Woche der Begegnung und somit auch die Vollversammlung stehen im Hinblick auf den 2. ÖKT unter dem Leitwort: „Christsein in der Bundeswehr – Ökumene unter Soldaten“. Mit einer von der Vollversammlung des Katholikenrates (KR) noch zu verabschiedenden Erklärung soll aufgezeigt werden, wie Ökumene in der Bundeswehr aus Sicht katholischer Sol-

daten verstanden, gelebt und fortentwickelt werden kann. Eine dazu eingerichtete Arbeitsgruppe wird diese Erklärung vorbereiten. Damit wird der Katholikenrat dem Militärbischof Dr. Walter Mixa einerseits beratend eine Stellungnahme zur Ökumene überreichen können, zum anderen werden aber auch die in der Militärseelsorge engagierten Soldatinnen und Soldaten, sowie deren Familienangehörige Orientierung zur gelebten Ökumene in der Bundeswehr erhalten. So ist die katholische Militärseelsorge bei ihrer Präsentation auf dem 2. ÖKT zum Thema „gelebte Ökumene“ in abgestimmter Weise auskunftsfähig.

Als weitere Themen der vom 14. bis 16. September tagenden Vollversammlung stehen auf der Tagesordnung:

- eine Empfehlung für die Neuausrichtung der „Nachbarschaftshilfe“/Hilfen katholischer Soldaten für Osteuropa in Zusammenarbeit mit Renovabis
- die Präsentation eines neuen Handbuch als Hilfen für die Arbeit in den Mitarbeiterkreisen und den Pfarrgemeinderäten bei den Militärpfarrämtern
- turnusmäßige Neuwahl des Vorstandes und der Delegierten des KR in das ZdK.

Damit hat der KR ein anspruchsvolles Programm in Hamburg zu bewältigen.

49. Woche der Begegnung des Laienapostolates

Bundeskonferenz der GKS 2009

VON PAUL BROCHHAGEN

Der Vorsitzende des Katholikenrates, Stabsfeldwebel Ralf Eisenhardt, hat in seinem Beitrag das Schwerpunktthema der 49. Woche der Begegnung „Christsein in der Bundeswehr – Ökumene unter Soldaten“ in den Kontext der Ökumene in Deutschland eingeordnet.

Die Bundeskonferenz der GKS wird sich traditionell am Nachmittag des Donnerstags, 17.09.2009, unter dem Thema „Ökumenisch aufgeschlossen – Welche Chancen ergeben sich aus diesem Leitsatz der GKS für eine gemeinsame Arbeit in friedensethischen Fragen?“ in einem Vortrag mit anschließender Aussprache damit beschäftigen. Nichts lag näher, als den Leitsatz 10 der GKS „ökumenisch

aufgeschlossen ...“ zu thematisieren und die Vorgaben des Grundsatzprogramms näher in den Blick zu nehmen. Dort heißt es in Nr. 3508:

„Die GKS greift in ihrem Leitsatz ... den Gedanken der Einheit aller Christen auf. Sie will sich bemühen, das Trennende zwischen den Konfessionen zu überwinden und zu mehr Gemeinsamkeit zu finden. ... Die Trennung der Christen in verschiedene Kirchen und Gemeinschaften jedoch schwächt die Glaubwürdigkeit ihres Zeugnisses. Deshalb ist es auch Aufgabe der GKS, sich in ihrem Wirkungsbereich um Modelle der Einheit in versöhnter Verschiedenheit zu bemühen.“

Der Wirkungsbereich ist durch unser Grundsatzprogramm eindeutig definiert. Die Themenwahl für die BK zielt deshalb darauf ab, einen Impuls zu setzen für die Vorbereitungen der GKS auf den 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München. Dort wollen wir uns – möglichst gemeinsam mit der Gemeinschaft evangelischer Soldatinnen und Soldaten (GES) – u.a. auf Veranstaltungen zu friedensethischen Themen präsentieren. Dazu müssen wir das Gemeinsame und das Trennende identifizieren, um in der Auseinandersetzung mit Christen beider Konfessionen, die dem loyalen Dienst der christlichen Soldaten der Bundeswehr kritisch gegenüberstehen, bestehen zu können. Grundlagen bilden das Bischofswort „Gerechter Friede“ aus dem Jahr 2000 sowie die Friedensdenkschrift des Rates der EKD „Aus dem Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ aus dem Jahr 2007 sowie unsere eigenen Erklärungen der GKS.

Die Befassung mit der neuen „Ordnung“ und deren Verabschiedung nehmen breiten Raum im Programm der Bundeskonferenz ein. Die Beschlussvorlage dazu wird auf der Bundesvorstandssitzung Anfang Juli verabschiedet und dann den Bereichen und den Delegierten der Bundeskonferenz mit Hinweisen zum weiteren Verfahren zugeleitet.

Der obligatorische Bildungsteil im GKS-Dreiklang von Begegnung, Besinnung und Bildung soll die Aspekte Diaspora und Ökumene in der weltoffenen Stadt Hamburg berücksichtigen.

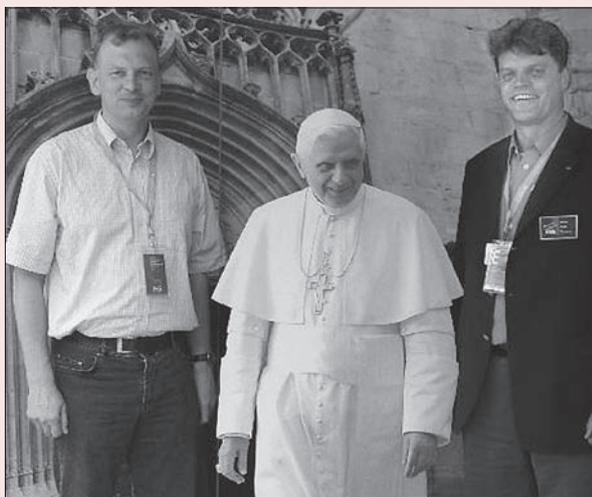
Turnusgemäß wird der Bundesvorstand bei einer parallel stattfindenden Sitzung den Bundesvorsitzenden und seine beiden Stellvertreter neu wählen sowie die erforderlichen Berufungen vornehmen. □

Katholische Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung (KAS e.V.)

Papstaudienz für den Vorsitzenden und Geschäftsführer der KAS

Auf Einladung des Vatikans empfing Papst Benedikt der XVI. am 29. März den Vorsitzenden der KAS, MdB Markus Grübel (im Bild rechts vom Heiligen Vater) sowie den Geschäftsführer Rainer Krotz (l.) zu einer Audienz in der Engelsburg. Diese in der Geschichte der KAS einmalige Gelegenheit ergab sich am Rande der internationalen Konferenz der Laienorganisationen der katholischen europäischen Militärseelsorgen. In dem 45-minütigen Gespräch zeigte sich das Oberhaupt der katholischen

Kirche sehr interessiert am Familienkonzept der KAS und lobte die engagierte Arbeit der deutschen Soldatenbetreuer für und um die Soldaten der Bundeswehr. „Sie sind ein lebendiges Beispiel für die Vielfalt der gelebten Caritas“, so der Papst. □



Wissenswertes über das Erzbistum Hamburg

Das römisch-katholische Erzbistum Hamburg ist eine Diözese im Norden Deutschlands und umfasst die Bundesländer Hamburg und Schleswig-Holstein sowie den Landesteil Mecklenburg des Bundeslands Mecklenburg-Vorpommern. Es ist das flächenmäßig größte Bistum Deutschlands. Kennzeichnend ist die Situation als Bistum in der Diaspora. Sitz des Bischofs ist der Neue Mariendom in Hamburg-Sankt Georg.

Die erste Hamburger Kirche wurde 810 im Auftrag Karls des Großen durch den Trierer Chorbischof Amalar geweiht; als erster Pfarrer wird Heridag genannt. Karl eximierte diese Kirche von der Jurisdiktion der Nachbarbischöfe. Doch erst Karls Sohn Ludwig gründete das Erzbistum, das im Jahre 831 von Papst Gregor IV. bestätigt wurde. Heridag, bereits zum Bischof designiert, starb, so dass 834 der Benediktinermönch Ansgar zum ersten Bischof geweiht wurde. Nach der Plünderung Hamburgs durch die Wikinger 845 wurde das Erzbistum Hamburg mit dem Bistum Bremen zum Bistum Bremen vereinigt, Sitz des Erzbistums wurde Bremen. In Hamburg bestand ein mit nur wenigen Rechten ausgestattetes Domkapitel weiter, das unter anderem den Bau des Mariendoms betrieb. In der Reformation und endgültig mit dem Westfälischen Frieden wurde das Bistum komplett gelöscht. Die Betreuung der Katholiken auf dem ehemaligen Bistumsgebiet oblag zunächst dem Apostolischen Vikariat des Nordens.

Das Erzbistum Hamburg wurde von Papst Johannes Paul II. mit der Apostolischen Konstitution „Omnium Christifidelium“ vom 24. Oktober 1994 mit Wirkung zum 7. Januar 1995 hauptsächlich aus Teilen des Bistums Osnabrück (mit dem gesamten Bischöflichen Amt Schwerin) sowie kleineren Gebieten des Bistums Hildesheim neu errichtet. Mit dem Apostolischen Schreiben „Constat Christifidelis“ bestätigte Johannes Paul II. am 1. März 1995 den Hl. Ansgar als Bistumspatron.

Die Kathedrale (der so genannte Neue Mariendom) und das Generalvikariat liegen im Hamburger Stadtteil St. Georg im Bezirk Hamburg-Mitte. □

Einladung zur Mitgliederversammlung des Förderkreises der GKS

Förderkreis der Gemeinschaft

Katholischer Soldaten e.V.
VorstandFörderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.
c/o Hubert Berners, Mecklenburger Straße 11, 48317 Drensteinfurt

48317 Drensteinfurt, im Juli 2009

Sehr geehrte Mitglieder,

im Namen des Vorstandes des Förderkreises der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V. lade ich Sie zur Mitgliederversammlung 2009 ein.

Termin: 18.09.2009
 Zeit: ca. 11:00 Uhr
 Ort: Telekom Tagungshotel, Oberer Landweg 27,
 21033 Hamburg - Bergedorf
 Kosten: **sind selbst zu tragen, einschließlich Fahrtkosten.**

Tagesordnung:

1. Berichte des Vorstandes
2. Bericht der Kassenprüfer
3. Entlastung des Vorstandes
4. Übergabe der Amtsgeschäfte an den neuen Vorsitzenden
5. Wahlen:
 - a) Stellv. Vorsitzender
 - b) Schatzmeister
6. Verschiedenes

Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen, melden sich bitte

bis Freitag, 28. August 2009

schriftlich, per Fax (030 – 206 199 91) oder per E-Mail (gks.berlin@t-online.de) bei der Geschäftsstelle der GKS, z.Hd. Bundesgeschäftsführer, Oberstleutnant Artur Ernst, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin.

Mit freundlichen Grüßen

gez. der Vorstand des FGKS

Vorsitzender	Oberstleutnant Paul Brochhagen, Hermesdorfer Weg 6, 51580 Reichshof Tel.: 02296 – 8883, FAX: 02296 – 999421, E-Mail: Kardinal104@gmx.de
Stellv. Vorsitzender	Oberst a.D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen KLEIN, Poststraße 12, 52477 Alsdorf Tel.: 02404 / 6 67 76, Fax: 02404 / 6 47 62, E-Mail: KarlJuergenKlein@t-online.de
Schatzmeister	Oberstabsfeldwebel a.D. Hubert BERNERS, Mecklenburger Straße 11 Tel.: 02508 – 984639, mobil: 0152 01940981 E-Mail: gks@hmt-berners.de

12. Seminar der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn



Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) führt in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus in Fulda vom 09. bis 13. November 2009 (Montag bis Freitag) das 12. Seminar ihrer Akademie Oberst Helmut Korn durch. Das Thema lautet:

„KANN DER PERSÖNLICHE GLAUBE AN JESUS CHRISTUS
FÜR DEN SOLDATEN HILFREICH SEIN IM TÄGLICHEN DIENST – AUCH IM EINSATZ?“

Mit dieser Thematik beschäftigt sich unsere Akademie erstmalig mit einem Glaubenssthema bezogen auf die Besonderheiten des Soldatenberufes und die Herausforderungen dieses Berufes im Alltag des Friedensdienstes in den Kasernen in Deutschland, aber auch den wesentlich veränderten Rahmenbedingungen und den spezifischen Besonderheiten des Friedensdienstes im Auslandseinsatz, wo die posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) in erheblichem Maße nach Überwindung der Dunkelziffer deutlich zunehmen.

In diesem Seminar geht es unter anderem darum, sich in besonderer Weise um die „Seelen der Soldaten“ zu sorgen, um in extremen Grenzsituationen einen Angriff auf die Seelen zu vermeiden.

Ziel ist es, in dieser Woche für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen besonderen Zugang aus dem persönlichen Glauben für die Bewältigung schwieriger Situationen zu öffnen und zu finden.

Wir wollen uns in dieser Woche bewusstmachen, dass „Glauben“ nach jüdisch-christlichem Verständnis bedeutet „Vertrauen“. Damit zeigt sich nicht nur eine unmittelbare Abhängigkeit zu ethischem Handeln, sondern auch eine Verbindung zu Grundfragen der Entwicklungspsychologie, also zur menschlichen Orientierung in der Welt. Insofern lohnt es sich, den Fragen nachzugehen, was Glauben und Vertrauen eigentlich beinhalten, wie sie entstehen und welche Bedeutung, aber auch welche Gefährdungspotentiale sie für die menschliche Existenz besitzen.

Aus Auslandseinsätzen wissen wir inzwischen, dass religiös gebundene Soldaten in der Regel mit menschlichen Grenzerfahrungen besser umzugehen in der Lage sind. Ein wesentlicher Aspekt dabei ist sicherlich der Glaube und das Vertrauen an ein weiterführendes Leben nach dem irdischen Tod mit.

Diesen unterschiedlichen Ansätzen der Fragestellung unseres persönlichen Glaubens wollen wir in dieser Woche gemeinsam nachgehen, wobei nach allen Vorträgen und in den Arbeitsgruppen ausreichend Zeit für Nachfragen und zu Aussprache zur Verfügung steht.

Wolfgang Korte Generalleutnant Schirmherr der Akademie	Karl-Jürgen Klein Oberst a. D. Leiter der Akademie Ehrenbundesvorsitzender	Gunter Geiger Direktor Bonifatiushaus Wissensch. Begleiter der Akademie
---	---	--

Programm:

Montag, 9. November 2009

- Anreise
- 14:30 Kaffee
- 15:00 *Begrüßung, Einführung in das Seminar, sowie Zielsetzung und Organisation, Vorstellung des Bonifatiushauses*
Dipl. Volkswirt Gunter Geiger,
Direktor des Bonifatiushauses,
Oberst a. D. Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein,
Leiter der Akademie Oberst Dr. Helmut Korn
- 16:00 *„Internationale Soldatenwallfahrt nach Lourdes – Wiege für 60 Jahre Frieden in Europa“*
Ein persönliches Glaubenszeugnis von Soldaten, Vortrag mit Diskussion
Militärdekan Johann Meier, Berlin,
Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene und Deutscher Pilgerleiter
- 19:00 *„Aus dem Glauben leben, Gottes Angebot an jeden Menschen“*,
Vortrag mit Diskussion als offener Akademieabend des Bonifatiushauses mit Gästen
Gabriele Kuby, Soziologin und Buchautorin
anschließend: gesellige Kennenlernrunde in der Scheune

Dienstag, 10. November 2009

- 8:30 *Hl. Messe in der Kapelle des Bonifatiushauses*
Zebrant: Militärdekan Johann Meier, Berlin
- 9:30 *„Oberst Dr. Helmut Korn – Soldat und Christ, – ein Leben aus dem Glauben“*.
Vortrag mit Diskussion (bis 10:45)
Brigadegeneral a. D. Friedhelm Koch

- 11:15 *„Gelebter Glaube und Zeugnis von Jesus Christus während der kommunistischen Zeit“*
MilPfr Cpt Mgr. Jan Pacner, Dozent an der Verteidigungsakademie in Brünn, Tschechische Republik
- 15:30 Führung durch den Dom von Fulda (Bonifatiusgrab und Grab von Erzbischof Dyba, ehemaliger Militärbischof), Michaelskirche und Barockviertel
- 17:00 Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Fulda, Gerhard Möller, im Stadtschloss
- 19:30 *Die Akademie Oberst Dr. Helmut Korn im Überblick von 1987-2009, Thematik und Zielsetzung*
Oberstleutnant Paul Schulz, Ehrenbundesvorsitzender der GKS und Leiter der Akademie bis 2005, Chefredakteur „AUFTRAG“ bis 2008
- 21:00 Treffen zum Gedankenaustausch in den Dachstuben des Bonifatiushauses

Mittwoch, 11. November 2009

- 7:30 Hl. Messe
- 9:15 *„Frauen und Männer in der Bibel – was sie uns heute im soldatischen Dienst zu sagen haben“ Vortrag mit Diskussion*
Dr. Andreas Ruffing, Leiter der Kirchlichen Arbeitsstelle Männerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Fulda
- 11:00 Kaffeepause
- 11:15 Arbeitsgruppen zum Thema: Mein persönlicher Glaube/mein persönliches Glaubensbekenntnis als Soldat/Soldatin
- 15:00 *Grußwort des Schirmherrn der Oberst Dr. Helmut Korn-Akademie,*
Generalleutnant Wolfgang Korte, Director Joint Warfare Centre, Stavanger, Norwegen
- 15:15 *„Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) – ein katholischer Verband in der Bundeswehr – Hilfen für ein Leben aus dem Glauben.“ Vortrag mit Diskussion*
Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)
- 16:30 *„Der Glaube im Leben eines Soldaten aus Sicht des Katholischen Militärbischofs für die Deutsche Bundeswehr“*
Vortrag und Diskussion
Militärbischof und Diözesanbischof von Augsburg, Dr. theol. Walter Mixa

- 18:00 Vesper in der Kapelle des Bonifatiushauses
- 19:15 Empfang durch den Katholischen Militärbischof, Bischof Dr. Walter Mixa, im Bonifatiushaus für geladene Gäste und Teilnehmer der Akademie aus Anlass des 12. Seminars der GKS-Akademie Oberst Dr. Helmut Korn mit gemeinsamem Abendessen

Donnerstag, 12. November 2009

- 7:30 *Eucharistiefeier in der Kapelle des Bonifatiushauses*
Zelebrant: Militärbischof Dr. Walter Mixa
- 9:30 Exkursion über Homberg (Efze), Empfang im Rathaus, Besichtigung der Homberger Stadtkirche St. Marien mit der besonderen Bedeutung innerhalb des klassischen Protestantismus als Reformationskirche Hessens – nach Fritzlar.

In Fritzlar: Besuch des Katholischen Militärpfarramtes, kurzer Vortrag des Militärpfarrers, Andreas Temme, zur Situation vor Ort.

Gemeinsames Mittagessen und Besichtigung des Fritzlarer Doms mit Krypta und Schatzkammer mit anschließender kurzen Stadtführung.

- 19:00 *nach Rückkehr: Abendessen im Bonifatiushaus*
- 20:30 *Möglichkeit des Gesprächs in den Dachstuben des Bonifatiushauses*

Freitag, 13. November 2009

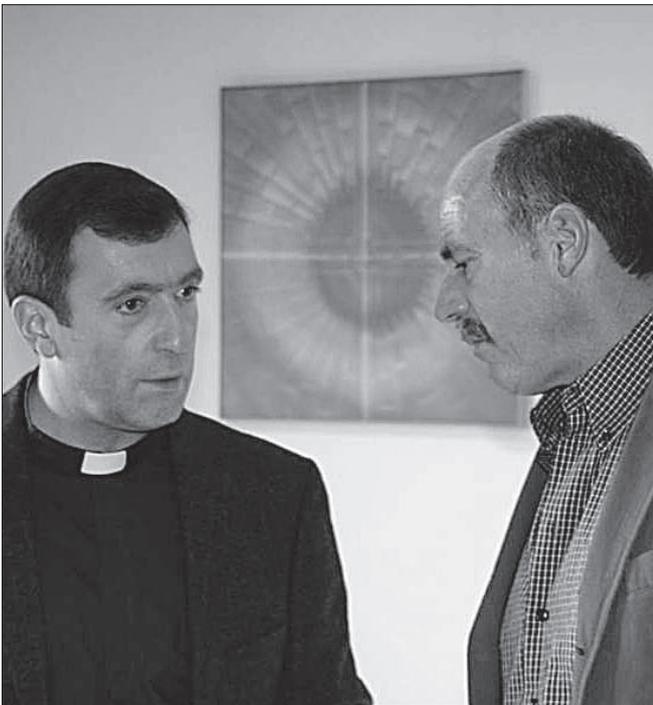
- 7:30 *Eucharistiefeier zum Abschluss des Seminars mit Reisesegen*
Zelebrant: Militärpfarrer Andreas Temme, Fritzlar
- 9:15 Auswertung der Woche, Impulse für das 13. Seminar im Jahr 2011
- 11:00 *Schlusswort und Verabschiedung, anschließend Abreise*

GKS Kreis Ingolstadt

Neuer Militärpfarrer in Ingolstadt

Dieser Beitrag des Kreises Ingolstadt wurde zeitgerecht der Redaktion für den AUFTRAG 273 zur Verfügung gestellt. Nach der redaktionellen Bearbeitung wurde er bei der Drucklegung „vergessen“ und erscheint hier mit einer dreimonatigen Verzögerung. (Die Redaktion)

Ein Adventswochenende mit der GKS in Strahlfeld verbrachten die Ingolstädter mit ihrem neuen Militärpfarrer Hans-Tilman Golde. Er übernahm das Amt vom Katholischen Militärpfarrer Alois Berzl, der im November nach Shape/Belgien versetzt wurde.



Pfarrer Hans-Tilman Golde und GKS Vorsitzender Harry Büttel

Da die ursprünglich vorgesehene Referentin wegen Krankheit ausfiel, sprang Pfarrer Golde kurzfristig mit dem Thema die „Zeugen Jehovas“ ein. Als ehemaliger Konzessionskundler fiel ihm die zugeordnete Aufgabe nicht schwer. Die Zuhörer verfolgten aufmerksam seinen Bericht über manch Unbekanntes und Neues.

In geselliger Runde stellte sich die neue Pfarrersfamilie abends dann vor. Pfarrer Golde ist verheiratet, hat drei Kinder und ist zum katholischen Glauben konvertiert.

Der sonntägliche Gottesdienst, ganz im Zeichen des heiligen Nikolaus, beeindruckte die anwesenden Kinder und Erwachsenen durch eine fast märchenhaft anmutende Predigt.

Ein sehr harmonisches Wochenende fand nach dem gemeinsamen Mittagmahl und erteiltem Reisesegen seinen Abschluss.

(Text: Eva Forster, Bild: Renate Stangl)

Bundeswehrkrankenhaus Ulm

Ein „Stabwechsel“ der besonderen Art am Bundeswehrkrankenhaus Ulm

Anstatt des „Marschallstabes“ wurde der „Hirtenstab“ übergeben

Im Rahmen eines festlichen Gottesdienstes am 12. Februar wurde Militärdekan Hans Ruf, der bisherige Seelsorger am Bundeswehrkrankenhaus Ulm, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger, Pater Andreas, der bereits am 1. September 2008, als Katholischer Standortpfarrer Ulm II im Bundeswehrkrankenhaus Ulm, seine Aufgaben übernommen hatte, wurde in sein Amt eingeführt.

1956 in Duisburg geboren, strahlt Pater Andreas eine erfrischend feinsinnige, lebenswürdige und offene Art aus, die Menschen, vielleicht auch gerade kranke Menschen anspricht. Die Studienjahre verbrachte er in Frankfurt und Würzburg. 1983 empfing Pater Andreas die Priesterweihe und arbeitet fortan als Seelsorger in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung bis 1994. Hiernach sammelte er als Gemeindepfarrer Erfahrungen in der Vielschichtigkeit der Gemeindegeseelsorge. Neue Einsichten und Möglichkeiten eröffneten sich für Pater Andreas als Militargeistlicher in Stetten am kalten Markt, in seiner ersten „militärischen Verwendung“. Hier lernte er als Standortpfarrer von Oktober 2002 bis August 2008 die schwäbische Mentalität kennen und lieben.

Man spürt bei Pater Andreas, dass der Ruf an das Bundeswehrkrankenhaus Ulm für ihn Verpflichtung war. Seine aufheiternde, fröhliche Stimme und die Bedeutung seiner Worte besitzen eine Faszination, die die Aufmerksamkeit seiner Gesprächspartner unwillkürlich weckt. Seine Heiterkeit steckt an und lässt in der Umgebung Krankenhaus alles etwas leichter erscheinen. □

(Text und Bild: Pressestelle SanKdo IV)



GKS-Kreise Köln und Aachen

„Innere Führung“ – Thema des Jahres 2009 des GKS-Kreises Köln

Karnevalswochenende der GKS-Kreise Köln und Aachen

Ein Familienwochenende in Kooperation mit dem GKS-Kreis Aachen wurde mit dem Thema „Innere Führung“ unter der Leitung von Oberstleutnant Albert Hecht, Vorsit-



Fröhliches Karnevalstreiben nach getaner Arbeit ohne Namensnennung, da die handelnden Personen verkleidet waren

zender des GKS-Kreises Köln, in dem Familienferienhaus Arche Noah Marienberge in Elkhausen veranstaltet.

Als Referent konnte Oberstleutnant Gerhard Stolz, der Vorsitzende des Sachausschusses Innere Führung der GKS, gewonnen werden. Stolz erklärte, die Basis der Menschenführung sei das Vertrauen. Weiter führte er aus, welche wichtige Eigenschaften für den Führenden seien: Toleranz, Offenheit, Loyalität, Zuverlässigkeit.

In der Aussprache wurde von den Teilnehmerinnen hervorgehoben, dass Stolz das Thema auch für die Nicht-Soldaten gut verständlich dargestellt habe. Führung fände auch in der Familie und im zivilen Leben statt.

Da wegen des schlechten Wetters die Wanderung durch den Westerwald leider ausfallen musste, wurde diese Zeit zur Diskussion über die neue Zentrale Dienstvorschrift (ZDV) 10/4 „Lebenskundlicher Unterricht“ genutzt. Während die Erwachsenen sich mit dem Jahresthema auseinandersetzten, wurde in der Kinderbetreuung der Abend vorbereitet.

Nach dem gemeinsamen Gottesdienst mit Militärdekan Michael Berning (Köln-Wahn) und anschließendem Blasiussegen folgte die traditionelle Karnevalsfeier



Seltenheitswert unter Jekken: der Karnevalsorden der Kölner GKS

gestärkt nach Hause.

(Text und Foto: Magdalene Berners)

GKS-Kreis Köln

Der gute Draht nach oben...

Kennen Sie den guten Draht nach oben? Der Sender des Erzbistums Köln – domradio – bietet ihn. Der GKS-Kreis Köln besuchte den Radiosender domradio in den Redaktionsräumen direkt gegenüber dem Kölner Dom. Redakteur Klaus Schmitt bot einen ausführlichen Einblick in den Sender.

domradio berichtet über Menschen, Ereignisse und Themen rund um Kirche und Gesellschaft. Zum Programm gehören Nachrichten, Informationen, Diskussionen und Liturgie. Das alles wird ohne Hektik und ohne Werbung mit viel Zeit für den Hörer präsentiert, einge-



Der stellvertretende Bundesvorsitzende, Oberstleutnant Rüdiger Attermeyer, beim Interview (sitzend) vor dem Moderatorentisch, links im Bild Thommy, der Moderator der Sendung

rahmt von himmlischer Popmusik. domradio – der Sender des Erzbistums Köln – sendet seit Pfingsten 2000 und ist der erste kirchliche Sender in offizieller Trägerschaft eines Bistums. Begonnen hatte dort alles mit einem Jubiläumsradio im Jahr 1998 zur Erbauung des Kölner Doms. Das klappte so gut, dass ein Jahr später bereits die Sendelizenz von der Landesanstalt für Medien für einen dauerhaften Sender erteilt wurde. Zu empfangen ist der Sender nicht nur in Köln sondern auch landes- und europaweit über Satellit (Astra 1H) und Internet (www.domradio.de).

Die Gruppe durfte live in der Sendung „Der Musik-Nachmittag“ dabei sein und mitwirken. Der Moderator Tommy gab Oberstlt Rüdiger Attermeyer, stellvertretender Bundesvorsitzender, die Gelegenheit, die GKS vorzustellen und einen Musikwunsch zu äußern.

Zum Abschluss dieses interessanten Nachmittags wurde nach dem Besuch des Senders die Abendmesse in St. Andreas gefeiert – ebenfalls ein direkter Draht nach oben. □

(Text und Foto: Magdalene Berners)

Bereich Süd

Militärgeneralvikar Wakenhut zu Besuch bei der Dekanatsarbeits- konferenz Süd I/2009

Die Delegierten der Pfarrgemeinderäte (PGR) und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) aus Bayern und Baden-Württemberg trafen sich vom 27.03.



Von links: Bundesvorsitzender Oberstleutnant Paul Brochhagen, Hptm a.D. Albert Goll, Bereichsvorsitzender Süd, Oberstabsfeldwebel Peter Strauß, Geschäftsführer Süd, Oberstabsfeldwebel a.D. Georg-Peter Schneeberger

bis 29.03.2009 zur Dekanatsarbeitskonferenz (DAK) I/2009 im oberbayerischen Teisendorf, um die Anliegen der katholischen Soldaten/Soldatinnen an den Standorten in Süddeutschland zu erörtern, sich auszutauschen und neue Informationen an die Standorte mitzunehmen. Die Dekanatsarbeitskonferenz entspricht dem Dekanatsrat der zivilen Seelsorge.

Am Freitagabend eröffnete der Katholische Leitende Militärdekan Monsignore Reinhold Bartmann die Konferenz mit einem Bericht zur Lage der Militärseelsorge in Süddeutschland, in dem er im Schwerpunkt auf die zurzeit erfreuliche Personalsituation, der Einsatzbegleitung durch die Militärseelsorger und auf die neuen Herausforderungen im Lebenskundlichen Unterricht einging.

Für die Soldaten und Soldatinnen sind Lebens- und Weltverantwortung und die besondere militärische Verantwortung nicht zu trennen. Ethische Ausrichtung ist insbesondere in Zeitpunkten gesellschaftlichen Wechsels und nachlassender Konfessionsgebundenheit äußerst wichtig.

Darüber hinaus wurden drei Fragen gestellt, die die Arbeit in Zukunft bestimmen werden:

1. Wie gewinnen wir in Zukunft qualifizierte Militärseelsorger?
2. Wie gewinnen wir aktive Soldaten und Soldatinnen und Familienangehörige für die Laiengremien PGR und GKS?
3. Wie würde die Arbeit und das Angebot der Katholischen Militärseelsorge aussehen, wäre sie nicht mit den soliden kirchlichen Finanzmitteln ausgestattet?

Am Samstagvormittag hatten sowohl die Delegierten der PGR und der GKS in Einzelsitzungen die Möglichkeit, ihre Anliegen zu bearbeiten. Die PGR beschäftigten sich mit der Vorbereitung der Themen für die Woche der Begegnung im September 2009 in Hamburg. Die Bereichskonferenz der GKS Bereich Süd konnte sich über den Besuch des Bundesvorsitzenden der GKS, Oberstleutnant Paul Brochhagen, und dessen Ausführungen zur Konzeption der neuen Ordnung der GKS freuen. Der Geschäftsführer des bisherigen GKS-Bereichs Bayern, Hptm a.D. Albert Goll, wurde verabschiedet (Bild) und für seinen langjährigen und treuen Dienst für den Verband mit Applaus und einem Geschenk (thematisch passend zum Paulusjahr) geehrt. Anschließend wurde auf Empfehlung des Vorsitzenden der GKS Süd OstFw Peter Strauß einstimmig der Geschäftsführer des neu fusionierten GKS Bereichs Süd, OstFw a.D. Georg-Peter Schneeberger, bestätigt.

Am Samstagnachmittag hatte Militärpfarrer Martin Strasser eine beeindruckende Führung durch die nahe liegende Augustiner-Klosterkirche St. Peter und Paul in Höglwörth im Rupertiwinkel des Berchtesgadener Landes organisiert. Anschließend begrüßten die Teilnehmer der DAK Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, Apostolischer Protonotar, der die Delegierten aus seiner Sicht über die aktuelle Lage in der Militärseelsorge informierte, bevor er sehr offenherzig die Anliegen und Vorschläge der Delegierten aufnahm. So wurde u. a. der Vorschlag eingebracht, die Regelung des „Sonderurlaubs“ bei Veranstaltungen der Militärseelsorge in eine „Dienstleistung beim Militärseelsorger“ umzuwandeln, da es in der Praxis immer wieder zu Unstimmigkeiten in der Auslegung von Sonderurlaub kommt. Abschließend dankte Militärgeneralvikar Wakenhut den Anwesenden und ermutigte sie auch künftig engagiert die Militärseelsorge zu unterstützen und neue Soldaten/Soldatinnen dafür zu gewinnen.

Am Sonntag feierten alle Teilnehmer der DAK einen festlichen und lebendigen Gottesdienst, den Militärgeneralvikar, Apostolischer Protonotar Walter Wakenhut, zelebrierte. Der abschließende Dank durch Monsignore Reinhold Bartmann galt in erster Linie Militärgeneralvikar Wakenhut und allen Delegierten mit Familien, die sich ehrenamtlich in der Katholischen Militärseelsorge an den Standorten engagieren.

Der Katholikenrat beim Katholischen Militärbischof setzt sich zusammen aus dem Vorstand, gewählten Vertretern der Dekanatsarbeitskonferenzen, Vertretern der Gemeinschaft Katholischer Soldaten und einem Beauftragten des Militärbischofs. Die Aufgaben des Katholikenrates sind die Förderung der apostolischen Tätigkeit im Bereich der Militärseelsorge und die Koordination aller Kräfte des Laienapostolates.

(Text und Fotos: Georg-Peter Schneeberger)

GKS-Kreis Bonn

Fußwallfahrt zur Rosa Mystica in Buschhoven

Wie in jedem Jahr, so lud die Katholische Militärseelsorge mit dem GKS-Kreis Bonn zur Fußwallfahrt nach Buschhoven ein. Diese fand am 06.05.2009 statt und führte über zwei Wegestationen zu der romanischen Marienstatue, welche über 600 Jahre im Kloster Schillingscapellen



*Einstimmung auf die Pilgerschaft
Umrahmt von Pilgerkreuz und
Gitarre stimmt Militärdekan Benno
Porovne die Pilgerschar auf die
bevorstehende Pilgerreise ein*

dekan Benno Porovne ein Pilgerbuch für diese Wallfahrt verfasst und begleitete während des Weges und an den Stationen die Gläubigen mit der Gitarre.



*Pilger auf dem Weg
Mit Pilgerkreuz und Fahne der Militärseelsorge, ein
Marienlied auf den Lippen, so zieht die Pilgerschar in
den Wallfahrtsort Buschhoven ein*

Kurz hinter dem Startpunkt Südliche Bundesministerium der Verteidigung, stimmten sich die Teilnehmer mit einem Lied, einem Gebet sowie einer Einführung durch

Militärdekan Porovne auf die Wallfahrt ein. Auf der Strecke zu einem Wegekreuz betete man gemeinsam den glorreichen Rosenkranz, wobei man zwischen den einzelnen Gesätzen das Magnificat anstimmte. An den Stationen der Wallfahrt folgten abwechselnd Lieder und Gebete, bevor man mit einem Marienlied in die Pfarr- und Wallfahrtskirche St. Katharina in Buschhoven einzog. Zusammen mit der Frauengemeinde in Buschhoven wurde der Gottesdienst gestaltet, an dessen Schluss man das ausgesetzte Allerheiligste anbetete.

Nach dieser gemeinsamen Feier ließ man bei der traditionellen bayerischen Brotzeit im Pfarrgemeindesaal zusammen die Wallfahrt ausklingen.

(Text und Fotos: Reinhold Gradl)

Kurz berichtet

Kein Sonderurlaub für Kongress der Zeugen Jehovas

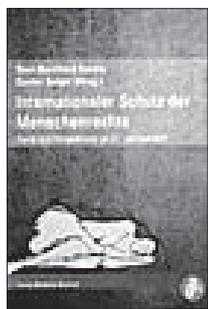
Ein Beamter hat keinen Anspruch auf Sonderurlaub zur Teilnahme an einem Bezirkskongress der Zeugen Jehovas. Das entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz in Koblenz am Freitag. Zur Begründung führte das Gericht aus, zwar könne einem Beamten Sonderurlaub für die Teilnahme an einem Deutschen Evangelischen Kirchen- oder an einem Deutschen Katholikentag gewährt werden, weil diese Veranstaltungen über den religiösen Charakter hinaus eine besondere gesellschaftliche Bedeutung hätten. Dies sei aber bei Bezirkskongressen der Zeugen Jehovas nicht der Fall. Sie würden von der Religionsgemeinschaft selbst organisiert und beschränkten sich auf ein Wirken nach innen; durch sie sollten der individuelle Glaube gefestigt und die religiöse Lebensführung sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder gestärkt werden.

Kirchentage dagegen, so das Gericht, würden nicht von der Amtskirche organisiert, sondern von Laienbewegungen getragen, die den Kirchen sogar teilweise kritisch gegenüberstünden. Außerdem widmeten sich die Kirchentage nicht ausschließlich religiösen oder kirchlichen Themen, sondern ganz wesentlich auch aktuellen politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Die Koblenzer Richter ließen Revision zum Bundesverwaltungsgericht zu (Az.: 10 A 10042/09.OVG). (KNA)

Buchbesprechung

Internationaler Schutz der Menschenrechte Stand und Perspektiven im 21. Jahrhundert

Die Herausgeber, Sven Bernhard Gareis und Gunter Geiger, veröffentlichen in diesem Band eine merkwürdige Sammlung von Aufsätzen, die den aktuellen Stand (2008) der



Situation der Menschenrechte auf dieser Welt widerspiegelt. Sechzig Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, veranstaltete die Katholische Akademie Fulda (Bonifatiushaus) eine Fachtagung aus

Anlass dieses Jahrestages. Das Büchlein dokumentiert die Ergebnisse dieser Tagung mit dem Ziel, zur breiteren Diskussion um die Menschenrechte und ihren Schutz in Politik, Gesellschaft und Bildungseinrichtungen beizutragen. Dabei wird von der „Bildungsaufgabe Menschenrechte“, um in den westlichen Län-

dern diese noch fester zu verankern, genauso gesprochen wie von der Menschenrechtserklärung aus der Sicht der islamischen Welt. Auch die Sicht des asiatischen Kulturkreises auf die Menschenrechte wird erklärt und so wird Verständnis dafür geweckt, dass es unmöglich sein kann, die Entwicklung der Menschenrechte als abgeschlossen zu betrachten. Hochinteressant das Kapitel neun „Menschenrechte und Islam“, welches von dem Mitglied des Gesprächskreises „Christen und Muslime“ des Zentralkomitees der Katholiken in Deutschland, Frau Hamideh Mohagheghi, geschrieben wurde. Hier wird die Entwicklung der Menschenrechte in der islamischen Welt beschrieben und so deutlich gemacht, dass es außer der westlichen Sichtweise auch noch andere Entwicklungen auf dieser Welt gab. Ergänzt wird dies durch das Kapitel 10 „Asiatische Werte – asiatische Menschenrechte?“, bevor Prof. Dr. Peter Schallenberg das Kapitel „Menschenbild und Menschenrechte im Christentum“ darstellt. Zum Abschluss der Aufsätze fragt die ehemalige Bundesministerin für Justiz, Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin, „Quo vadis, Menschenrech-

te“ und schließt mit diesem Ausblick in die Zukunft die Veröffentlichungen. Im Anhang ist dann auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte abgedruckt, sodass jedermann nachlesen kann, was eigentlich Objekt der Diskussion ist.

Nach dem Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten Barack Obama und seiner Entscheidung, die Vereinten Staaten von Amerika in den Menschenrechtsrat zurückkehren zu lassen, ist diese Büchlein ein ausgezeichnete Führer in die Problematik dieser äußerst wichtigen Frage. Die Zukunft der Menschenrechte ist zu wichtig, um sie den normalen ideologischen Gesichtspunkten zu opfern. Die Entwicklung gibt Anlass zu Hoffnung.

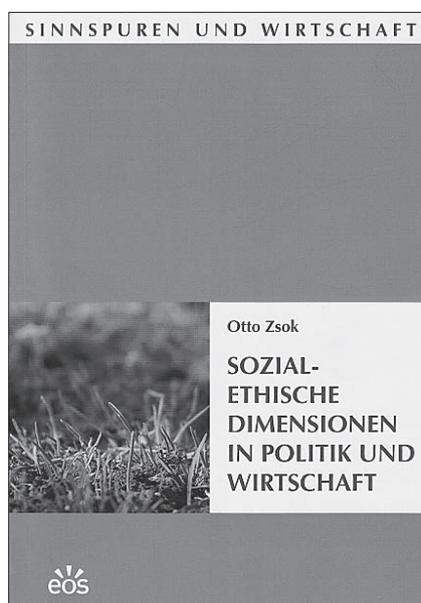
Internationaler Schutz der Menschenrechte, Stand und Perspektiven im 21. Jahrhundert, von Sven Bernhard Gareis und Gunter Geiger (Hrsg.), 231 Seiten, Verlag Barbara Budrich, Opladen und Farmington Hills MI, ISBN 978-3-86649-186-1

Buchbesprechung

Sozial-ethische Dimensionen in Politik und Wirtschaft

Der Autor, Diplomtheologe und promovierter Philosoph, beschreibt in seinem Buch die Hinwendung des Einzelnen in der gesamten Masse zum Sinnhaften und verantwortlichen Handeln in einem ethischen Rahmen. An ausgesuchten Beispielen zeigt er das Scheitern von Personen auf, die sich nicht daran halten, und versucht zu beweisen, wie es mit der von ihm propagierten Hinwendung besser funktioniert. Dies geschieht immer in einem zeitlichen, europäischen Kontext. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass er seine Thesen in zwei Kapiteln einbettet in einen Briefwechsel eines 78-jährigen Politikers, der nicht mehr im Rampenlicht und in der Verantwortung steht, der seinem 38-jährigen Freund seine Sicht der Dinge in einem ausführlichem Brief schreibt. Diese zwei Ausschnitte aus dem Briefwechsel bilden das erste und das vierte Kapitel des Buches.

Ausgangspunkt ist Europa des 21. Jahrhunderts. Eine Verleihung eines europäischen Preises an einen verdienten Europapolitiker, dessen Laudator der ehemalige Kanzler ist, dient als Ausgangspunkt der Gedanken. Schon zu Beginn wird der Leser damit vertraut gemacht, dass die unveräußerlichen europäischen Grundgedanken die griechische Philosophie, das römische Recht und der Monotheismus sind. Dieser müsse sich weiter entwickeln zu einem Monothropismus nach dem Wiener Arztphilosophen Viktor Frankl. Mit diesem Einstieg über eine Sinn- und Wertorientierung in der Politik beginnt der Autor sein Thema zu entwickeln. Im zweiten Kapitel beschreibt er die Sinn-Kontexte in der



Wirtschaft. An zwölf Stichworten arbeitet er das Thema ab, wobei er sich redlich bemüht, am Beispiel großer, bekannter Skandale und weniger bekannten guten Wirtschaftsentwicklungen, seine Sinn-Kontexte in der Wirtschaft darzulegen und begrifflich zu machen. Dabei beruft er sich neben anderen in der Hauptsache auf zwei Männer: Den deutschen Kunstmaler und Lebens-Lehrer Joseph Anton Schneiderfranken Bô Yin Râ (1876-1943), sowie den schon erwähnten Wiener Arztphilosophen Vik-

tor Frankl (1905-1997). Ausgehend von dem Verhältnis des Ich – Du – Wir beschreibt er die notwendige Hinwendung des Einzelnen in der Gesamtheit des Menschseins anhand von den erwähnten zwölf Stichworten und arbeitet so seine These heraus, dass keiner für sich allein handelt, jedes Handeln Auswirkungen auf das Ganze hat.

Im dritten Kapitel nimmt der Autor zur Philosophie des Geldes Stellung. Nach einer Eingangsbetrachtung über die Tatsache, dass das Geld für den Menschen da sei, bildet er die Trias Geld – Sex – Macht und führt diese über in die neue Sichtweise Wert – Liebe – Wirkenkönnen. Anhand von zehn Thesen, die der Autor mit Quellen aus der Tagespresse belegt, entwickelt er seine Gedanken, immer ausgehend von der Trias Ich – Du – Wir mit dem Hinweis auf die Gesamtheit des Handelns auch des Individuums zum Wohle des Ganzen.

Solcherart mit seiner Sicht der Ethik in Politik und Wirtschaft bekannt gemacht, beschließt der zweite Teil des Briefwechsels im Kapitel vier das lesenswerte Büchlein. Da der Autor in seinem Buch mit den negativen Beispielen nicht zurückhält, kann es keinen mehr wundern, dass die Finanzkrise, verursacht durch einige wenige, diese Ausmaße annahm. Die erfolgten Verurteilungen bestätigen auch den Autor, wenn er feststellt, dass jeder seine offenen Rechnungen auch bezahlen muss.

Sozial-ethische Dimensionen in Politik und Wirtschaft, Dr. Otto Zsok, 182 Seiten, eos-Verlag, ISBN 978-3-8306-7341-5



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 40 Jahren begleitet.



Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,
10117 Berlin
www.katholische-soldaten.de

Redaktion: verantwortlicher Redakteur
Bertram Bastian (BB),
Paul Schulz (PS), Oberstlt a.D., Redakteur,
Klaus Brandt (bt), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Bertram Bastian,
Rochusstr. 67, 53123 Bonn,
Tel: 0178-4025613, Fax: 0228-6199164,
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Verlag Haus Altenberg GmbH,
Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf.
Überweisungen und Spenden an:
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,
BLZ: 370 601 93, Konto-Nr.: 1 017 495 018.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843